

Everhard Holtmann,
Reinhard Pollak,
Marion Reiser (Hg.)
Deutschland-Monitor
2023

Gesellschaftliche
und politische
Einstellungen.
Schwerpunkt:
Stadt und Land.
Bericht und Debatte

Everhard Holtmann ist Research Fellow am Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH), dessen Forschungsdirektor er von 2012 bis 2021 war; von 1992 bis 2012 war er Professor für Systemanalyse und Vergleichende Politik an der Universität Halle-Wittenberg.

Reinhard Pollak ist Leiter der Abteilung »Data and Research on Society« beim GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und Professor für Soziologie an der Universität Mannheim.

Marion Reiser ist Professorin für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland und stellvertretende Direktorin des »KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration« an der Universität Jena.

Everhard Holtmann, Reinhard Pollak, Marion Reiser
(Hg.)

Deutschland-Monitor 2023

Gesellschaftliche und politische Einstellungen
Schwerpunkt: Stadt und Land
Bericht und Debatte

Erarbeitet von Jörg Hebenstreit, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck,
Lynn-Malou Lutz, Reinhard Pollak, Marion Reiser, Matthias Sand
und Pierre Zissel

Berichtsteil Fokusgruppen: Dolores Domke und Holger Liljeberg

Debattenbeiträge: Simon T. Franzmann, Tom Mannewitz, Theres
Matthieß, Christina Morina, Susanne Pickel, Nils Teichler, Eva-Maria
Trüdinger, Kerstin Völkl, Cathleen Bochmann, Juliane Stückrad, Stephan
Meyer, Michael Miebach und Christiane Scholz

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Gefördert durch:



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Verwertung, die den Rahmen der CC BY 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

ISBN 978-3-593-51972-2 Print

ISBN 978-3-593-45926-4 E-Book (PDF)

DOI 10.12907/978-3-593-45926-4

Erschienen bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Copyright © 2024, Everhard Holtmann, Reinhard Pollak,

Marion Reiser. Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland	9
Vorwort der Herausgeber und der Herausgeberin	13
1. Einführung	15
1.0 Vorbemerkung	15
1.1 Anstoß und Zielsetzungen	16
1.2 Wo gleichwertige Lebensverhältnisse messbar sind: Regionalität als ein zentraler Untersuchungsansatz	17
1.3 Zugang zu Politik durch den Seiteneingang: Politisch-kulturelle Prägung durch kleinräumige Kontexteffekte	22
1.4 Unterscheiden sich »Stadt« und »Land« bei gesellschaftlichen Einstellungen und politischen Sichtweisen? Zum Schwerpunktthema 2023	25
1.5 Datenreihen im zeitlichen Längsschnitt – Ausblick in die Zukunft ..	27
1.6 Basiskanon und Themenschwerpunkt – Fragenkomplexe der Bevölkerungsumfrage 2023	27
2. Methodisches Vorgehen	29
2.1 Haupterhebung	29
2.1.1 Stichprobenziehung und Feldverlauf	29
2.1.2 Gewichtung	32
2.2 Regionale Vertiefung	34
2.2.1 Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS)	35
2.2.2 Aufbau des rollierenden Kreispanels	38
2.2.3 Stichprobenziehung der regionalen Vertiefungserhebung ...	41
2.2.4 Gewichtung der regionalen Vertiefungserhebung	43

2.3	Fokusgruppenbefragung	44
3.	Schwerpunktthema: Stadt und Land	45
3.1	Problemaufriss	45
3.2	Zentral oder abseits? Charakterisierung des Wohnortes	45
3.3	Bewertung der Infrastruktur in Stadt und Land	51
3.4	Herausforderungen am Wohnort	60
3.5	Stärken des Wohnorts	69
3.6	Das »Gefühl des Abgehängtseins«	72
3.7	Lebensqualität, Standortgüte und sozialer Zusammenhalt am Wohnort und in näherer Umgebung – Die Sicht der Bürgerinnen und Bürger	82
4.	Bürgerinnen und Bürger und ihre Sicht auf Politik und Gesellschaft im Jahr 2023	101
4.1	Politische Partizipation	101
4.2	Responsivität: Rückkopplung zwischen Bevölkerung und Politik ...	110
4.3	Vertrauen in politische Kerninstitutionen	116
4.4	Einstellungen zur Demokratie – 3 Bewertungsdimensionen und 4 Erscheinungsformen	131
4.4.1	3 Bewertungsdimensionen der Demokratie: Ideal politischer Herrschaft, Verfassungsmodell, Performanz	131
4.4.2	4 Ausprägungen der Einstellung zur Demokratie	134
4.4.3	Verteilung der Demokratietypen in den Kreisen	137
4.5	Populistische Einstellungen	140
4.6	Politischer Extremismus	149
4.6.1	Begriffsklärung	149
4.6.2	Messung des Extremismus	150
4.6.3	Verteilung und Größenordnung systemkritischer bzw. systemfeindlicher Einstellungen	151
4.6.4	Determinanten eines systemkritischen Extremismus	152
4.7	Bewertung der deutschen Wiedervereinigung	157
4.8	Mehr Eigenverantwortung oder mehr Staatshilfe? – Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat	167
4.8.1	Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat nach der Einigung Deutschlands – Abweichungen und Übereinstimmungen	167

4.8.2	Andauernder Grundkonsens: Die Garantie der Systeme sozialer Sicherung ist Aufgabe des Staates	168
4.8.3	Soziodemografische Merkmale, geografische Herkunft und Lebensumfeld beeinflussen die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat	172
4.8.4	Politische Einstellungen und Erwartungen an Wohlfahrtsstaatlichkeit	175
4.8.5	Ost- und westdeutsche Sichtweisen des Wohlfahrtsstaates – Alte Pfadabhängigkeiten, jüngere Annäherungen und aktuelle Reaktionen auf Krisenzeiten	175
5.	Kreisprofile: Dokumentation	179
5.1	Indikatoren für Erstellung der Kreisprofile	179
5.2	Einzelne Kreisprofile	182
	Duisburg	182
	Wiesbaden	183
	Birkenfeld	184
	Augsburg	185
	Dahme-Spreewald	186
	Prignitz	187
	Salzlandkreis	188
	Weimar	189
6.	Fokusgruppendifkussionen im Rahmen des Deutschland-Monitors '23 ..	191
6.1	Hintergrund, Zielstellung und Inhalte der qualitativen Befragung ..	191
6.2	Durchführung und Zusammensetzung der Fokusgruppen	191
6.3	Kernergebnisse der Fokusgruppendifkussionen	192
6.4	Die Ergebnisse im Detail	194
6.4.1	Lokale Lebensqualität und Standortidentifikation/Zufriedenheit und Identifikation mit dem eigenen Wohnort	194
6.4.2	Zusammenhalt, Wir-Gefühl und Heimat	195
6.4.3	Das Zusammenspiel globaler und lokaler Herausforderungen ..	197
6.4.4	Lokale Herausforderungen und politische Handlungsbedarfe – Überblick	199
6.4.5	Wahrnehmung der Politik und politischen Handelns	212
7.	Zentrale Untersuchungsbefunde des Deutschland-Monitors '23	219

8. Debatte – Kommentare zu Konzeption, Methodik und Befunden der Untersuchung aus der Sicht von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik	225
8.0 Vorbemerkung	225
8.1 Kommentare aus der Wissenschaft	228
Simon T. Franzmann	228
Tom Mannewitz	232
Theres Matthieß	236
Christina Morina	240
Susanne Pickel	243
Nils Teichler	249
Eva-Maria Trüdinger	253
Kerstin Völkl	256
8.2 Kommentare aus Zivilgesellschaft und Politik	260
Cathleen Bochmann	260
Juliane Stückrad	267
Stephan Meyer	272
Michael Miebach / Christiane Scholz	274

Anhang

Fragebogen	285
Erläuterungen zu den Erhebungen	299
Projektteam	301
Autorinnen und Autoren	303
Deutschlandmonitor	303
Kommentare Wissenschaft	304
Kommentare aus Zivilgesellschaft und Politik	305
Abbildungen und Tabellen	307
Literatur	311

Vorwort des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Liebe Leserinnen und Leser,

wir leben in bewegten Zeiten. Während sich Deutschland in einem tiefen Strukturwandel befindet, stellen uns globale Krisen zusätzlich vor nie dagewesene Herausforderungen. Das stellt die Art und Weise unseres Zusammenlebens auf eine harte Probe und führt zu Verunsicherung. Mehr Menschen als früher sind unzufrieden damit, wie die Demokratie funktioniert. Das Vertrauen in demokratische Institutionen ist gesunken. Viele glauben nicht mehr an eine gute Zukunft.

Für die politische Öffentlichkeit ist es wichtig, die gesellschaftlichen Stimmungslagen und die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger möglichst genau zu kennen. Natürlich können und sollen in einer repräsentativen Demokratie Meinungsumfragen keine politischen Entscheidungsprozesse ersetzen. Und doch trägt gute Demoskopie zu mehr Responsivität und Teilhabe auch zwischen Wahlen bei.

In Deutschland werden jede Woche verschiedene Meinungsumfragen zu aktuellen Themen veröffentlicht. Große Forschungsinstitute führen langfristig angelegte Erhebungen durch und machen sie für Wissenschaft und Öffentlichkeit zugänglich. Doch bisher fehlte eine regional differenzierte und über die Zeit vergleichende empirische Untersuchung zu langfristigen Veränderungen der politischen Einstellungen und Stimmungen in Deutschland. Diese Lücke soll künftig der »Deutschland-Monitor« schließen.

Das Vorhaben geht auf eine Handlungsempfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« zurück. Sie schlug dieses Instrument in ihrem Abschlussbericht vom Dezember 2020 vor, um die »demokratische Kultur« zu stärken und die »Transformationserfahrungen der Ostdeutschen insgesamt« stärker sichtbar zu machen. Dies hat die Bundesregierung in einer Stellungnahme vom 7. Juli 2021 bestätigt. Ich freue mich, dass ich als Beauftragter für Ostdeutschland diesen Handlungsauftrag in die Tat umsetzen darf.

Die repräsentative Befragung wird einmal im Jahr die Einschätzungen der Menschen zu gesellschaftspolitischen Fragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen und ihre Haltungen zu Zukunftsthemen erheben. Es geht dabei auch, aber nicht nur, um die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Ost und West. Um die erhobenen Einstellungen einordnen und Entwicklungen im Zeitverlauf darstellen zu können, wird jährlich wiederkehrend ein Set von Standardfragen abgefragt. Zusätzlich sind wechselnde Schwerpunktthemen geplant – in diesem Jahr zum Leben in Stadt und Land. In diesem Zusammenhang wurden die Befragten um eine Einschätzung der Lebensqualität bei ihnen vor Ort, der lokalen Infrastruktur und den zentralen Herausforderungen am Wohnort gebeten. Einen Kurzbericht zum Schwerpunkt »Stadt-Land« hat die Bundesregierung bereits vorab im »Bericht zum Stand der Deutschen Einheit« veröffentlicht.

Besonders wichtig: Der Deutschland-Monitor ermöglicht mit seinen jährlich insgesamt etwa 8.000 Interviews Auswertungen auch auf regionaler Ebene und wird durch qualitative Vertiefungsstudien in Form von Fokusgruppen ergänzt. So soll ein umfassendes Bild der Stimmung in Deutschland entstehen. Es geht also gerade nicht um eine bloße Fokussierung auf Ost versus West – ein Ansatz, der existierende Spaltungen verfestigen könnte. Sondern analysiert werden sollen ebenso die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Sichtweisen und Einstellungen der Menschen etwa in städtischen und ländlichen Gebieten beziehungsweise strukturschwachen und -starken Regionen in ganz Deutschland. Denn bei allen Differenzen, die es zwischen Ost und West zweifellos noch immer gibt, ist ein Blick auf die strukturellen Voraussetzungen in unterschiedlichen Regionen äußerst hilfreich. Unser Land ist vielfältig. Das politische Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist auch in vielen Gegenden Westdeutschlands noch nicht erreicht. Umgekehrt verfügt Ostdeutschland über immer mehr Wachstumsregionen. Der Deutschland-Monitor soll zu mehr Differenzierung beitragen.

Ich danke dem Forschungskonsortium bestehend aus dem Zentrum für Sozialforschung Halle, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften für die bisherige Arbeit und die fruchtbaren Diskussionen. Die Deutschland-Monitore 2023 bis 2025 sind ein Pilot-Projekt, bei dem unterschiedliche methodische Ansätze erprobt werden sollen. Am Ende des Projektes soll ein Vorschlag für eine dauerhafte Konzeption des Deutschland-Monitors stehen.

Die vorliegende Erhebung dient dem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse und soll zugleich zur öffentlichen Debatte anregen – über gesellschaftliche Ent-

wicklungsperspektiven, über den Zusammenhalt und über die Zukunft unserer Demokratie. Ich finde, der Deutschland-Monitor 2023 erfüllt diesen Anspruch in hervorragender Weise. Ich wünsche viel Spaß beim Lesen und freue mich auf die Debatte!

Mit besten Grüßen

Carsten Schneider

Vorwort der Herausgeber und der Herausgeberin

Dieses Buches stellt Zielsetzung, Konzeption und Ergebnisse des neu gestalteten Deutschland-Monitors vor, der im Jahr 2023 gestartet ist. Er geht zurück auf eine Empfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«. Danach solle eine regional differenzierte regelmäßige und über die Zeit vergleichend angelegte empirische Untersuchung zu langfristigen Veränderungen der gesellschaftlichen Stimmungslagen etabliert werden (EK-Abschlussbericht 2020: 16).

Die Konzeption des neu gestalteten Deutschland-Monitors greift diese Empfehlung auf. In dem längerfristig angelegten Forschungsprojekt werden die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen der Bevölkerung der Bundesrepublik auf der Basis einer jährlich durchgeführten Studie erhoben. Diese basiert erstens auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung für die deutschsprachige Bevölkerung in Deutschland. Innovativ ist, dass diese Haupterhebung zweitens durch eine regionale Vertiefungsstudie ergänzt wird. Dafür werden strukturstarke und strukturschwache Stadt- und Landkreise in Ost- und Westdeutschland vertieft und im Längsschnitt untersucht. Dies ermöglicht vertiefende wissenschaftliche Analysen, welche die Zusammenhänge zwischen raumwirksamen Effekten und Einstellungen erhellen. Drittens werden diese repräsentativen und standardisierten Befragungen durch qualitative Fokusgruppen-Diskussionen vertieft, die an Orten innerhalb der Kreispanels durchgeführt werden. Neben einem Basiskanon an Fragen, die regelmäßig zum Einsatz kommen, behandelt der Deutschland-Monitor ein jährlich wechselndes Schwerpunktthema. Im Jahr 2023 lautete der Schwerpunkt »Stadt und Land«, der somit Fragen nach dem Stand der angestrebten gleichwertigen Lebensverhältnisse und räumlicher Gerechtigkeit ins Zentrum rückte.

Die Deutschland-Monitore 2023 bis 2025 sind bewusst als Pilotphase angelegt, um unterschiedliche Forschungsdesigns, Erhebungsmethoden und Frageinhalte zu erproben und kritisch zu reflektieren. Diese Erkenntnisse sollen die Grundlage für eine dauerhafte Konzeption und Verstetigung des Deutschland-

Monitors bilden. Ferner wird ein neuer Weg auch mit dem Buchteil »Debatte« besprochen. So wurden Kolleginnen und Kollegen aus den Sozial- und Geschichtswissenschaften eingeladen, aus ihrer Sicht zu Konzeption, Methodik und Befunden des Deutschland-Monitors kritisch Stellung zu nehmen. An weitere Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner in Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung erging die Bitte, den möglichen Erkenntnisgewinn der vorgelegten Ergebnisse für den eigenen Tätigkeitsbereich abzuwägen. Die Kommentare sind in ihrer schriftlichen Fassung im Buchteil »Debatte« (Kapitel 8) zusammengestellt. Allen Autorinnen und Autoren sei gedankt für ihre Mühe und ihre bedenkenswerten Anregungen.

Dank gebührt ferner folgenden Personen und Einrichtungen für hilfreiche Zusammenarbeit und ermutigende Unterstützung: Michael Miebach, Christiane Scholz, Dr. Andreas Helle und Nadine Pawlowski vom Stab des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Susanne Winge vom Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH), Dolores Domke und Dr. Holger Liljeberg von INFO GmbH, dem Befragungsinstitut Forsa, ferner der Agentur 4s-Design, sowie Jürgen Hotz vom Lektorat des Campus Verlags. Danken möchten wir auch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltungen zum Deutschland-Monitor, die mit ihren Diskussionsbeiträgen zum Gelingen dieser Studie beitragen. Dem Beauftragten der Bundesregierung Staatsminister Dr. Carsten Schneider danken wir für die finanzielle Unterstützung des Projekts.

In den Dank der Herausgeber dieses Buches schließen wir nicht zuletzt unsere Mit-Autorinnen und Mit-Autoren aus dem Deutschland-Monitor-Team ein. Sie haben den Löwenanteil der Arbeit erbracht.

Halle (Saale), Jena und Mannheim im August 2024

Everhard Holtmann, Reinhard Pollak, Marion Reiser

1. Einführung

1.0 Vorbemerkung

Diese Einführung dient der Information über die theoretische Konzeption und die methodische Anlage, über die Zielsetzungen und zentralen Fragestellungen des Deutschland-Monitors 2023. Im Sommer dieses Jahres startete das Projekt mit der Feldphase der Bevölkerungsbefragung in seine auf 3 Jahre angelegte Testphase. Ende September erfolgte mit Vorlage eines Kurzberichts zum Themenschwerpunkt »Stadt und Land« für den diesjährigen Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit (Ostbeauftragter 2023: 41–67) der Stapellauf der datengestützten Untersuchungen. An diese ersten Auswertungen der Umfragedaten anknüpfend und die zum Teil überraschenden Befunde des Kurzberichts aufnehmend, enthält der nachstehende Hauptbericht eine vertiefte und um politische und gesellschaftliche Einstellungen erweiterte Analyse der für Deutschland repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die zwischen Ende Mai und Ende Juli 2023 erstmals durchgeführt worden ist. Diese Haupterhebung wird zum einen durch eine vertiefte Regionalbefragung in strukturstarken und strukturschwachen Kreisen ergänzt. Zum anderen werden diese standardisierten Befragungen durch Fokusgruppendifkussionen vertieft, die im Oktober dieses Jahres in ausgewählten Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung durchgeführt worden sind (sh. Kap. 2).

Im Bewusstsein, dass Deutschland ein Land vielfältiger Biografien und kultureller Hintergründe ist, wurden auch migrationsbiografische Merkmale der Befragten in der Studie mit erhoben. Aufgrund des Schwerpunktes »Stadt und Land« bilden diese, wie auch weitere wichtige Analyseperspektiven (z. B. soziale Ungleichheit oder Generationeneffekte) keinen Schwerpunkt in der vorliegenden Veröffentlichung. Das Potenzial für weiterführende Analysen ist durch die Daten gewährleistet.

1.1 Anstoß und Zielsetzungen

Der Deutschland-Monitor geht zurück auf eine Empfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« (EK-Abschlussbericht 2020: 16). Gegenstand des Projekts ist eine jährlich wiederholte, regional differenzierte und konsekutiv im zeitlichen Längsschnitt vergleichend angelegte Untersuchung, mit der die Beständigkeit und die Veränderungen von politischen und gesellschaftlichen Stimmungslagen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland empirisch erhoben und wissenschaftlich analysiert werden.¹ Neben einem Basisfragenkanon, der regelmäßig zum Einsatz kommt, wird ein jahresaktuell wechselndes Schwerpunktthema (2023: »Stadt und Land«) behandelt. Die für das diesjährige Sonderthema ausgewerteten Umfragedaten auf Basis der repräsentativen Bevölkerungsbefragung sind teilweise bereits in dem Kurzbericht vorgestellt worden, der bereits Ende September dieses Jahres veröffentlicht worden ist.² Der hier vorliegende Hauptbericht basiert auf allen 3 Erhebungen und schließt die gesamte Bandbreite gestellter Fragen ein. Ziel des Deutschland-Monitors ist es Erkenntnisse zu gewinnen, die dazu beitragen können, die Unterstützung der Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken. Angesiedelt in einem demoskopisch dicht besetzten Feld, soll der Deutschland-Monitor in mehrfacher Weise zu politischer Aufklärung beitragen. Seine Befunde, die künftig Jahr für Jahr fortgeschrieben und auf den jeweils aktuellen Stand gebracht werden, dienen zum einen der Politikberatung. Zum anderen sollen seine empirisch fundierten Erkenntnisse Denkanstöße für den öffentlichen Diskurs liefern, der zunehmend durch dramatisierende Zuspitzungen gekennzeichnet ist, die aus der dichten Abfolge großer Krisen herrühren. Deren mentale Nachwirkungen spiegeln sich in den Ergebnissen, wie sie auch in den Diskussionen der die Bevölkerungsbefragung ergänzenden Fokusgruppen Ausdruck fanden (sh. Kap. 6). Solche schockartigen Szenarien reichen von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 über die Corona-Pandemie und nach wie vor schwer kontrollierbare Flüchtlingsströme bis zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den Überfall der

1 Von seinem Vorgänger des Jahres 2022, den die Info GmbH erstellt hat, unterscheidet sich der Deutschland-Monitor 2023 in Konzeption, Methodik, Aufbau des Fragenkanons und analytischem Ansatz, wie z. B. der regionalen Clusteranalyse. Siehe hierzu: Liljeberg, Holger/Krambeer, Sindy: Deutschland-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland, in: Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland: Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Bericht 2022, S. 90–116, www.ostbeauftragter.de

2 Die vollständige Fassung des Kurzberichts ist abgedruckt in: Zum Stand der Deutschen Einheit. Bericht der Bundesregierung 2023. Herausgeber: Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Berlin 2023, www.ostbeauftragter.de

Hamas auf Israel. Vor diesem Hintergrund erscheint eine wissenschaftlich angeleitete Versachlichung der Debatte geboten, um Ängsten und Aufgeregtheiten, Vorurteilen und Feindbildern entgegenzuwirken.

Drittens soll der Deutschland-Monitor den Bedürfnissen der Scientific Community durch Nutzung seiner Daten Rechnung tragen. Dabei soll der Monitor nicht zuletzt in Konzeption und methodischem Vorgehen innovative Anstöße für die sozialwissenschaftliche Erforschung der Politischen Kultur und Sozialkultur der Bundesrepublik Deutschland geben.³ Dies ist insofern eine Herausforderung, als das Feld mit bundesweiten repräsentativen Erhebungen bekanntlich zahlreich besetzt ist. Von etablierten Bevölkerungsumfragen seien hier pars pro toto ALLBUS,⁴ ESS,⁵ GLES,⁶ ARD-DeutschlandTrend und ZDF-Politbarometer genannt. Alle diese Umfragen berücksichtigen zwar auch Ost-West-Verteilungen. Aufgrund ihrer Anlage und der Stichprobengröße erlauben sie jedoch keine differenzierten Betrachtungen auf der regionalen Ebene. In dieser Hinsicht besitzt der Deutschland-Monitor ein Alleinstellungsmerkmal in der Landschaft der Meinungsforschung, das durch sein zukünftig regelmäßiges periodisches Erscheinen und vor allem durch seinen speziellen Ansatz der das gesamte Bundesgebiet erfassenden Regionalisierung und Kontextualisierung der Umfrage gekennzeichnet ist.⁷ Diese beiden zentralen Eckpunkte der Konzeption des Deutschland-Monitors werden in den folgenden Abschnitten näher dargestellt.

1.2 Wo gleichwertige Lebensverhältnisse messbar sind: Regionalität als ein zentraler Untersuchungsansatz

Deutschland ist unbestreitbar ein staatliches Ganzes. Doch seine Politische Kultur und Sozialkultur, verstanden als die Gesamtheit existierender Lebensformen, Einstellungen und Werthaltungen der Gesellschaft (Berg-Schlosser 1972), ist kei-

3 Unter dem Begriff »Sozialkultur« werden Einstellungen, Meinungen, Sitten, Bräuche und andere soziale Praxen subsummiert, die zur ordnenden Gestaltung des sozialen Lebens beitragen (vgl. Deutschland25: 11).

4 Abkürzung für Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften), www.gesis.org/allbus/allbus

5 Abkürzung für European Social Survey, www.europeansocialsurvey.org

6 Abkürzung für German Longitudinal Election Study, www.gesis.org/gles/about-gles

7 Bestehende Länder-Monitore bilden einen föderalen »Flickenteppich« ab. Sie liegen gegenwärtig nur für einen Teil der Bundesländer (vornehmlich ostdeutsche) vor: Berlin (2019 ff.), Brandenburg (2018 ff.), Niedersachsen (2019 ff.), Sachsen (2016 ff.), Sachsen-Anhalt (2007–2020) und Thüringen (fortlaufend seit 2000). Bezüglich Konzeption, Langzeitigkeit des Erscheinens und teilweise auch Untersuchungstiefe unterscheiden sie sich erheblich.

neswegs homogen. Kennzeichnend für Deutschland ist vielmehr seine räumliche Vielgestalt (Mannewitz 2015). Das Institutionengefüge der Bundesrepublik ist für die Heterogenität individueller und kollektiver Orientierungen und Lebensweisen offen. Föderalismus und Kommunale Selbstverwaltung wirken in der Bundesrepublik als historisch tradierte Verfassungseinrichtungen besonderen territorialen Zuschnitts.

Sie haben als Organe der Gesetzgebung, als Exekutive, im Alltag der Verwaltung sowie als Anlaufpunkte bürgerschaftlicher Partizipation in politischen Entscheidungsprozessen traditionell eine zentrale Stellung. Dieser territorial gegliederte und funktional verstreute bundesstaatliche Handlungsrahmen öffnet Räume, in denen eine Vielgestalt von Weltbildern, Lebensentwürfen und an die Staatstätigkeit gerichtete Erwartungen existiert. Die damit verbundene Bandbreite politischer Interessen beeinflusst aufgrund ihrer raumgebundenen, d. h. regionalen bzw. lokalen Verschiedenheit auch die Sichtweisen auf Politik und Gesellschaft in unterschiedlicher Weise.

In dieser Konstellation sind »Struktur« und »Kultur« (Almond/Verba 1963), sind System und Lebenswelten der Bundesrepublik eng aufeinander bezogen. Möglichst genaue und empirisch fundierte Einblicke in die regional unterschichtete Vielfalt der Einstellungen und Verhaltensmuster zu bekommen, die auf Politik sowie auf das öffentliche und private Leben ausgerichtet sind, bietet politisch verantwortlich Handelnden eine wichtige Entscheidungshilfe. Solches Wissen kann ferner gute Dienste leisten für das Nachdenken unserer Gesellschaft über sich selbst.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des im Grundgesetz verankerten Ziels, trotz der regionalen Vielfalt gleichwertige Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG; vgl. auch Kersten et al. 2019; Troeger-Weiß 2022) sowie räumliche Gerechtigkeit – zwischen Ost und West, Stadt und Land – (Huber 2017) zu sichern bzw. herzustellen. Aus diesem Grund hat die Kommission »30 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit« empfohlen, der geplante Deutschland-Monitor solle insbesondere auch »eine Auswertung nach kleinräumigen Regionen« ermöglichen (EK-Abschlussbericht 2020: 16).

Die Konzeption des Deutschland-Monitors 2023 greift diese Anregung auf. Das Vorhaben, die Bedeutung von »Regionalität« in der neuen Bevölkerungsumfrage hervorzuheben, kann im 33. Jahr der deutschen Einheit indes nicht bedeuten, die zum Stereotyp geronnene Annahme unbeschrieben fortzuschreiben, Deutschland verharre nach der Wiedervereinigung im Zustand einer politisch-kulturellen Zweiteilung entlang der ehemaligen Staatsgrenzen. Das Narrativ, der mitunter stockende Prozess des Zusammenwachsens beider Landesteile sei deshalb schwer änderbar, weil sich zu einer Ost-West-Dichotomie durch Fokussierung auf das Trennende fortwährend selbst erneuere, bedarf empirischer

Überprüfung: Ist es tatsächlich so, dass die staatsrechtlich überwundene einstige Demarkationslinie in einem zwischen Ost- und Westdeutschland gespaltenen politischen Bewusstsein gegenwärtig noch fortlebt? Weist das heutige Deutschland, obwohl Aufholerfolge im Prozess der Angleichung ungleicher Lebenslagen und Lebenschancen unübersehbar sind, nach wie vor 2 politische Teilkulturen auf, die einander in Teilen fremd geblieben sind? Und können unterschiedliche Kulturmuster entweder der ehemaligen DDR oder der alten Bundesrepublik geografisch eindeutig zugeordnet werden?

Wie die Befunde des Deutschland-Monitors '23 zeigen, hält dieses vereinfachende Deutungsmuster einem aktuellen Realitätstest nicht stand. Längst treten nämlich regionale Besonderheiten auf, die *gesamtdeutsch* nachweisbar sind. Solche die alten Grenzzäune ignorierenden Eigenheiten finden auch und gerade auf der Einstellungsebene ihren Niederschlag. In Reaktion auf ähnliche regionale Lebensbedingungen bewegen sich regional vorhandene Einstellungen in Ost und West – und ebenso in Nord und Süd – *abhängig von Merkmalen struktureller Ausstattung* der Lebensumfelder tendenziell in die gleiche Richtung. Das bedeutet: Wo sich Lebenslagen der Wohnstandorte bzw. näheren Umgebungen gleichen – zum Teil auch deshalb, weil sie sich seit 1990 weiter angeglichen haben – konvergieren auch politische und gesellschaftliche Einstellungen. Einfluss haben auch, wie die Daten des diesjährigen Deutschland-Monitors zeigen, übereinstimmende oder unterschiedliche räumliche Merkmale, das heißt, ob es sich, unabhängig von der Himmelsrichtung, um strukturstarke bzw. prosperierende oder um strukturschwache bzw. zurückbleibende Regionen handelt. Aus dieser Perspektive werden zwar auch Ost-West-Unterschiede erkennbar, jedoch in einer besonderen regionalisierten Gestalt: Beispielsweise fällt die Differenz der Einstellungen *zwischen* strukturschwachen und strukturstarken Regionen im Osten Deutschlands größer aus als im Westen.

Wahr ist: Die von der Transformationsforschung spät in den Blick gerückten, nach Regionstypus ähnlichen bzw. differierenden Einstellungsmuster werden die Ost-West-Scheidelinie, die oberhalb der Regionen verläuft, nicht vollkommen verschwinden lassen. Landesinnere Disparitäten und deren Wahrnehmung durch die Bevölkerung werden Deutschland noch länger begleiten. Weder ist zu erwarten, dass sich die *longue durée* der ökonomischen Angleichung sprunghaft verkürzt (vgl. Holtemöller 2021), noch ist davon auszugehen, dass sämtliche Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, etwa in der Parteineigung und im Wahlverhalten, zügig nivelliert werden (Reiser/Reiter 2022). Dies ist im Übrigen, eingedenk historisch gewachsener Landesidentitäten, auch aus normativ geleiteter Sicht keineswegs zwingend.

Ein Blick auf die langen Wellen politischer Einstellungen unterstreicht diese Feststellung. Hier zeigen die Kurvenverläufe beispielsweise bei Parteibindung,

Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit ein seit 1990 über die Zeit bemerkenswert konstant gebliebenes West-Ost-Gefälle (Jaeck 2019, Holtmann/Jaeck 2022; Pickel/Pickel 2023). Diese und weitere großformatige Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen werden nicht rasch verschwinden. Doch auf der Ebene unterer Raumeinheiten, d. h. in ost- und westdeutschen Kreisregionen, die entweder strukturell ähnliche oder verschiedene regionale Kontexte aufweisen, formen sich, wie Befunde des Deutschland-Monitors 2023 zeigen, tendenziell ähnliche Einstellungsmuster heraus. Dies hat den Effekt, dass die weit verbreitete Annahme, zwischen Ost und West verlaufe eine abgeschottete Moralgrenze, der Realität nicht entspricht.

Dies festzustellen heißt, nicht auszublenden, dass sich im Einstellungshorizont der Bürgerinnen und Bürger globale, nationale und regionale Ebenen-Effekte überlagern. Stärker als jemals zuvor gibt es in der Gegenwart Mega-Themen, welche die Menschen ganz unabhängig von besonderen regionalen Gegebenheiten umtreiben. Dazu gehört die gegenwärtige »Polykrise«, in denen mehrere massive Bedrohungen und Konflikte zur gleichen Zeit auftreten, wie zum Beispiel Klimawandel, Pandemie, Inflation und die Kriege in der Ukraine und in Nahost. Dadurch werden politische und gesellschaftliche Einstellungen nachweislich tangiert und zum Teil (um)geformt. Als ein formatives Element, das speziell in Ostdeutschland nach wie vor Wirkung entfaltet, ist der dort nach 1990 erlebte »doppelte Transformationschock« zu erwähnen (Brachert 2019; Holtmann 2019: 119 ff.). Diese Erfahrung lässt sich im Spiegel von Aussagen unserer diesjährigen Fokusgruppen dahingehend beschreiben, dass es in Ostdeutschland eine höhere Sensibilität für die ökonomischen Brüche und sozialen Verwerfungen infolge von Transformationsprozessen gibt, die auf dem – vererbten – Erfahrungswissen beruht, dass sicher geglaubte Qualifikationen, Arbeitsplätze, Karrierewege und soziale Umfelder entwertet worden bzw. weggebrochen sind (sh. Kap. 6).

Doch zurück zur Untersuchungsperspektive der Regionalität. Unterhalb des Wahrnehmungshorizonts globaler Krisenherde, das zeigen hier vorgelegte Befunde des Deutschland-Monitors 2023, existiert ein Set von Einstellungen, die eine politisch-kulturelle Trennlinie zwischen prosperierenden und ökonomisch zurückbleibenden Kreisregionen erkennen lassen. Diese Trennlinie verläuft quer zur Ost-West-Dichotomie. In beiden Teilen des Landes weisen die Einstellungsprofile beider Kreistypen jeweils in die gleiche Richtung: Im einen Fall wirkt sich die nähere Umgebung auf die Bewertung von Politik und eigener Selbstwirksamkeit tendenziell positiv, im anderen Fall tendenziell negativ aus.

Es sind, das sei nochmal unterstrichen, regionale *strukturelle* Gegebenheiten, die bewirken, dass Einstellungen, die auf die nähere Umgebung fokussiert sind, einesteils übereinstimmen und sich anderenteils unterscheiden und dann auch auf das Selbstbild, das Gesellschaftsbild und das politische Bewusstsein

abfärben. Dieser Sachverhalt erschließt sich aus der Mikroperspektive: Beispielsweise zeigt eine neuere Untersuchung zur politischen Partizipation in Ost- und Westdeutschland, dass politische Einstellungen und Verhaltensweisen je nach Ortsgröße sowie nach Zugehörigkeit zu strukturstarken oder strukturschwachen Kreisregionen variieren. Für die Erklärungskraft des Ost-West-Differentials hat das so nicht erwartete Folgen. Geordnet nach Ortsgrößenklasse und Raumtypus weisen demnach ost- und westdeutsche Gemeinden Unterschiede wie Gemeinsamkeiten auf, so zum Beispiel hinsichtlich der Wahlbeteiligung, der Wahlpräferenzen und der Bevorzugung der plebiszitären oder der repräsentativen Form der Demokratie (Brachert 2019). Die strukturelle Ausstattung von Regionen wirkt folglich als eine Kontextgröße, die Einstellungen in spezifischer Weise ausformt bzw. prägt. Kontextfaktoren haben mithin für die Konzeption des Deutschland-Monitors zentrale Bedeutung, wie im nächsten Abschnitt der Einleitung noch ausführlicher begründet wird.

Die Annahme einer allgemein nachwirkenden Ost-West-Entfremdung erklärt unseres Erachtens nicht mehr hinreichend, dass politische Einstellungen und Verhaltensweisen in beiden Teilen des Landes unterschiedlich auftreten. Stattdessen ist zu vermuten, dass das dichotomische Erklärungsmuster durch regional spezifische raumstrukturelle Bedingungen gefiltert bzw. gedimmt wird. Zur Überprüfung der Hypothese werden im Deutschland-Monitor Einstellungs- und Strukturdaten miteinander verknüpft. Die Bevölkerungsbefragung ist zweistufig angelegt. Der bundesweit repräsentativen Haupterhebung schließt sich eine regionalisierte Vertiefungserhebung an. Auf diese Weise wird es möglich, die regionale Bodenhaftung der politischen Kultur und Sozialkultur genauer zu vermessen.

Schon die für den Kurzbericht vorgenommene Auswertung der Haupterhebung zum Schwerpunktthema »Stadt und Land« hat ergeben, dass zwischen Einstellungen der Bevölkerung und strukturellen Merkmalen ihrer Wohnorte und Heimatregionen ein Zusammenhang besteht. Im Kurzbericht überprüft nach den Strukturmerkmalen der Ortsgröße und des Grades regionaler »Ländlichkeit«, fallen im bundesweiten Vergleich der Regionen die subjektiven Bewertungen von Lebensqualität, Standortgüte sowie sozialem Zusammenhalt und Herausforderungen vor Ort je nach Regionstyp unterschiedlich und einheitlich aus (Ostbeauftragter 2023: 41–67). Der auf Basis derselben Struktur-Indikatoren vorgenommene Ost-West-Vergleich von Einstellungen zeigt intraregional wie interregional Abweichungen und Gemeinsamkeiten auf. Schon dieses differenzierte Vorab-Ergebnis widerspricht der Vorstellung, beide Teile des Landes befänden sich in einem Zustand erstarrter politisch-kultureller Gegensätzlichkeit.

1.3 Zugang zu Politik durch den Seiteneingang: Politisch-kulturelle Prägung durch kleinräumige Kontexteffekte

Regionalität ist, wie angedeutet, nicht nur ein Ausdruck der schieren Größe unterstaatlicher Raumeinheiten. Regionen entfalten vielmehr aufgrund ihrer spezifischen *sozialräumlichen* Beschaffenheit auch eine kulturell prägende Wirkung. Gemäß der untersuchungsleitenden Annahme, dass neben globalen Problemen und nationalen Themen auch das regionale bzw. lokale nähere Umfeld die Einstellungen dort lebender Menschen beeinflusst, wurden für die Befragung im Rahmen der regionalen Vertiefungsstudie insgesamt 8 Stadt- und Landkreise in Ost und West nach den Kriterien »strukturschwach« und »strukturstark« ausgewählt (Format und Auswahl sh. Kap. 2.2). Die zusätzliche Einbeziehung solcher kreisregionalen Kontextfaktoren in die Untersuchung ist ein Markenzeichen der Architektur des Deutschland-Monitors.

Inwieweit es die Strukturmerkmale kleinräumiger Lebenswelten, d. h. deren siedlungs- und sozialstrukturellen, demografischen und ökonomischen Lagebedingungen und Entwicklungspotentiale sind, welche die Bewertung politischer und gesellschaftlicher Sachverhalte und Vorgänge seitens der jeweiligen Einwohnerschaft prägen, ist seit längerem ein Thema der empirischen Wahl- und Einstellungsforschung. Im Rückblick zeichnet sich ein vollzogener Paradigmenwechsel dieses Forschungszweigs ab. Die ältere Gemeindeforschung und lokale Politikforschung der 1980er und frühen 1990er Jahre setzte sich gegen frühere romantisierende Vorstellungen von einer lokale Identität stiftenden örtlichen Gemeinschaft ab und diagnostizierte eine »abnehmende Bedeutung der Lokalität« als »prägendem Lebenskontext« (Böltken 1987: 147 f.; auch Göschel 1987). Stattdessen beobachtete sie eine zunehmende »Differenzierung der Lebensbezüge«, »denen keine Raumeinheit entspricht« (Göschel 1987: 100). Sie sah in Nachbarschaftsbeziehungen der näheren Umgebung vornehmlich »nur Chancen für die Realisierung von Konfliktpotentialen« (Klages 1981: 348) und stellte eine allenfalls symbolische Ortsbezogenheit fest (Göschel 1987: 103; schon Treinen 1965). Demgegenüber betont die heutige Gemeinde-, Wahl- und Einstellungsforschung, die Ausdifferenzierung lokaler Lebenslagen keineswegs anzweifelnd, stärker die meinungswirksamen und bewusstseinsbildenden Effekte raumbundener Kontexte. Dass die lokalen Nahwelten mit ihren spezifischen Lebensbedingungen und Sozialbeziehungen die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen der Menschen wesentlich formen, zeigen neuere Kommunalstudien hinlänglich auf (van Deth/Tausendpfund 2013; Heyme et al. 2018; Reiser/Holtmann 2008).

Innerhalb der jüngeren Forschung wird »Kontext« allerdings unterschiedlich verstanden. Angelehnt an eine Definition von John Books und Charles Prysby (1991), denen zufolge es sich bei Kontexten um geografisch begrenzte soziale

Einheiten handelt, die in identifizierbaren Personen konkrete Gestalt annehmen (Schäfer/Schmitt-Beck 2017: 111),⁸ verstehen Wahlforscher aus dem Umfeld der GLES-Forschungsgruppe unter kontextuellen Einflüssen Vorgänge diskursiv vermittelter Anpassung. Den Transfer von Kontextsignalen übernehmen demzufolge Diskussions-Netzwerke, wo Personen sich daheim oder außer Haus über Politik austauschen (Ebenda: 113). Weichen dabei die Ansichten Beteiligter vom herrschenden Meinungsklima ihrer Gesprächsrunden – das ist der hier gemeinte »kontextuelle« Faktor – ab, baut sich in einer solchen Umgebung ein Anpassungsdruck auf, der die Wahlabsicht unter Umständen verändert (Ebenda: 127; zur kontextbedingten Verunsicherung von Nichtwählern vgl. auch Sachsen-Anhalt-Monitor 2015).

Eine Studie, in der die Gründe für die Wahlentscheidung zugunsten der AfD bei Kreistagswahlen in Thüringen untersucht wurde, kommt zu einem ähnlichen Befund. Demzufolge ist ein »politisch-kulturelles Raumklima« ursächlich für den Wahlerfolg der AfD (Richter et al. 2019). In schrumpfenden Gemeinden ist laut den Autoren der Studie ein signifikanter Zusammenhang dieses atmosphärischen Effekts mit einem höherem AfD-Wahlergebnis nachweisbar. Strukturelle Kontextfaktoren hätten demgegenüber in städtischen wie ländlichen, in sozio-ökonomisch besser- wie schlechter gestellten Kreisen eine erwiesenermaßen geringe Erklärungskraft (Ebenda: 15 f.; neuestens Kerker et al. 2023). Das Fazit stützt die Einschätzung der erwähnten GLES-Studie, das dort gemessene regional unterschiedliche Verteilungsmuster rückläufiger Wahlbeteiligung sei eher auf die erwähnten »kontextuellen« Effekte zurückzuführen und weniger auf »kompositionelle« Faktoren, worunter hier eine Häufung bestimmter sozialstruktureller und demografischer Merkmale in Wahlkreisen verstanden wird (Schäfer/Schmitt-Beck 2017: 125).

Zu anderen Ergebnissen gelangen Untersuchungen, in denen anhand ausgewählter struktureller Indikatoren, konkret der langfristigen Entwicklung von Einwohner- und Beschäftigtenzahlen, 2 Kreistypen, nämlich »Gewinnerregionen« und »Schockregionen«, unterschieden und mit in diesen Kreisregionen erhobenen Einstellungsdaten verknüpft werden. Die AfD bezog demzufolge bei den ostdeutschen Landtagswahlen 2019 einen Gutteil ihrer neuen Stärke aus einem überdurchschnittlichem Wählerzuspruch in Schockregionen (Brachert et al. 2020: 29). Eine den methodischen Ansatz übernehmende Analyse der Auswirkungen struktureller Bestimmungsgründe für politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland ergab, dass in Gewinnerregionen die Demokratiezufriedenheit und die Zustimmung zur repräsentativen Demokratie höher ausfiel,

8 »... by local context we mean a really defined group of people« (zit. bei Schoen et al. 2017: 111).

wohingegen in Schockregionen das Institutionenvertrauen Schaden genommen hatte (Brachert 2019: 288).

Auf Landesebene beschritt der Thüringen-Monitor 2022 (»Politische Kultur in Stadt und Land«) einen verwandten Pfad, indem er an die aktuelle wissenschaftliche Debatte über sogenannte »abgehängte« ländliche bzw. periphere Regionen anschloss (vgl. hierzu u. a. de Lange 2023; Dijkstra et al. 2020; Hannemann et al. 2023; Rodríguez-Pose 2018; Reiser et al. 2023). Um herauszufinden, inwieweit Einstellungsmuster von der »Ländlichkeit« des Wohnorts abhängen, wurden bei der Stichprobe 4 Ländlichkeitsklassen berücksichtigt. Insgesamt ergab sich auf der Basis dieser nach dem Grad von Ländlichkeit unterscheidenden Typisierung, »dass selbst in einem eher kleinen und ländlich geprägten Bundesland wie Thüringen zum Teil erhebliche Einstellungsunterschiede zwischen »Stadt« und »Land« bestehen (Reiser et al. 2023: 117). In ländlichen Regionen ist demzufolge das Gefühl des »Abgehängtseins« vergleichsweise stark verbreitet. Eine resignative Einschätzung von lokalen Struktur- und Lebensbedingungen färbt auch auf politische Einstellungen wie z. B. die Unterstützung der Demokratie, negativ ab (Ebenda).

Wir stellen die Erklärungskraft informaler Kontext-Transponder wie »Raumklima« und »discussant networks« nicht infrage. Es erscheint durchaus vorstellbar, auch die Prägestkraft solcher und anderer informaler Umfeld-Anreize zum Beispiel in späteren Fokusgruppendifkussionen zu überprüfen. Gleichwohl geben wir strukturellen Indikatoren für die Untersuchung unterschiedlicher regionaler Kontexteffekte im Deutschland-Monitor den Vorzug (Indikatoren sh. Kap. 2). Gestützt auf Arbeiten, die einen solchen strukturellen Erklärungsansatz verfolgen (Heyme et al. 2018; Jaeck/Kleine 2019; ferner Giebler/Regel 2017; Vehrkamp/Wegschaidter 2017; Franz et al. 2018), gehen wir von der Annahme aus, dass strukturelle Kontextfaktoren für die individuelle Raumbefobachtung, die Befragte in ihrem näheren Lebensumfeld vornehmen und in Einstellungen über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft übersetzen, eine wesentliche Rolle spielen.

Als Grundlage zur Überprüfung dieser Annahme werden im Deutschland-Monitor im Rahmen der regionalen Vertiefungsstudie die Wahrnehmungen und Einstellungsmuster der Bevölkerung in strukturstarken und -schwachen Kreisen genauer erhoben. Dies erlaubt die vergleichende Untersuchung regionaler Bestimmungsgründe von politischen und gesellschaftlichen Einstellungen. Angelehnt an die wirtschaftsgeografische Raumbeforschung, an Kriterien der Strukturförderung und an aktuelle Forschungen zum Zusammenhang von räumlichen Ungleichheiten und politischen Einstellungen (u. a. Dijkstra et al. 2020), wurde für jeden Kreis (kreisfreie Städte und Landkreise) in Deutschland auf Basis von Primärdaten der in der INKAR-Datenbank verfügbaren Raumstatistik nach 3 strukturellen Hauptdimensionen – Teilhabe und Infrastruktur,

Entwicklung des Humankapitals und wirtschaftlicher Outcome – ein Gesamtindex errechnet, der die Prosperität des jeweiligen Kreises anzeigt. Auf dieser Basis wurden insgesamt 8 Kreise ausgewählt: jeweils 2 Kreise mit geringer Prosperität in West- und Ostdeutschland sowie jeweils 2 Kreise mit hoher Prosperität in West- und Ostdeutschland (sh. Kap. 2). Dies erlaubt mögliche Wechselwirkungen zwischen unterschiedlicher Prosperität einerseits und dem jeweiligen Landesteil (Ost/West) andererseits herausarbeiten zu können. Zudem können dank dieses Vorgehens relativ feingezeichnete Struktureliefs von Kreisen mit Tableaus von Einstellungen, die auf gleicher kreisregionaler Ebene angesiedelt sind, analytisch zusammengeführt werden. Zusätzlich erweist sich dafür auch ein weiteres von uns verwendetes Instrument, der Sozialitätsindex (sh. Kap. 3.7), als aussagekräftig. Dieser regionalisierte Untersuchungsansatz ergänzt die für Deutschland repräsentative Bevölkerungsbefragung und hat sich bei der Bearbeitung des diesjährigen Schwerpunkts zum Thema »Stadt und Land« bewährt.

1.4 Unterscheiden sich »Stadt« und »Land« bei gesellschaftlichen Einstellungen und politischen Sichtweisen? Zum Schwerpunktthema 2023

»Stadt« und »Land« sind seit jeher politisch konnotiert. Im spätmittelalterlichen Weckruf »Stadtluft macht frei!« klang die emanzipatorische Gründungsbotschaft der modernen europäischen Stadt früh an. Demgegenüber wurden ländliche Lebensformen und ihr sozialer Träger, die ländliche Bevölkerung, bis in das 20. Jahrhundert hinein in literarischen Zeugnissen wahlweise zur bodenständigen Idylle verklärt oder als parochial, das heißt über Kirchturmspitzen nicht hinausblickend, belächelt.

Die Vorstellung eines gleichsam natürlichen Gegensatzes von Stadt und Land ist längst überholt. Beschleunigt durch die Schubkraft der Bevölkerungsbewegungen während der frühen Nachkriegsjahre sowie später freigesetzte Pendlerströme⁹ und Suburbanisierungsprozesse, sind urbane und ländliche Daseinsbedingungen, was die Lebensgestaltung, die Trennung von Arbeits- und Wohnort oder öffentliche Funktionen der Räume angeht, in der Gegenwart eng verflochten (BMEL 2016: 4). Heute unterliegen urbane Lebenslagen und das Leben auf dem Land nicht nur in sogenannten Speckgürteln großer Verdichtungsräume, sondern mit Ausläufern bis in entlegene Gebiete hinein gemeinsam einem Strukturwandel, der unterschiedlichen Geschwindigkeiten folgt und je nach Raumty-

⁹ www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/topmeldungen/pendeln-2022.html (13.10.2023)

pus auch wechselnde Krisensymptome austreibt. Städter klagen etwa über Wohnungsnot, die ländliche Bevölkerung vermisst unter anderem erreichbare Facharztpraxen und einen dicht getakteten öffentlichen Nahverkehr.

Wie wir im Kurzbericht zum diesjährigen Themenschwerpunkt unter Verweis auf den Forschungsstand bereits ausgeführt haben (Ostbeauftragter 2023: 41–67), folgt das räumliche Nebeneinander ökonomischer und sozialer Ungleichheiten nicht simplen Verteilungsmustern nach Stadt und Land sowie nach Ost und West. Vorteilhafte wie nachteilige Standortbedingungen weisen sowohl Räume auf, die strukturell als städtisch ausgewiesen sind, als auch ländliche Regionen (BBSR 2023, BMEL 2020, Küpper 2016). Allerdings ist, wie der Thüringen-Monitor 2022 am Beispiel dieses Bundeslandes aufzeigt, in ländlichen bzw. peripheren und wenig oder gar nicht prosperierenden Regionen das Gefühl, »abgehängt zu sein«, vergleichsweise stark verbreitet (Reiser et al. 2023). Eine so wahrgenommene Benachteiligung wirkt sich offenbar nachteilig auf die Unterstützung der Demokratie aus, beeinträchtigt aber nicht zwangsläufig auch das Vertrauen in die Tragfähigkeit sozialer Kontakte. Denn in ländlichen Regionen Thüringens empfinden befragte Bewohnerinnen und Bewohner einen starken sozialen Zusammenhalt (Ebenda: 4, 7–9). Aspekte der Gefühlslage des »Abgehängtseins« werden in Kapitel 3.6 dieses Monitor-Hauptberichts ebenfalls aufgegriffen (sh. Kap. 3.7).

In Kenntnis des Forschungsstandes haben wir die zentrale Frage, wie der unterschiedliche Stand der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Räumen seitens der dort lebenden Menschen bewertet wird, wie folgt operationalisiert: Wie wird anhand von gegensätzlichen Wahlmöglichkeiten – zum Beispiel »wohlhabend« versus »arm« – das Lebensumfeld am eigenen Wohnort eingeschätzt? Welche Noten werden für die dort vorhandene oder fehlende Infrastruktur vergeben? Wie werden Lebensqualität, Standortgüte und sozialer Zusammenhalt vor Ort beurteilt und besteht ein Zusammenhang zwischen den vorpolitischen Bewertungen der Verhältnisse am Wohnort und politischen Einstellungen?

Erste Antworten auf diese Fragen lieferte als detaillierte Auswertung auf der Datengrundlage der Haupterhebung der Kurzbericht (Ostbeauftragter 2023). Um die Erklärungskraft der Annahme zu prüfen, dass die wahrgenommenen Lebensbedingungen am Wohnort und in der näheren Umgebung die Einstellungen der Menschen mitprägen, haben wir u. a. eine Ländlichkeits-Typologie, die in raumstrukturelle Varianten untergliedert ist,¹⁰ sowie das in der Einwohnerstatistik gebräuchliche Ortsgrößen-Schema, das nach Einwohnerzahl insgesamt

¹⁰ In das Konstrukt »Ländlichkeit« gehen neben raumstrukturellen Merkmalen auch sozialökonomische Indikatoren ein. Hierzu detailliert der Kurzbericht in: Ostbeauftragter 2023: 45 (FN 38).

7 Ortsgrößenklassen unterscheidet, verwendet. Im Vorgriff auf die vertiefenden Analysen und Ausführungen sei an dieser Stelle auf 2 in den Schlussbetrachtungen des Kurzberichts hervorgehobene Ergebnisse verwiesen: Ost-West-Unterschiede treten zwar auf, aber »der Osten« steht nicht bei jeder abgefragten Dimension schlechter da. Außerdem entkräften die Daten das landläufige Vorurteil, per se seien Städte gut ausgestattet und ländliche Räume unterversorgt (siehe Ostbeauftragter 2023: 62 f.).

1.5 Datenreihen im zeitlichen Längsschnitt – Ausblick in die Zukunft

Wie lange reicht die Aussagekraft aktuell erhobener Einstellungsdaten über den Tag hinaus? – Diese Frage beschäftigt Wissenschaft und Politik gleichermaßen. Auch für den Deutschland-Monitor gilt: Wer Genaueres über »Haltbarkeitsdauer« und Wandelbarkeit von Stimmungen und Einstellungen wissen will, die zu einem bestimmten Zeitpunkt abgefragt werden, benötigt dafür inhaltlich gleichbedeutende Vergleichswerte aus vorhergehenden Umfragen. Auf längere Sicht wird daher die *intertemporale* Analyse, die den Erhebungszeitraum umschließt, der sich mit jeder wiederholten Umfrage sukzessiv verlängert, die *interregionale* Analyse, die jahresaktuelle Befunde liefert, ergänzen und den Erkenntnisgewinn des Deutschland-Monitors erweitern.

Im Jahr 2023 erstmals in erneuertem Format ins Feld gebracht, kann der Deutschland-Monitor eine Historisierung seiner Daten aus sich selbst heraus naturgemäß noch nicht leisten. Erst im Laufe der Testphase und der Jahre danach lässt sich aus jährlich erhobenen Daten eine Zeitreihe aufbauen, die aussagekräftige Längsschnitt-Betrachtungen ermöglicht.

1.6 Basiskanon und Themenschwerpunkt – Fragenkomplexe der Bevölkerungsumfrage 2023

Der Fragebogen der Bevölkerungsumfrage ist zweiteilig angelegt. Ein konstanter *Basiskanon* umfasst 2023 und in den nächsten Jahren folgende Variablen-Komplexe:

- *Sozialräumlicher Kontext* (Territoriale Verbundenheit – Bewertung der allgemeinen, örtlichen und persönlichen wirtschaftlichen Lage und Entwicklung)
- *Das Selbst im politischen System* (Responsivität der Politik – Institutionenvertrauen – Demokratievorstellung – Politische Selbstverortung – Ideologische Polarisierung – Staatshilfe oder Eigenverantwortung)

- *Subjektive Bewertung der Deutschen Einheit* (Vorteile und Nachteile, Gewinner oder Verlierer der Einheit)
- *Soziale Deprivation* (Selbstwirksamkeit, Empfundene Verteilungsgerechtigkeit und Einordnung »auf der Verliererseite des Lebens«)
- *Soziodemografische Merkmale der Befragten*

Hinzu kommt ein variierender Fragenkomplex für das jährlich wechselnde *Schwerpunktthema*. Für den diesjährigen Themenschwerpunkt »Stadt und Land« wurden folgende Einschätzungskomplexe abgefragt:

- Persönliche Charakterisierung des Wohnorts anhand gegensätzlicher Begriffspaare
- Subjektive Bewertung der lokalen Infrastruktur
- Herausforderungen und Stärken am Wohnort
- Lebensqualität, Standortgüte und sozialer Zusammenhalt (3 Dimensionen des Sozialitätsindex)

Die Datensätze von Haupterhebung und Vertiefungserhebung werden über GESIS für weitere wissenschaftliche Auswertungen zur Verfügung gestellt.

2. Methodisches Vorgehen

Die Erhebung des Deutschland-Monitors 2023 unterteilt sich in insgesamt 3 Erhebungen: Zum einen wurden 2 standardisierte Teilerhebungen separat voneinander mit dem gleichen Umfrageprogramm durchgeführt. Diese beiden Teilerhebungen sind die sogenannte *Haupterhebung*, eine deutschlandweite Repräsentativbefragung der deutschsprachigen Wohn-Bevölkerung ab 16 Jahren, sowie die *regionale Vertiefungserhebung* der gleichen Grundgesamtheit auf regionaler Ebene. Letztere bietet die Grundlage für das im Laufe des Deutschland-Monitors entstehende rollierende regionale Panel. Dieses wird, ebenso wie die initiale regionale Vertiefungserhebung, nach der Beschreibung des methodischen Vorgehens in Kapitel 2.2 näher erläutert. Zum anderen wurden diese quantitativen Erhebungen durch Fokusgruppendifkussionen in ausgewählten Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung qualitativ vertieft und erlauben somit eine Kontextualisierung (Kap. 2.3).

2.1 Haupterhebung

Der Deutschland-Monitor 2023 wurde mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) durch das Feldinstitut Forsa im Zeitraum vom 26.05.2023 bis zum 27.06.2023 durchgeführt.

2.1.1 Stichprobenziehung und Feldverlauf

Aufgrund der sinkenden Erreichbarkeit von Personen über das Festnetz sowie der weiten Verbreitung sogenannter Mobile-Only-Haushalte, die ausschließlich über das Mobilfunknetz erreichbar sind, wurde die Haupterhebung des Deutschland-Monitors 2023 als Dual-Frame-Erhebung bestehend aus einer Festnetz- und einer Mobilfunkstichprobe konzipiert. Der Arbeitskreis Deutscher Markt- und So-

zialforschungsinstitute (ADM) empfiehlt seit seinem Forschungsbericht aus 2012 der Arbeitsgruppe »Dual-Frame-Ansätze« ein Mischverhältnis von Festnetz- zu Mobilfunkstichprobe von 70/30 (der Nettofallzahl) auf der Grundlage des kosten-effizienten Schätzers (ADM 2012). Auch wenn neuere Literatur wie beispielsweise Sand (2018) oder Strippel und Emmer (2021) aufgrund der Änderungen des Telekommunikationsverhaltens seit der Veröffentlichung dieses Berichtes einen höheren Mobilfunkanteil nahelegen, wurde bei der Empfehlung des ADM verblieben, da ein höherer Mobilfunkanteil auch einen Einfluss auf die Feldzeit gehabt hätte. Für spätere Erhebungen des Deutschland-Monitors wird jedoch eine Erhöhung des Mobilfunkanteils in Erwägung gezogen.

Insgesamt wurden für die Haupterhebung 4.003 Interviews über Festnetz und Mobilfunk geführt. Zum Erreichen dieser Interviewzahl wurde aus dem ADM-Mastersample eine Festnetzstichprobe von $m_F = 109.961$ Rufnummern gezogen. Aus der Auswahlgrundlage für Mobilfunkstichproben wurden $m_C = 20.763$ Rufnummern zufällig ausgewählt. Das ADM-Mastersample, das eine modifizierte Grundlage nach Gabler und Häder (Gabler/Häder 1997) darstellt, umfasste zum Zeitpunkt der Erhebung 147,66 Millionen Rufnummern. Die 346,52 Millionen Rufnummern umfassende Auswahlgrundlage für Mobilfunkstichproben basiert auf einen angepassten *Random Digit Dialing* (RDD)-Ansatz auf Grundlage der durch die Bundesnetzagentur vergebenen Blöcke für Mobilfunkrufnummern (Heckel et al. 2014). Die Auswahl im Rahmen der Festnetzstichprobe ist 2-stufig und beginnt mit der Ziehung einer Festnetznummer, gefolgt von einer Auswahl der zu befragenden Person innerhalb des Haushaltes. Zur Personenauswahl wurde das sogenannte Last-Birthday-Verfahren angewendet, bei dem die Kontaktperson, die beim ersten Kontakt durch eine Rufnummer erreicht wird, nach derjenigen erhebungsrelevanten Person im Haushalt gefragt wird, die zuletzt Geburtstag hatte. Da ein Mobiltelefon im Gegensatz zu einem Festnetzanschluss als personenbezogener Gegenstand bewertet wird, war ein solcher Schritt bei der Mobilfunkstichprobe nicht notwendig.

Innerhalb der Feldzeit von 4 Wochen führte das Umfrageinstitut Forsa zwischen 92 und 268 Interviews pro Tag durch insgesamt ca. 150 Interviewerinnen und Interviewer durch. Die Nettobefragungszeit lag dabei bei ca. 28 Minuten. Rufnummern wurden zwischen ein und 13-mal kontaktiert, durchschnittlich jedoch 1,7-mal. 75 Prozent aller Rufnummern wurden nicht häufiger als zweimal kontaktiert.

Die aggregierten Ergebnisse der Feldzeit lassen sich anhand der Tabelle (Tab. 1) getrennt nach der Festnetz- und der Mobilfunkstichprobe nachvollziehen. Beginnend ab der initialen Bruttostichprobe werden alle stichprobenrelevanten Ergebnisse sowie deren absolute und relative Häufigkeit dargestellt. Die als »stichprobenneutrale Ausfälle« angeführten Ergebnisse beinhalten Kontakte außerhalb

der Zielpopulation (z. B. durch Rufnummern von Unternehmen) oder sind nicht-existierende Rufnummern. Gerade letztere sind aufgrund der Auswahlgrundlage bei Telefonstichproben (nach Gabler-Häder-Verfahren) häufig sehr hoch (für nähere Informationen siehe etwa: Gabler/Häder 2009; Sand 2015). Da diese in der Regel nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben, werden sie aus der Bruttostichprobe herausgerechnet, um die bereinigte Bruttostichprobengröße zu ermitteln (Porst 1996). Daher werden in der Tabelle 1 auch 2 Anteile dargestellt, wobei sich der Wert in der Klammer auf den Anteil an der bereinigten Bruttostichprobe bezieht.

Anhand dieser Angaben lassen sich sowohl die Bruttoausschöpfungsrate als auch die Response Raten nach AAPOR-Vorgabe berechnen. Die Bruttoausschöpfung ergibt sich als Quotient der Anzahl der abgeschlossenen Interviews zur tatsächlichen Bruttostichprobe. Im Fall der Hauptstudie lag diese bei 2,5 im Festnetz und 6 im Fall der Mobilfunkstichprobe. Die AAPOR Response Rate 1 berechnet sich auf ähnliche Weise, wobei anstelle der Bruttostichprobengröße das bereinigte Brutto verwendet wird. Bei der AAPOR Response Rate 5 wird das bereinigte Brutto um die Kontaktergebnisse unbekannter Rückmeldung bereinigt. Diese beinhalten alldiejenigen Ergebnisse, bei denen nicht nachvollziehbar ist, ob sich hinter der gewählten Rufnummer potenziell eine Person der Grundgesamtheit befindet oder nicht. Beide Response Raten bilden damit die Bandbreite der möglichen Ausschöpfung der Stichprobe (AAPOR 2023). Die Ergebnisse der Response Raten, die für RR1 12,4 bzw. 13,1 betragen, scheinen zwar niedrig, sind jedoch für Telefonbefragungen mittlerweile zu erwarten (Strippel/ Emmer 2021; Häder/Sand 2019).

Ergebnis	Festnetz	Anteil		
		Festnetz	Mobilfunk	
Bruttostichprobe	109.961	100%	20.763	100%
Kein Anschluss	79.189	72,2%	9.350	45%
Kein Privatanschluss	4.123	3,8%	585	2,8%
Fax/Modem	2404	2,2%	219	1,1%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP kann Interview nicht folgen	987	0,9%	127	0,6%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP spricht nicht ausreichend deutsch	821	0,7%	920	4,4%
Stichprobenneutrale Ausfälle	87.524	79,8%	11.201	53,9%
Bereinigtes Brutto	22.167	20,2% (100%)	9.562	46,1% (100%)
Offene Terminvereinbarungen	4.546	4,1% (20,5%)	1.699	8,2% (17,8%)
Anrufbeantworter	1.804	1,6% (8,1%)	1.970	9,5% (20,6%)
Niemand meldet sich	1.562	1,4% (7%)	772	3,7% (8,1%)
Immer besetzt	54	0% (0,2%)	324	1,6% (3,4%)
Unbekannte Rückmeldung	7.966	7,3% (35,9%)	4.765	22,9% (49,8%)
Verweigerung	11.102	10,1% (50%)	3.267	15,7% (34,2%)
Abgebrochenes Interview	351	0,3% (1,6%)	275	1,3% (2,9%)
Interview abgeschlossen	2.748	2,5% (12,4%)	1.255	6% (13,1%)
AAPOR RR1		12,4		13,1
AAPOR RR5		19,4		26,2

Tab. 1: Kontaktsergebnisse der Haupterhebung

2.1.2 Gewichtung

Bei der Gewichtung gilt es grundsätzlich zwischen der Design- und Anpassungsgewichtung zu unterscheiden. Erstere ist immer dann notwendig, wenn Erhebungseinheiten (z. B. Personen oder Haushalte) mit unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten gezogen werden (Sand/ Kunz 2020).

Die Auswahl der Rufnummern folgt sowohl im Festnetz als auch für die Mobilfunkstichprobe einer uneingeschränkten Zufallsauswahl. Allerdings gibt es mehrere Faktoren, die dennoch eine Designgewichtung erforderlich machen.

- Durch die Dual-Frame-Erhebung (ohne vorheriges Screening) haben Personen, die sowohl über einen Festnetz- als auch einen Mobilfunkanschluss verfügen, eine höhere Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe zu gelangen.
- Personen, die über mehr als einen Festnetz- und/oder Mobilfunkanschluss verfügen, haben eine höhere Auswahlwahrscheinlichkeit als Personen mit nur einem Anschluss.
- Durch die zweistufige Auswahl bei der Festnetzstichprobe haben Personen in Haushalten mit weiteren erhebungsrelevanten Personen eine niedrigere Auswahlwahrscheinlichkeit.

Aufgrund der Dual-Frame-Erhebung wird in der Regel der sog. Karlton-Anderson-Ansatz empfohlen, dessen Gesamtauswahlwahrscheinlichkeit (π_i) einer Person i sich bei 2 unabhängigen Stichproben aus 2 Auswahlgrundlagen durch

$$\pi_i = \pi_i^A + \pi_i^B - \pi_i^A * \pi_i^B$$

berechnen lässt (Lohr 2011).

Nach Gabler und Häder (2009) ist der Term $\pi_i^A * \pi_i^B$ im Fall von Dual-Frame-Telefonbefragungen sehr klein, weswegen sich bei dieser Art der Umfragen die Auswahlwahrscheinlichkeit einer Person i mit

$$\pi_i \approx m^F / M^F * k_i^F / z_i * k_i^C$$

angeben lässt. M^F und M^C sind dabei die entsprechenden Auswahlrahmengrößen für Festnetz (F) und Mobilfunk (C). m^F und m^C bezeichnen die unbereinigten Bruttostichprobengrößen, während k_i^F und k_i^C die Anzahl der Anschlüsse (Rufnummern) einer Person für Festnetz und Mobilfunk sind. Mit z_i wird die Anzahl der erhebungsrelevanten Personen im Haushalt berücksichtigt.

Dieser Ansatz wurde auch für die Berechnung der Auswahlwahrscheinlichkeiten im Deutschland-Monitor verwendet. Hierbei wurde jedoch die Anzahl der Rufnummern auf den Maximalwert von 4 begrenzt, um starke Ausreißer und unplausible Angaben zu reduzieren. Im Anschluss wurde das Designgewicht d_i als Inverse der Auswahlwahrscheinlichkeit berechnet:

$$d_i = 1/\pi_i$$

Die Anpassungsgewichtung bzw. Kalibrierung dient hingegen dazu, Verzerrungen aufgrund von Antwortverweigerungen zu reduzieren. Die Annahme, die dabei zugrunde liegt, ist, dass die Ausfälle *Missing at Random* (MAR) sind. Dies bedeutet, dass die Ausfälle zwar mit verschiedenen Hilfsvariablen, jedoch nicht mit dem Untersuchungsgegenstand selbst zusammenhängen. Diese Annahme wird

in der Regel von den wenigsten Erhebungen tatsächlich erfüllt, jedoch kann das Anpassen der Gewichte anhand von bestimmten (soziodemografischen) Hilfsvariablen zumindest dazu beitragen, eine Verzerrung zu reduzieren (Sand/ Kunz 2020).

Als Hilfsvariablen wurden im Fall des Deutschland-Monitors die Verteilung der über 16-Jährigen nach Bundesland, Geschlecht, Alter, höchstem schulischen Abschluss und Ost-/ Westdeutschland¹¹ verwendet.

Zur Anpassungsgewichtung können unterschiedliche Vorgehensweisen herangezogen werden. Allen gleich ist jedoch, dass dafür Angaben aus Grundgesamtheit und Stichprobe benötigt werden. Im Fall des Deutschland-Monitors wurde der Mikrozensus 2022 als externe Quelle zur Verteilung der Grundgesamtheit herangezogen.

Als Verfahren selbst wurde ein sogenanntes Raking-Verfahren nach Deming und Stephan (1941) verwendet, bei dem iterativ die Randverteilungen bis zur Konvergenz der Soll- (Grundgesamtheit) und Ist- (designgewichtete Stichprobe) Verteilung angepasst werden. Das finale Gesamtgewicht wurde dann als Produkt aus Design- und Anpassungsgewicht berechnet. Zur Varianzreduktion des Schätzers wurde zuletzt dieses Gewicht noch auf das 98 Prozent-Perzentil der Verteilung getrimmt.¹²

2.2 Regionale Vertiefung

Die regionale Vertiefungserhebung dient der Betrachtung der Entwicklung der (Kern-) Themen des Deutschland-Monitors auf regionaler Ebene. Von besonderem Interesse ist dabei auch die Entwicklung von strukturstarken und -schwachen Regionen. Aus diesem Grund wurde mit der Neuauflage des Deutschland-Monitors ab 2023 die regionale Vertiefung angepasst, um solche Entwicklungen und Unterschiede besser beurteilen zu können. Dazu wurde beginnend ein Indikator entwickelt, der dazu beiträgt, strukturstarke und -schwache Regionen auf Kreisebene zu identifizieren. Gerade um die Entwicklung der Einstellungen in den nach strukturellen Kriterien ausgesuchten Regionen besser beurteilen zu können, wurde das rollierende Kreispanel als Ansatz zur regionalen Vertiefung eingeführt. Beide Neuerungen werden in den folgenden beiden Absätzen genauer erläutert, bevor abschließend die Realisierung der regionalen Erhebung für das Jahr 2023 dargestellt wird.

11 Dabei gilt Ostdeutschland = ostdeutsche Bundesländer und das frühere Ostberlin; Westdeutschland = westdeutsche Bundesländer und das frühere Westberlin.

12 Zur Begründung und Abwägung zum Trimmen der Gewichte siehe z. B. Sand und Kunz (2020).

2.2.1 Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS)

Um die mehrdimensionalen Einflüsse auf die Prosperität einer Region im Rahmen des Deutschland-Monitors besser beurteilen zu können, wurden im Vorfeld der Erhebung die *Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS)* entwickelt. Aus diesen Indikatoren, die 6 Subdimensionen der Prosperität messen, lassen sich einmal 3 Hauptdimensionen der Prosperität erstellen, die dann wiederum in einem Gesamtindex zusammengefasst werden können. Ein wichtiger Fokus der späteren Beurteilung im Kontext des Deutschland-Monitors war die Abkehr von einem vermeintlich einfachen Vergleich von ost- und westdeutschen Bundesländern hin zu einem Vergleich der Regionen in Relation zu deren (geografischen) Umfeld. Daher werden die ILTIS-Indikatoren separat für alte und neue Bundesländer berechnet.¹³ Die Aufteilung nach Einzelindikatoren sowie Hauptdimensionen sind in der nachstehenden Abbildung nachvollziehbar (Abb. 1).

Aus dieser Darstellung wird ersichtlich, dass die Beurteilung einer Region hoher, mittlerer oder niedriger Prosperität anhand der Dimensionen *Teilhabe und Infrastruktur, Entwicklung des Humankapitals und wirtschaftliche Outcome-Indikatoren* vorgenommen wird.

Die dazugehörigen Subdimensionen berechnen sich anhand unterschiedlicher Variablen auf Kreisebene. Diese entstammen den Statistiken des Bundesinstituts für Bau- und Stadt- und Raumplanung (BBSR), die auf der INKAR-Datenbank abzurufen sind. Getrennt nach Haupt- und Subdimensionen wurden die folgenden Variablen ausgewählt:

Teilhabe und Infrastruktur

↓

Arbeitsmarkt:

- Beschäftigtenquote: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter
- SGB II-Quote: Anteil Leistungsbeziehende nach SGB II und nach SGB XII je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

Versorgung:

- Ärztinnen und Ärzte: je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner

¹³ Die 3 Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind in der deutschlandweiten repräsentativen Befragung enthalten; in der regionalen Vertiefungsstudie in den Landkreisen und kreisfreien Städten wurden sie aufgrund ihrer besonderen Struktur hingegen in der Auswahl berücksichtigt.



Abb. 1: Dimensionen und Variablen von ILTIS

- Grundversorgung Supermarkt: Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt/Discounter
- Breitbandversorgung: Anteil der Haushalte mit Breitbandversorgung mit 100 Mbit/s in Prozent
- Kommunale Schulden: in Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner

Entwicklung Humankapital

↓

Quantitative Dimension:

- Median des Gesamtwanderungssaldos der letzten 10 Jahre: Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner

- Median des Berufseinsteigersaldos der letzten 10 Jahre: Binnenwanderungssaldo der Einwohnerinnen und Einwohner von 25 bis unter 30 Jahren je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Altersgruppe

Qualitative Dimension:

- Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss: Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne
- Hauptschulabschluss an den Schulabgängerinnen und Schulabgängern in Prozent

Wirtschaftliches Outcome

↓

Regionale Aggregate:

- Bruttoinlandsprodukt: in 1.000 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner
- Bruttowertschöpfung tertiärer Sektor: Anteil Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor an der Bruttowertschöpfung in Prozent

Mikroebene:

- Haushaltseinkommen: Durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner
- Medianeinkommen: Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Euro

Diese Darstellung zeigt, dass die einzelnen Variablen, die zu Subindizes zusammengefasst werden, stark unterschiedliche Wertebereiche haben. Das einfache Zusammenfassen anhand der Summe der Ausprägungen würde daher zu einer deutlich höheren Bedeutung derjenigen Variablen im (Sub-)Index führen, die den größten Wertebereich haben. Im Rahmen von ILTIS werden die einzelnen Variablen der Subindizes jedoch als gleich-bedeutungsstark bewertet. Deshalb wurden die einzelnen Variablen durch das Min-Max-Verfahren auf den Wertebereich von jeweils 0 bis 1 normiert. Die normierten Variablen (x') berechnen sich dabei nach:

$$x' = \frac{x - \min(x)}{\max(x) - \min(x)}$$

Das Min-Max-Verfahren ermöglicht, dass alle Variablen im gleichen Wertebereich sind, während der relative Abstand zweier Ausprägungen vor und nach der Normierung gleich bleibt.

Zusätzlich wurde die Richtung der Variablen SGB II-Quote, Grundversorgung Supermarkt, kommunale Schulden und Schulabgängerinnen und Schulabgänger

ohne Abschluss gedreht, sodass hohe Werte einen schlechteren Wert mit sich führen.

Da die einzelnen Subindikatoren unterschiedlich viele Variablen beinhalten, würde das einfache Aufsummieren der Subindizes zu Indikatoren der Hauptdimension zu einer indirekten Bedeutungsgewichtung der Subdimensionen führen, die sich aus einer Vielzahl von Variablen berechnen. Die Subindizes wurden deshalb nochmals auf den Wertebereich zwischen 0 und 1 nach dem gleichen Verfahren normiert. Im Anschluss wurden die Indizes der Hauptdimensionen als Summe der Subindizes berechnet.

Der Gesamtindex berechnet sich dann als Summe der Werte der 3 Hauptdimensionen und hat einen (theoretischen) Wertebereich zwischen 0 und 6. Zur Einordnung von Kreisen hoher, mittlerer und niedrigerer Prosperität wurde die Verteilung dieses Gesamtindex getrennt nach Ost- und Westdeutschland betrachtet. Die Zuordnung zu Kreisen hoher und niedriger Prosperität erfolgte anhand der Perzentilgrenzen. Kreise, deren Wert des Gesamtindex' zu den niedrigeren 20 Prozent der Verteilung gehören (getrennt nach Ost und West), wurden den Kreise mit niedriger Prosperität zugeordnet. Kreise, die einen Gesamtindex oberhalb der 80 Prozent der Verteilung hatten, werden als Kreise mit hoher Prosperität bezeichnet. Die mittleren 60 Prozent sind entsprechend Kreise mittlerer Prosperität. Die Berechnung wurde unter Ausschluss von Berlin, Hamburg und Bremen gemacht, da diese aufgrund ihrer Stellung als Bundesland und Gemeinde das Bild verzerren würden.

Die Verteilung der Prosperität nach Kreisen gemessen nach ILTIS wird in der folgenden Übersichtskarte für Deutschland dargestellt (Abb. 2).

2.2.2 Aufbau des rollierenden Kreispanels

Die ILTIS-Indikatoren dienen im Rahmen der Hauptstudie dazu, ein besseres Verständnis über den Zusammenhang zwischen der Region, aus der eine Person stammt, und dem Antwortverhalten, den Einstellungen und Meinungen dieser Person zu bekommen. Von besonderem Interesse ist jedoch auch, wie und ob sich das Antwortverhalten, (politische) Einstellungen oder beispielsweise die Verbundenheit mit einer Region in Abhängigkeit der Prosperität dieser entwickelt. Ein Fokus wird dabei auf die Unterschiede zwischen stark prosperierenden Regionen und denjenigen mit geringer Prosperität gelegt.

Darüber hinaus ist auch das Zusammenspiel zwischen der Entwicklung einer Region und der Einstellungen und Meinungen der Befragten von erheblichem Interesse. Um genau diese Punkte besser beobachten und messen zu können, wurde

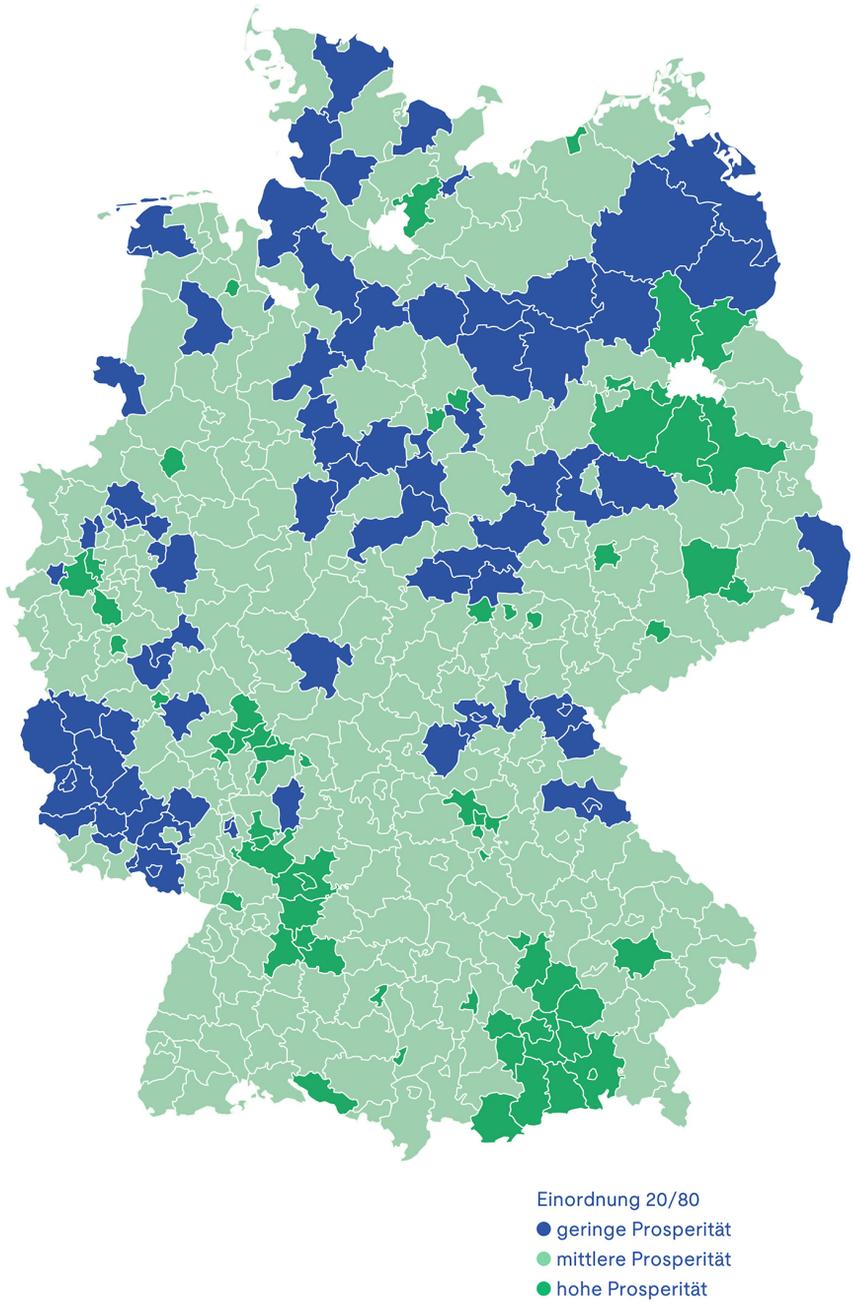


Abb. 2: Kreise nach Prosperität

mit der Neuauflage des Deutschland-Monitors das rollierende Kreispanel eingeführt.

Die Idee des rollierenden Kreispanels ist zunächst die Verfolgung mehrerer Kreise über einen längeren Zeitraum. Gleichzeitig soll gewährleistet werden, dass Fehlschlüsse über den Einfluss der Prosperität auf Einstellungen und Meinungen von Befragten aufgrund von Eigenheiten bestimmter Regionen möglichst gering gehalten werden. Daher wird ein Vorgehen verfolgt, wie es in folgender Übersicht dargestellt ist (Abb. 3).

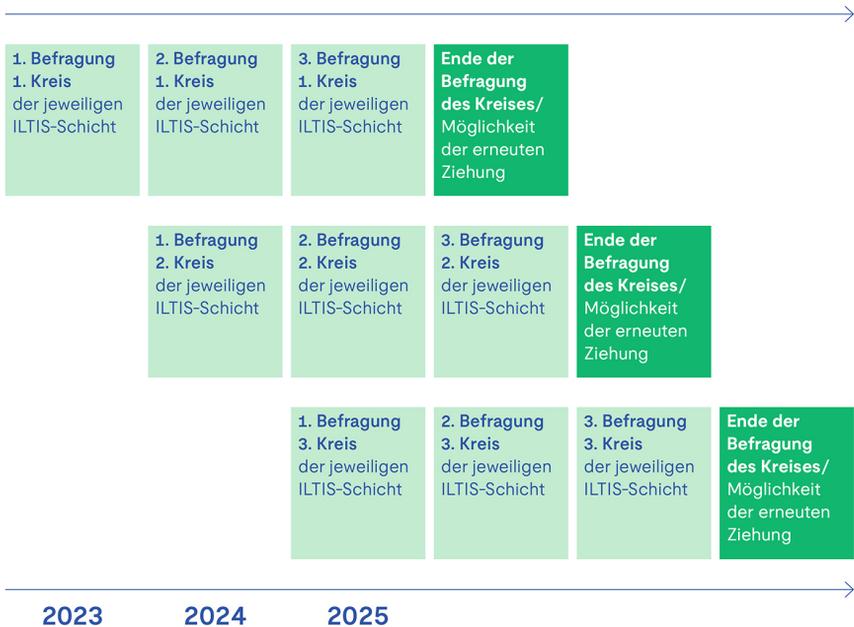


Abb. 3: Rollierendes Kreispanel

Das rollierende Kreispanel folgt jedem ausgewählten Kreis über den Zeitraum von 3 Jahren. Mit jedem Jahr der Erhebung des Deutschland-Monitors werden neue Kreise für den gleichen Zeitraum aus der Menge der zum Zeitpunkt der Ziehung noch nicht im Kreispanel vorhandenen Kreise ausgewählt. Dieses Vorgehen wird für jedes Jahr des Deutschland-Monitors fortgesetzt. Somit kommen ständig neue Kreise in die regionale Betrachtung, während Kreise, die über 3 Jahre befragt wurden, wieder in die Auswahlgrundlage für zukünftige Ziehungen zurückwandern. Wichtig ist bei diesem Vorgehen, dass nicht die Befragten selbst, sondern lediglich die Kreise für die Dauer von 3 Jahren durchgehend befragt wer-

den. Von Jahr zu Jahr wird also innerhalb der ausgewählten Kreise jeweils eine neue Stichprobe gezogen.

Da der Vergleich der Unterschiede von Kreisen mit hoher und geringer Prosperität von Bedeutung ist, wird für das rollierende Kreispanel eine geschichtete Zufallsauswahl der Kreise gezogen. 4 Schichten sind dabei relevant. Die Trennung erfolgt nach hoher und geringer Prosperität sowie nach Ost- und Westdeutschland. Dadurch sind (ab 2024) in jedem Jahr je 3 Kreise mit hoher und niedriger Prosperität jeweils in Ost- und Westdeutschland in der Regionalen Vertiefung.

Die Auswahl der Kreise erfolgt mit einer Wahrscheinlichkeit proportional zur Höhe des ILTIS-Gesamtindex innerhalb der jeweiligen Schicht. Die Ziehung der Kreise erfolgt unter der Verwendung des Cox-Algorithmus' für kontrolliertes Runden (Cox 1987).

Der Deutschland-Monitor 2023 weicht von dem Vorgehen des rollierenden Kreispanels leicht ab. Während jedes künftige Erhebungsjahr 4 Kreise neu gezogen werden, wurden diesmal, um Vergleiche besser zu ermöglichen, 8 Kreise ausgewählt. Innerhalb jedes Kreises wurde mit einer Stichprobengröße von 500 Befragten geplant, sodass für die regionale Vertiefungserhebung über alle 4 Schichten hinweg 4.000 Befragte zur Verfügung stehen.

2.2.3 Stichprobenziehung der regionalen Vertiefungserhebung

Auch für die Vertiefungserhebung wurde als Befragungsmodus eine CATI-Befragung gewählt. Das Problem bei regionalen CATI-Befragungen besteht jedoch darin, dass Mobilfunkstichproben nahezu nicht möglich sind, da sich Mobilfunknummern im Gegensatz zu Festnetzanschlüssen anhand ihrer Systematik nicht einer geografischen Region zuordnen lassen (Sand 2015). Daher basiert die regionale Vertiefung auf einer reinen Festnetzstichprobe.

Die Stichprobe selbst erfolgte ebenfalls auf Basis des ADM-Mastersamples im Zeitraum 03.07.2023 bis zum 28.07.2023 durch Forsa. Die Zielpopulation innerhalb der Kreise blieb unverändert. Insgesamt wurden brutto 196.621 Rufnummern gezogen. Die durchschnittliche Befragungszeit betrug 27 Minuten. Die Ergebnisse der Kontaktversuche können mit folgender Tabelle (Tab. 2) nachvollzogen werden.

Auch hier fällt eine für Telefonstichproben gewöhnliche Response Rate 1 und 5 mit Werten von 12,9 und 20,2 auf. Analog zur Hauptstudie steht diese im Kontrast zur recht geringen Brutto-Ausschöpfungsquote von 2. Der Grund hierbei ist ebenfalls die hohe Anzahl an Kontakten zu Rufnummern, die nicht vergeben sind. Dies lässt sich, wie bereits zuvor beschrieben, anhand der Erstellung der Auswahlgrundlage begründen.

Ergebnis	Anzahl	Anteil
Bruttostichprobe	196.621	100%
Kein Anschluss	144.910	73,7%
Quote erfüllt*	9.106	4,6%
Kein Privatanschluss	5.494	2,8%
Fax/Modem	3.477	1,8%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP kann Interview nicht folgen	1.573	0,8%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP spricht nicht ausreichend deutsch	892	0,5%
Stichprobenneutrale Ausfälle	165.452	84,1%
Bereinigtes Brutto	31.169	15,9% (100%)
Offene Terminvereinbarungen	6.989	3,6% (22,4%)
Anrufbeantworter	1.867	0,9% (6%)
Niemand meldet sich	2.338	1,2% (7,5%)
Immer besetzt	50	0% (0,2%)
Unbekannte Rückmeldung	11.244	5,7% (36,1%)
Verweigerung	15.258	7,8% (49%)
Abgebrochenes Interview	646	0,3% (2,1%)
Interview abgeschlossen	4.021	2% (12,9%)
AAPOR RR1		12,9
AAPOR RR5		20,2

Tab. 2: Kontaktergebnisse der regionalen Vertiefungserhebung

* In der vorliegenden Teilerhebung wurde keine Nettofeldsteuerung durchgeführt. Vielmehr meint dieses Ergebnis, dass bereits gezogene Rufnummern nicht angewählt wurden, da mit den vorhandenen Rufnummern die Zielvorgabe von 500 Interviews pro Kreis bereits erreicht wurden.

Die abgeschlossenen Interviews pro Kreis teilen sich wie folgt auf:

- Duisburg, Stadt: 507 Interviews
- Wiesbaden, Stadt: 504 Interviews
- Landkreis Birkenfeld (Rheinland-Pfalz): 504 Interviews
- Augsburg, Stadt: 500 Interviews
- Landkreis Dahme-Spreewald: 502 Interviews
- Landkreis Prignitz: 504 Interviews
- Salzlandkreis: 500 Interviews
- Weimar, Stadt: 500 Interviews

Die Abweichung von den Vorgaben der 500 Interviews pro Kreis lassen sich anhand von bereits bestehenden und abgeschlossenen Terminvereinbarungen begründen.

2.2.4 Gewichtung der regionalen Vertiefungserhebung

Die Designgewichtung der regionalen Vertiefungserhebung erfolgte analog zur Hauptstudie. Da diese Erhebung jedoch lediglich auf einer Auswahlgrundlage beruht, verkürzt sich die vorherige Formel zur Berechnung der Auswahlwahrscheinlichkeit auf

$$\pi_i = m^F / M^F * k_i^F / z_i$$

Die Auswahlwahrscheinlichkeiten wurden jeweils auf der Grundlage der einzelnen Kreise berechnet. Als Bruttostichprobengröße wurden daher die einzelnen Bruttostichproben getrennt nach Kreisen verwendet. Gleiches gilt für die Anzahl der Rufnummern innerhalb der Auswahlgrundlage.

Weil mit der regionalen Vertiefungserhebung nicht beabsichtigt wird, einen Schätzwert für Gesamtdeutschland zu erhalten, und lediglich die bereits ausgewählten Kreise miteinander (und mit der Hauptstichprobe) verglichen werden, wurde auf die Berücksichtigung der Auswahlwahrscheinlichkeit der Kreise für die Berechnung der Designgewichte verzichtet. Da weiterhin die beiden Erhebungen jeweils getrennt voneinander und nicht als gemeinsamer Datensatz verwendet werden, wurde ebenfalls darauf verzichtet, ein gemeinsames Designgewicht für beide Erhebungen in einem Datensatz zu berechnen.

Für die Anpassungsgewichtung wurde das gleiche Ranking-Verfahren wie in der Hauptstudie verwendet. Jedoch unterscheidet sich die Auswahl der Anpassungsvariablen. Diese beschränken sich auf Alter, Geschlecht und den höchsten schulischen Abschluss. Zur Anpassung wurden ebenfalls die Daten des Mikrozensus 2022 verwendet. Die Anpassungsgewichtung erfolgte jedoch auf Kreisebene für die über 16-Jährigen.

Zuletzt wurden, wie auch in der Hauptstudie, die Gesamtgewichte als Produkt von Design- und Anpassungsgewicht auf das 98-Prozent-Perzentil der Verteilung getrimmt.

2.3 Fokusgruppenbefragung

Zusätzlich zur repräsentativen Bevölkerungsbefragung und der regionalen Vertiefungsstudie wurden im Oktober 2023 insgesamt 4 Fokusgruppendifkussionen an 4 Standorten in den 8 zufällig ausgewählten Kreisen der Vertiefungsstudie durchgeführt. Bei der Auswahl der Standorte wurden zu gleichen Teilen ost- und westdeutsche sowie strukturstarke und strukturschwache Kreise berücksichtigt. Die teilnehmenden Personen stammen aus Orten unterschiedlicher Größenklassen innerhalb eines Landkreises (von Dorf bis mittlere Stadt) bzw. aus unterschiedlichen Stadtteilen der einbezogenen kreisfreien Stadt. Der qualitative Teil umfasste dabei eine Auswahl von 33 Personen, die nach den soziodemografischen Merkmalen Alter, Bildung und Geschlecht deterministisch rekrutiert wurden. Diese wurden weiterhin nach Ost- und Westdeutschland sowie nach strukturstarken und -schwachen Kreisen gegliedert. Die durchschnittliche Diskussionsdauer betrug 120 Minuten.

Die Anwendung der qualitativen Methode von Fokusgruppen-Diskussionen ergänzt die Befunde der standardisierten Befragungen in spezifischer Weise. Die Auswertung der Protokolle vermittelt sehr anschaulich persönliche Eindrücke davon, welch hoher Erwartungsdruck und welches Ausmaß an kritischen Reaktionen den politisch verantwortlich Handelnden seitens der Bevölkerung in den gegenwärtigen Zeiten einer seit Jahren andauernden Polykrise entgegengebracht wird. Zum Ausdruck kommt aber auch eine gewisse Krisenresilienz, das heißt die Fähigkeit, auch strukturschwachen regionalen Lebensräumen etwas Positives abzugewinnen.

»Es wird immer alles gut. Bevor der Karren an die Wand gefahren wird, zieht irgendjemand die Bremse. Wenn man immer alles doof findet, muss man doch selbst mal was machen.« (sh. Kap. 6)

Der Ergebnisbericht der Fokusgruppen ist in diesem Hauptbericht vollständig abgedruckt (Kap. 6). Die Ergebnisse sind außerdem in Analysen und Kapitel des Hauptberichts eingeflossen.

3. Schwerpunktthema: Stadt und Land

3.1 Problemaufriss

Die Kluft, die zwischen dem normativen Politikziel, gleichwertige Lebensverhältnisse anzustreben, und der real existierenden Disparität von Lebenslagen und Lebenschancen besteht, ist für die Politik eine dauerhafte Herausforderung und beschäftigt auch die Wissenschaft intensiv. Dabei sind 2 Erkenntnisse unstrittig: Ökonomische und soziale Ungleichheit hat auch eine räumliche Gestalt. Das heißt, sie tritt in verschiedenen Gebietseinheiten mehr oder minder deutlich zutage. Zudem lässt sich die unterschiedliche Anordnung von Lebensbedingungen im Raum nicht als simple Stadt-Land-Dichotomie einordnen. Sie muss vielmehr als Stadt-Land-Kontinuum verstanden werden, mit fließenden Übergängen und vielfältigen Überschneidungen zwischen den Polen »Ländlichkeit« und »Urbanität« (vgl. u. a. Kenny/Luca 2021; Reiser et al. 2023).

Unter solchen Bedingungen den Forderungen nach räumlicher Gerechtigkeit (»Spatial Justice« nach Huber 2017) nachzukommen, ist für die zielgenaue staatliche und kommunale Strukturförderung eine große Herausforderung. Hier bieten Einstellungsdaten eine wichtige Planungs- und Entscheidungshilfe.

Wie »ländlich« bzw. »städtisch« nehmen Bewohnerinnen und Bewohner ihre eigene Gemeinde und deren nähere Umgebung wahr? Wie bewerten sie die dortige Infrastrukturausstattung? Welche Herausforderungen und welche Stärken werden am Wohnort wahrgenommen? Diese Fragen werden in den folgenden Abschnitten von Kapitel 3 aufgenommen.

3.2 Zentral oder abseits? Charakterisierung des Wohnortes

Auch wenn nach dem Stand der wissenschaftlichen Debatte eine rein dichotome Kategorisierung unterkomplex und überholt ist, leben »Stadt« und »Land« häufig als stereotype Vorstellungen in den Köpfen der Menschen fort. Um den Vor-

stellungen und Wahrnehmungen zum Thema »Stadt und Land« näher auf den Grund zu gehen, wurden den Befragten Gegensatzpaare zur Charakterisierung ihres Wohnorts vorgelegt, die auf einer Skala von 0 bis 10 beantwortet werden sollten.¹⁴

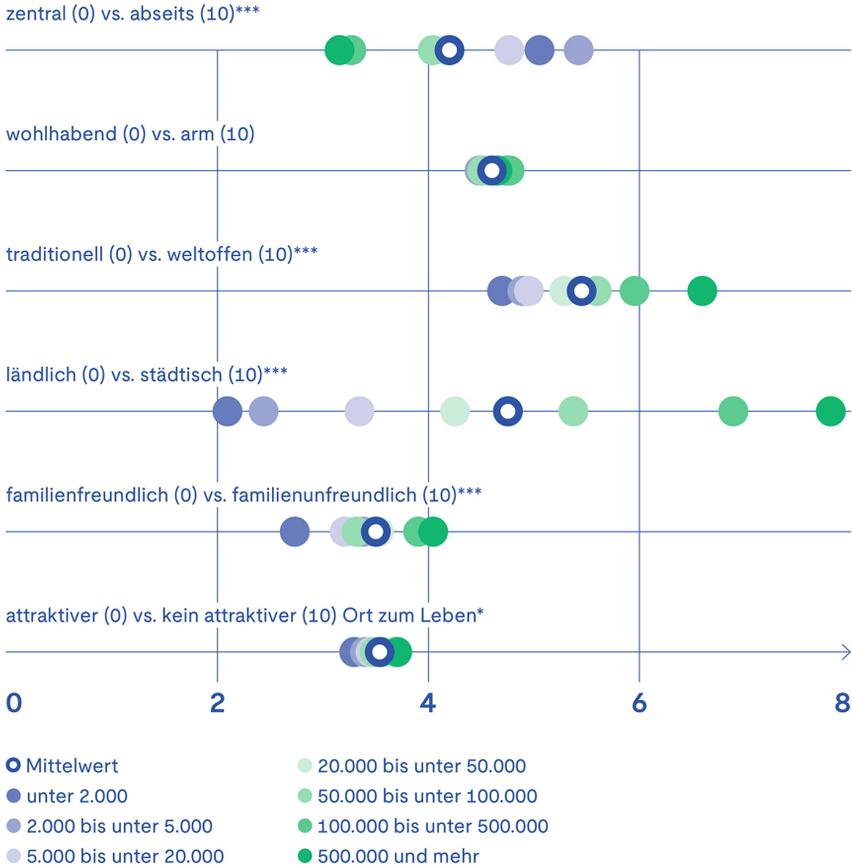


Abb. 4: Charakterisierung des Wohnortes mit Hilfe von Gegensatzpaaren und in Abhängigkeit von Ortsgrößenklassen (Mittelwertvergleich)

Erläuterung: Zur verbesserten Darstellung wurde der Wertebereich der X-Achse nur von 0 bis 8 angegeben. Der tatsächliche Wertebereich der Skalen liegt bei allen Gegensatzpaaren zwischen 0 und 10.

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

¹⁴ Die nachfolgenden Berichtsteile sind dem Kurzbericht des Deutschland-Monitor 2023 im vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland vorgelegten Bericht der Bundesregierung 2023 zum Stand der Deutschen Einheit entlehnt und um weiterführende Analysen ergänzt worden (vgl. Ostbeauftragter 2023: 41–64).

Hinsichtlich des wahrgenommenen »ländlichen versus städtischen« Charakters der Wohnorte zeigt sich, der Siedlungsstruktur entsprechend, eine große Bandbreite von sehr ländlichen bis hin zu sehr städtischen Wohnorten. Dabei ergibt sich erwartungsgemäß ein sehr starker Zusammenhang mit der Ortsgröße (sh. Abb. 4), wie auch in der regionalen Vertiefungserhebung ersichtlich wird.

Städtische Regionen werden durchschnittlich als weltoffener gesehen, ländlichere Regionen hingegen eher als von traditionellen Mustern geprägt. Hinsichtlich der Charakterisierung als »wohlhabend versus arm« bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Ortsgrößenklassen. Bemerkenswert ist jedoch, dass es auch keine signifikant unterschiedliche Einstufung des Wohnortes in Regionen mit guter sozioökonomischer Lage im Vergleich zu Regionen mit schlechterer sozioökonomischer Lage nach dem Thünen-Indikator¹⁵ gibt (sh. Abb. 5). In der repräsentativen Bevölkerungsbefragung zeigen die Daten keinen solchen Zusammenhang, wohl aber in der regionalen Vertiefungsstudie: Deren Daten legen signifikante Unterschiede zwischen den untersuchten Regionen mit hoher Prosperität und geringer Prosperität offen (sh. Abb. 6). Die westdeutschen kreisfreien Städte Wiesbaden (hohe Prosperität) und Duisburg (geringe Prosperität) bilden dabei die äußeren Pole der Wohlstandseinschätzung. Zudem zeigen sich bei dieser Wohlstandseinschätzung der Gemeinde Ost-West-Unterschiede: Die Wohnorte werden in Ostdeutschland deutlich und signifikant als weniger wohlhabend eingestuft als in Westdeutschland (4,5 zu 5,0 Skalenpunkte).

Familienfreundlichkeit wird häufig als eine Stärke des ländlichen Raums herausgestellt. Dieser Standortvorteil spiegelt sich – zumindest graduell – auch in den hier vorgestellten Bewertungen der Gemeinden wider, da größere Städte tendenziell als weniger familienfreundlich wahrgenommen werden. Dies korrespondiert auch mit den Befunden zur Infrastruktur (sh. Kap. 3.3 und 3.4): Im ländlichen Raum werden die Kinderbetreuungseinrichtungen signifikant besser bewertet. Umgekehrt wird gerade in Großstädten die Verfügbarkeit von Kindertagesstätten und schulischen Einrichtungen als größere Herausforderung für den Wohnort genannt (sh. Abb. 9).

Insgesamt nehmen die Befragten ihren Wohnort mehrheitlich und eindeutig als einen attraktiven Ort zum Leben wahr.¹⁶ Dies tun sie gemäß den Daten der Haupterhebung des Deutschland-Monitors unabhängig davon, ob sie in Ost- oder Westdeutschland, in einem Dorf mit nur wenigen hundert Einwohnerinnen und Einwohnern oder in einer Millionenstadt wohnen oder ob sie in einem ländlichen oder städtischen Raum mit guter oder schlechter sozioökonomischer Lage

15 Vgl. zur ausführlichen Erläuterung des Indikators der Typologie ländlicher Räume: Küpper 2016.

16 Dies entspricht auch den Erkenntnissen des Thüringen-Monitors 2022, vgl. Reiser et al. 2023.

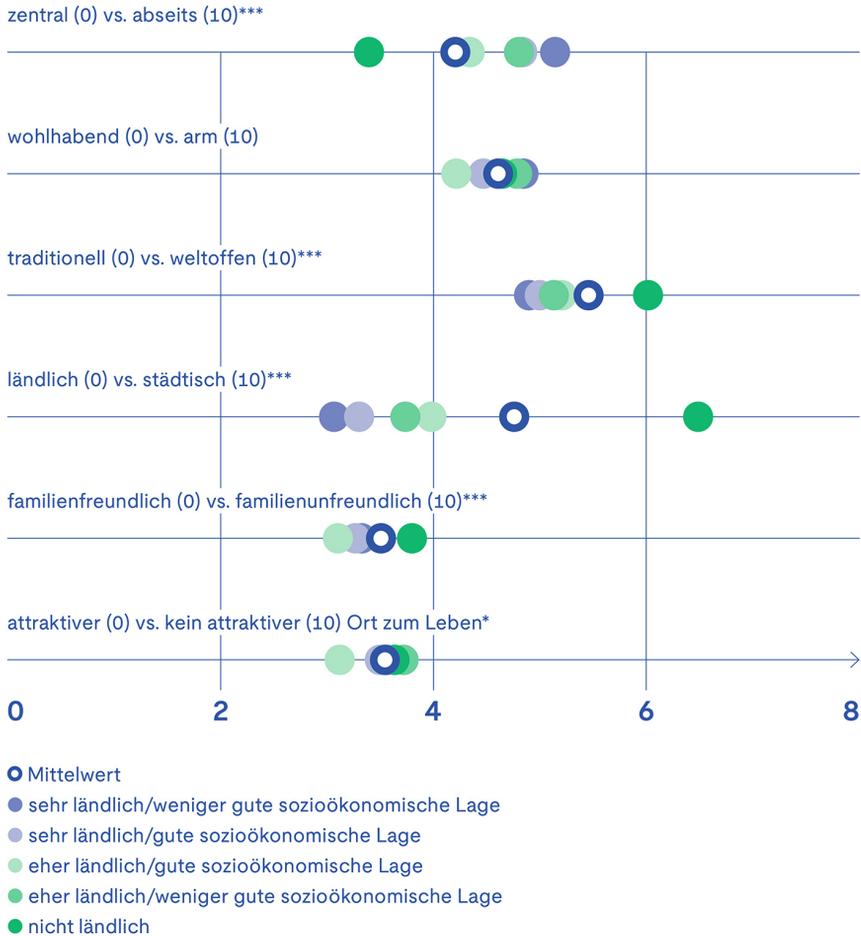


Abb. 5: Charakterisierung des Wohnortes mit Hilfe von Gegensatzpaaren und in Abhängigkeit des Thünen-Ländlichkeitsindex (Mittelwertvergleich)

Erläuterung: Zur verbesserten Darstellung wurde der Wertebereich der X-Achse nur von 0 bis 8 angegeben. Der tatsächliche Wertebereich der Skalen liegt bei allen Gegensatzpaaren zwischen 0 und 10.

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

leben. Weniger als 2 Prozent der Befragten stufen ihren Wohnort überhaupt nicht als attraktiven Ort zum Leben ein (Antwortkategorie »10«).

Gemischer ist das Bild den Daten der regionalen Vertiefungserhebung zufolge. Zwar liegen auch hier die Mittelwerte für die Kreisregionen allesamt unter dem Skalenmittelpunkt von 5. Dennoch ist die Spannweite zwischen den Kreis-mittelwerten mit einer Differenz von bis zu 2,5 Skalenpunkten deutlich größer als in den entsprechenden Aggregatmittelwerten der Haupterhebung. Die kreisfreie

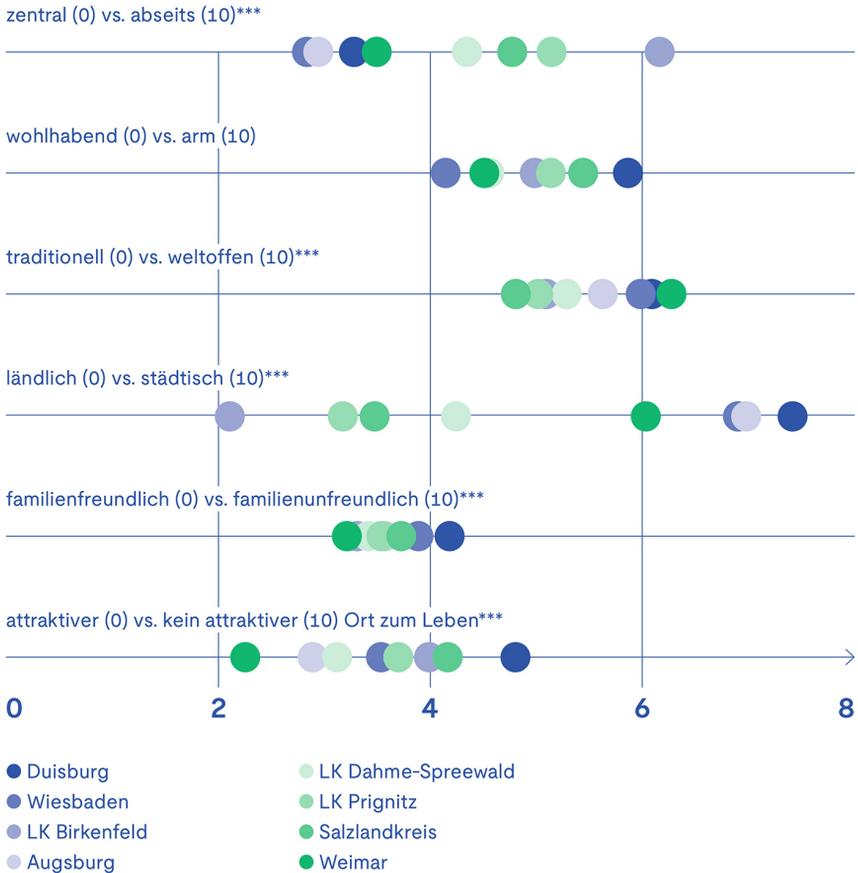


Abb. 6: Charakterisierung des Wohnorts mit Hilfe von Gegensatzpaaren nach Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung (Mittelwertvergleich)

Erläuterung: Zur verbesserten Darstellung wurde der Wertebereich der X-Achse nur von 0 bis 8 angegeben. Der tatsächliche Wertebereich der Skalen liegt bei allen Gegensatzpaaren zwischen 0 und 10.

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Stadt Weimar (Ost, hohe Prosperität) nimmt bei der subjektiven Wahrnehmung als lebenswert eine Spitzenposition (2,3 Skaleneinheiten) ein, während Duisburgs Wohnbevölkerung (West, geringe Prosperität) ihrer Stadt mit 4,8 Skaleneinheiten ein gemischtes Zeugnis ausstellt. Auch in den übrigen Kreisen mit geringer Prosperität fallen die Noten für die Attraktivität des Wohnorts unterdurchschnittlich aus. Lokale Gegebenheiten der sozioökonomischen Lage stehen demzufolge in einem Zusammenhang mit der wahrgenommenen Attraktivität des Wohnorts. Dennoch: Alle untersuchten Kreise, auch die weniger prosperierenden, sind im

Spektrum der Skala links neben dem Mittelpunkt angesiedelt. Nicht ein einziger Kreis wird erklärtermaßen als »nicht attraktiver Ort zum Leben« eingestuft.

Nachfolgend werden die Einflussfaktoren untersucht, die Aufschluss über die Hintergründe dieser subjektiven Wohnortbewertung (»Attraktiver« versus »kein attraktiver Ort zum Leben«) geben. Zunächst ist festzustellen, dass sich die Unterschiede zwischen Kreisen mit hoher Prosperität und Kreisen mit niedriger Prosperität in der regionalen Vertiefung einerseits durch die soziale Zusammensetzung in diesen Kreisen (Alter, Bildung und Beruf) erklären. Neben diesem Kompositionseffekt wirken sich auch die raumbezogenen Wahrnehmungen und Bewertungen (z. B. Bewertung der Infrastruktur, Sozialitätsindex, Herausforderungen am Wohnort) aus. Dies spricht dafür, dass sich auch der Kontext in den Kreisen auf die Beurteilung der Wohnorte auswirkt.

Die statistischen Analysen auf Basis der Haupterhebung und der regionalen Vertiefung zeigen, dass sich besonders ein wahrgenommener starker sozialer Zusammenhalt (SIX I) und eine wahrgenommene positive Standortgüte (SIX II) förderlich darauf auswirken,¹⁷ dass Menschen ihren Wohnort als attraktiven Ort zum Leben ansehen (sh. Abb. 7).¹⁸

Die Analysen der Monitor-Daten zeigen ferner: Eine positive Bewertung der Kultur- und Freizeitangebote geht eindeutig mit einem wahrgenommenen »attraktiven Ort zum Leben« einher. Wo mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage des Kreises weniger Mittel für eine umfassende Förderung kultureller Angebote zur Verfügung stehen, dürfte der Wohnort mittelbar an wahrgenommener Attraktivität einbüßen. Dafür spricht auch, dass eine wahrgenommene hohe Verschuldung des Wohnorts in den Daten der regionalen Vertiefungserhebung ein Erklärungsfaktor für eine weniger gute Bewertung der Lebensqualität ist. Zudem gilt: Wer die Abwanderung junger Menschen als große Herausforderung für den eigenen Wohnort ansieht, nimmt diesen auch eher nicht als »attraktiven Ort zum Leben« wahr (sh. Kap. 3.4).

17 Der SIX III (Lebensqualität am Wohnort) (sh. Kap. 3.7) wurde nicht einbezogen, da hier eine zu große inhaltliche Schnittmenge zur untersuchten Variablen (Attraktivität des Wohnortes) besteht und so »Gleiches mit Gleichem« erklärt würde.

18 Dies stimmt insofern mit dem Stand der sozialpsychologischen Forschung überein, dass eine soziale Einbindung die Lebenszufriedenheit steigert (Ateca-Amestoy et al. 2014: 527 ff.). Die »Attraktivität des Wohnortes« kann aus Sicht des Autorinnen- und Autorenteam eine Form der raumbezogenen Lebenszufriedenheit darstellen.

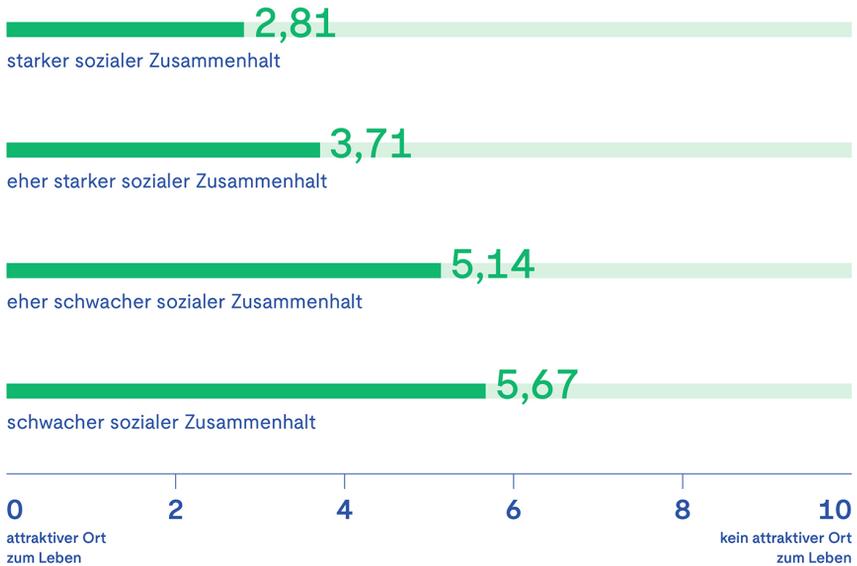


Abb. 7: Attraktivität des Wohnorts in Abhängigkeit des sozialen Zusammenhalts (SIX I) (Mittelwertvergleich)

Starker sozialer Zusammenhalt: Wertebereich SIX I = 2 bis 1

Eher starker sozialer Zusammenhalt: Wertebereich SIX I ≤ 1 bis 0

Eher schwacher sozialer Zusammenhalt: Wertebereich SIX I ≤ 0 bis -1

Schwacher sozialer Zusammenhalt: Wertebereich SIX I ≤ -1 bis -2

3.3 Bewertung der Infrastruktur in Stadt und Land

Für die Bewertung der Lebensbedingungen in Stadt und Land stellt die Infrastrukturausstattung eine wichtige Orientierungsgröße dar. Das Ausstattungsniveau ist maßgeblich für die Daseinsvorsorge und die Umsetzung des im Grundgesetz verankerten Ziels, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu sichern bzw. herzustellen (Art. 72 Abs. 2 GG). Während aus Sicht der Raumforschung für gleichwertige Lebensverhältnisse in einigen Bereichen (schnelles Internet, ÖPNV, Kinderbetreuung, Hausärzte, Pflegeleistung) eine Versorgung direkt am Wohnort anzustreben ist, sollte in anderen Bereichen (Fachärztinnen und Fachärzte, Kultur- und Freizeiteinrichtungen) zumindest eine gute Erreichbarkeit zu den genannten Versorgungs- und Teilhabeaspekten gewährleistet sein (vgl. u. a. Beirat für Raumentwicklung 2019: 5 f.; Küpper/Milbert 2023: 16).

Insgesamt zeigen die Monitor-Daten eine hohe Zufriedenheit mit der Verfügbarkeit bzw. Erreichbarkeit in nahezu allen Bereichen der Infrastruktur (sh. Abb. 8). Die größte Zufriedenheit besteht hinsichtlich erreichbarer Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs. Mehr als 80 Prozent der Befragten sind damit zu-

frieden oder sehr zufrieden. Hohe Zufriedenheitswerte von etwa 60 Prozent zeigen sich auch hinsichtlich der Versorgung mit schnellem Internet, Pflegeleistungen, Kinderbetreuungseinrichtungen und hausärztlicher Betreuung. Trotz dieser vergleichbar hohen Zufriedenheitswerte äußert sich auch jeweils ungefähr ein Fünftel der Befragten sehr oder eher unzufrieden.

Die Erreichbarkeit von fachärztlichen Praxen wird von weniger als der Hälfte der Befragten (44 Prozent) als zufriedenstellend beurteilt. Diese Bewertung deckt sich mit Erkenntnissen, dass es an spezialisierten Ärztinnen und Ärzten fehlt und dass viele Fachmediziner wegen der besonderen Nachfragestruktur das Umland aus Mittel- und Oberzentren versorgen (Martin 2019, Kassenärztliche Bundesvereinigung 2023). Auch die Verfügbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird mit einer Zufriedenheitsrate von 51 Prozent weniger gut bewertet als die übrigen Infrastrukturbereiche. Differenziert nach Ortsgrößenklassen (sh. Abb. 9) und nach den Thünen-Ländlichkeitsklassen (sh. Abb. 10) fallen die Bewertungsunterschiede hinsichtlich der Verfügbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs am größten aus. Während die Wohnbevölkerung von Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit dem ÖPNV durchschnittlich »eher« bis »sehr zufrieden« ist, liegt die Zufriedenheit in Orten mit weniger als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich niedriger. Die Darstellung der Gruppenmittelwerte zeigt einen statistisch signifikanten und monotonen Rückgang der Zufriedenheit mit dem ÖPNV bei abnehmender Siedlungsdichte. Dies entspricht Erkenntnissen, dass es in dünn besiedelten Räumen schwieriger ist, leistungsfähige ÖPNV-Angebote vorzuhalten (Klinge 2021).

Auch bei der Versorgung mit schnellem Internet wächst die Zufriedenheit mit zunehmender Ortsgröße, wobei Stadt-Land-Unterschiede vergleichsweise gering ausfallen. Statistisch signifikant sind die Unterschiede zwischen Großstädten (≥ 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) und kleineren Kommunen sowie zwischen dem ländlichen Raum mit weniger guter sozioökonomischer Lage und den anderen Raumtypen nach dem Thünen-Indikator (sh. Abb. 10).

Wenn die Erreichbarkeit der Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs insgesamt gut bis sehr gut eingeschätzt wird, fällt die Zufriedenheit insbesondere in kleinen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern signifikant geringer aus als in größeren Kommunen. Eine höhere Zufriedenheit in städtischen Räumen besteht zudem mit der ärztlichen Versorgung. Hierfür ist mit zunehmender Ortsgröße eine monoton zunehmende Zufriedenheit zu beobachten. Auch hinsichtlich der Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeiteinrichtungen geht mit zunehmender »Ländlichkeit« die Zufriedenheit zurück. Allerdings zeigt die Analyse auch, dass in den ländlichen Räumen, wo die sozioökonomische Lage gut ist, eine höhere Zufriedenheit besteht als in solchen mit schlechterer sozioökonomischer Lage. Darin dürfte zum Ausdruck

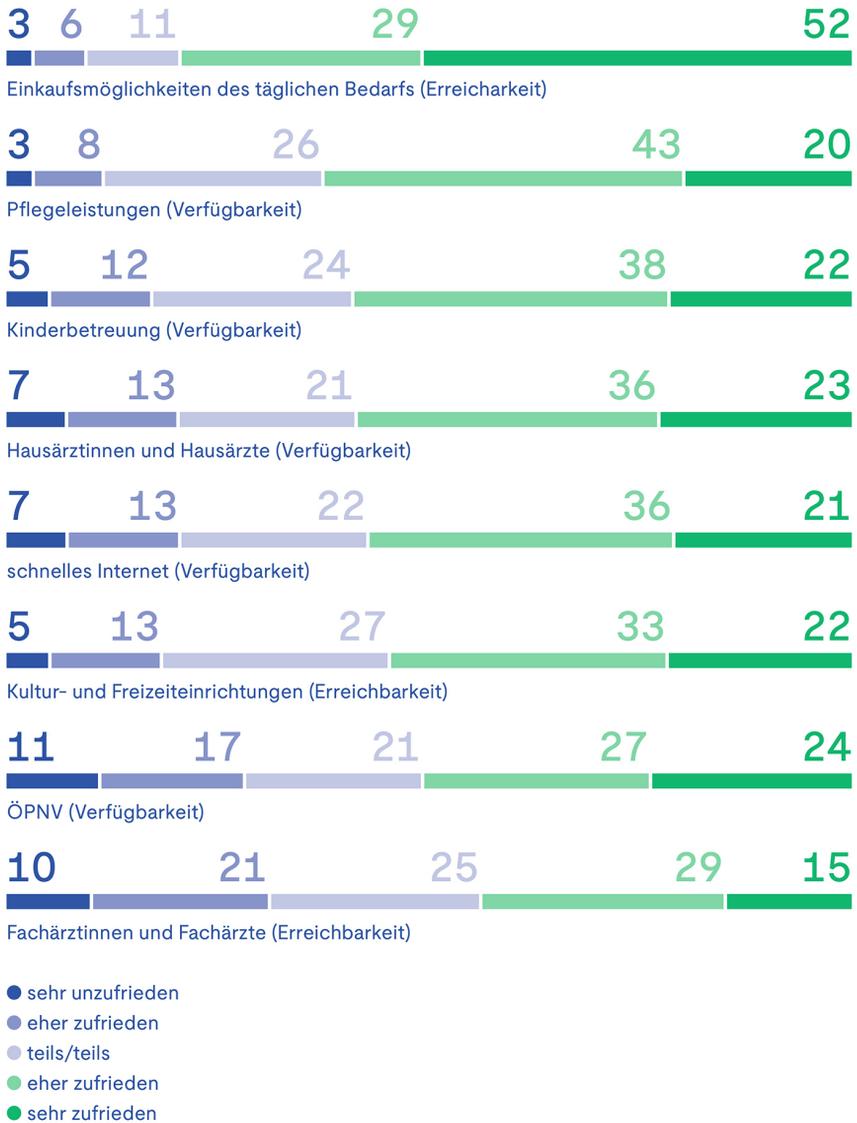


Abb. 8: Zufriedenheit mit der Verfügbarkeit bzw. Erreichbarkeit von Infrastruktur am Wohnort – Gesamtdarstellung aller Items (Angaben in Prozent)

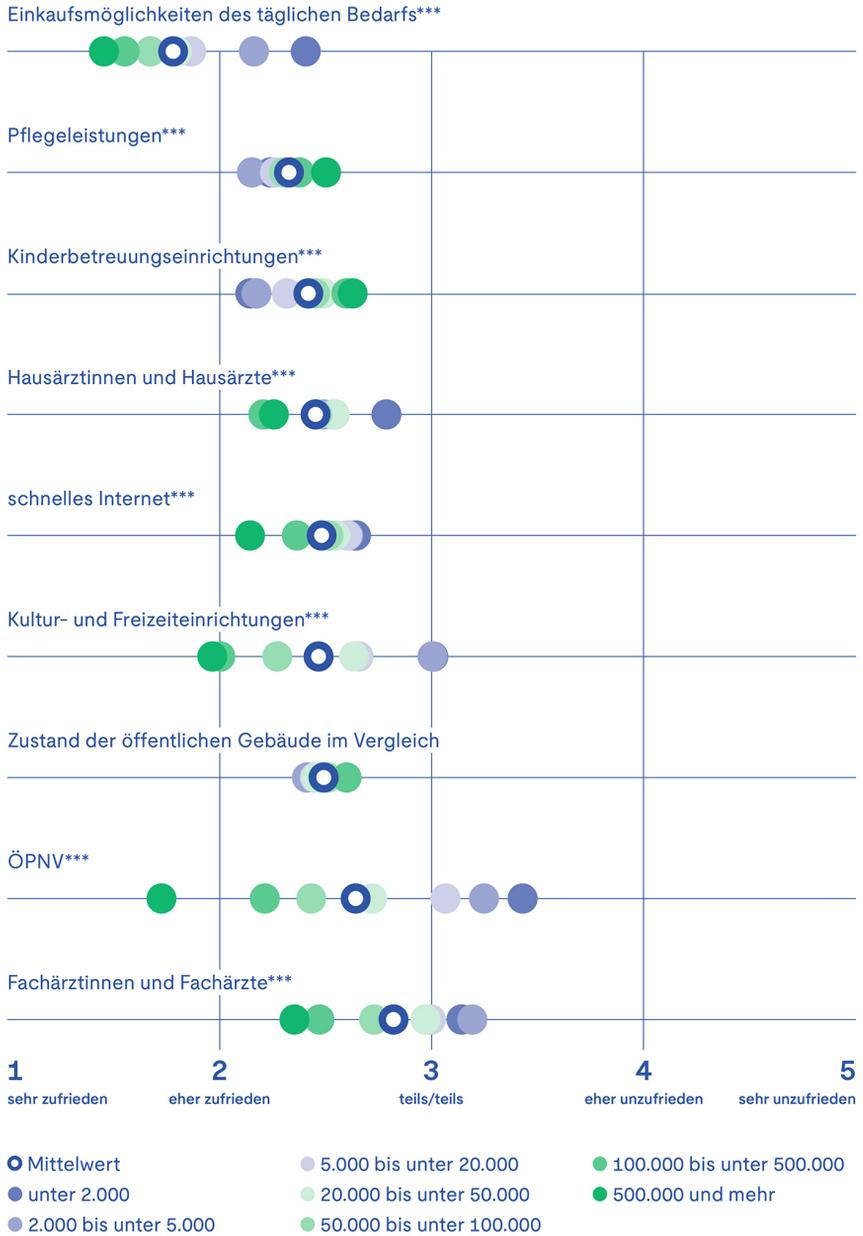


Abb. 9: Bewertung der Infrastruktur am Wohnort nach Ortsgrößenklassen (Mittelwertvergleich)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

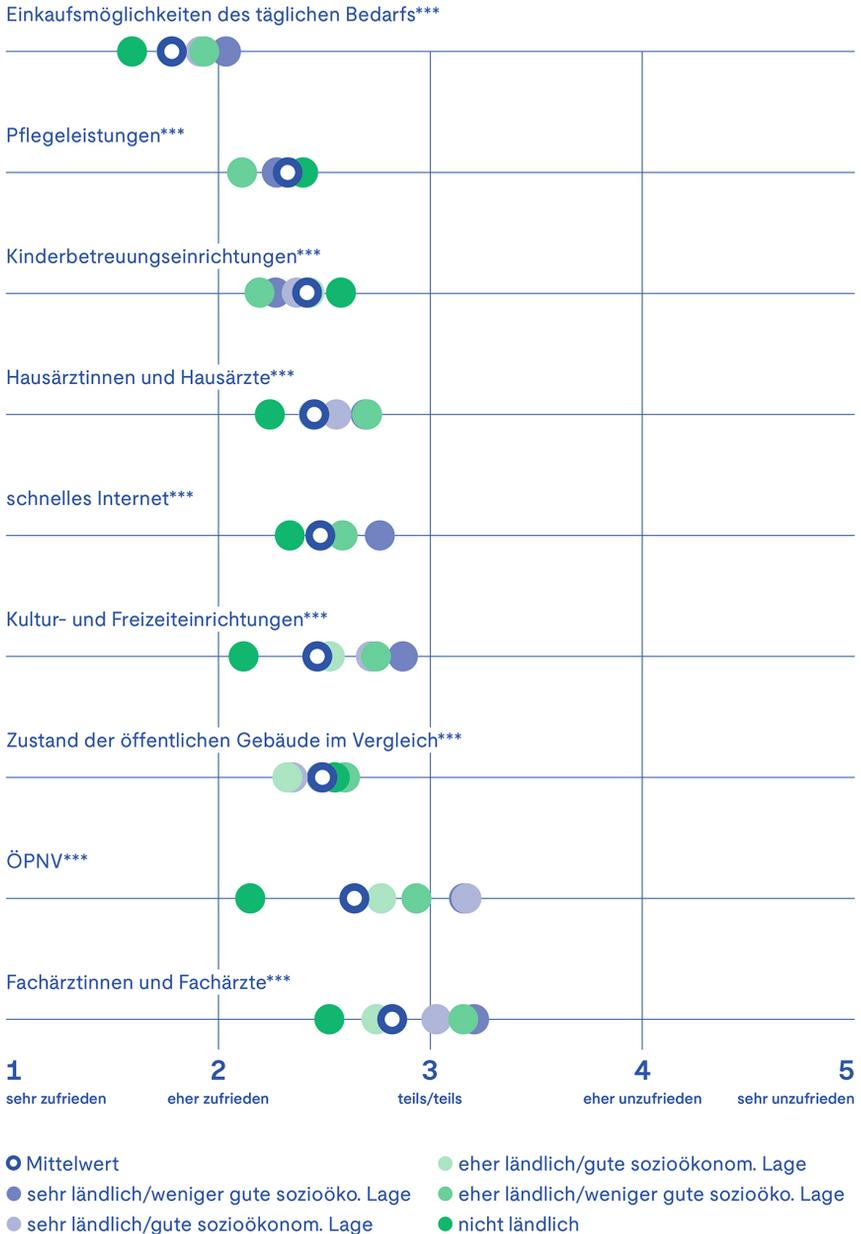
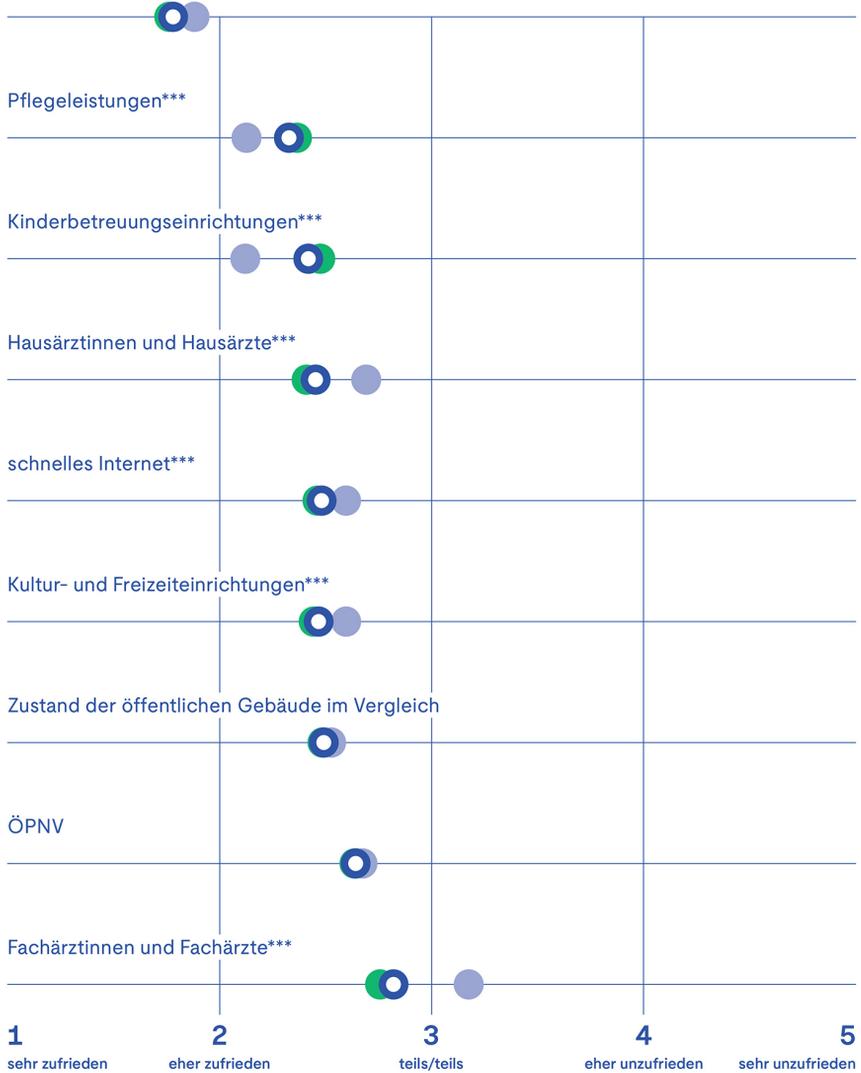


Abb. 10: Bewertung der Infrastruktur am Wohnort nach Thünen-Ländlichkeitstypen (Mittelwertvergleich)
 Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs***



- Mittelwert
- Ostdeutschland
- Westdeutschland

Abb. 11: Bewertung der Infrastruktur am Wohnort im Ost-West-Vergleich (Mittelwertvergleich)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

kommen, dass in Kommunen mit besserer Finanzausstattung mehr Ressourcen für kulturelle Aufgaben als freiwillige Selbstverwaltungsleistung zur Verfügung stehen als in finanzschwächeren Kommunen. Ein umgekehrtes Muster zeigt sich bei der Bewertung der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Pflegeleistungen. Diese Angebote werden jeweils in kleineren Orten (sh. Abb. 9) und ländlichen Landkreisen (sh. Abb. 10) besser bewertet als in Großstädten (sh. Kap. 3.1). Die Stadt-Land-Unterschiede sind dabei sehr gering. Hinsichtlich der Bewertung des Zustands der öffentlichen Gebäude am Wohnort, wie z. B. Schwimmbäder und Schulen, zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Ortsgrößenklassen. Allerdings wird der bauliche Zustand in Kreisen mit guter sozioökonomischer Lage erwartungsgemäß besser bewertet als in solchen mit weniger guter sozioökonomischer Lage. Ähnlich wie bei den Kultur- und Freizeiteinrichtungen scheint auch die Benotung der öffentlichen Baulichkeiten die je nach Finanzstärke unterschiedlichen kommunalen Ressourcen widerzuspiegeln, die für diese freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben zur Verfügung stehen.

Bei der Wahrnehmung und Bewertung der Infrastruktur sind zwischen Ost- und Westdeutschland nur geringe Differenzen erkennbar. Signifikante Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Versorgung mit haus- und fachärztlichen Praxen, die in westdeutschen Wohnstandorten besser bewertet wird als in ostdeutschen Gemeinden. Die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeleistungen wird hingegen in Ostdeutschland signifikant besser beurteilt (sh. Abb. 11).

Die soweit dargestellten Befunde zur Bewertung der Infrastruktur in Abhängigkeit von Siedlungsdichte und sozioökonomischer Lage werden durch den Blick auf die Kreise der regionalen Vertiefungserhebung bestätigt (sh. Abb. 12). Die Anordnung der Kreise auf der Skala der Infrastrukturbewertung folgt den oben benannten Mustern, denen zufolge die kreisfreien Städte und prosperierenden Regionen in den meisten Infrastrukturbereichen – mit Ausnahme der Pflegeleistungen und Kinderbetreuungseinrichtungen – bessere Noten erhalten als die eher ländlich geprägten Landkreise und weniger prosperierende Regionen. Nur wenige regional-spezifische Abweichungen von diesem Trend sind erkennbar.

Somit ist hinsichtlich der Versorgung mit und der Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen festzuhalten, dass insgesamt eine hohe Zufriedenheit in der Bevölkerung mit der Daseinsvorsorge herrscht. Die differenzierte Analyse widerspricht dem Vorurteil, dass per se Städte gut ausgestattet und ländliche Räume unterversorgt sind. Weder ist ein einheitliches Stadt-Land- noch West-Ost-Gefälle erkennbar. So gibt es einerseits Bereiche, in denen die Zufriedenheit in städtischen Räumen signifikant höher liegt als in den ländlichen Regionen. Hier-



Abb. 12: Bewertung der Infrastruktur am Wohnort nach Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung (Mittelwertvergleich)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

zu gehören insbesondere die Verfügbarkeit des ÖPNV und die Erreichbarkeit von fachärztlichen Praxen sowie von Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Andererseits gibt es Bereiche, bei denen die Zufriedenheit in ländlichen Räumen signifikant höher liegt. Dies betrifft vor allem die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen, die zudem in den ostdeutschen Bundesländern signifikant besser bewertet werden.

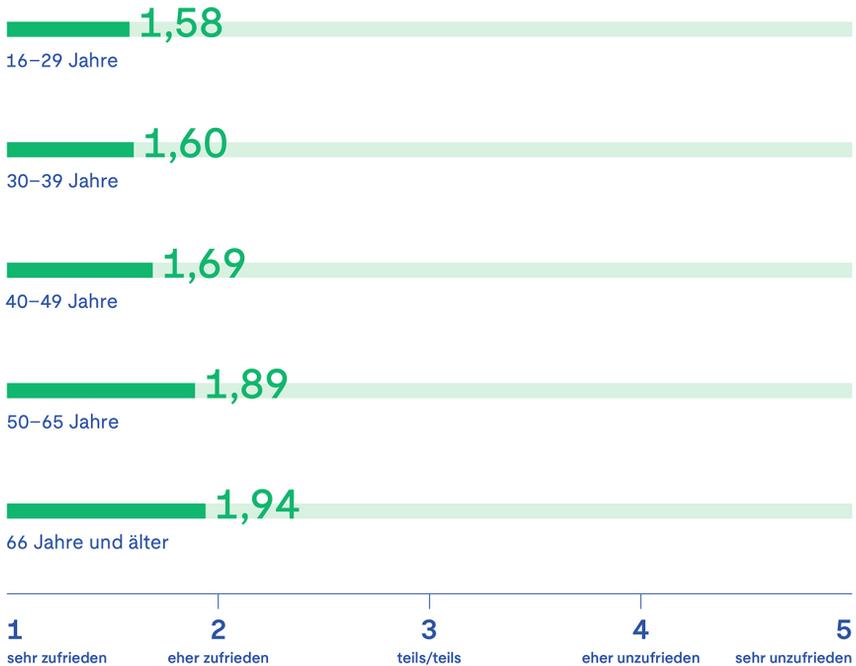


Abb. 13: Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs in Abhängigkeit der Altersgruppe (Mittelwertvergleich)

Exemplarisch für die Infrastrukturbereiche wurde anhand der Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs geprüft, ob neben der Ortsgröße bzw. der Siedlungsstruktur noch weitere Einflussfaktoren die Bewertung der Infrastruktur beeinflussen.¹⁹ Hierbei zeigt sich in beiden standardisierten Befragungen, dass die Ortsgrößenklasse auch unter Berücksichtigung von Soziodemografie und Einstellungsmerkmalen am stärksten zur Erklärung der

¹⁹ Dieser Infrastrukturbereich wurde deshalb gewählt, weil er für die allermeisten Menschen unabhängig von der eigenen medizinischen und familiären Situation eine unverzichtbare Anforderung des täglichen Bedarfs darstellt.

Unterschiede beiträgt. Ferner bestätigt sich, dass die Teilhabe an Angeboten der Infrastruktur auch von individuellen Ressourcen abhängt: Hochbetagte sind bezüglich der Erreichbarkeit täglicher Konsumgüter unzufriedener als Personen jüngeren Alters (sh. Abb. 13). Frauen bekunden bezüglich der Einkaufsmöglichkeiten signifikant höhere Unzufriedenheit als Männer. Zudem zeigen die Daten von Haupt- und Vertiefungserhebung übereinstimmend, dass die Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs dort höher ausfällt, wo auch der soziale Zusammenhalt (gemessen mit dem Sozialitätsindex SIX I, sh. Kap. 3.7) als stärker wahrgenommen wird. Sozialer Zusammenhalt hat folglich die Qualität einer individuellen Ressource, die sich in Lebenshilfen auf Gegenseitigkeit ausdrückt. Umgekehrt schmälert das Gefühl individueller Deprivation einen solchen positiven Effekt. Wer das Gefühl hat, nicht den gerechten Anteil zu erhalten, ist auch mit der Infrastrukturausstattung eher unzufrieden. Festzuhalten bleibt, dass die Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs auf einem insgesamt hohen Niveau liegt und für Bewertungsunterschiede vor allem die Ortsgröße ein erklärender Faktor ist.

3.4 Herausforderungen am Wohnort

Welche Herausforderungen nehmen die Bürgerinnen und Bürger an ihrem Wohnort wahr? Bundesweit werden alle im Monitor abgefragten 6 möglichen Herausforderungen von einem jeweils substantiellen Anteil der Befragten tatsächlich als solche eingestuft (sh. Abb. 14). Als größte Probleme werden die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum sowie der Mangel an Fachkräften angesehen. Danach folgen auf der aggregierten Rangskala der zunehmende Gegensatz zwischen Arm und Reich, die Integration von Menschen aus anderen Ländern, die Verschuldung des Wohnortes sowie die Abwanderung von jungen Menschen.

Im *Ost-West-Vergleich* werden Gemeinsamkeiten wie Unterschiede ersichtlich. Die Einschätzungen des innerörtlichen Wohlstandsgefälles (»Gegensatz zwischen Arm und Reich«), des Fachkräftemangels sowie der Integration von Menschen aus anderen Ländern weichen nicht signifikant voneinander ab. Hingegen wird die Betroffenheit durch mangelnde Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums sowie durch Abwanderung von jungen Menschen unterschiedlich gesehen. Die erstgenannte Herausforderung wird im Westen der Republik vergleichsweise als am gravierendsten wahrgenommen (Mittelwert: 3,81 Skalenpunkte), im Osten hingegen deutlich niedriger eingestuft (Mittelwert: 3,15 Skalenpunkte). Die Herausforderung bezahlbaren Wohnraums wird in Ostdeutschland lediglich als drittgrößtes Problem wahrgenommen. Die Abwanderung von jungen Menschen

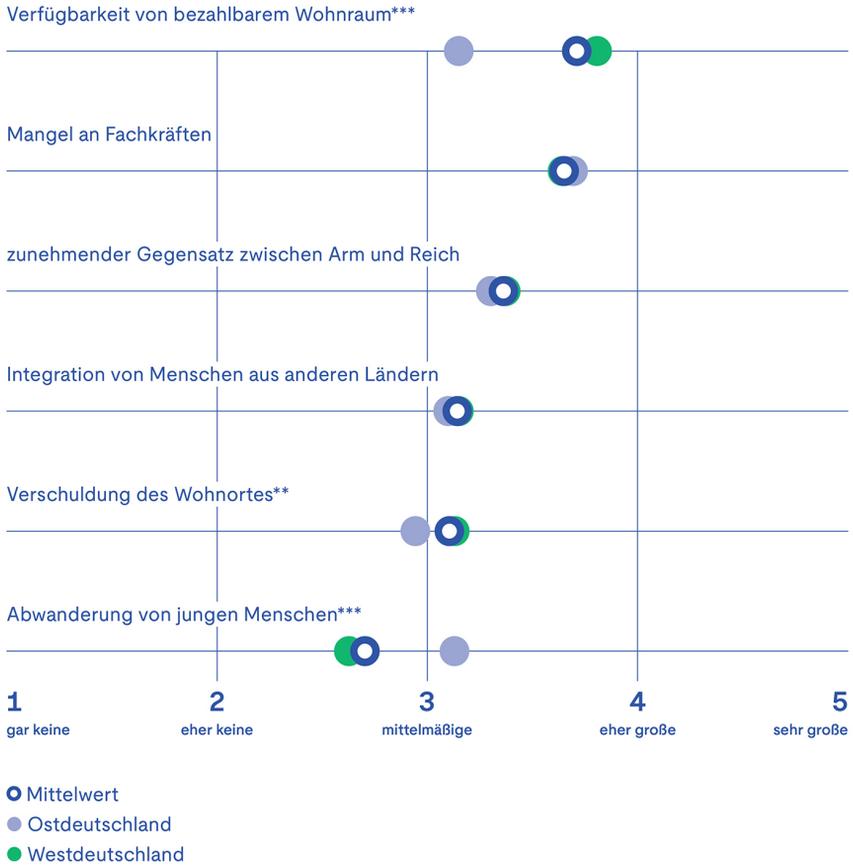


Abb. 14: Herausforderungen am Wohnort in Ost- und Westdeutschland (Mittelwertvergleich)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

wiederum wird in Ostdeutschland als eine signifikant größere Herausforderung als im Westen der Republik empfunden (Mittelwert: 3,13 zu 2,63 Skalenpunkten) (sh. Abb. 14). Dieses Strukturproblem ist Ostdeutschen als ein bleibendes Legat der Wiedervereinigung im Bewusstsein entsprechend präsent (Leibert 2020).

Aus der Perspektive der Siedlungsstruktur tritt, was die wahrgenommene Intensität der Herausforderungen betrifft, ein deutliches Stadt-Land-Gefälle hervor (sh. Abb. 15 und Abb. 16). Das zeigt die Differenzierung nach Ortsgrößenklassen: Mit nur einer Ausnahme (Abwanderung junger Menschen) werden die genannten Probleme vor allem in städtischen Gebieten, und hier insbesondere in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, als dringlich empfunden und umgekehrt in ländlichen Regionen als deutlich weniger

schwerwiegend bewertet. Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern rangieren bei 4 von 6 Problemeinschätzungen am unteren Ende der Skala. Dasselbe Muster zeigt sich auch jeweils innerhalb der Landesteile Ost und West.

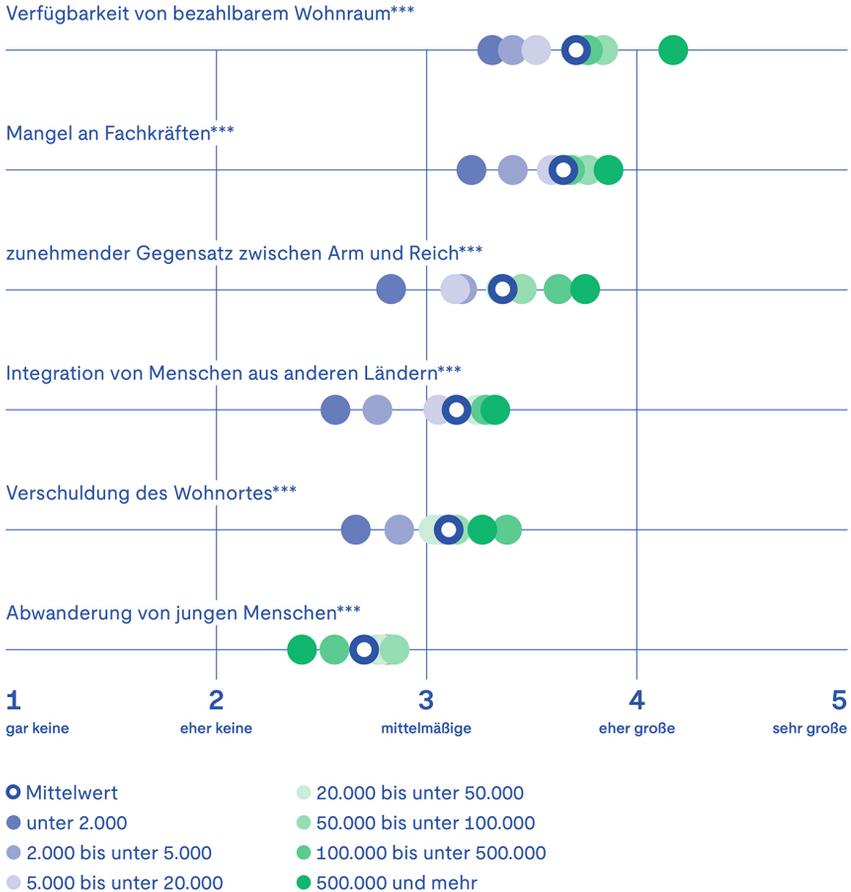


Abb. 15: Herausforderungen am Wohnort nach Ortsgrößenklassen (Mittelwertvergleich)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Die Rangfolge der Herausforderungen fällt (wiederum mit Ausnahme der Abwanderungsproblematik) nach Ortsgrößenklassen weitgehend einheitlich aus. Wie auch im gesamtdeutschen Aggregat, wird ebenso gestaffelt nach Ortsgrößen die Knappheit von bezahlbarem Wohnraum als größte oder zumindest zweitgrößte Herausforderung genannt. In Großstädten mit mehr als 500.000

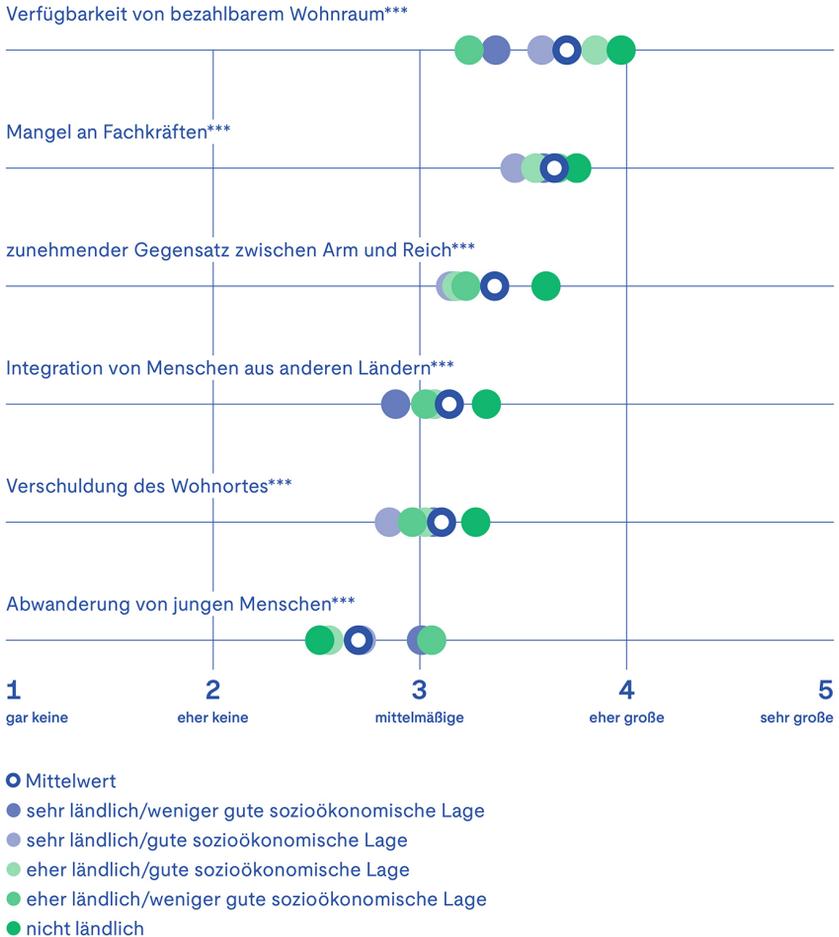


Abb. 16: Herausforderungen am Wohnort nach Thünen-Ländlichkeitsindex (Mittelwertvergleich)
 Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht der Durchschnitt hierbei den höchsten gemessenen Wert von 4,17 (von maximal 5) Skalenpunkten. Jedoch wird das Fehlen erschwinglichen Wohnraums auch in ländlicheren Regionen als großes Problem empfunden (Mittelwert = 3,32 Skalenpunkte).²⁰ Eine exakt umgekehrte

²⁰ Neben der hohen Inflation und den hohen Energie- und Gaspreisen sind die Ursachen hierfür in den seit dem Jahr 2010 linear steigenden Angebotsmietpreisen zu vermuten. Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge trifft dieser stetig aufwachsende Anstieg für alle siedlungsstrukturellen Typen in gleicher Weise zu (Statistische Bundesamt 2022; vgl. auch Deutscher Bundestag 2019).

Reihenfolge der Problemwahrnehmungen ergibt sich hinsichtlich der Abwanderung junger Menschen. Diese wird in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern als geringste aller abgefragten Problemlagen gesehen, hingegen in kleineren Gemeinden und Mittelstädten (bis 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) als signifikant größere Herausforderung wahrgenommen.

Zieht man den Thünen-Ländlichkeitsindex als Messgröße heran, so bestätigt die Analyse, dass die sozioökonomische Lage der Region die Problemwahrnehmung signifikant beeinflusst (sh. Abb. 16). So schätzt die Bevölkerung in sehr und eher ländlichen Wohnorten mit schlechterer sozioökonomischer Lage die Abwanderung sowie den Fachkräftemangel erwartungsgemäß als schwerwiegender ein als die Bevölkerung ländlicher Regionen mit guter sozioökonomischer Lage. Auch die Daten der regionalen Vertiefungserhebung bestätigen diese Zusammenhänge. Dort weisen ländliche Kreise mit geringer Prosperität eine vergleichbar geringe Problemwahrnehmung bezüglich bezahlbaren Wohnraums auf (alle Kreismittelwerte liegen hier unterhalb des Skalenmittelpunkts). Gleichzeitig verzeichnet dieser Kreistypus unter den Kreisen der Vertiefungsstichprobe die höchste wahrgenommene Problemlage in Ansehung der Abwanderung junger Menschen (sh. Abb. 17).

Bemerkenswert ist, dass sich die wahrgenommene Wohlstandsschere (»Gegensatz zwischen Arm und Reich«) nach der sozioökonomischen Lage gemäß Thünen-Indikator nicht unterscheidet, wohl aber nach der Ortsgröße, wo mit größerer Ortsklasse die bekundete Stärke dieser Herausforderung steigt (sh. Abb. 15 und Abb. 16). Dieser Befund wird durch die regionale Vertiefungserhebung gestützt: Auch hier gruppieren sich die Kreismittelwerte unabhängig von der Prosperität.

Analog zu den Daten der Haupterhebung legt die regionale Vertiefungserhebung nahe, dass die Integration von Menschen aus anderen Ländern eher in größeren Städten denn in ländlichen Lagen als Problem vor Ort aufgefasst wird (sh. Abb. 15 und Abb. 17). Dabei wird in der regionalen Vertiefungserhebung kein systematischer Zusammenhang mit der Prosperität oder dem Landesteil erkennbar.

Von den insgesamt 4.003 Befragten der Haupterhebung gab etwas mehr als die Hälfte (51 Prozent) an, dass sie einer politischen Partei nahestehen.²¹ Wie sich diese Parteiidentifikation in unterschiedlichen Bewertungen der abgefragten Herausforderungen niederschlägt, wird in Abbildung 18 dargestellt. Am deutlichsten treten die Bewertungsunterschiede hinsichtlich des zunehmenden Gegensatzes zwischen Arm und Reich am Wohnort hervor. Hier trennt Anhän-

²¹ In der aktuellen Literatur wird der Anteil derer, die sich mit einer politischen Partei identifizieren, hingegen auf rund 2/3 der deutschen Wählerinnen und Wähler geschätzt (Korte 2021).

gerinnen und Anhänger der Unionsparteien fast ein ganzer Skalenpunkt von denjenigen der Partei Die Linke (3,10 zu 3,96 Skalenpunkte).

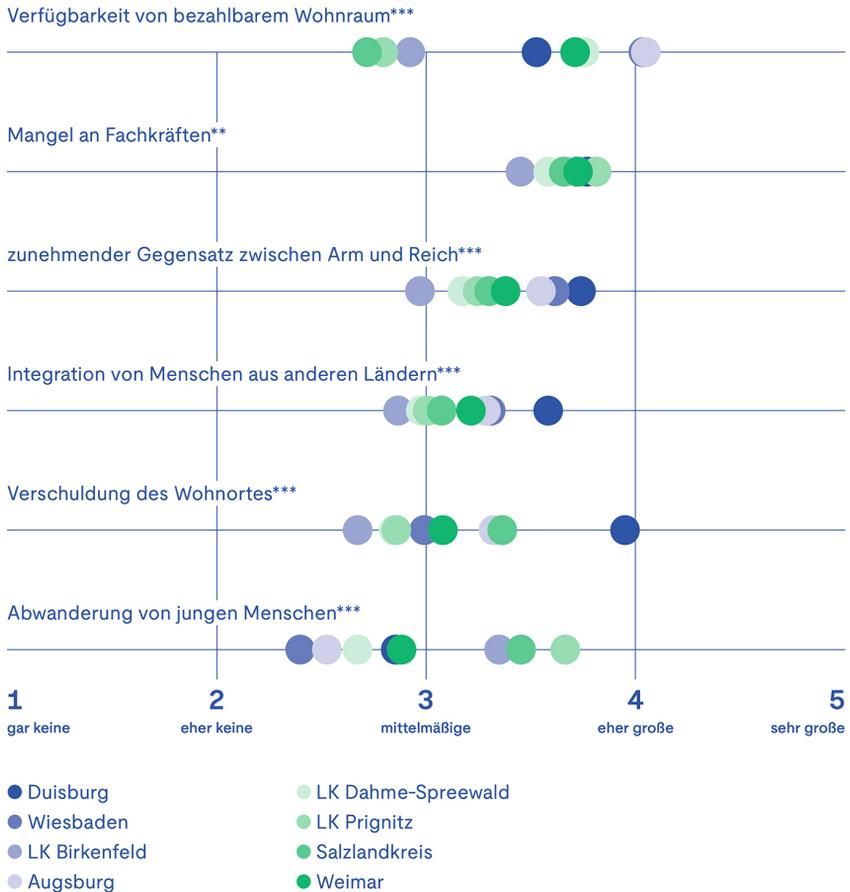


Abb. 17: Herausforderungen am Wohnort nach Kreisen, regionale Vertiefungserhebung (Mittelwertvergleich)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

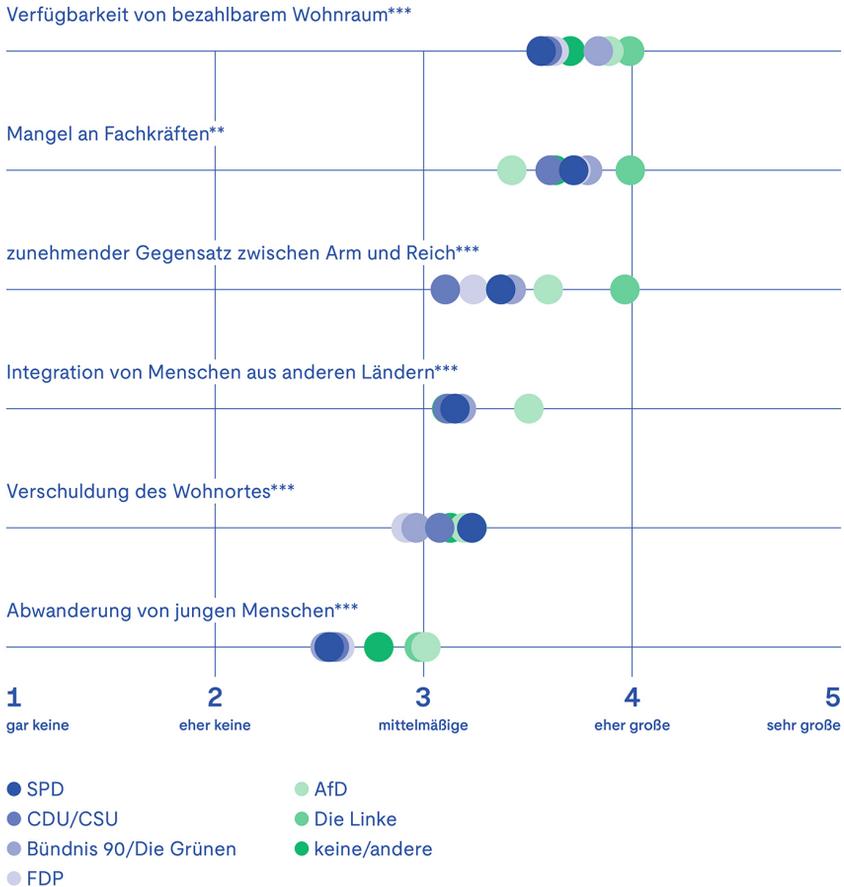


Abb. 18: Herausforderungen am Wohnort nach Parteiidentifikation (Mittelwertvergleich)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Ins Auge fällt zudem, dass die Anhängerschaft der Parteien, welche die ideologischen Ränder des deutschen Parteiensystems besetzen, alle untersuchten Herausforderungen am Wohnort als vergleichsweise am größten bewerten. Ermittelt man den Durchschnitt aller Herausforderungsdimensionen, so fällt beispielsweise auf, dass die Anhängerschaften der Partei Die Linke (3,55 Skalenpunkte) und der AfD (3,44 Skalenpunkte) sich von denen der Unionsparteien (3,18 Skalenpunkte) beziehungsweise der SPD (3,19 Skalenpunkte) deutlich abheben. Mit Blick auf die programmatischen Markenerkerne der Parteien stufen Befragte, die der Linkspartei nahestehen, erwartungsgemäß die Herausforderungen des zunehmenden Gegensatzes zwischen Arm und Reich wie auch der Verfügbarkeit von bezahlba-

rem Wohnraum am größten ein (vgl. Decker, Neu 2017: 396). Der Programmatik der AfD entsprechend nehmen deren Anhängerinnen und Anhänger im Vergleich zu denjenigen aller anderen Partei die Integration von Menschen aus anderen Ländern am stärksten als Herausforderung wahr (vgl. Ebenda: 167).

Bemerkenswert ist ferner, dass sich Befragte, die laut eigener Angabe einer der im Bund gegenwärtig regierenden Ampelparteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) nahestehen, sich in ihrer Bewertung von gesellschaftlichen Herausforderungen – mit Ausnahme der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum – sehr stark ähneln und in 4 von 6 Fällen nahezu identische Einschätzungen vornehmen. Festzuhalten ist, dass die Parteiidentifikation insbesondere an den Rändern des Parteienspektrums mit der persönlichen Einschätzung von Herausforderungen am Wohnort zusammenhängt. Sind diese Herausforderungen ein Kernthema der persönlich bevorzugten Partei (AfD: Zuwanderung und Integration; Die Linke: Auflösung sozialer und ökonomischer Ungleichheiten), werden sie tendenziell als gravierender betrachtet (Decker 2022, Decker 2023).

Selbstredend zeichnet die Liste der 6 abgefragten Herausforderungen kein vollständiges Abbild aller gegenwärtigen Problemlagen nach. Daher wurde den Befragten zusätzlich die offene Frage gestellt, »was [...] neben den gerade abgefragten Punkten in Zukunft aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung für Ihren Wohnort [ist].« Während 15 Prozent keine weiteren Herausforderungen äußern, benennen 81 Prozent die in der Wordcloud (sh. Abb. 19) abgebildeten Probleme.²² Es fällt auf, dass die prominentesten Wörter²³ allesamt Herausforderungen abdecken, die bereits zuvor abgefragt worden waren, wie die Probleme der Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums, der Integration, des Fachkräftemangels sowie des zunehmenden Gegensatzes zwischen Arm und Reich. Neben einem möglichen Befragungseffekt²⁴ lässt sich die wiederholte Nennung der Herausforderungen auch als Ausdruck der Bedeutsamkeit der benannten Probleme deuten.

Darüber hinaus benennen die Befragten als weitere wichtige Herausforderungen (sh. Abb. 19) die Themenkomplexe Klimawandel/Klima- und Umweltschutz, die Verfügbarkeit sowie den Zustand von Kindertagesstätten und schulischen Einrichtungen, die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, sowie dessen Ausbau, die Verkehrsinfrastruktur generell, die Digitalisierung sowie – eng verwandt mit der erhobenen Herausforderung der Integration – den Themenbereich Flüchtlinge und Zuwanderung.

22 Die übrigen 4 Prozent der Befragten machen keine Angabe zu dieser Frage.

23 In Wordclouds korrespondieren Darstellungsgröße von Wörtern und deren Antworthäufigkeit.

24 Dabei handelt es sich möglicherweise um den so genannten »Memory Effect«. Dieser Befragungseffekt verweist auf die Möglichkeit, dass Befragte – weil sie sich daran aktiv erinnern – zu Antworten neigen, deren Inhalte bereits im Fragetext transportiert wurden (vgl. dazu z. B. Saris/Galhofer 2014: 26 f.).



Abb. 19: Wordcloud zur offenen Frage: »Weitere größte Herausforderung für Wohnort in der Zukunft?«

Automatisierte Frequenzanalyse via R-Paket »tm«

Mindesthäufigkeit = 20

Erwähnung verdient, dass in allen Kreisen der regionalen Vertiefungsstudie in der offenen Abfrage unabhängig von Landesteil, Siedlungsstruktur und Prosperität die Herausforderung durch Zuwanderung und Integration zu den am häufigsten genannten zählt. Einem gewichtigen Anteil der Befragten in Haupt- und Vertiefungserhebung war es offenbar wichtig, diesen Problemkomplex erneut zu betonen, obgleich die Integrationsfrage in der geschlossenen Abfrage nach Dringlichkeit nur den vierten Platz einnimmt. Dass sich in der eingesessenen Bevölkerung Unmut über Erscheinungsformen der Zuwanderung verbreitet, belegen auch die Diskussionen in den Fokusgruppen (sh. Kap. 6):

»Wenn man in ein anderes Land geht, dann muss man sich anstrengen, die Sprache lernen, sich an die Regeln halten. Die Ausländer müssen auch verstehen, dass sie sich reinknien müssen, dass sie es auch selbst schaffen können, nicht immer nur nehmen.« (weiblich, Altersgruppe 30 bis 39 Jahre, Salzlandkreis)

In den 3 Landkreisen mit geringer Prosperität der Vertiefungserhebung (Salzlandkreis, LK Prignitz, LK Birkenfeld) wird im Gegensatz zu den kreisfreien Städten und dem Kreis mit hoher Prosperität (LK Dahme-Spreewald) der Fachkräftemangel als Herausforderung mit am häufigsten genannt. Dieser punktuelle Befund der regionalen Vertiefungserhebung lässt sich so deuten, dass der Fachkräftemangel in nicht-prosperierenden ländlichen Regionen akuter auftritt als in Städten oder prosperierenden Regionen, obgleich dieser Befund durch den Thünen-Indikator in der Hauptidehebung nicht gestützt wird (sh. Abb. 16).

3.5 Stärken des Wohnorts

Städte und Gemeinden sind keinesfalls nur Sammelstellen verschiedener sozialer Herausforderungen und struktureller Problemlagen. Wie schon dargestellt, nimmt der überwiegende Teil der Befragten den eigenen Wohnort als attraktiven Ort zum Leben wahr und lobt etwa den sozialen Zusammenhalt vor Ort oder die lokale Infrastruktur (sh. Kap. 3.2). Die Heterogenität der kommunalen Gebietskörperschaften bringt eine Vielzahl lokaler Besonderheiten mit sich, die dort die individuellen Lebensverhältnisse auch bereichern.

Auch dies wird in den Fokusgruppendifkussionen (sh. Kap. 6) zum Ausdruck gebracht:

»Bei uns hat man alles vor der Haustür, kann aber trotzdem sehr ländlich leben. Von den Elbbrücken hat man einen wunderschönen Blick auf die Landschaft. Die Stadt hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt, der Markt und alles ist komplett neu aufgebaut worden. Seitdem findet da wieder Leben statt.« (weiblich, Altersgruppe 30 bis 39 Jahre, Salzlandkreis)

In den telefonischen Befragungen von Haupt- und Vertiefungserhebung wurden die Befragten gebeten, die größte Stärke bzw. das größte Potenzial ihres Wohnorts zu nennen. Die Frage »[...] worin sehen Sie die größte Stärke für die zukünftige Entwicklung Ihres Wohnorts?« beantworteten 71 Prozent inhaltlich. 29 Prozent enthielten sich der Antwort oder sahen keine Stärke des eigenen Wohnorts. Die abgebildete Wordcloud (sh. Abb. 20) zeigt die in der Haupterhebung am häufigsten genannten Antworten auf die Frage nach den Trümpfen des Wohnorts.



Abb. 20: Wordcloud zur offenen Frage: »Größte Stärke für die zukünftige Entwicklung des Wohnorts«
 Automatisierte Frequenzanalyse via R-Paket »tm«
 Mindesthäufigkeit = 20

Fassen wir einige wesentliche Befunde zusammen: Der soziale Zusammenhalt nimmt die Spitzenposition bei den von Befragten genannten lokalen Vorzügen ein. Gemeinsam mit den Nennungen etwa des »Vereinslebens« und des »Mit-

einanders« als Stärke, untermauert die offene Abfrage auch hier die Einschätzung, dass der soziale Zusammenhalt vor Ort sowie ein hoher Grad von zivilgesellschaftlicher und vopolitischer Integration ein außerordentlich positiver Faktor des gesellschaftlichen Klimas der Bundesrepublik ist. Dies gilt, wie die Analysen in den Teilkapiteln 3.2, 3.5 und 3.7 zeigen (sh. Kap. 3), für ganz Deutschland, und zwar unabhängig davon, ob man in Stadt oder Land, in Ost- oder Westdeutschland, in einer prosperierenden oder weniger prosperierenden Region zuhause ist.

Ebenfalls als Standortstärke sieht ein bedeutender Teil der Befragten die geografische Lage des Wohnorts an.²⁵ Dabei wird von einigen Befragten die Idylle des Landlebens gepriesen, während andere die Lage des Wohnorts in größeren Städten oder deren Umland als Stärke hervorheben. Deutlich wird, dass die wahrgenommene Qualität der Lebensbedingungen entlang des Stadt-Land-Kontinuums sehr von individuellen Präferenzen abhängt, da sich die Angaben je nach lokaler geografischer Raubeobachtung sichtlich unterscheiden: Während im Landkreis Birkenfeld (Westen, geringe Prosperität) die naturnahe Lage positiv herausgestellt wird, ist es im Landkreis Dahme-Spreewald (Osten, hohe Prosperität) die Nähe zu Berlin, die als geografischer Standortvorteil genannt wird. Auch eine städtische Lage wird regelmäßig als Stärke genannt (etwa Wiesbaden und Augsburg, beide im Westen und hohe Prosperität). Ferner erachten viele Befragte eine nachhaltig positive wirtschaftliche Entwicklung, die Präsenz oder Ansiedlung von Unternehmen sowie das damit verbundene Angebot gut bezahlter Arbeitsplätze als gewichtige Standortvorteile ihres Wohnorts. Dies wird nicht nur in eher prosperierenden Regionen so wahrgenommen, sondern auch in weniger prosperierenden Regionen.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der erfahrenen Abwanderung von Angehörigen jüngerer Jahrgänge wird in vielen Regionen der Zuzug insbesondere junger Menschen als Stärke des eigenen Wohnorts angesehen.²⁶ Dies schließt zumindest für einen Teil der Befragten auch den Zuzug und die Integration von Menschen aus anderen Ländern mit ein. Wo Integration erfolgreich ist und lokal angenommen wird, erwächst aus Sicht vieler Befragter ein Standortvorteil für die zukünftige Entwicklung des Wohnorts. Gelingende Integration wäre demzufolge ein Mittel zur Stärkung des sozialen Miteinanders und ein Antidot gegen Alterung und Fachkräftemangel.

25 Andere Nennungen in der offenen Abfrage beziehen sich auch auf die wirtschaftliche Lage.

26 Dieser Umstand ergibt sich womöglich auch, weil durch die explizite Frage nach einer vorhandenen Abwanderungsproblematik in der Befragung Wanderungsbewegungen in das Bewusstsein der Befragten gerückt wurden (vgl. »Memory Effect«).

3.6 Das »Gefühl des Abgehängtseins«

In gesellschaftlichen wie wissenschaftlichen Debatten wird in jüngerer Zeit verstärkt über »vergessene« bzw. »abgehängte« Regionen diskutiert. Eine in diesem Kontext häufig zu vernehmende These lautet, dass ländliche Räume zunehmend politisch, wirtschaftspolitisch und sozial »abgehängt« seien und sich sozioökonomischer Wohlstand sowie gesellschaftlicher Einfluss in den urbanen Zentren konzentriere. Dies wird u. a. auf den wirtschaftlichen Niedergang ganzer Regionen (Dijkstra et al. 2020; Rodríguez-Pose 2018), eine schlechte öffentliche Daseinsvorsorge sowie Abwanderung und Überalterung (Diermeier 2020) zurückgeführt. Dies kann bei den Menschen in solchen Regionen zu einem kollektiven »Gefühl des Abgehängtseins« führen. Damit »ist die Wahrnehmung, dass die eigene Region von Menschen aus anderen Regionen nicht gut behandelt wird, unabhängig davon, ob es sich um Eliten oder [einfache] Bürger handelt« (de Lange et al. 2023: 404, eigene Übersetzung). Studien haben gezeigt, dass diese Wahrnehmung mit einer höheren Unzufriedenheit mit der Demokratie, einer höheren Anfälligkeit für populistische und fremdenfeindliche Einstellungen sowie mit höheren Zustimmungswerten für rechtspopulistische Parteien (Huijsmans 2023: 303; Reiser et al. 2023) zusammenhängt.

Wie groß ist nun der Anteil derer, die sich in Deutschland »abgehängt« fühlen? Welche Personengruppen teilen dieses Gefühl häufiger als andere und gibt es sozialräumliche Muster (Ost-West, Stadt-Land, hohe und geringe Prosperität), die Konzentrationen des »Gefühls des Abgehängtseins« aufzeigen? Diesen Fragen wird im Folgenden nachgegangen.

Das »Gefühl des Abgehängtseins« kann sich auf mehrere Dimensionen beziehen: Die *politisch-repräsentative Dimension* bezieht sich auf das Empfinden, dass sich (Bundes-)Politikerinnen und -Politiker nicht für die eigene Region interessieren und diese folglich vernachlässigen. Die *wirtschaftspolitisch-distributive Dimension* bezieht sich auf die Einschätzung, dass die eigene Region insbesondere bei der Verteilung öffentlicher Ressourcen – im Vergleich zu urbanen Zentren oder anderen Regionen – nicht gerecht behandelt bzw. angemessen gefördert wird. Die *kulturelle Dimension* betrifft das Empfinden, dass Lebensweise, Werte oder Traditionen der eigenen Region vom Rest des Landes oder den gesellschaftlichen Eliten nicht respektiert werden (de Lange 2023: 405; Munis 2020: 1065; Huijsmans 2022: 288). Im Deutschland-Monitor wird nach erfolgreicher Erprobung im Thüringen-Monitor 2022 zudem eine *wirtschaftliche Dimension* eingeführt. Diese Dimension beinhaltet die Wahrnehmung, dass sich die eigene Region im Vergleich zu anderen Regionen schlechter entwickelt hat (Reiser et al. 2023: 45).

Diese 4 Dimensionen werden im diesjährigen Deutschland-Monitor erhoben, indem die Befragten zu folgenden Antwortvorgaben ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer 5-stufigen Antwort-Skala signalisieren sollten:

- »Die Politikerinnen und Politiker in Berlin interessieren sich nicht für die Region, in der ich lebe.« (Politisch-Repräsentative Dimension)
- »Die Menschen im Rest von Deutschland respektieren nicht, wie die Menschen hier in unserer Region leben.« (Kulturelle Dimension)
- »Die Politik in Berlin hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation in meiner Region zu verbessern.« (Wirtschaftspolitisch-Distributive Dimension)
- »Meine Region hat sich wirtschaftlich schlechter entwickelt als andere Regionen in Deutschland.« (Wirtschaftliche Dimension)

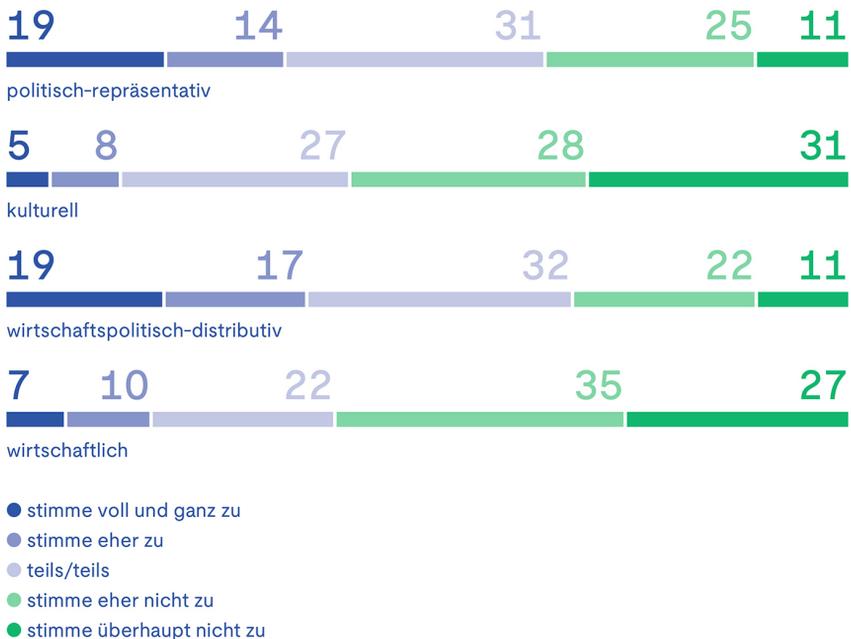


Abb. 21: Wahrnehmung des »Gefühls des Abgehängtseins« nach Subdimensionen (Angaben in Prozent)

Die Analyse zeigt (sh. Abb. 21), dass sich die Mehrheit der Deutschen kulturell wie wirtschaftlich nicht »abgehängt« fühlt. 59 Prozent bzw. 62 Prozent stimmen den entsprechenden Aussagen »eher nicht« oder »überhaupt nicht« zu. Lediglich 13 Prozent bzw. 17 Prozent fühlen sich kulturell oder wirtschaftlich »abgehängt«. In

Bezug auf die politisch-repräsentative und wirtschaftspolitisch-distributive Dimension fühlt sich hingegen jeweils etwa ein Drittel der Deutschen »abgehängt« und etwa ein Drittel nicht »abgehängt«. Für ein weiteres Drittel halten sich Zustimmung und Ablehnung ungefähr die Waage. Dass die Zustimmungswerte für die politisch-repräsentative und wirtschaftspolitisch-distributive Dimension höher liegen als bei der kulturellen Dimension, stimmt mit früheren Erhebungen überein (Reiser et al. 2023: 47; de Lange 2023).



Abb. 22: Verteilung des »Gefühls des Abgehängtseins« (Angaben in Prozent)

Erläuterung: Die Abbildung gibt die Verteilung des Mittelwert-Index zum »Gefühl des Abgehängtseins« wieder. Der Wertebereich jeder Farbkategorie hat dieselbe Breite auf dem Index. Auf die Benennung der Mittelkategorien wurde aus methodischen Gründen verzichtet und stattdessen auf die Endpunktbeschriftung zurückgegriffen.

Betrachtet man die 4 Dimensionen des »Gefühls des Abgehängtseins« gemeinsam in Form eines additiven Mittelwert-Index,²⁷ so zeigt sich (sh. Abb. 22), dass sich 21 Prozent der Befragten »abgehängt fühlen«; 6 Prozent fühlen sich dabei stark »abgehängt«. Mehr als die Hälfte teilt diese Wahrnehmung nicht oder nur marginal und etwa ein Drittel hat ein partielles bzw. kein »Gefühl des Abgehängtseins«. Ein signifikanter Anteil der Menschen hegt folglich ambivalente Meinungen zur überregionalen Anerkennung und Stellung ihrer Region.²⁸

Die Forschung unterscheidet bei den Einflussfaktoren auf das »Gefühl des Abgehängtseins« zwischen Kontext- und Kompositionseffekten. Bei Kontexteffekten wird angenommen, dass dieses Einstellungsmuster ein Ergebnis des

²⁷ Für die weitere Analyse wird aus den oben genannten Fragen ein additiver Mittelwertindex gebildet. Dabei wurde maximal eine Antwortverweigerung zugelassen. Der Wertebereich des Index liegt zwischen -2 (kein »Gefühl des Abgehängtseins«) und +2 (starkes »Gefühl des Abgehängtseins«). Zur besseren Darstellung der Verbreitung des »Gefühl des Abgehängtseins« wurde zudem eine fünfstufige Gruppeneinteilung getroffen (sh. Abb. 22).

²⁸ Die Möglichkeit, mit »teils/teils« die eigene Unentschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, könnte dazu geführt haben, dass Befragte mit dieser Ausweichmöglichkeit ihre kognitiven Antwortkosten senken wollten (Tausendpfund 2018: 262).

regionalen Kontextes und der regionalen Sozialisation ist, bei der kollektive Ungerechtigkeitswahrnehmungen verinnerlicht worden sind. Kompositionseffekte wiederum erklären das »Gefühl des Abgehängtseins« mit einer unterschiedlichen soziodemografischen Zusammensetzung von Regionen, aufgrund deren Menschen mit höherer Anfälligkeit für dieses Einstellungsmuster räumlich konzentriert sind.²⁹

Im diesjährigen Deutschland-Monitor wird geprüft, welche Faktoren dazu beitragen, dass Befragte die Wahrnehmung einer regionalen Benachteiligung angeben. Insbesondere stellt sich die Frage, ob hierbei signifikante Raum- bzw. Kontexteffekte auf dem Stadt-Land-Kontinuum oder zwischen Regionen mit hoher oder geringer Prosperität in Ost- und Westdeutschland wirksam sind.

Die statistischen Analysen zeigen, dass die »Ländlichkeit« einer Region nach dem BBSR-Indikator keinen Einfluss auf das »Gefühl des Abgehängtseins« hat. Zwar weisen dünn besiedelte ländliche Kreise im Aggregat einen um 0,29 Skalenpunkte³⁰ höheres »Gefühl des Abgehängtseins« als kreisfreie Großstädte auf. Diese Unterschiede zwischen Ländlichkeitstypen erweisen sich jedoch unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Individual- und Einstellungsmerkmalen sowie der Prosperität als nicht signifikant. Die Annahme, dass das »Gefühl des Abgehängtseins« vor allem eine Erscheinungsform ländlicher Räume ist, wie es für Teile der USA angenommen wird, kann demnach im Deutschland-Monitor, übereinstimmend mit anderen westeuropäischen Studien, nicht bestätigt werden (de Lange et al. 2023: 413; Munis 2022: 1075; Arzheimer/Bernemann 2023: 13; Reiser et al. 2023: 48 f.).³¹

Ein weiterer Befund ergibt sich, nimmt man die Perspektive der Prosperität und der Ost-West-Dichotomie ein. Hier ist auch unter Berücksichtigung von Soziodemografie und anderen Einstellungsmerkmalen ein signifikanter raumbezogener Einfluss auf das »Gefühl des Abgehängtseins« festzustellen (sh. Abb. 23). Mit einem Wohnort in einer weniger prosperierenden Region und einem Wohnort in Ostdeutschland erhöht sich jeweils die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Person an ihrem Wohnort »abgehängt« fühlt. Signifikant höhere Werte für das »Gefühl des Abgehängtseins« in Ostdeutschland stehen im Einklang mit dem –

29 Es findet auf der Makroebene gleichsam eine Selbst-Sortierung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Milieus statt, die dazu führt, dass etwa viele junge, formal gut (aus)gebildete Menschen in die urbanen Zentren ziehen und ältere sowie formal weniger gut (aus-)gebildete Menschen in ländlichen und peripheren Regionen verbleiben, wo sich eine entsprechende regionale Identität und kollektive Deprivation herausbildet (Jacobs/Munis 2022: 2; Huijsmans 2022: 287).

30 Der Index hat einen Gesamtwertebereich von 4 Skalenpunkten.

31 Europäische Studien weisen darauf hin, dass das »Gefühl des Abgehängtseins« (zumindest in Europa) vielmehr Ausdruck eines Zentrum-Peripherie-Konflikts ist (Huijsmans 2022: 297, 302; Zibblatt 2021: 34; de Lange 2023: 411).

noch jungen – Forschungsstand in der Bundesrepublik (Arzheimer/Bernemann 2023: 14; Reiser et al. 2023).

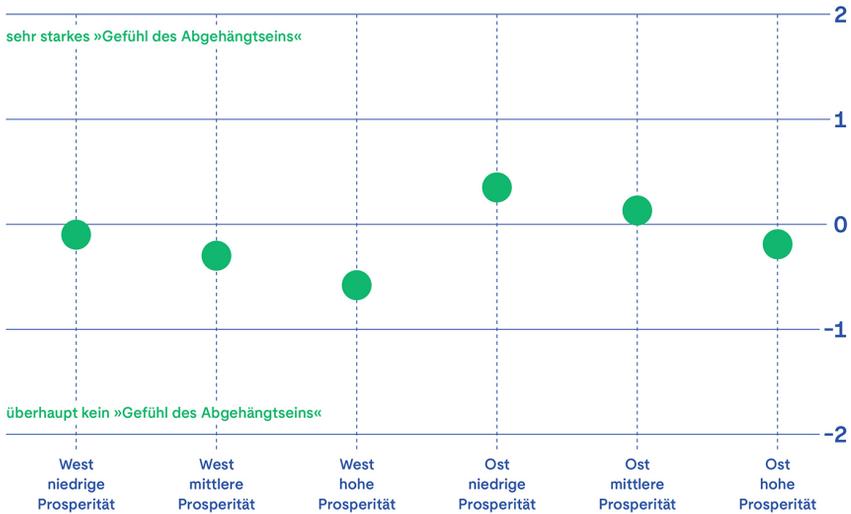


Abb. 23: Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Landesteil und Prosperität (Mittelwerte)

Wegen des direkten Bezugs des Messinstruments zur Wirtschaft – eine Frage richtet sich auf die relative wirtschaftliche Entwicklung der Region im Vergleich zu anderen Regionen – überrascht es nicht, dass sich die Verbreitung des »Gefühls des Abgehängtseins« je nach sozioökonomischer Lage der Region unterscheidet. Diesen Befund stützt eine Erkenntnis der empirischen Forschung, dass das »Gefühl des Abgehängtseins« dort auftritt, wo Regionen von einem langfristigen wirtschaftlichen Abstieg betroffen sind (vgl. Obschonka et al. 2017). Das »Gefühl des Abgehängtseins« kann also, wie auch die Analysen des Deutschland-Monitors nahelegen, Ausdruck tatsächlicher interregionaler Ungleichheiten bei der sozioökonomischen Lage sein.³²

Die Daten der regionalisierten Vertiefungsstudie bestätigen diese Befunde (sh. Abb. 24). Der Gesamtindex zeigt signifikante Gruppenunterschiede über die 4 Prosperitätscluster als auch über die einzelnen Kreise. Prosperierende Regionen in Ost- und Westdeutschland weisen signifikant geringere Werte für

³² Rodríguez-Pose argumentiert hierbei, dass interregionale Ungleichheiten einen größeren Einfluss auf der Einstellungsebene haben als individuelle Ungleichheit innerhalb von Regionen (Rodríguez-Pose 2018: 23).

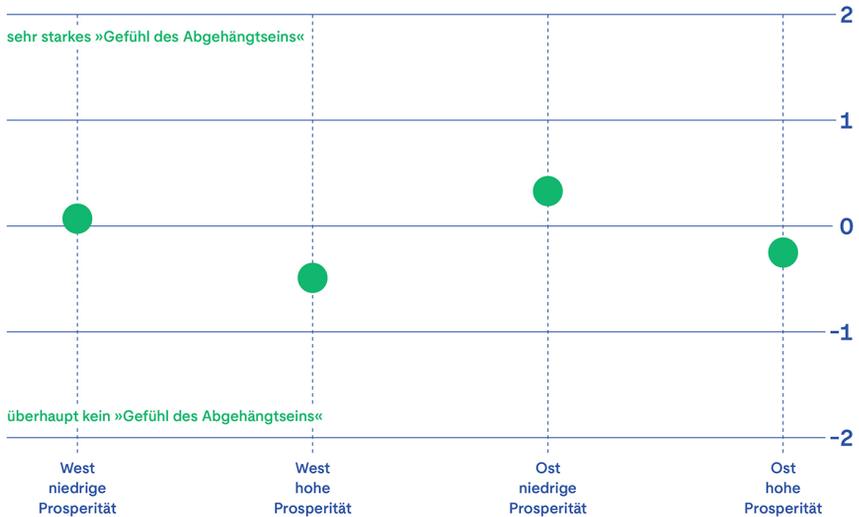


Abb. 24: Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Prosperitätsclustern, regionale Vertiefungserhebung (Mittelwerte)

ein »Gefühl des Abgehängtseins« auf als Regionen mit geringer Prosperität in Ost und West. Eine Ost-West-Differenz zulasten Ostdeutschlands setzt sich jeweils innerhalb der Prosperitätsgruppen fort. So weisen die Bürgerinnen und Bürger in Regionen mit hoher Prosperität in Westdeutschland ein geringeres »Gefühl des Abgehängtseins« auf als jene in Regionen mit hoher Prosperität in Ostdeutschland.

Dass sich in Ostdeutschland signifikant mehr Menschen »abgehängt« fühlen als in Westdeutschland, kann auf mehrere Umstände zurückgeführt werden: Erstens ist der Wohlstand in Deutschland auch 33 Jahre nach der Wiedervereinigung noch räumlich ungleich verteilt. Prosperierenden Regionen in Westdeutschland geht es im Durchschnitt wirtschaftlich besser als prosperierenden Regionen in Ostdeutschland, sodass sich vermutlich auch in den Ost-West-Unterschieden weitere Prosperitätseffekte ausdrücken. Zweitens ist Ostdeutschland stärker von Überalterung und Abwanderung betroffen (Arzheimer/Bernemann 2023: 4). Drittens wird im aktuellen Thüringen-Monitor festgestellt, dass die Wahrnehmung einer kollektiven Abwertung und ungerechten Behandlung Ostdeutschlands (»Ostdeprivation«) das »Gefühl des Abgehängtseins« befördert (Reiser et al. 2023: 50). Die Befunde des Deutschland-Monitors stützen also insgesamt die »Context-Matters«-Hypothese, wonach ein strukturschwacher sozialräumlicher Kontext auch unter Berücksichtigung der sozialen Zusammensetzung signifikant zu einem »Gefühl des Abgehängtseins« beiträgt.

Die statistischen Modelle zeigen zudem, dass ein »Gefühl des Abgehängtseins« neben den Kontextmerkmalen auf Kreisebene signifikant mit der subjektiven Wahrnehmung der sozioökonomischen Verfassung der Region zusammenhängt. In anderen Worten: Nicht nur die objektiv messbare sozioökonomische Lage wirkt sich auf das Gefühl des »Abgehängtseins« aus, sondern auch die wahrgenommene sozioökonomische Situation und relative Entwicklung des Wohnorts und der Wohnregion. Menschen, welche Abwanderung oder Fachkräftemangel als Probleme der eigenen Region stärker wahrnehmen, neigen stärker dazu, ihre Region als »abgehängt« wahrzunehmen. Dies gilt auch für Menschen, die mit den Infrastrukturangeboten (Internetverbindung, Kultur- und Freizeitangebote) in ihrer Region unzufrieden sind. Auch im Thüringen-Monitor erwies sich eine wahrgenommene Abwanderungsproblematik als signifikanter Erklärungsfaktor für das »Gefühl des Abgehängtseins« (Reiser et al. 2023: 51) (sh. Abb. 25). Außerdem verstärkt auch die subjektive Einschätzung, der Wohnort habe sich in den letzten Jahren zum Schlechteren entwickelt, diese Wahrnehmung.

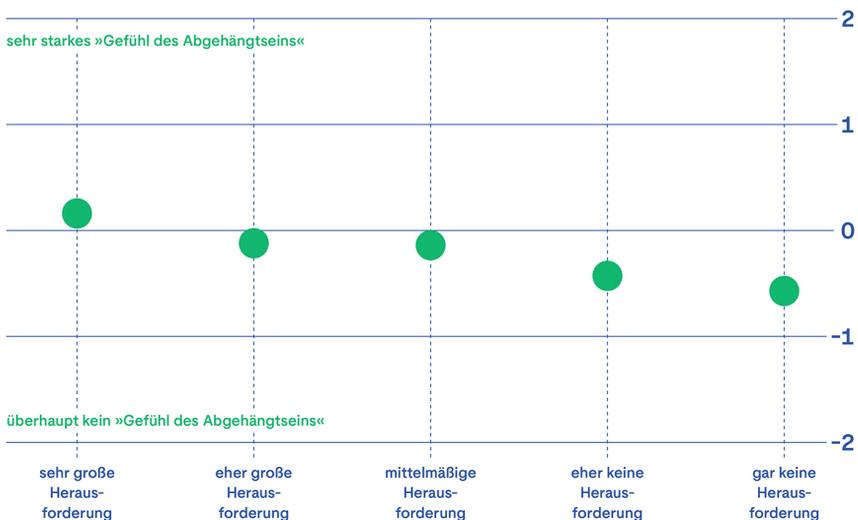


Abb. 25: Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Problemwahrnehmung der Abwanderung am Wohnort (Mittelwerte)

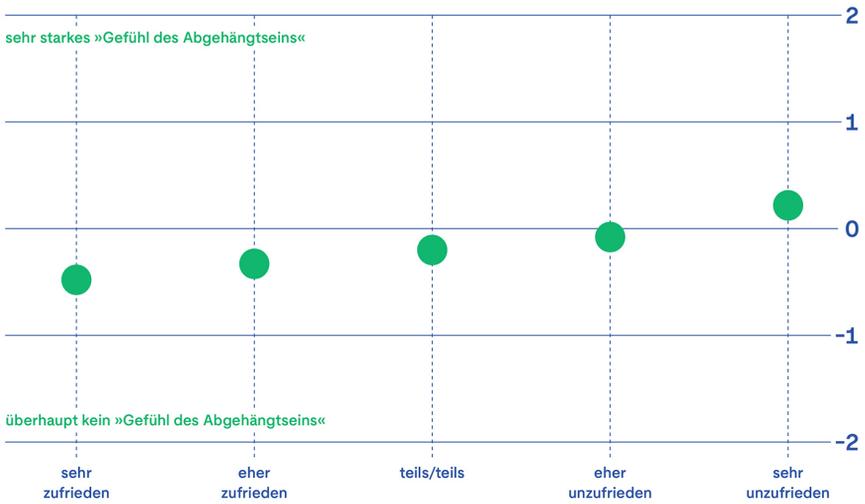


Abb. 26: Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Zufriedenheit mit Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Mittelwerte)

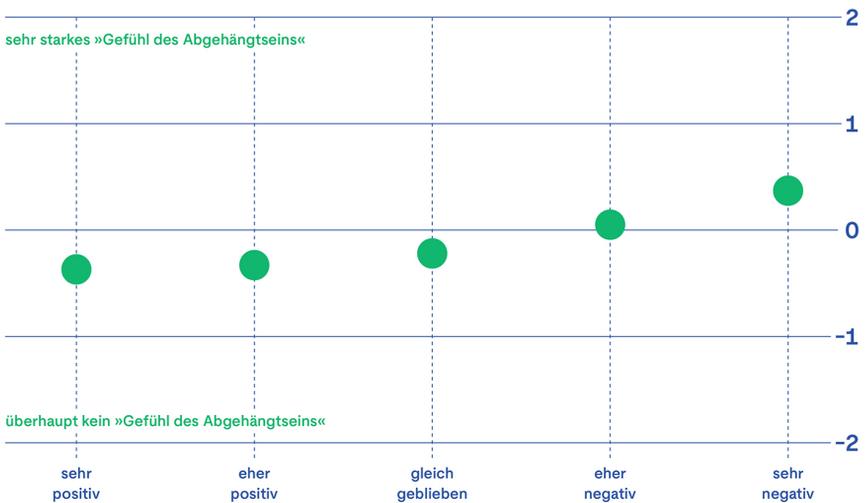


Abb. 27: Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach subjektiver Einschätzung der Entwicklung am Wohnort in der Vergangenheit (Mittelwerte)

Hinsichtlich der Soziodemografie sind beim »Gefühl des Abgehängtseins« 2 Einflussfaktoren identifizierbar: Zum einen geht mit einem höheren Lebensalter eine stärkere Ausprägung dieses Gefühls einher. Dieser Effekt ist statistisch signifikant, aber im Vergleich zu anderen Faktoren nicht sehr stark. Die Differenz

zwischen den Altersgruppen 16 bis 29 Jahre und 50 bis 65 Jahre entspricht 0,25 Skaleneinheiten. Zum anderen hegen Menschen mit höherer formaler Bildung in geringerem Maße ein Gefühl der regionalen Benachteiligung. In der regionalen Vertiefungsstudie zeigt sich zudem in Übereinstimmung mit anderen Studien ein häufigeres Auftreten bei Männern (Munis 2022: 1071; Huijsmans 2023; Arzheimer/Bernemann 2023: 13).

Auf der Einstellungsebene findet sich im Einklang mit dem Forschungsstand ein starker und signifikanter Einfluss der Statusverlustangst und der individuellen Deprivation. Wer also befürchtet, durch aktuelle Entwicklungen auf die »Verliererseite des Lebens« zu geraten, oder das Gefühl hat, nicht den gerechten gesellschaftlichen Anteil zu erhalten, fühlt in der Tendenz auch stärker die Region als »abgehängt« (Reiser et al. 2023: 51) (sh. Abb. 28). Dieser Befund stützt – ebenso wie die Ergebnisse zur Parteiidentifikation und zur Demokratiezufriedenheit (sh. Abb. 29 und Abb. 30) – das in der Forschung diskutierte Argument, dass Populismus und ein »Gefühl des Abgehängtseins« Ausdruck einer »Modernisierungsüberforderung« sind (Inglehart/Norris 2019).

Betrachtet im Spiegel des bundesdeutschen Parteiensystems wird deutlich erkennbar, dass sich das »Gefühl des Abgehängtseins« entlang der soziokulturellen Konfliktachse des parteipolitischen Raums anordnet (sh. Abb. 30). AfD und Bündnis 90/ Die Grünen, die nach vorherrschender Meinung die beiden Pole dieser Konfliktlinie im deutschen Parteiensystem auf Bundesebene darstellen, zeigen in ihrer Anhängerschaft die höchste bzw. geringste Verbreitung des »Gefühls des Abgehängtseins«. Dazwischen ordnen sich, von soziokulturell »rechts« nach »links« gesehen, die Unionsparteien, die FDP sowie (nahezu gleichauf) die Partei Die Linke und die SPD ein (Wagner et al. 2023: 625; Best et al. 2023: 8). Der Befund eines besonders verbreiteten »Gefühls des Abgehängtseins« in der Anhängerschaft der AfD stützt die Feststellung Diermeiers (2020: 559), dass es gerade dieser Partei gelungen ist, Wählerinnen und Wählern, die sich in ihrer Region von der etablierten Politik »verlassen« fühlen, eine politische Heimat zu geben. Zusammenfassend sei festgehalten, dass sich das viel diskutierte Phänomen »abgehängter Regionen« in Deutschland auf der Einstellungsebene nicht als eine simple Ost-West- oder Stadt-Land-Dichotomie abbildet. Zwar fühlen sich in ländlichen Regionen etwas mehr Menschen von den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eliten »abgehängt«. Die statistischen Analysen zeigen aber, dass sowohl die objektiven Prosperitätsindikatoren als auch die wahrgenommene Lage und Entwicklung des Wohnorts einen wesentlichen Teil der Erklärungsfaktoren bilden. Politisch folgt daraus: Dem Einstellungsmuster des »Abgehängtseins« kann durch fortgesetzte und aktive Bemühungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse und mit Anreizen zum Verbleib bzw. Zuzug junger Menschen in diese Regionen zumindest in Teilen entgegengewirkt werden.

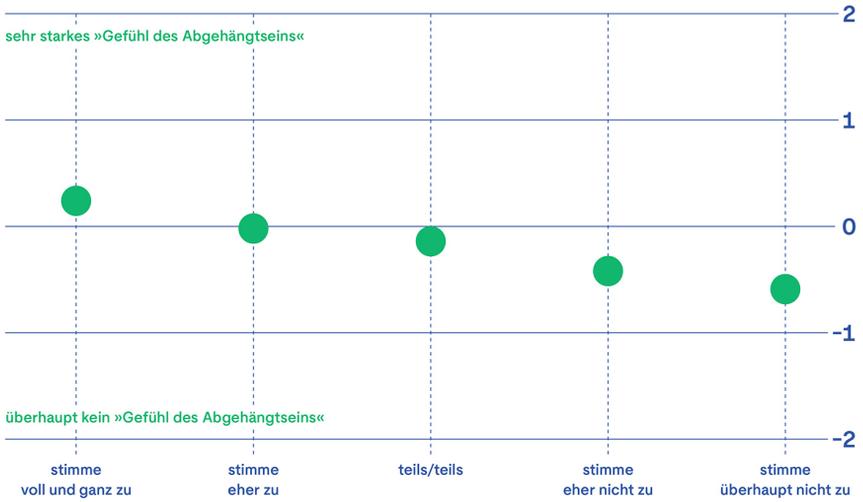


Abb. 28: Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Statusverlustangst (Mittelwerte)

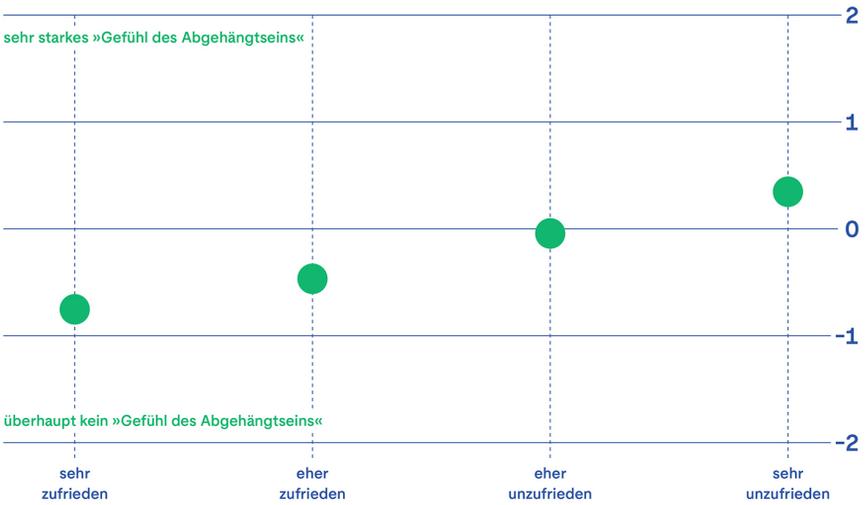


Abb. 29: Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte)

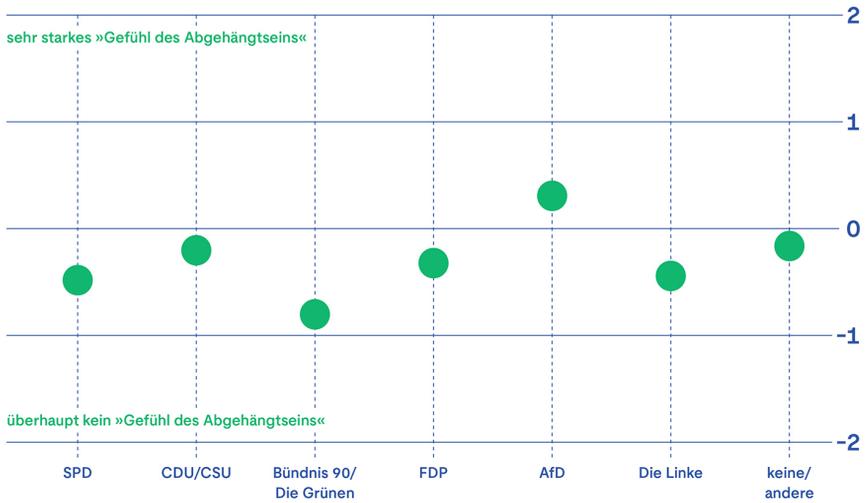


Abb. 30: Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Parteiidentifikation (Mittelwerte)

Daneben wirken sich, wie bei einer Vielzahl politischer Einstellungsmuster, auch allgemeine und persönliche Gerechtigkeitsperzeptionen, das Verhältnis zu Politik und Demokratie sowie soziodemografische Merkmale auf das »Gefühl des Abgehängtseins« aus. Übereinstimmend mit dem Stand der Forschung ergibt sich als ein zentraler Befund, dass die Hintergründe des »Gefühls des Abgehängtseins« sowohl in Kontext- als auch Kompositionseffekten liegen: Die soziale Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner kann räumliche Unterschiede beim »Gefühl des Abgehängtseins« nicht erschöpfend erklären (Jacobs, Munis 2022: 2; Huijsmans 2022: 297; Gimpel et al. 2020: 1363). Die Befunde des Deutschland-Monitors reihen sich hier ein. Das Einstellungsmuster des »Abgehängtseins« erweist sich zudem, wie auch weitere Analysen im vorliegenden Bericht zeigen, als aufschlussreicher Erklärungsfaktor für andere politische Einstellungsmuster wie etwa die Bewertung der Wiedervereinigung, die oder das Vertrauen in die Bundesregierung (sh. Kap. 4.3 und Kap. 4.7).

3.7 Lebensqualität, Standortgüte und sozialer Zusammenhalt am Wohnort und in näherer Umgebung – Die Sicht der Bürgerinnen und Bürger

Traditionell fallen 2 Aufgabenbereiche in die kommunale Zuständigkeit: Dazu gehört zum einen die Bereitstellung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie

Infrastrukturausstattung und soziale Dienste, sowie zum anderen die Ortsplanung bzw. Stadtentwicklung, die als »kleinräumige Steuerung der Umweltgestaltung« (Naßmacher 2000: 308) verstanden werden kann. Beide Zuständigkeitsbereiche sind städtischen und ländlichen Gemeinden grundsätzlich gemeinsam.

Die Zufriedenheit mit den Angeboten und Leistungen der Daseinsvorsorge vor Ort und in näherer Umgebung ist in der Bevölkerung vergleichsweise hoch. Zudem zeigt die differenzierte Analyse der Umfragedaten, dass bei der subjektiven Bewertung dieses Kernbereichs öffentlicher Aufgaben weder ein durchgängiges Stadt-Land-Gefälle noch ein klarer Ost-West-Unterschied festzustellen ist (sh. Kap. 3.3, Ostbeauftragter 2023: 48). Vorhandene Angebote öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Gemeinschaftsgüter werden bundesweit geschätzt. Ähnlich positiv wird auch die Erfüllung des anderen gemeindlichen Aufgabenfeldes, d. h. der kommunalen Steuerungsleistungen in den Bereichen Wohnen, Haushalt, Wirtschaftsförderung, Erholung/Freizeit und Bürgerbeteiligung, wahrgenommen. Die Auswertung der Monitor-Daten ergab ferner, dass auch die Lebenszufriedenheit, die sich an diesen Qualitätsmerkmalen des Wohnstandorts bemisst, bundesweit überwiegend positiv bekundet wird (vgl. Ostbeauftragter 2023: 58). Allerdings treten in der auf den ersten Blick heilen lokalen Welt neben einem »Gefühl des Abgehängtseins« (sh. Kap. 3.6) auch Anzeichen sozialer Spaltung zutage. Wer nach eigenem Empfinden »weniger als den gerechten Anteil« erhält, bewertet die Lebensbedingungen am Wohnort schlechter (Ebenda, sh. Kap. 3.2).

Nicht alle Facetten der Standorterfahrung, die sich zu einem Gesamteindruck zusammenfügen, erhalten von den Befragten gleich gute oder gleich schlechtere Benotungen. Um solche hinter den vergebenen Endnoten liegende Schattierungen möglichst breit zu erfassen, haben wir das Messinstrument des »Sozialitätsindex« (abgekürzt SIX) entwickelt. Im Deutschland-Monitor 2023 wurde das Instrument erstmals im Rahmen einer bundesweiten repräsentativen Befragung getestet. Der SIX dient dazu, auf der Basis der Umfragedaten die örtliche Wahrnehmung der Lebensqualität, der Standortgüte und des sozialen Zusammenhalts anhand von insgesamt 15 Unterdimensionen abzubilden. Die statistischen Zusammenhänge zwischen den 3 Hauptdimensionen erweisen sich als signifikant: Wird eine Dimension stärker positiv besetzt, ist das auch bei den beiden anderen der Fall, und ebenso umgekehrt bei negativer Tendenz (sh. Tab. 3 und Abb. 31).³³

33 Der Sozialitätsindex wurde im Teilprojekt SIX am Teilstandort Halle des Forschungszentrums Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) entwickelt und erstmals 2021 in ausgewählten Kreisen und Gemeinden der Bundesrepublik, die sich nach hohen, moderaten und niedrigen Belastungen bei Einwohner- und Beschäftigtenentwicklung unterscheiden, erprobt. Vgl. hierzu Jaeck et al. 2023: www.fgz-risc.de/forschung-transfer/projektendatenbank/details/HAL_F_03

	I. Sozialer Zusammen- halt am Wohnort (SIX I)	II. Standort- güte des Wohnortes (SIX II)	III. Lebens- qualität am Wohnort (SIX III)	Cronbachs Alpha
1.1 Die Leute hier helfen sich gegenseitig.	0,74			0,72 (ohne 1.6 = 0,77)
1.2 Die Leute hier motivieren sich gegenseitig, etwas zu erreichen.	0,69			
1.3 Das Miteinander von »Jung« und »Alt« funktioniert hier gut.	0,63			
1.4 Man kann den Leuten hier vertrauen.	0,63			
1.5 In meinem Wohnort gibt es ein lebendiges Vereinsleben.	0,43			
1.6 Integration von Menschen aus anderen Ländern ist keine Herausforderung	0,41			
2.1 Entwicklung des Wohnortes nächste 15 Jahre		0,74		0,74
2.2 Entwicklung des Wohnortes letzte 15 Jahre		0,73		
2.3 Wirtschaftliche Lage am Wohnort		0,61		
2.4 Mein Wohnort geht mit öffentlichen Geldern verantwortungsbewusst um.		0,6		
2.5 Mein Wohnort beteiligt die Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Planungen.		0,5		
3.1 Ich möchte an keinem anderen Ort leben.			0,72	0,74
3.2 Verbundenheit mit dem Wohnort			0,63	
3.3 Meine persönliche Zukunft an dem Ort, an dem ich derzeit lebe, sehe ich positiv.			0,63	
3.4 Mit der Lebensqualität an meinem Wohnort bin ich alles in allem zufrieden.			0,58	
3.5 Mit der Lebensqualität in meiner unmittelbaren Nachbarschaft bin ich alles in allem zufrieden.			0,5	

Tab. 3: Ergebnis der Faktorenanalyse – rotierte Komponentenmatrix
 Item 1.6 wird aufgrund der Verbesserung der Reliabilität bei der Bildung der Skala SIX I – Sozialer Zusammenhalt ausgeschlossen

Nachstehende Abbildung des Gesamtindex SIX I zeigt die Mittelwerte für ausgewählte Umfeld-Kriterien (»Kontextfaktoren«), eingeschlossen Effekte von Regionalisierung sowie nach biografischer Verortung der Befragten auf. Das statistische Aggregat der individuellen Bewertungen von Lebensqualität, Standortgüte und sozialem Zusammenhalt am Wohnort weist aus, dass diese lokalen Merkmale und Angebote in der rechnerischen Gesamtabwägung von Befragten deutschlandweit überwiegend positiv eingeschätzt werden. Darauf, dass dabei einzelne Facetten auch kritischer gesehen werden, wird noch eingegangen.

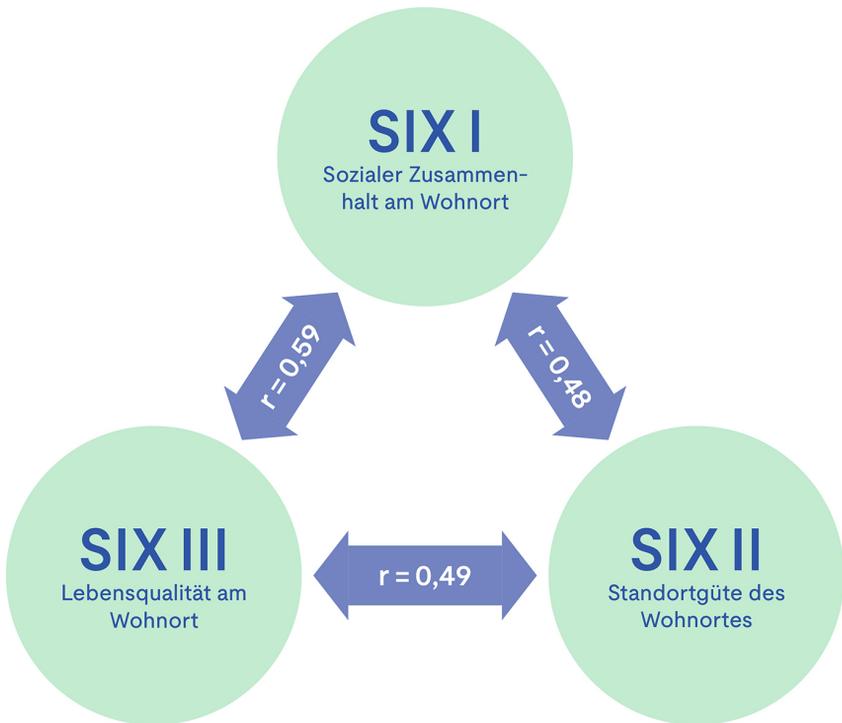


Abb. 31: Zusammenhang der 3 Unter-Dimensionen des Sozialitätsindex

Der Gesamtindex zeigt, dass sich Merkmale des strukturellen Umfelds und der geo-biografischen Sozialisation, die hier zur Erklärung der individuellen Bewertungen des Wohnorts herangezogen werden, als aussagekräftig erweisen (sh. Abb. 32). Ersichtlich liegen die im SIX abgebildeten Mittelwerte für sämtliche Einzelindikatoren auf der Skala (-1 bis +1) im positiven Messbereich. Klaren Einfluss hat die Ortsgröße. Für Westdeutschland – und damit aufgrund der größeren Fallzahl auch für Gesamtdeutschland – gilt: Je geringer die Einwohnerzahl des Ortes

ist, desto vorteilhafter fällt linear aufsteigend die Bewertung für die abgefragten Dimensionen aus. Dabei markiert die Ortsgrößenklasse ab 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern einen Einschnitt in der Standortgunst, der sich mit wachsender Ortsgröße verstetigt. Die schlechtesten Noten erhalten Großstädte ab einer halben Million Einwohnerinnen und Einwohnern.

Demgegenüber steigt im Osten Deutschlands³⁴ die positive Bewertung des Wohnstandorts nicht linear mit zunehmender Ortsgröße an. Im inneröstlichen Vergleich schneiden kleine Gemeinden (bis 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner) und Kleinstgemeinden (bis 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner) zwar, ähnlich ihren Pendants im Westen, am besten ab. Doch im Ost-West-Vergleich liegen dieselben Ostgemeinden auf der Skala der Rangplätze deutlich hinter den Westgemeinden derselben Größe. Bei der schwächeren Bewertung der ostdeutschen »Schwestergemeinden« dürfte zu Buche schlagen, dass gerade in dortigen Landgemeinden eine ausreichende Grundversorgung und eine nach Alt und Jung ausgewogene Zusammensetzung der Einwohnerschaft häufig vermisst werden. Ferner ist erkennbar, dass die Bewertungsdifferenz zwischen kleinster und höchster Ortsgröße im Osten um mehr als das Doppelte kleiner ausfällt als im Westen (Spanne für Mittelwerte Ost 0,21 Skalenpunkte, für Mittelwerte West 0,46 Skalenpunkte). Das liegt daran, dass ostdeutschen Großstädten mit einer halben Million und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern – von denen es nur 3 gibt³⁵ – weniger Nachteile als im Westen Deutschlands zugeschrieben werden (MW Ost 0,54, MW West 0,44). Ursächlich hierfür dürften die besseren Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote sowie die weniger prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt sein. Ein positiver »Ausreißer« sind ostdeutsche Mittelstädte zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Diese liegen in der Standortgunst ihrer Wohnbevölkerung nahezu gleichauf mit Kleinstgemeinden. Insgesamt erweist sich die Ortsgrößenklasse zur Erklärung des SIX im Osten Deutschlands aber als nicht signifikant (sh. Abb. 32a).

Unsere Annahme, dass Kontexteffekte einstellungsprägend sein können, haben wir anhand eines weiteren raumstrukturellen Indikators, der Typologie der Ländlichkeit, überprüft. Ländliche Lebenswelten, einerlei ob diese mit guten oder weniger guten ökonomischen Verhältnissen einhergehen, werden durchweg geschätzt. Die Bewertung für »nicht ländliche« Regionen fällt demgegenüber deutlich ab. Im Vergleich schneiden »sehr« und »eher ländliche« Ortslagen in Westdeutschland relativ besser, in Ostdeutschland weniger gut ab. Die allgemein positive Bewertung lässt darauf schließen, dass Erschwernisse des Lebens auf dem

34 Aufgrund der zum Teil geringen Fallzahlen in einigen Ortskategorien ist hier die Aussagekraft der Daten allerdings eingeschränkt.

35 (Ost-)Berlin, Leipzig (seit 2005) und Dresden (seit 2006).

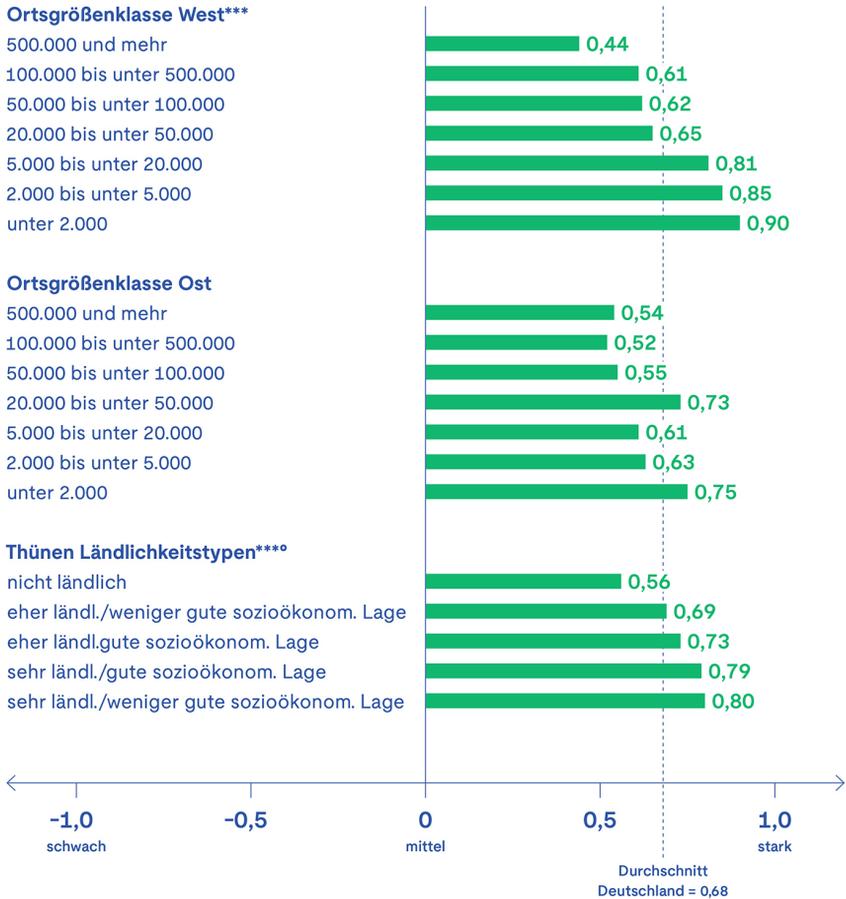


Abb. 32a: Skala Sozialitätsindex nach unterschiedlichen Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)

° Dieser Index lässt sich für Ostdeutschland nur bedingt abbilden, da hier keine ländlichen Räume mit guter wirtschaftlicher Lage (nach Thünen-Indikator) vorliegen.

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Lande, die auch dort (z. B. bezüglich Mobilität und Bildungsangeboten) erfahrbar sind, in der persönlichen Güterabwägung mit einer hohen sozialräumlichen Lebensqualität (z. B. ruhige Wohnlage, Weiträumigkeit und nachbarliche Beziehungen) kompensiert werden. Bestätigung findet die grundsätzlich positive Haltung zu ländlichen Lebensverhältnissen auch darin, dass, wer seine sekundäre Sozialisation, d. h. Kindheit und Jugend, auf dem Land erlebt hat, seinen heutigen Wohnort häufiger positiv bewertet als »gelernte« Stadtmenschen (sh. Abb. 32a).

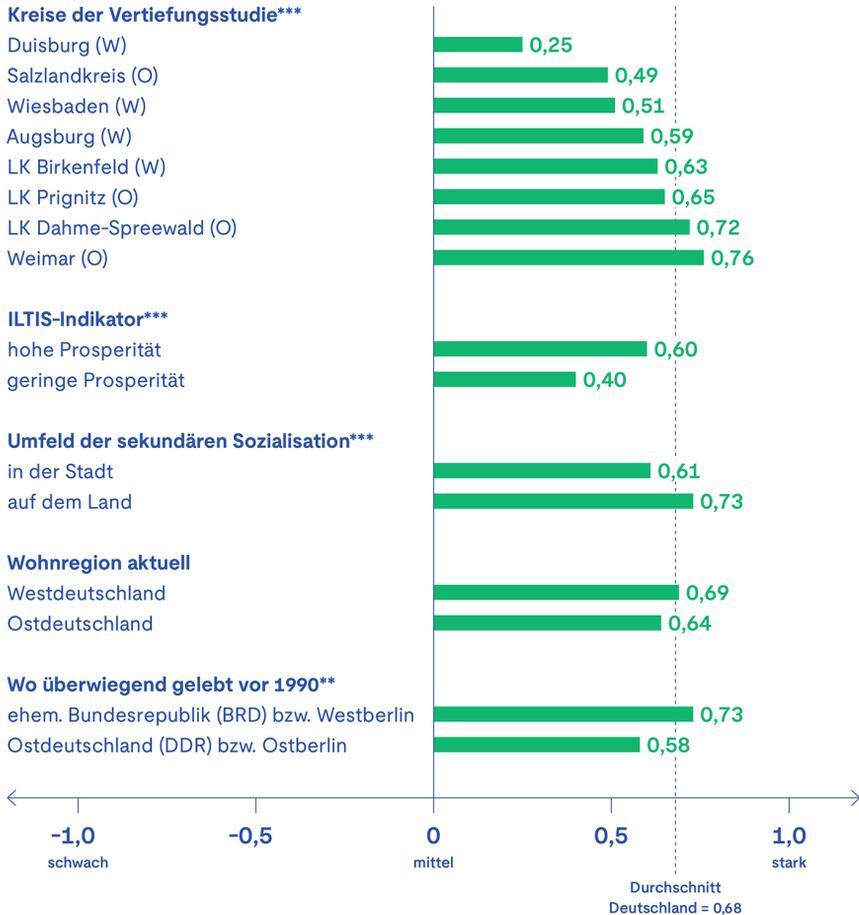


Abb. 32b: Skala Sozialitätsindex nach unterschiedlichen Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Ost-West-Unterschiede treten bei der Einschätzung des heutigen Wohnstandorts ebenfalls zutage, bedingt durch das Nachwirken älterer Lebensabschnitte. Wer sein Leben vor 1990 überwiegend in Ostdeutschland verbracht hat, schaut kritischer auf das Wohnumfeld als Befragte, die zur gleichen Zeit im Westen Deutschlands gelebt haben. Nach der Wiedervereinigung flacht der Unterschied erkennbar ab: Die Bewertung des Wohnorts ist nahezu ausgeglichen, einerlei ob jemand gegenwärtig im östlichen oder westlichen Teil der Bundesrepublik lebt (sh. Abb. 32b).

Die regionale Vertiefung im Ansatz des Deutschland-Monitors erweitert hier die Analysemöglichkeiten, Effekte struktureller Bedingungen auf Einstellungen auszuleuchten. Auf der Basis dieser Daten können wir *Kreisregionen höherer und geringerer Prosperität* identifizieren. Hinter der bipolaren Zuordnung nach dem Gradmesser stärkerer oder schwächerer Prosperität gruppieren sich die Kreisregionen (sh. Kap. 2.2). Hierfür wurden anhand von 13 strukturellen Indikatoren der Raumstatistik aus den derzeit insgesamt 401 kommunalen Gebietskörperschaften der Bundesrepublik 8 Stadt- und Landkreise nach den Kennzeichen prosperierend/nichtprosperierend und Ost/West paritätisch ausgewählt (Auswahlverfahren: sh. Kap. 2.2). Wie ebenfalls im Gesamtindex SIX ausgewiesen wird, unterscheiden sich die Mittelwerte der Bewertungen für diese Raumtypen, obgleich beide im positiven Skalenbereich liegen (sh. Abb. 32b). Die Differenz beträgt 0,2 Skalenpunkte.

Auffallend ist hier ein doppelter Befund: Weder markieren die Gesamtnoten, die von den befragten Einwohnerinnen und Einwohnern in den einzelnen Kreisregionen vergeben worden sind, eine eindeutige Trennlinie nach Ost und West noch sind positive Benotungen ausnahmslos westdeutschen prosperierenden Raumeinheiten vorbehalten und negative Bewertungen ausschließlich für ostdeutsche nichtprosperierende Standorte reserviert. Das zeigen die in unserer Vertiefungsstudie (sh. Kap. 2.2 und Kap. 5) aufscheinenden Differenzen: Die besten Benotungen für den Wohnort werden vielmehr in den ostdeutschen Kreisen Weimar und Dahme-Spreewald vergeben. Am schlechtesten wird das nordrhein-westfälische Duisburg von seiner Wohnbevölkerung bewertet, mit Abstand gefolgt vom hessischen Wiesbaden und dem Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt.

Eine zentrale Frage des diesjährigen Deutschland-Monitors lautet, ob systematische Unterschiede hinsichtlich der politischen Einstellungen gemäß ihrer Verortung im Raum bestehen. Hier zeigen sich, wie der Gesamt-Sozialitätsindex ausweist, überraschend deutliche Zusammenhänge mit der persönlichen Einschätzung der Wohnstandortbedingungen – am klarsten bezüglich des Demokratiebewusstseins, des Institutionenvertrauens und auch der Parteiidentifikation, hingegen deutlich schwächer hinsichtlich der Links-Rechts-Selbsteinstufung (sh. Abb. 33 und Kap. 4).

Die hierzulande – das bestätigt die repräsentative Befragung – nach wie vor sehr kleine Minderheit bekennender Demokratieverweigerer (»Antidemokraten«) äußert in der Gesamtschau auf die Gegebenheiten an ihren Wohnstandorten eine zwar nur vergleichsweise schwach positive, jedoch nicht prinzipiell ablehnende Grundeinschätzung. Mit der Zuordnung des Gros der Befragten zu »kumulierten« *Demokratie-Dimensionen* – von Antidemokraten über systemkritische und über politikkritische zu zufriedenen Demokraten – steigt die

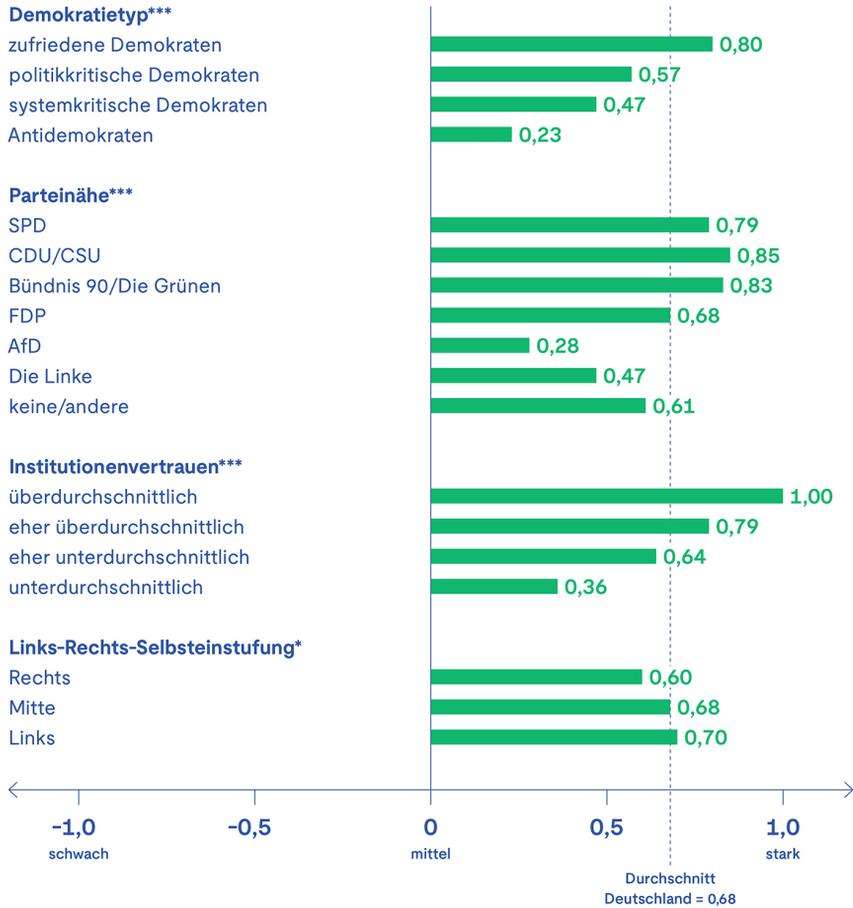


Abb. 33: Skala Sozialitätsindex nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Wertschätzung des Wohnorts signifikant an (sh. Abb. 33 – Die Typologie demokratischer Orientierungen wird in Kap. 4.4 erläutert und analysiert). Das gleiche linear auf- bzw. absteigende Verteilungsmuster ergibt sich bei der Beantwortung der Frage nach dem Vertrauen in politische Institutionen. Wer diesen Autoritäten nur gering vertraut, vergibt auch für die persönlichen Lebenschancen, die öffentlichen Partizipationsangebote und die Entwicklungsaussichten des Wohnorts weniger gute Noten. In dem Maße, wie der für rechts- und parteienstaatliche Einrichtungen vergebene Vertrauensbonus wächst, hellt sich das positive Gesamtbild zusehends auf (sh. Abb. 33).

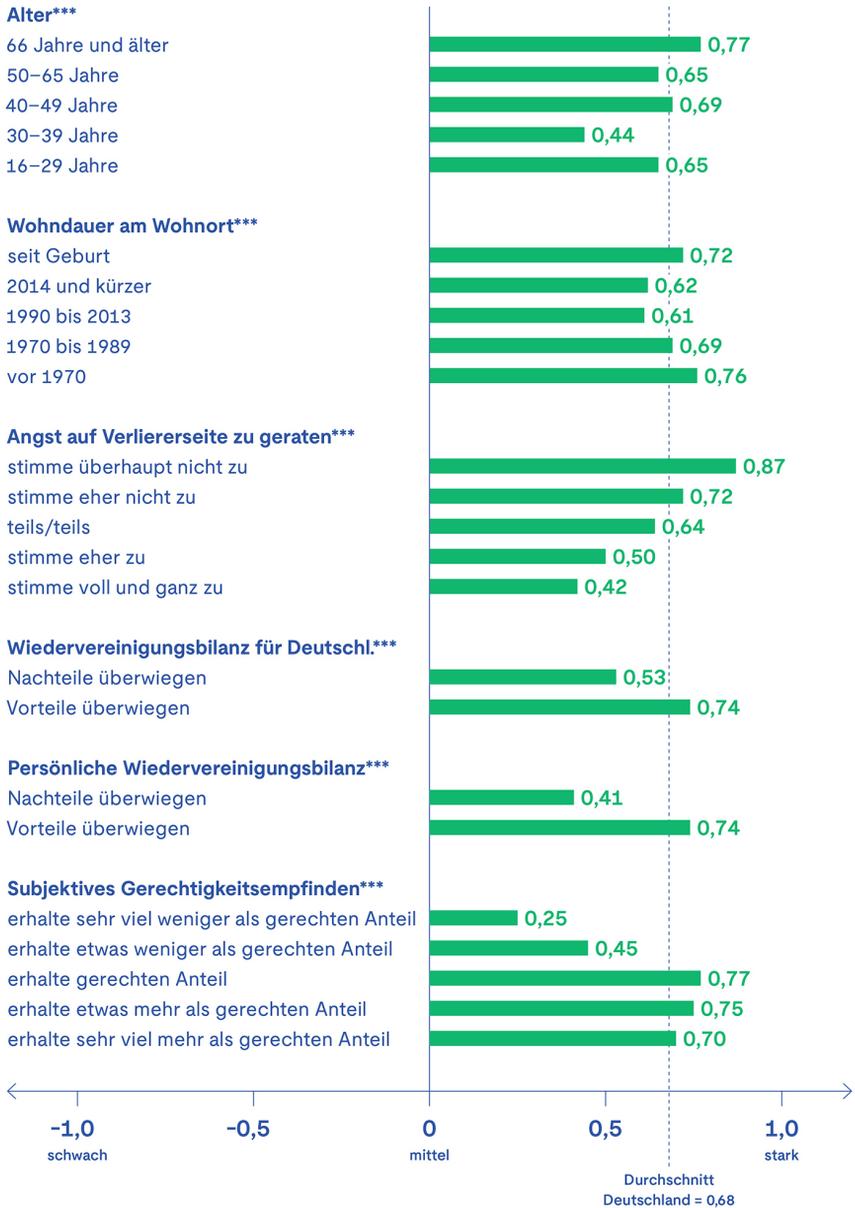


Abb. 34: Skala Sozialitätsindex nach sozialstrukturellen Einstellungen und Merkmalen (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Ein weiteres: Wie kritisch oder wohlwollend die Lebenschancen am Wohnort eingeschätzt werden, spiegelt sich außerdem in der bekundeten *Parteiidentifikation* wider. Dabei bilden sich die bekannten politischen Konfliktlinien des deutschen Parteiensystems ab, das sich gegenwärtig zusehends in der Richtung eines polarisierten Pluralismus (vgl. Sartori 1976: 288) entwickelt. Wer einer der beiden Parteien an den äußeren Polen des Parteienspektrums nahesteht, bewertet die lokalen Verhältnisse deutlich oder sehr deutlich weniger positiv als Personen ohne Parteibindung sowie Befragte, die mit den systemtragenden Parteien CDU/CSU, Die Grünen, SPD oder FDP sympathisieren. Demgegenüber ist die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala für den Grad der Ortszufriedenheit wenig aussagekräftig (sh. Abb. 33).

Bei der *Verteilung nach Altersgruppen* zeigt sich beim Gesamt-Sozialitätsindex, dass Ältere (66 Jahre und älter) sich über die Lebensverhältnisse an ihrem Wohnort am zufriedensten äußern (sh. Abb. 34). Dies mag daraus resultieren, dass manche vorhandenen Defizite an lokaler Infrastruktur für Jüngere fühlbarer sind als für Ältere. Für diese Vermutung spricht die deutlich weniger positiv ausfallende Standortbewertung von 30- bis 39-Jährigen. Diese Altersgruppe befindet sich in einer Lebensphase, in der berufliche Belastungen und Herausforderungen der Existenzsicherung vergleichsweise intensiv auftreten (BMFSFJ 2021: 414 ff.), was zumindest partiell erhöhte – und nicht immer zufriedenstellend erfüllte – Anforderungen an lokale Lebensbedingungen mit sich bringt. Eine positive Ortsbindung verstärkt sich tendenziell mit zunehmender *Wohndauer* am Wohnort.

Wer sich gegenüber seinen Mitmenschen oder der Gesellschaft selbst benachteiligt fühlt, sieht sich in seinem Empfinden latenter Unzufriedenheit und mangelnden Selbstbewusstseins offenbar mit hoher Wahrscheinlichkeit bestärkt, wenn er/sie im Lebensumfeld gefühlte Zurücksetzung, unerfüllte Teilhabe, Verlustängste oder persönliche Nachteilserfahrungen erlebt. Dieses mental fragile Lebensgefühl wird in der sozialpsychologischen Forschung als subjektive bzw. relative Deprivation, das heißt aus dem Vergleich mit »den Anderen« entspringende Benachteiligung beschrieben (vgl. Runciman 1966; Farwick 2009; Güttler 2003; Reiser/Reiter 2022).

Die Auswirkungen dieses Lebensgefühls auf die Bewertung des Wohnorts treten im Spiegel des Sozialitätsindex erkennbar zutage (sh. Abb. 34). Die Indikatoren hierfür sind Zukunftsangst sowie das *subjektive Gerechtigkeitsempfinden*. Die Umfragedaten zeigen: Je intensiver Personen von der Sorge umgetrieben werden, »auf die Verliererseite des Lebens zu geraten«, desto weniger empfinden sie ihr lokales Umfeld als hilfreich und einladend, auch wenn eine gewisse Grundzustimmung offenbar erhalten bleibt.

Eine auf den ersten Blick paradoxe Polarisierung ergibt sich bei der Beantwortung der Gerechtigkeitsfrage: Wer glaubt, »etwas weniger« oder gar »sehr viel

weniger als den gerechten Anteil zu erhalten«, äußert sich über die Konditionen an seinem Wohnort deutlich weniger zufrieden als Befragte, die sich gerecht bedacht sehen (sh. Abb. 34). So weit, so erwartbar. Jedoch überrascht, dass bei Befragten, die angeben, »etwas mehr« oder »sehr viel mehr« als den gerechten Anteil zu erhalten, der Grad der Ortszufriedenheit geringer ausfällt bzw. moderat rückläufig ist verglichen mit Personen, die sich subjektiv gerecht behandelt fühlen. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass Personen, die sich überversorgt sehen, sich nicht nur einer gehobenen Ausstattung mit immateriellen Lebenschancen und materiellen Ressourcen bewusst sind, sondern daraus auch höhere Ansprüche an das Leistungsniveau an ihrem Wohnort ableiten, die nicht immer erfüllt werden. Angemerkt sei noch, dass die Merkmale *Einkommen* und *Bildung* lediglich geringe Effekte zeigen. Deshalb wurden sie in den Sozialitätsindex nicht mit aufgenommen.

Zieht man bis hierher ein Zwischenfazit, so ist vor allem ein Untersuchungsergebnis bemerkenswert: Bei vergleichender Gegenüberstellung von Einzelwerten des Sozialitätsindex fällt eine unerwartet eindeutige *Gleichgerichtetheit der vorpolitischen Bewertungen des Wohnorts und von politischen Einstellungen* auf. Im Einstellungshorizont der Bevölkerung existiert eine hohe Übereinstimmung der Bewertungen der lokalen Lebenswelten und der Einstellungen zum politisch-administrativen System. Keine Frage: Nicht alle Politik ist lokal. Aber umgekehrt hat alles Lokale einen politischen Bezug – insofern nämlich, als die subjektive Bewertung der regionalen bzw. lokalen Lebensumstände auf politische Einstellungen abfärbt, und zwar nachweisbar auch auf generelle Wahrnehmungen von Politik, wie z. B. das Demokratieverständnis und das Vertrauen in rechtsstaatliche und parteienstaatliche Institutionen. Wer die Lebensqualität, Standortgüte und sozialen Kontakte am Wohnort schätzt, hat auch vom Funktionieren der Demokratie und der Vertrauenswürdigkeit staatlicher Einrichtungen eine gute Meinung. Und ebenso geht die gegenteilige Gleichung auf – schlechte Bewertung der örtlichen Verhältnisse, Fremdeln mit Demokratie, Parteienstaat und staatlichen Institutionen. Somit bestätigt sich eine zentrale Erkenntnis der bisherigen Politische-Kultur-Forschung.

Diese Erkenntnis kann der Politik in Bund, Land und Kommunen als Orientierungshilfe dienen. Als ein Ansatz für politisches Handeln böte sich an, intensiver, als das bisher geschieht, die Standortgüte an Wohnort und näherer Umgebung gezielt zu verbessern, und vorrangig in strukturschwachen, nicht prosperierenden Regionen bzw. dort, wo das »Gefühl des Abgehängtseins« verbreitet ist (sh. Kap. 3.6). Auch für eine künftige strukturpolitische Feinsteuerung – Welche kommunalpolitischen Agenden sollen bevorzugt gefördert werden? – liefert der Deutschland-Monitor einige präzisierende Hinweise. Um dies zu veranschaulichen, wird im Folgenden der aus dem Gesamtindex ausgekoppelte Einzelindex

für die Dimension Standortgüte zusätzlich herangezogen (sh. Abb. 35a und Abb. 35b). Auch dieser Einzelindex wird gegenüber dem Kurzbericht um die mit der Haupterhebung erhobenen politischen Einstellungen sowie um Indikatoren der Regionalisierung, die auf Daten der regionalen Vertiefungsstudie beruhen, erweitert. Erschlossen wird im SIX die Dimension Standortgüte (SIX II) mit Hilfe von Indikatoren, die darüber Auskunft geben, wie die Entwicklung des Wohnorts während der vergangenen und der kommenden 15 Jahre von den Bürgerinnen und Bürgern eingeschätzt wird, und ferner, wie die wirtschaftliche Lage vor Ort, das Haushaltsgebaren der Gemeinde und deren Offenheit für bürgerschaftliche Beteiligung an kommunalen Planungen wahrgenommen werden (sh. Tab. 4).

	niedrige Prosperität	hohe Prosperität	Gesamt
wirtschaftliche Lage am Wohnort »eher schlecht«	36	12	16
bisherige Entwicklung am Wohnort »eher negativ«	33	20	18
künftige Entwicklung am Wohnort »eher negativ«	28	20	20
Beteiligung an kommunalen Planungen (negative Einschätzung)	31	25	24
verantwortungsvolle kommunale Haushaltsführung (stimme nicht zu)	30	28	22
Große Herausforderung			
Verschuldung Gemeinde	42	26	25
Abwanderung junger Menschen	35	18	23
bezahlbarer Wohnraum (»keine Herausforderung«)	26	10	14
Wohnort ein »attraktiver Ort zum Leben«	22	48	39

Tab. 4: Einschätzung unterschiedlicher Kriterien des Wohnorts (Angaben in Prozent)

Datenbasis: Prosperitäts-Werte Zusatzstichprobe, Gesamtwerte Basisstichprobe

Erkennbar wird, dass im Einzelindex SIX II die hier gemessenen Indikatoren der Standortgüte zwar ganz überwiegend wiederum im positiven Skalenfeld liegen, aber ausnahmslos auf einem schwächeren Niveau als im Gesamtindex. Wie bereits aufgezeigt (vgl. Ostbeauftragter 2023), bildet die Differenzierung nach Ortsgrößen in Westdeutschland eine positive Bewertung der Standortgüte ab, die mit sinkender Einwohnerzahl linear zunimmt (sh. Abb. 35a).

In Ostdeutschland schwanken im Einzelindex Standortgüte die Werte sprunghaft zwischen den Ortsgrößen, demzufolge ergibt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen Einwohnerzahlen und Standortgüte, wie er in Westdeutschland beobachtet werden kann. Ostdeutsche Groß- und Mittelstädte schneiden insgesamt etwas besser ab als ihre Schwesterstädte im Westen. Landgemeinden unter 2000 Einwohnerinnen und Einwohnern werden ähnlich gut benotet wie in Westdeutschland. Doch gegenüber dem Gesamtindex verlieren einige Ortsklassen nachgerade drastisch an Sympathien ihrer Einwohnerschaft, so insbesondere die Großstädte mit mehr als einer halben Million Einwohnerinnen und Einwohnern (sh. Abb. 35a). Die Ausmaße dieses Rückgangs bei der Bewertung der Standortgüte solcher Großstädte sind in Ost- wie Westdeutschland enorm, werden in ostdeutschen großen Großstädten (ab 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern) dank besserer Werte bei den Dimensionen Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt allerdings ein wenig mehr aufgefangen.

Die starken Einbußen der wahrgenommenen Standortgüte in der höchsten Ortsgrößenklasse sind Ausdruck dessen, dass – mit den 2 Ausnahmen der gefühlten Ungerechtigkeit und von Kreisen mit geringer Prosperität – alle in diesem Einzelindex aufgeführten Indikatoren zwar im positiven Skalenbereich bleiben, aber auf einem deutlich niedrigeren Niveau liegen als im Gesamtindex. Gegenüber dessen durchschnittlichem Mittelwert (0,68 Skalenpunkte) fällt der Vergleichswert im Teilindex Standortgüte auf weniger als die Hälfte (0,27 Skalenpunkte) zurück.

Vergleichsweise stark verringert sich die positive Benotung der Standortgüte in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen (sh. Abb. 36). In dieser Kerngruppe der Arbeitsgesellschaft geht der Mittelwert auf nahe 0 zurück. Abweichend vom Gesamtindex kippt im Einzelindex Standortgüte bei Befragten, die nach eigener Einschätzung »sehr viel weniger als den gerechten Anteil« erhalten, die Bewertung in einen klar negativen Wert (-0,32 Skalenpunkte) um. Das subjektive Benachteiligungsgefühl findet in der ökonomischen Lage am Wohnort und den dortigen kommunalpolitischen Verhältnissen, also 2 zentralen Bewertungskriterien der Standortgüte, augenscheinlich Nahrung.

Bei näherer Betrachtung der aus der regionalen Vertiefungsstudie entnommenen Daten zum Kriterium hohe oder niedrige regionale Prosperität wird die relativ weniger günstig ausfallende Bewertung des Faktors Standortgüte erhärtet (sh. Abb. 35b). Die schon im Gesamtindex erkennbare Bewertungsdifferenz zwischen Kreisen mit hoher und geringer Prosperität (sh. Abb. 32), tritt sehr viel stärker zutage, wenn man ausschließlich die für die Standortgüte in diesen beiden Kreiskategorien vergebenen Noten berücksichtigt. Dann verliert der Mittelwert in der strukturstärkeren Kategorie 2/3 (anstelle 0,60 nunmehr 0,21 Skalenpunk-

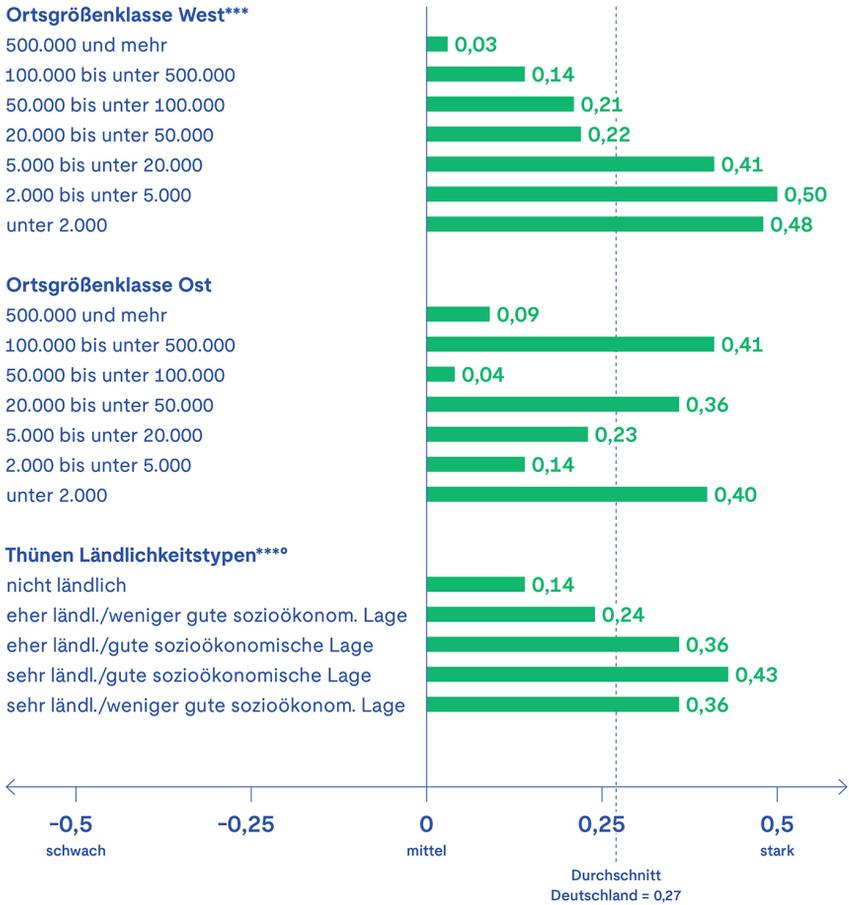


Abb. 35a: Dimension SIX II – Standortgüte am Wohnort nach Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)

° Dieser Index lässt sich für Ostdeutschland nur bedingt abbilden, da hier keine ländlichen Räume mit guter wirtschaftlicher Lage (nach Thünen-Indikator) vorliegen.

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

te), und in der strukturschwächeren Kategorie wechselt er aus dem positiven in den negativen Skalenbereich (-0,04 statt 0,40 Skalenpunkte).

Wesentliche Beweggründe für die vergleichsweise kritische Sicht der Befragten auf die Standortgüte ihres Wohnorts sind, nimmt man die in dieser Richtung gestellten Fragen nochmals auf, vor allem die örtliche wirtschaftliche Situation sowie die Einschätzung der bisherigen und künftigen Entwicklung der Gemeinde, mithin örtliche Eigenheiten, die einen klaren Strukturbezug aufweisen. Wie sehr in dieser Hinsicht die Aussagen der Befragten in Orten mit niedriger und ho-

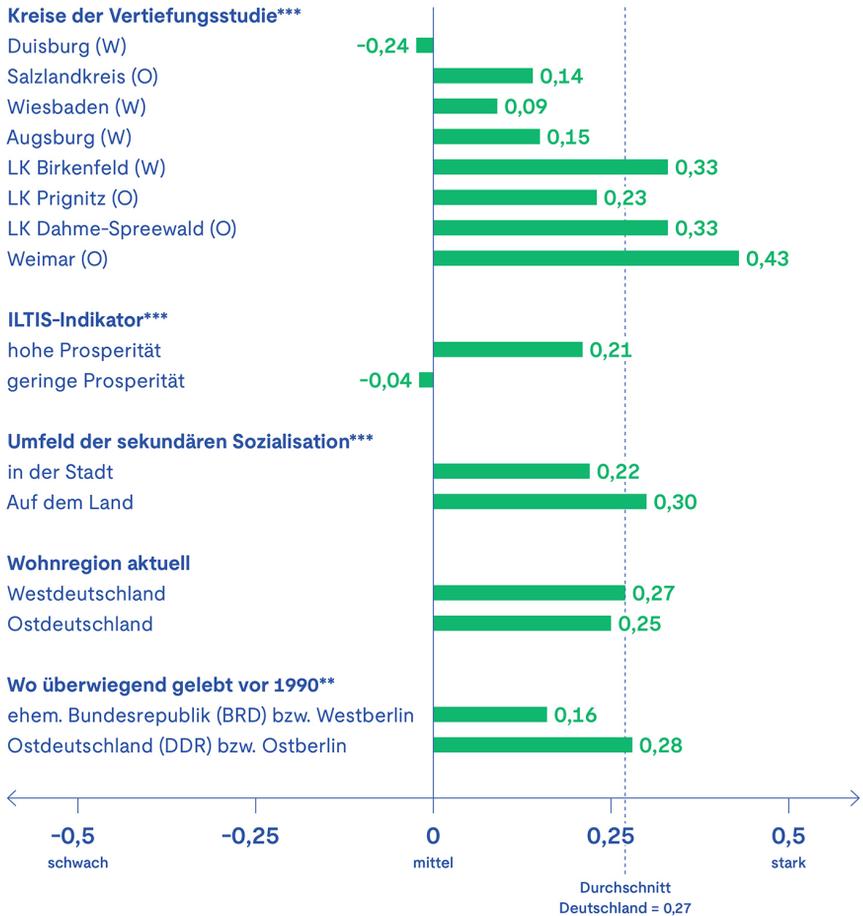


Abb. 35b: Dimension SIX II – Standortgüte am Wohnort nach Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

her Prosperität auseinanderklaffen, veranschaulicht die tabellarische Übersicht (sh. Tab. 4).

Die vergleichsweise kritische Sicht speziell auf die Standortgüte ihres Wohnorts geht auch in diesem Segment von Einstellungen mit einer bemerkenswert konsonanten politischen Positionierung der Befragten einher (sh. Abb. 37) – verglichen mit dem Gesamtindex folgerichtig mit dem Unterschied, dass hier die Unterstützung für die Demokratie schwächer ausfällt, das Institutionenvertrauen schrumpft und die Bewertungen von Gegnern bzw. Kritikern und Befürwor-

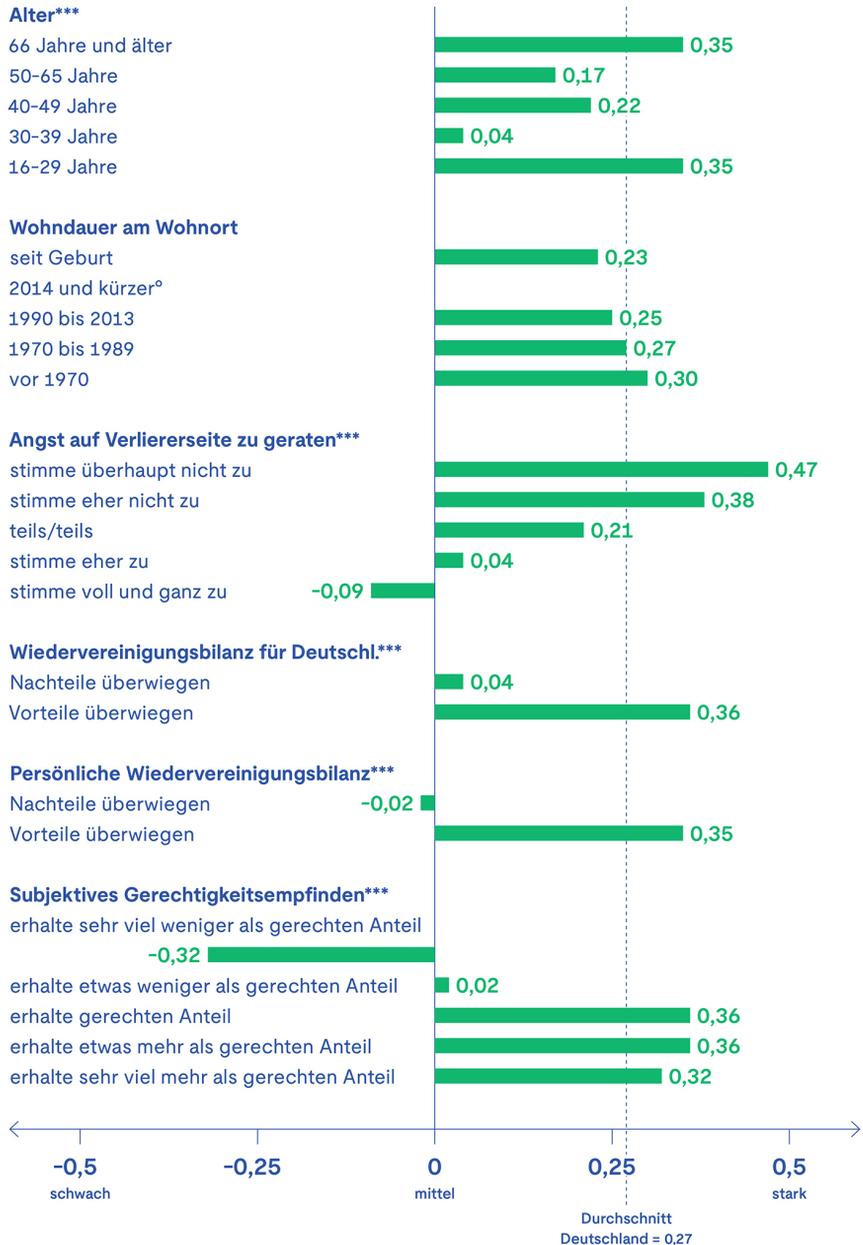


Abb. 36: Dimension SIX II – Standortgüte am Wohnort nach sozialstrukturellen Merkmalen und gesellschaftlichen Einstellungen (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)

^o Aufgrund der Operationalisierung (sh. Tab. 3) der Dimension SIX II ist diese Gruppe nicht besetzt.

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

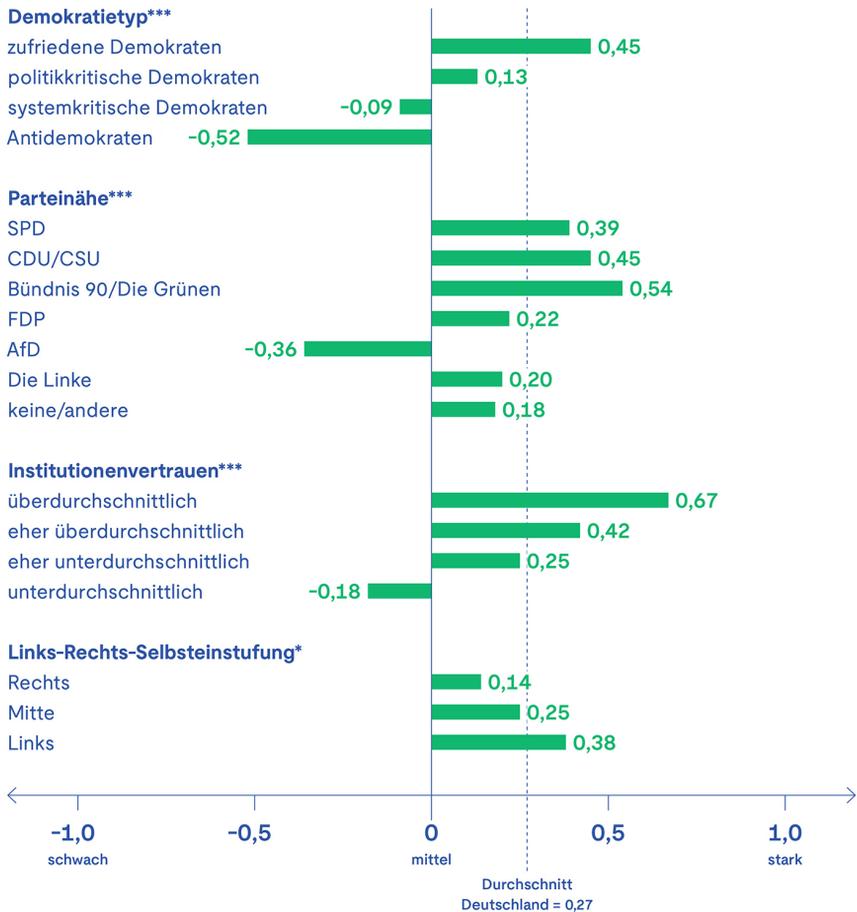


Abb. 37: Dimension SIX II – Standortgüte am Wohnort nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

tern der Demokratie sowie von Anhängern politischer Parteien deutlicher polarisiert sind (sh. Abb. 37).

Betrachtet man ausgehend vom Antwortverhalten auf die Fragen zur Standortgüte die Positionierungen bei politischen Fragen im Einzelnen, so zeigt der Vergleich des Teilindex mit dem Gesamtindex: Personen mit antidemokratischen Einstellungen und systemkritische Demokraten beurteilen ihren Wohnstandort entschieden bzw. mindestens tendenziell stärker nachteilig; hier erhält die Bewertung nun ein deutlich bis sehr deutlich negatives Vorzeichen. Beim Indikator Parteiiidentifikation ist die Abdrift von AfD-Anhängerinnen und -Anhängern

in das negative Skalenfeld augenfällig; alle anderen Parteigänger (wie auch Parteiungebundene) bleiben zwar im positiven Bewertungsbereich der Standortgüte, aber auch hier sind die »Parteienbalken« sichtlich verkürzt. Ebenso geht die Bewertung aus der Perspektive des Institutionenvertrauens durchgängig zurück. Schlechte Noten für die Güte des Wohnstandorts vergeben vor allem Befragte, die den rechtsstaatlichen und parteienstaatlichen Institutionen unterdurchschnittliches Vertrauen entgegenbringen. Hier wechselt der Mittelwert um eine deutliche Spanne in den negativen Skalenbereich. Schließlich öffnet sich auf der Links-Rechts-Skala die Schere der Bewertungen stärker. Vor allem wer sich rechts einordnet, sieht die Standortgüte als weniger vorteilhaft an (sh. Abb. 37).

4. Bürgerinnen und Bürger und ihre Sicht auf Politik und Gesellschaft im Jahr 2023

Neben dem jährlich wechselnden Schwerpunktthema ist es ein zentrales Anliegen des Deutschland-Monitors, die politischen und gesellschaftlichen Stimmungslagen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland regional differenziert zu untersuchen und zu erklären. Durch die jährliche Wiederholung der Befragung soll es möglich werden, die Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland im zeitlichen Längsschnitt auf ihre Beständigkeit und Veränderungen hin zu analysieren. Der Basiskanon des Deutschland-Monitors umfasst dabei die zentralen politischen und gesellschaftlichen Einstellungen zur politischen Partizipation (sh. Kap. 4.1), zur Responsivität (sh. Kap. 4.2) und zum Vertrauen in staatliche Institutionen (sh. Kap. 4.3). Daran anknüpfend liegt ein weiterer Schwerpunkt in der Analyse der Einstellungen zur Demokratie (sh. Kap. 4.4). Populistische (sh. Kap. 4.5) und extremistische Einstellungen (sh. Kap. 4.6) stellen Herausforderungen für die aktuelle Demokratie in Deutschland dar und werden daher ebenfalls detailliert untersucht. Vor dem Hintergrund weiterhin bestehender Ost-West-Unterschiede in den politischen Einstellungen fokussiert Kapitel 4.7 auf die Bewertung der Wiedervereinigung gut 33 Jahre nach der Deutschen Einheit (sh. Kap. 4.7). In Kapitel 4.8 stehen schließlich die Vorstellungen zur Rolle des Staates und zum Wohlfahrtsstaat in Deutschland im Mittelpunkt der Betrachtung (sh. Kap. 4.8).

4.1 Politische Partizipation

Politisch aktiv partizipierende Bürgerinnen und Bürger sind essentieller Bestandteil einer stabilen Demokratie:

»Ohne politische Partizipation wäre eine Demokratie unvorstellbar, da sich Demokratie auf das Regieren durch die Bürger bezieht. Folglich kann Demokratie nicht ohne ein minimales Niveau politischer Partizipation existieren. Ein Mangel an politischer Partizipation ist für jede Demokratie destruktiv.« (van Deth 2009: 141)

Breite politische Partizipation fördert die Integration der Bürgerinnen und Bürger in politische wie gesellschaftliche Prozesse und erhöht sowohl die Input- als auch die Outputlegitimität politischen Handelns. Nicht zuletzt wird durch politische Partizipation auch die Rückkoppelung der politischen Akteure an die Bevölkerung gefördert (Responsivität sh. Kap. 4.2, Arriagada/Tesch-Römer 2022: 256).

Im Folgenden wird daher der Frage nachgegangen, in welchem Maße und mit welchen Mitteln sich die Menschen in Deutschland politisch beteiligen. Weiterhin wird der Einfluss sozialräumlicher und individueller Faktoren auf die Praxis politischer Partizipation geprüft.³⁶ Um eine möglichst große Bandbreite der Partizipationspraxis zu erfassen, wurden sowohl institutionelle Partizipationsformen erhoben, die das politische System institutionell vorsieht (wie z. B. Mitarbeit in einer politischen Partei, Teilnahme an einer Bürgerversammlung), als auch nicht-institutionelle Partizipationsformen, die im institutionalisierten Willensbildungsprozess nicht angelegt sind, aber dennoch im Interesse einer aktiven Bürgergesellschaft liegen (wie z. B. Teilnahme an genehmigten Demonstrationen³⁷ und Verbreiten politischer Inhalte im Internet). Ferner wurde die Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen stellvertretend für nichtinstitutionelle und illegale Formen der politischen Partizipation abgefragt.

Bei Betrachtung der im Deutschland-Monitor erhobenen praktizierten Partizipationsformen (sh. Abb. 38) fällt zunächst auf, dass eine der zentralen politischen Beteiligungsformen einer Parteiendemokratie – die Mitarbeit in einer politischen Partei – nur von etwa 6 Prozent der Befragten praktiziert wird oder wurde. Mehr als 9 von 10 Befragten haben nach eigenen Angaben in den vergangenen 12 Monaten vor der Befragung nicht in einer politischen Partei mitgearbeitet. Dieser Befund steht im Einklang mit Verweisen auf eine allgemeine Parteienskepsis oder »Parteiverdrossenheit« in Deutschland (Faus et al. 2019: 46; widersprechend: Niedermayer 2013: 61), obgleich der im Deutschland-Monitor gemessene Wert im Vergleich zu anderen Erhebungen als vergleichsweise hoch einzuschätzen ist (Statistisches Bundesamt et al. 2021, 381). Zudem ist in Deutschland wie international seit Jahrzehnten ein allgemeiner Rückgang der Parteibindungen (»Dealignment«) zu beobachten (Garzia et al. 2022: 317 ff.). Ganz anders ist es um die Teilnahme an Bürgerversammlungen bestellt. Dieses Partizipations-

36 Die folgenden Analysen beziehen sich ausschließlich auf praktizierte Partizipation (»Habe ich schon getan«). Das sogenannte Partizipationspotenzial (z. B. »Würde ich tun«) wurde nicht erhoben.

37 Die Begriffe »genehmigte« bzw. »ungenehmigte« Demonstration sind insofern irreführend, als Demonstrationen und Kundgebungen in Deutschland nicht genehmigungspflichtig, sondern lediglich anmeldepflichtig sind – ausgenommen Spontanversammlungen (§ 14 VersammlG). In der bundesdeutschen Umfrageforschung ist die Formulierung »genehmigt« bzw. »ungenehmigt« allerdings üblich, so dass diese Begrifflichkeiten zur besseren Vergleichbarkeit auch im Deutschland-Monitor übernommen wurden.

angebot, das insbesondere auf kommunaler Ebene verbreitet ist, wurde in den vergangenen 12 Monaten bundesweit von etwa 27 Prozent, also etwa einem Viertel der Befragten wahrgenommen.



Abb. 38: Praktizierte Partizipation in den vergangenen 12 Monaten (Angaben in Prozent)

Nicht-institutionelle legale Partizipation in Form der Teilnahme an genehmigten Demonstrationen oder des Verbreitens politischer Inhalte im Netz wurde jeweils von knapp 1/5 der Befragten praktiziert. Eine Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen wird von etwa 2 Prozent der Befragten angegeben. Das Muster überwiegend legal-konformer politischer Partizipation in Deutschland reiht sich ein in die empirische Studienlage zur politischen Kultur. Illegale Protestformen sind etwa in Südeuropa weiterverbreitet (Quaranta 2013: 467). Praktizierte institutionalisierte Partizipation findet auch an der Wahlurne statt. Hier finden sich mit jeweils knapp über 76 Prozent Wahlbeteiligung bei den vergangenen beiden Bundestagswahlen³⁸ deutlich höhere Werte der Partizipationspraxis

³⁸ Bundestagswahlen 2017 und 2021.

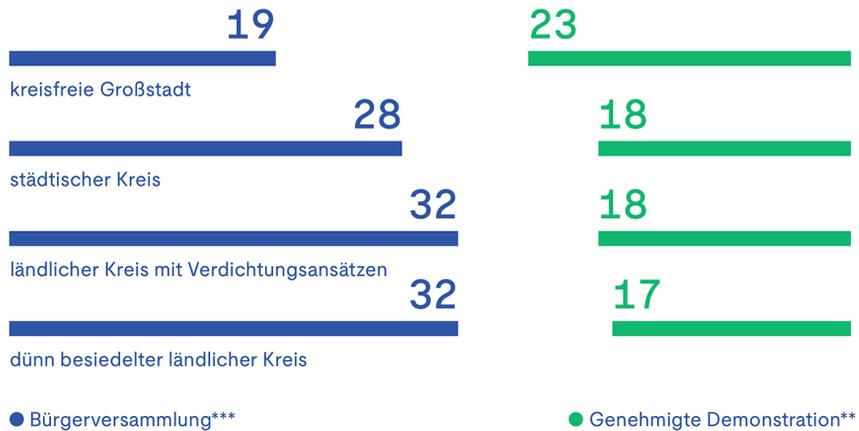


Abb. 39: Teilnahme an genehmigten Demonstrationen und Bürgerversammlungen nach BBSR-Raumtypen (Angaben in Prozent)

als für die im Deutschland-Monitor erhobenen Beteiligungsformen.³⁹ Auch bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen liegt die Wahlbeteiligung in aller Regel sichtlich höher.

Jene 3 Partizipationsformen, die laut Angabe der Befragten des Deutschland-Monitors häufig praktiziert werden, sind neben der Legalität vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie niedrigschwellig umsetzbar sind. Während die Mitarbeit in einer Partei mit Kosten (regelmäßige Mitgliedsbeiträge) und zeitlichem Aufwand (etwa die Teilnahme an Sitzungen) verbunden sind, können die anderen Partizipationsformen ohne Planung und Kostenaufwand spontan praktiziert werden – sofern sich dazu eine Gelegenheit bietet. Eine vergleichbar niedrige Schwelle zur Partizipation stellt der Gang zur Wahlurne dar.

Diese deskriptiven Befunde des Deutschland-Monitors stimmen mit den Befunden einer vergleichbaren Bevölkerungsstudie des ALLBUS (2018) überwiegend überein. Unterschiede gibt es bei den legalen nicht-institutionellen Partizipationsformen. Während in der 2018er ALLBUS-Welle⁴⁰ nur etwa ein 1/10 der Befragten angibt, die eigene politische Meinung im Internet jüngst geäußert zu haben, sind es im diesjährigen Deutschland-Monitor doppelt so viele. Dieses Ergebnis ist aufgrund der inzwischen fünfjährigen Zeitspanne zwischen den beiden Erhebungen (ALLBUS 2018 und Deutschland-Monitor 2023) und der weiteren Etablierung der sozialen Medien nicht unerwartet. Bezüglich der Teilnahme an genehmigten Demonstrationen und Bürgerversammlungen ist die Entwicklung ebenfalls

39 Die Bundeswahlleiterin. Bundestagswahl 2021. Sh. www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html (12.10.2023)

40 In der aktuelleren ALLBUS-Erhebung 2021 wurde keine Partizipationspraxis oder -absicht abgefragt.

migsten Demonstrationen gaben im ALLBUS noch fast 30 Prozent der Befragten an, diese Partizipationsform ausgeübt zu haben (Holtmann/Jaeck 2020: 25), während es im Deutschland-Monitor 2023 nur etwa 20 Prozent sind. Die Ursachen der hier im Vergleich der Daten erkennbaren rückläufigen Demonstrationsfrequenz erschließt sich nicht auf den ersten Blick, sondern bedürfte zusätzlicher Forschung.⁴¹

Der Vergleich der praktizierten politischen Partizipation zwischen Ost- und Westdeutschen zeigt nur geringe Unterschiede. Der stärkste Gruppenunterschied liegt bei der Mitarbeit in einer politischen Partei. Im Osten geben 4 Prozent der Befragten an, diese Partizipationsform jüngst praktiziert zu haben, im Westen hingegen 7 Prozent. Dieser Befund bestätigt Aussagen früherer Studien (Rattinger 2000: 236; Holtmann/Jaeck 2020: 25). Ferner treten Ost-West-Unterschiede bei der Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen zutage (Ost: 4 Prozent, West: 2 Prozent). Es ist ein bemerkenswerter Befund, dass im Osten der Anteil derjenigen, die an nicht genehmigten Demonstrationen teilgenommen haben, mit etwa 4 Prozent ebenso groß ist wie der Anteil derjenigen, die in einer politischen Partei mitgearbeitet haben. Das bestätigt einmal mehr, dass es in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung weiterhin eine Abstandshaltung gegenüber den klassischen Angeboten organisierter Interessenvertretung gibt.

Aus der Perspektive des Stadt-Land-Verhältnisses werden einige robuste Unterschiede zwischen den Raumtypen deutlich (sh. Abb. 39): So gibt es starke Unterschiede bei der Teilnahme an Bürgerversammlungen. In ländlichen und sehr ländlichen Räumen geben über 30 Prozent der Befragten an, dass sie in den vergangenen 12 Monaten an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben. In kreisfreien Großstädten sind es hingegen weniger als 20 Prozent. Die höhere Teilnahmefrequenz in ländlichen Räumen ist vermutlich Ausdruck dessen, dass in Landgemeinden die Nähe, Dichte und Häufigkeit gemeinschaftlicher Einbindung höher ist (sh. Kap. 3.6, Sozialitätsindex). Auch bei der Teilnahme an genehmigten Demonstrationen sind räumliche Unterschiede erkennbar. Bewohnerinnen und Bewohner kreisfreier Großstädte geben signifikant häufiger an, an einer genehmigten Demonstration teilgenommen zu haben, als Bewohnerinnen und Bewohner anderer siedlungsstruktureller Raumlagen. Dieser Befund wird durch weitere statistische Analysen unter Kontrolle von Individual- und Einstellungsmerkmalen gestützt.⁴² In Städten kommt es – etwa wegen deutlicher

41 2018 hatte z. B. die »Empörungsbewegung« (Hans Vorländer) von PEGIDA ihren Höhepunkt bereits erkennbar überschritten (Vorländer et al. 2016: 8; vgl. auch Schenke et al. 2018). Andererseits blieb die Zahl der migrations- und umweltbezogenen Protestaktionen (etwa Fridays for Future ab 2019) vergleichsweise hoch (Hutter, Schäfer 2020).

42 Der Befund eines Kontexteffektes der Ländlichkeit in Bezug auf die Teilnahmeart Demonstration steht im Widerspruch zu anderen bundesdeutschen Studien (vgl. u. a. Förster/Kaukal 2016: 367).

protestaffiner, ressourcenstarker und eher konfliktbereiter Milieus – häufiger zu Demonstrationen, sodass sich hier eher Chancen eröffnen, daran teilzunehmen.

Legt man die eigens für den Deutschland-Monitor entwickelte ILTIS-Typologie für die Prosperität von Kreisen an die Daten an, die in der Haupterhebung für politische Partizipation gemessen wurden, so zeigen sich hierbei keine signifikanten Kontexteffekte für die verschiedenen Partizipationsformen: Allein die Prosperität einer Region hat demzufolge keinen signifikanten Einfluss auf die politische Beteiligungsbereitschaft ihrer Bewohnerinnen und Bewohner (so auch Förster/Kaukal 2016: 367 f.).

Betrachtet man die politische Partizipation durch die »Brille« der regionalen Vertiefungserhebung, so fallen auf der Kontextebene sowohl bei den einzelnen Kreisen als auch bei den Prosperitätsclustern signifikante Unterschiede auf, die sich nach weiteren statistischen Analysen erhärten. Diese Unterschiede lassen sich aber weniger mit der Prosperität der einzelnen Kreise als mit deren Positionen auf dem Stadt-Land-Kontinuum erklären. So bilden etwa bei der Teilnahme an Bürgerversammlungen die West-Kreise mit hoher Prosperität einen Ausreißer nach unten: Die Menschen dort nehmen signifikant seltener an Bürgerversammlungen teil als die Befragten der anderen Prosperitätscluster. Allerdings handelt es sich bei den entsprechenden Regionen um die kreisfreien Städte Wiesbaden und Augsburg, die beide der Kategorie Großstadt mit über 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zuzuordnen sind. Ähnlich verhält es sich bei den Ostkreisen mit hoher Prosperität. Die Befragten in diesen Kreisen nehmen signifikant häufiger an Demonstrationen (genehmigt und nicht genehmigt) teil als die Befragten der anderen Kreise in der regionalen Vertiefungserhebung. In beiden Kreisen (Weimar, Dahme-Spreewald) ist dies aber vermutlich auf die günstige Opportunitätsstruktur für politische Demonstrationen zurückzuführen. Weimar beheimatet als Kunst- und Hochschulstadt ein studentisches Milieu, das sich durch ein größeres Protestpotenzial als der gesellschaftliche Durchschnitt auszeichnet. Der Landkreis Dahme-Spreewald grenzt direkt an die Bundeshauptstadt Berlin, wo es ebenfalls ein großes aktivistisches Milieu sowie Ressourcen für Proteste gibt. Dies spricht für die Annahme, dass in diesen Kreisen (oder in deren Nähe) häufiger Demonstrationen stattfinden als in den anderen Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung und die Kreisunterschiede hierauf zurückzuführen sind (Hadjar/Becker 2007: 433).

Neben den beschriebenen Zusammenhängen zwischen politischer Partizipation und dem sozialräumlichen regionalen Umfeld zeigt der Deutschland-Monitor, übereinstimmend mit früheren Studien, starke statistische Zusammenhänge der praktizierten Partizipation mit Individual- und Einstellungsmerkmalen. Deutlich wird ein signifikanter Zusammenhang zwischen politischer Informiertheit (in Form von Bildungsniveau und politischem Interesse) und

politischer Partizipation. Wer – gemäß einem klassischen politikwissenschaftlichen Erklärungsansatz für politische Partizipation⁴³ – über mehr Ressourcen (etwa in Form von Bildung) und mehr Motivation (etwa in Form von politischem Interesse) verfügt, sich politisch zu beteiligen, wird dies auch mit höherer Wahrscheinlichkeit tun. Unabhängig davon, ob es sich um eine institutionelle oder nicht-institutionelle, legale oder illegale Partizipationsform handelt: Unter Kontrolle weiterer Individual- und Kontextfaktoren neigen die im Deutschland-Monitor Befragten mit höherer politischer Informiertheit eher zu politischer Partizipation als Personen mit niedrigem Bildungsniveau und/oder politischem Interesse (sh. Abb. 40). Der Einfluss des politischen Interesses auf die praktizierte Partizipation ist dabei stärker als der Einfluss des Bildungsniveaus. Dieser Zusammenhang steht im Einklang mit dem Forschungsstand (Arriagada/Tesch-Römer 2022: 284; Westle/Anstötz 2021: 278; Gabriel 2019: 154). Andere zentrale Ressourcen wie etwa das Haushaltseinkommen erweisen sich hingegen nicht als signifikante Einflussgrößen für politische Partizipation.

Signifikante Befunde ergeben sich bei der Analyse der Alterseffekte auf die politische Partizipation (sh. Abb. 41). Die Befunde weisen allerdings – anders als bei der politischen Informiertheit – je nach Partizipationsform in unterschiedliche Richtungen. Mit zunehmendem Alter geben mehr Personen an, bereits an einer Bürgerversammlung teilgenommen zu haben. Dies könnte daran liegen, dass ältere Personen häufiger in kommunalpolitische Prozesse eingebunden sind.⁴⁴ Anders sieht es bei der Verbreitung politischer Inhalte im Internet und der Teilnahme an einer genehmigten Demonstration aus. Hier nimmt der Anteil derjenigen, die angeben, diese Partizipationsform in den vergangenen 12 Monaten ausgeübt zu haben, mit zunehmendem Alter ab. Dieser Effekt bleibt auch dann bestehen, wenn er mit weiteren Einflussgrößen (etwa der Raumstruktur und dem Einkommen) kontrolliert wird. Jüngere Menschen tendieren demzufolge eher zu nicht-institutionellen Partizipationsformen als Ältere. Dieser Befund bestätigt den Forschungsstand (Hadjar/Becker 2007: 433; Arriagada/Tesch-Römer 2022: 271). Erklärungsansätze dafür sind die milieuspezifische soziale Erwünschtheit nicht-institutioneller Partizipation (etwa im Studierenden-Milieu) oder auch eine berufsbedingte Zurückhaltung bei nicht-institutioneller Partizipation (etwa

43 Das Civic-Voluntarism-Modell nach Verba et al. (1995: 267 ff.) ist ein klassischer Ansatz zur Erklärung, warum Menschen sich politisch beteiligen bzw. partizipieren. Vereinfacht gesagt, wird nach diesem Ansatz Partizipation durch die Verfügbarkeit von Ressourcen (etwa Geld, Bildung, Zeit), Motivation (etwa Unzufriedenheiten, Deprivation, Fehlleistungen des politischen Systems) und politische Involvierung (etwa politische Gespräche, Mobilisierung durch das persönliche Umfeld oder politische Akteure) befördert.

44 So sind die meisten deutschen Gemeinderatsmitglieder in der Alterskategorie 56–65 Jahren vertreten. (Egner/Krapp 2013: 58; Reiser 2006: 142).

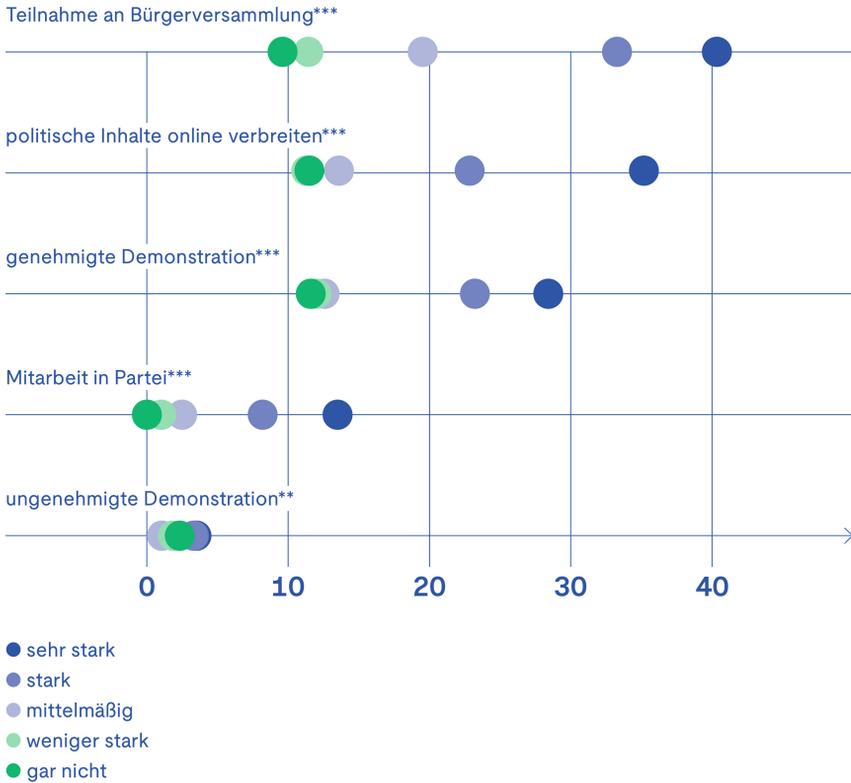


Abb. 40: Partizipationspraxis nach politischem Interesse (Angaben in Prozent)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

von Beamten) (Hadjar/Becker 2007: 433). Bei der Verbreitung politischer Inhalte im Internet wird der Alterszusammenhang vermutlich mit einer höheren Durchdringung des Internets und der sozialen Medien durch jüngere Altersgruppen bestärkt.⁴⁵ Dieser Sachverhalt wird als »digital divide« bezeichnet. Neben den Altersunterschieden bei der Nutzung des Internets, nach denen jüngere Menschen häufiger das Internet nutzen, gibt es auch signifikante Bildungsdifferenzen: Formal höher gebildete Menschen nutzen öfter das Internet als niedrig gebildete (Huxhold et al. 2020: 277).

Bei der Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen und der Mitarbeit in einer politischen Partei gibt es im Vergleich der Gruppenmittelwerte zwar teilweise Unterschiede. Diese bleiben allerdings nach Anwendung weiterführender

⁴⁵ Vgl. ARD-ZDF Online Studie 2022. www.ard-zdf-onlinestudie.de/files/2022/ARD_ZDF_Onlinestudie_2022_Publikationscharts.pdf (12.10.2023)

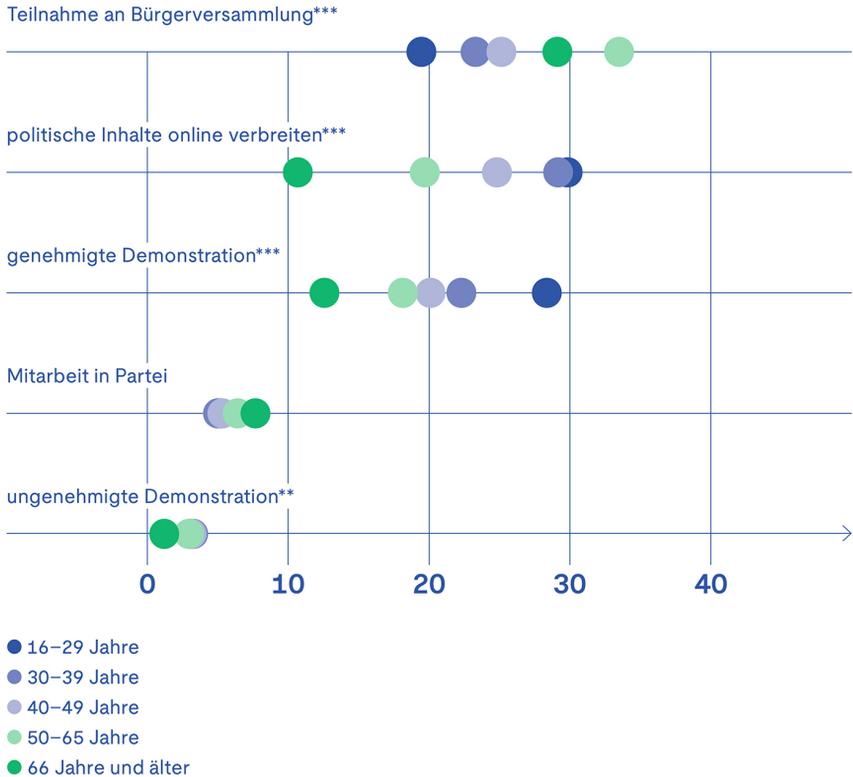


Abb. 41: Partizipationspraxis nach Altersgruppe (Angaben in Prozent)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

statistischer Verfahren nicht bestehen.⁴⁶ Eingegangen sei ferner auf geschlechtsspezifische Unterschiede bei der politischen Partizipation. Nach aktuellem Forschungsstand existieren qualitative, nicht aber quantitative Unterschiede bei der politischen Partizipation zwischen den Geschlechtern. Das heißt: Frauen und Männer partizipieren in etwa gleichem Maße politisch, aber mit unterschiedlichen Mitteln (Arriagada/Tesch-Römer 2022: 285). So wird auch in den Daten des Deutschland-Monitors ersichtlich, dass Frauen signifikant seltener in politischen Parteien mitarbeiten (4 Prozent (w) vs. 8 Prozent (m)) (vgl. auch Höhne

⁴⁶ Dies erklärt sich vorliegend z. B. durch unterschiedlich verteilte Einstellungen zur Demokratie oder unterschiedliches politisches Interesse in den Altersgruppen. Auch die geringe Fallzahl bei den entsprechenden Partizipationsformen wirkt sich negativ auf die statistische Signifikanz aus.

2020: 125). In den statistischen Modellen zu den übrigen Partizipationsformen finden sich keine signifikanten geschlechterspezifischen Unterschiede.⁴⁷

Auf der Einstellungsebene können ebenfalls signifikante Einflussfaktoren auf die politische Partizipation identifiziert werden, allerdings nur bei nicht-institutionellen Partizipationsformen. Wer populistische oder systemfeindliche Einstellungen hegt (sh. Kap. 4.5 und Kap. 4.6), neigt stärker dazu, an genehmigten oder ungenehmigten Demonstrationen teilzunehmen oder politische Inhalte im Netz zu verbreiten. Hierbei stimmen die Befunde des Deutschland-Monitors mit dem Forschungsstand für die Bundesrepublik überein (Förster/Kaukal 2016: 367).

Zusammenfassend sei festgehalten, dass es im Ausmaß der Anwendung politischer Partizipationsformen und der sozialen Zusammensetzung derjenigen, die sie praktizieren, größere Unterschiede gibt. Partizipation findet dann vermehrt statt, wenn sie niedrigschwellig umsetzbar ist. Das Verbreiten der eigenen politische Meinung im Internet, der Gang zur Wahlurne oder die Teilnahme an einer Demonstration sind mit einem deutlich geringeren zeitlichen und monetären Aufwand verbunden als z. B. die Mitarbeit in einer politischen Partei. So erklären sich unter anderem die quantitativen Unterschiede in der praktizierten Partizipation.

Aus den Daten wird deutlich, dass es bei einzelnen Partizipationsformen tatsächlich umfeldbedingte Unterschiede gibt, die auch bei Kontrolle von Individualfaktoren bestehen bleiben. Solche Unterschiede werden auf dem Stadt-Land-Kontinuum deutlich, wo Gelegenheitsstrukturen für Partizipation ermöglichen wirken. In großen Städten gibt es zweifelsohne mehr Anlässe und Anreize, an Demonstrationen teilzunehmen. In ländlichen Räumen hingegen nehmen Menschen häufiger an Bürgerversammlungen teil. Kontexteffekte auf Ebene der Prosperität oder zwischen Ost- und Westdeutschland konnten in unseren Daten nicht nachgewiesen werden (abweichend: Faas 2013: 436).

4.2 Responsivität: Rückkopplung zwischen Bevölkerung und Politik

Eine der zentralen Maximen repräsentativer Demokratie ist das Regieren gewählter Repräsentantinnen und Repräsentanten nach den Interessen und im Interesse der Bevölkerung (Lijphart 1999: 32). Angewandt in der empirischen politischen

47 Die Ergebnisse des Deutschland-Monitors weichen hierbei in Teilen vom bisherigen empirischen Forschungsstand ab: Frauen beteiligen sich nach aktuellem Stand der Forschung häufiger nicht-institutionell als Männer. Häufig treten diese Geschlechterunterschiede neben der Teilnahme an Demonstrationen bei kritischem Konsum (Produktboykotte) und Unterschriftensammlung auf (Förster/Kaukal 2016: 366; Arriagada/Tesch-Römer 2022: 285).

Soziologie, entwickelte sich hieraus das Konzept der wahrgenommenen Rückkopplung (Responsivität) der Politikerinnen und Politiker an die Anliegen und Interessen der Bevölkerung. Dieses auch als »external efficacy«⁴⁸ (externes Effektivitätsgefühl) bezeichnete Einstellungskonzept (Campbell et al. 1954: 187; Esaiasson et al. 2015) erweist sich in der Forschung regelmäßig als bedeutsame erklärende Variable für politische Einstellungen oder das Vertrauen in politische Institutionen.

Weniger als 15 Prozent der Befragten können laut Deutschland-Monitor 2023 der Aussage »voll und ganz« oder »eher« zustimmen, dass die Politikerinnen und Politiker »[...] sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung [bemühen]« (so der Fragewortlaut des vorliegenden Befragungsinstruments).⁴⁹ Jeweils ein Drittel der Befragten antwortete mit »teils/teils« und »stimme eher nicht zu«. Jede(r) Fünfte stimmt der Aussage überhaupt nicht zu (sh. Abb. 42). Die Verteilung der Antworten macht deutlich, dass die Bevölkerung die Responsivität der Politikerinnen und Politiker überwiegend zwiespältig bis negativ einschätzt. Demzufolge bekundet eine Mehrheit der Bevölkerung eine starke Distanz zu den politischen Akteuren.

Die Gründe für das niedrige Responsivitätsniveau liegen nach einer neueren Studie in »[...] der Nichtumsetzung von Wahlversprechen, dem zu großen Einfluss bestimmter Lobbys, die ihre Interessen zulasten des Gemeinwohls durchsetzen, der sozialdemografischen Nichtspiegelbildlichkeit des Parlaments und der sozial ungleichen Wahlbeteiligung« (Best et al. 2022: 71). In der Konsequenz ist ein wesentlicher Teil der Bevölkerung der Auffassung, dass ein zentrales Versprechen der repräsentativen Demokratie nicht eingehalten wird. Im Folgenden werden die sozialräumlichen und individuellen Hintergründe der Responsivitätswahrnehmung untersucht.⁵⁰

Die Unterschiede in der Responsivitätswahrnehmung zwischen den Kontextformationen Ost-West, Siedlungsstrukturelle Kreistypen (BBSR) und Prosperität stellen sich als sehr gering heraus. Die Untersuchung der Einflussfaktoren auf die Responsivitätswahrnehmung zeigt in Übereinstimmung mit dem Forschungsstand, dass in Ostdeutschland die Responsivitätswahrnehmung etwas geringer ist als in Westdeutschland (Mittelwertdifferenz: 0,11 Skalenpunkte) (Goldberg et al. 2022: 101).

48 In der empirischen Sozialforschung ist umstritten, ob und inwieweit es sich beim externen Effektivitätsgefühl und der wahrgenommenen Responsivität um theoretisch und empirisch dasselbe oder unterschiedliche Konzepte handelt (Esaiasson et al. 2015: 433).

49 Siehe weiterführend auch Beierlein et al. (2012).

50 Dazu werden die Antworten auf die entsprechende Frage auf eine numerische Skala von -2 (stimme überhaupt nicht zu) bis 2 (stimme voll und ganz zu) umcodiert.

19

34

32

122

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abb. 42: Wahrgenommene Responsivität der Politikerinnen und Politiker (Angaben in Prozent)
 Fragewortlaut: »Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.«

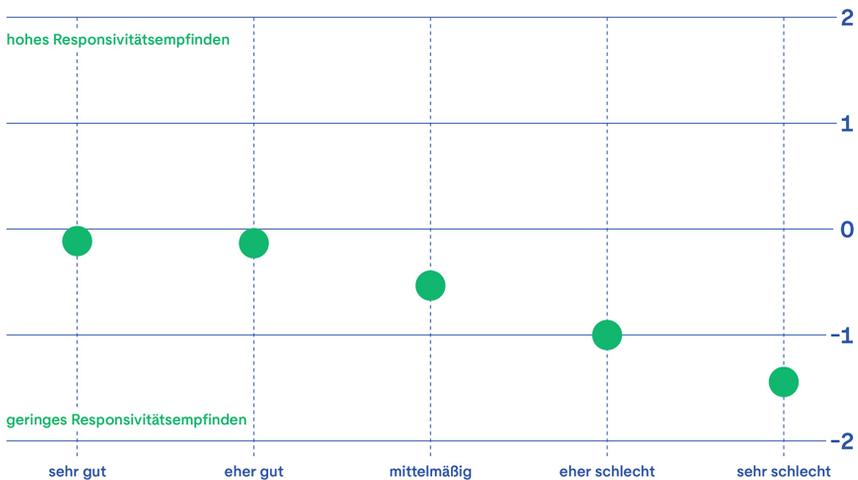


Abb. 43: Responsivität nach wahrgenommener wirtschaftlicher Lage Deutschlands (Mittelwerte)

Weiterführende statistische Analysen zeigen aber, dass die soziale Komposition in Ost- und Westdeutschland für diesen Unterschied ursächlich ist. Dieser Befund stimmt mit dem Befund von Goldberg et al. (2022: 107) überein. Gleiches gilt für die Untersuchung auf dem Stadt-Land-Kontinuum und nach Prosperitätsklassen gemäß dem ILTIS-Indikator: Zwischen den BBSR-Raumtypen gibt es eine Differenz von 0,18 Skalenpunkten zulasten der dünn besiedelten ländlichen Kreise gegenüber den kreisfreien Großstädten. Daneben weist das Aggregat der Kreise mit geringer Prosperität in der Haupterhebung eine um 0,14 Skalenpunkte geringere Responsivitätswahrnehmung auf als das Aggregat der Kreise mit hoher Prosperität.

Weiterführende statistische Analysen zeigen, dass es sich hierbei um Kompositionseffekte handelt, also räumliche Unterschiede, die aus der sozialen Zusammensetzung der Räume folgen. Die geringen Unterschiede auf dem Stadt-Land-Kontinuum, zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen den Prosperitätsklassen, erklären sich durch die soziale Komposition und unterschiedlich verteilte Einstellungsmerkmale.⁵¹ Diese Befunde werden durch die regionale Vertiefungserhebung zusätzlich bestätigt. Auch dort ergeben sich in den weiterführenden Analysen unter Kontrolle von Individual- und Einstellungsmerkmalen keine signifikanten räumlichen Unterschiede. Dies gilt sowohl für die Perspektive der einzelnen Kreise als auch für die Gruppierung nach Prosperitätsclustern.

Anders als die herangezogenen objektiven Raumkriterien erweist sich die wahrgenommene wirtschaftliche Situation Deutschlands als ein ausgesprochen starker und signifikanter Einflussfaktor für die Responsivitätswahrnehmung. Wer die wirtschaftliche Lage des Landes gut einschätzt, bejaht auch, dass Politikerinnen und Politiker die Nähe zur Bevölkerung suchen (sh. Abb. 43). Dass responsive Politikerinnen und Politiker in der Wahrnehmung der Bevölkerung ein Merkmal einer gut funktionierenden Demokratie sind, drückt sich auch in den Daten des Deutschland-Monitors aus: Wer unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie ist, nimmt auch die Politikerinnen und Politiker nicht als responsiv wahr (sh. Abb. 44).

Hinsichtlich der Demografie zeigen sich für die Responsivität signifikante Zusammenhänge: Mit zunehmendem Alter nimmt die positive Responsivitätswahrnehmung zunächst ab, bevor sie dann in der höchsten Altersgruppe wieder auf das Niveau der jüngsten Altersgruppe ansteigt (vgl. auch Goldberg et al. 2022: 106). Ein ähnlicher nicht-linearer Zusammenhang zeigt sich beim Haushaltseinkommen, wo mit zunehmendem Budget die Zufriedenheit mit der wahrgenommenen Responsivität zunächst abnimmt, um dann – in der höchsten Einkommensklasse (über 5.001 Euro) – wieder zuzunehmen (anders Goldberg et al. 2022: 107). Tatsächlich konnte eine jüngere Studie Evidenz dafür aufzeigen, dass der Deutsche Bundestag wohlhabenden Menschen gegenüber responsiver ist (Elsässer et al. 2023: 177). Weiterhin gibt es einen signifikanten Zusammenhang von Responsivitätswahrnehmung und Bildung: Personen mit höherer formaler Bildung neigen dazu, die Rückkopplungsangebote der politischen Akteure positiver einzuschätzen.

51 Neben den bezüglich der Responsivitätswahrnehmung abwesenden Kontexteffekten im Deutschland-Monitor sei angemerkt, dass eine Studie aus den USA einen robusten Kontexteffekt der Einkommensungleichheit auf die externe Effektivität nachweisen konnte. Die Studie zeigte: Je höher die Einkommensungleichheit in einem Bundesstaat, desto geringer das politische Effektivitätsgefühl (Norris 2015: 808).

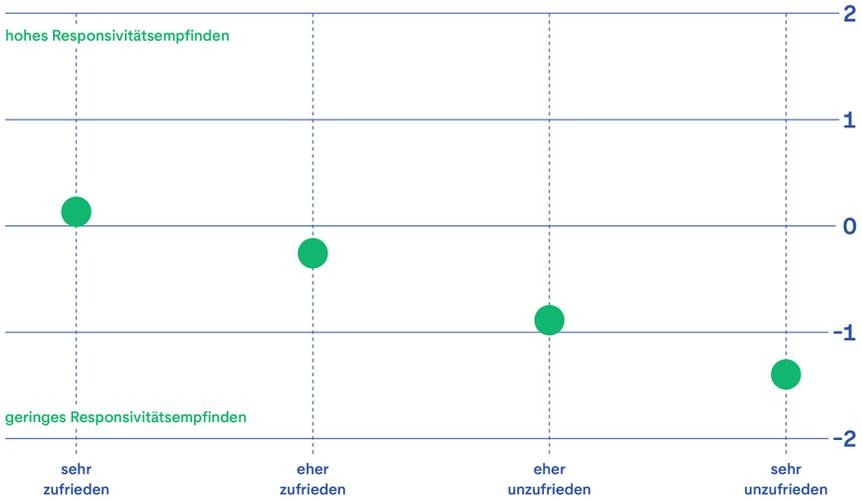


Abb. 44: Responsivitätsempfinden nach Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (Mittelwerte)



Abb. 45: Responsivitätswahrnehmung nach Parteiidentifikation (Mittelwerte)

Auch andere Variablen wie etwa das Institutionenvertrauen (sh. Kap. 4.3) oder das »Gefühl des Abgehängtseins« (sh. Kap. 3.6) zeigen, dass empfundene subjektive Benachteiligung (Deprivation) oder die Angst, den eigenen gesellschaftlichen Status einzubüßen (Statusverlustangst), einen starken Einfluss auf poli-

tische Einstellungen haben. Beide Einstellungskomplexe sind insofern relational ausgelegt, als sie sich – materiell wie immateriell – auf die Stellung einer Person im Vergleich zu anderen Teilen der Gesellschaft beziehen. Dass diese Merkmale wiederum weitere politische Einstellungen prägen, spiegelt sich auch in der Responsivitätswahrnehmung wider: Wo Deprivation und Statusverlustangst gewärtig sind, fällt die wahrgenommene Responsivität signifikant geringer aus.

Die weiteren Analysen zeigen, dass die Einschätzung der Responsivität auch von individuellen Erfahrungen und Berührungspunkten mit der Politik beeinflusst wird. Personen, die nach eigener Angabe in jüngerer Vergangenheit in einer politischen Partei mitgearbeitet haben, neigen zu einer positiveren Einschätzung der Responsivität als parteipolitisch inaktive Personen. Persönliche Bekanntheit mit Politikerinnen und Politikern aufgrund von Parteikontakten – und folglich auch ein größeres Wissen über die Logik politischen Handelns und dahinterstehende Abwägungsprozesse – befördern eine bessere Bewertung der Responsivität. Gleichwohl kann hier auch eine verzerrte Wahrnehmung vorliegen, nämlich in dem Sinne, dass Personen, die häufig mit Politikerinnen und Politikern zu tun haben, vorhandene Responsivitätsdefizite ausblenden. Die individuelle Einschätzung der Rückkopplung von Seiten der politischen Akteure ist außerdem teilweise deutschlandpolitisch unterlegt: Personen, welche die Wiedervereinigung für sich selbst überwiegend mit Nachteilen verbinden, äußern sich kritischer über die angebotene oder vorenthaltene Responsivität der politischen Akteure.

Wenig überraschend hängt auch die Parteiidentifikation der befragten Personen mit ihrem Responsivitätsempfinden zusammen (sh. Abb. 45). Traditionell neigen Anhängerinnen und Anhänger von Regierungsparteien dazu, der Responsivität der Politik ein günstigeres Zeugnis auszustellen als den Oppositionsparteien nahestehende Personen (Goldberg et al. 2022: 105; Vetter 2000: 104). Dies trifft aktuell laut Deutschland-Monitor insbesondere auf die Anhängerschaft von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu (-0,18 bzw. -0,08 Skalenpunkte).

Wie beim Vertrauen, das in die Institution Bundesregierung gesetzt wird (sh. Kap. 4.3), weicht die Anhängerschaft der FDP auch beim Responsivitätsempfinden (-0,44 Skalenpunkte) von Parteianhängerinnen- und -Anhängern von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab und reiht sich mit dieser Grundeinschätzung eher in die Reihen der demokratischen Opposition ein (CDU/CSU: -0,46 Skalenpunkte; Die Linke: -0,62 Skalenpunkte).⁵²

Eine Sonderstellung nimmt auch hier die Anhängerschaft der AfD mit -1,46 Skalenpunkten ein. Da diese Partei regelmäßig den populistischen Generalver-

⁵² Die Mehrzahl der Gruppenunterschiede zwischen den Parteianhängerschaften ist auf einem Niveau von $p < 0,001$ signifikant.

dacht einer »abgehobenen« Politikerelite bedient, liegt es nahe, dass gerade auch in ihrer Parteianhängerschaft die politischen Akteure – allerdings nur jene der politischen Gegner – als nicht responsiv wahrgenommen werden.

4.3 Vertrauen in politische Kerninstitutionen

Ein Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatlichen und kommunalen Institutionen ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie und die Stabilität des politischen Systems. Dem widerspricht nicht, dass eine kritische Wachsamkeit gegenüber diesen Einrichtungen demokratietheoretisch wünschenswert ist (Hardin 1999: 23 f.; Norris 1999: 269 f.). Im Rahmen des Deutschland-Monitors wird das Niveau des Vertrauens in ausgewählte Institutionen des politisch-administrativen Systems erhoben. Zudem wird untersucht, ob sozialräumliche Faktoren auf das Institutionenvertrauen wirken und welche individuellen Merkmale das Vertrauen in staatliche Institutionen erklären können. Das Ausmaß zugewiesenen Vertrauens hängt davon ab, welchen Eindruck die Bürgerinnen und Bürger von der Kompetenz, dem Leistungsvermögen und der Integrität der betreffenden Institution haben (Kotzian 2011: 30).⁵³

Im Deutschland-Monitor 2023 wurden die Befragten gebeten zu sagen, inwieweit sie der Bundesregierung, ihrer jeweiligen Landesregierung, dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde sowie dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) vertrauen. Die Auswahl berücksichtigt sowohl sogenannte (unparteiische) regulative bzw. rechtsstaatliche als auch parteienstaatliche Institutionen. Erstere verkörpern die gesellschaftlichen Erwartungen an neutrale Konfliktschlichtung, letztere stehen für den politischen Konfliktaustrag. Das Organ des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin wurde deshalb mit aufgenommen, weil es einen regionalen bzw. lokalen Kontextbezug repräsentiert. Die Befragten konnten das Vertrauen jeweils auf einer 5-stufigen Skala ausdrücken (sh. Abb. 46).

Im Einklang mit vergleichbaren Studien zeigt sich, dass das Institutionenvertrauen abnimmt, je höher die politische Ebene angesiedelt ist.⁵⁴ Unparteiische, regulative Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht (oder auch die Polizei) genießen ein größeres Vertrauen in der Bevölkerung als parteienstaatliche Institutionen, die unmittelbar in den politischen Wettbewerb und »Parteienstreit«

53 Für eine komplexere Konzeptualisierung der Vertrauensdimensionen siehe: van der Meer 2010: 519 f.

54 Gründe dafür können eine bessere, gegebenenfalls persönliche Bekanntheit der handelnden Akteure, bessere Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten und eine wahrgenommene abnehmende Parteipolitisierung der Themen auf der unteren politischen Ebene sein (Reiser et al. 2023: 68).

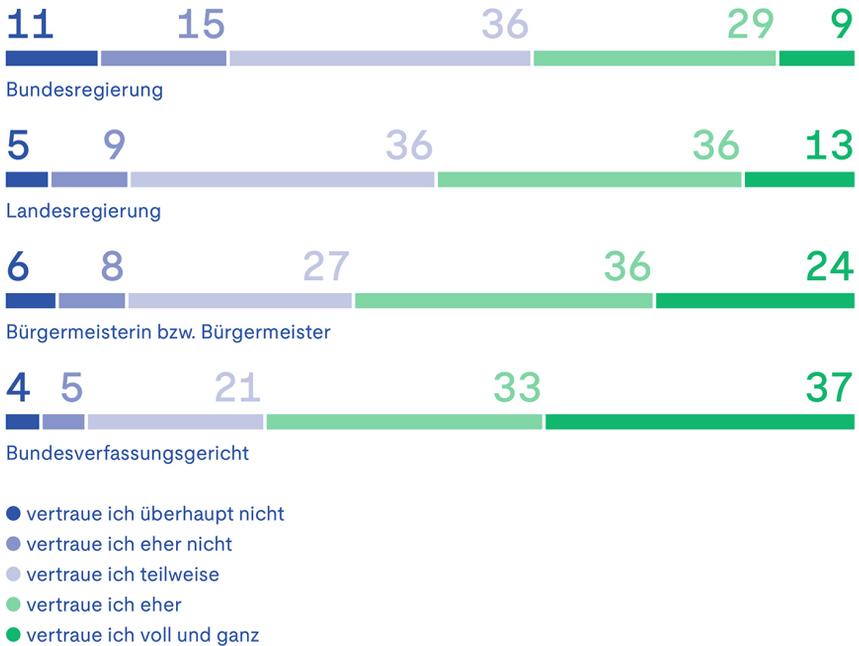


Abb. 46: Vertrauen in ausgewählte Institutionen der Demokratie (Angaben in Prozent)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

eingebunden sind (vgl. dazu u. a. Best et al. 2022: 26; Kotzian 2011: 45; Reuband 2012: II f.).

Auch im Deutschland-Monitor wird der Bundesregierung im Vergleich der Institutionen das geringste Vertrauen zugesprochen. Mit 38 Prozent vertraut dieser weit weniger als die Hälfte eher oder voll und ganz.⁵⁵ 26 Prozent vertrauen der Bundesregierung eher nicht bzw. überhaupt nicht. 36 Prozent vertrauen ihr teilweise. Dieser Befund reiht sich in den beobachteten Trend eines abnehmenden Vertrauens in die Bundesregierung seit Ende der 2010er Jahre ein (Holtmann/Jaeck 2020: 21; Best et al. 2022). Der eigenen Landesregierung vertrauen die Befragten zu knapp 50 Prozent. Die kommunalen Verwaltungschefs genießen ein um mehr als 20 Prozentpunkte höheres Vertrauen als die Bundesregierung.

Besonders hoch ist im Vergleich das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht. Dieser Institution, die formell der Judikative zuzuordnen ist, deren Entscheidungen aber wiederholt die faktische Wirkung eines »Übergesetzgebers« haben, vertrauen 70 Prozent der Befragten im Deutschland-Monitor.

⁵⁵ Vergleichbare Studien legen nahe, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den Deutschen Bundestag ähnlich groß ist (Best et al. 2022: 26).

Weniger als 10 Prozent haben wenig bis kein Vertrauen in das höchste Gericht (vgl. Rath 2021: 26 f.; auch Faus et al. 2019: 71 f.).

Im Deutschland-Monitor 2023 wird, dessen zentraler These folgend, erhoben, ob das Institutionenvertrauen sozialräumlichen Kontexteffekten unterliegt. Ein statistischer Zusammenhang zwischen Institutionenvertrauen und regionaler Prosperität kann ausweislich der erhobenen Daten nicht festgestellt werden. Dieser Befund steht im Einklang mit dem Forschungsstand (van der Meer 2010: 531).⁵⁶ Für weiterführende Analysen und deren Darstellung werden aus den abgebildeten Vertrauensitems (sh. Abb. 46) 2 additive Mittelwertindizes⁵⁷ gebildet, die auf den Wertebereich -2 (überhaupt kein Institutionenvertrauen) bis +2 (großes Institutionenvertrauen) gebracht werden.

Die regionale Vertiefungserhebung des Deutschland-Monitors zeigt marginale, aber signifikante Unterschiede beim Institutionenvertrauen zwischen den Kreisen, auch bei Kontrolle von individuellen Einflussfaktoren. Die größten Unterschiede zeigen sich hier beim Vertrauen in die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Diesen wird in Wiesbaden, Augsburg (beide Westen, hohe Prosperität), Duisburg (Westen, geringe Prosperität) und im Landkreis Dahme-Spreewald (Osten, hohe Prosperität) ein signifikant geringeres Vertrauen entgegengebracht als in den übrigen Kreisen. Im Landkreis Prignitz, dem Salzlandkreis (beide Osten, geringe Prosperität) und im Landkreis Birkenfeld (Westen, geringe Prosperität) hingegen genießen sie größeres Vertrauen. Diese Unterschiede lassen sich nicht durch die Prosperität oder Zugehörigkeit einer Region zu Ost- oder Westdeutschland erklären. Den Ausschlag hierfür geben vermutlich individuelle Eigenschaften der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und ihrer Amtsführung. Da es überwiegend Großstädte sind, wo den kommunalen Verwaltungsspitzen seitens der Befragten geringeres Vertrauen entgegengebracht wird, weist das Vertrauensgefälle auf den Einfluss der dort größeren Problemdichte und stärker ausgeprägten Interessendivergenzen hin (siehe unten).

Vereinzelte signifikante Ausreißer gibt es auch mit Blick auf das Vertrauen gegenüber den Landesregierungen. Hier scheint aber die Prosperität der Region ebenfalls keinen Einfluss zu haben. Die Einwohnerschaft der Städte Duisburg (geringe Prosperität), Augsburg und Weimar (beide hohe Prosperität) hegt nach Kontrolle der sozialen Komposition ein eher geringes Vertrauen in die Landesregierung, während die Bevölkerung der Kreise Prignitz und Dahme-Spreewald

⁵⁶ In der erwähnten Studie wurden allerdings die Prosperitätsunterschiede zwischen Staaten und nicht zwischen Regionen untersucht.

⁵⁷ In den Gesamtindex werden alle 4 abgefragten Institutionen einbezogen (Cronbachs Alpha = 0,76). Im Exekutivindex ist das Bundesverfassungsgericht nicht enthalten (Cronbachs Alpha = 0,71). In beiden Indizes wurde maximal eine Antwortverweigerung zugelassen.

(beide geringe Prosperität) unter Kontrolle der Kompositionseffekte ein eher hohes Vertrauen in die Landesregierung hat.

Hinsichtlich des Ost-West-Differenzials ist festzuhalten, dass das Institutionenvertrauen in Ostdeutschland für fast alle Bereiche übereinstimmend mit dem Forschungsstand niedriger ausgeprägt ist als in Westdeutschland (sh. Abb. 47). Besonders markant sind die Unterschiede hierbei im Falle der Bundesregierung sowie interessanterweise auch dem Bundesverfassungsgericht. Demnach bringen ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger auch den politisch neutralen regulativen Institutionen weniger Vertrauen entgegen. Keinerlei signifikante Unterschiede lassen sich dahingegen für die lokale Ebene der Politik feststellen – das Vertrauen in die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist in Ost und West identisch (sh. Abb. 47). Die Analyse zeigt, dass die Unterschiede einerseits durch die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in Ost und West (v. a. Bildung und Alter) erklärt wird (vgl. auch Faus et al. 2019: 86). Andererseits besteht in Ostdeutschland verstärkt das Gefühl, nicht den gerechten Anteil zu bekommen. Zudem äußern die Bewohnerinnen und Bewohner verstärkt die Sorge, »durch die gesellschaftliche Entwicklung auf die Verliererseite des Lebens zu geraten«. Diese Statusverlustangst und die Wahrnehmung der Benachteiligung wirkt sich negativ auf das Vertrauen in die staatlichen Institutionen aus und erklärt die bestehenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Auf dem Stadt-Land-Kontinuum zeigt sich ein vergleichbares Muster: Vergleicht man die Durchschnittswerte des Institutionenvertrauens gruppiert nach BBSR-Raumtypen, treten Unterschiede auf. Das Vertrauen in die untersuchten Institutionen des Bundes (Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht) ist in kreisfreien Großstädten signifikant stärker ausgeprägt, während die kommunalen Verwaltungschefs in ländlichen Lagen eine signifikant bessere Vertrauensbilanz erfahren. Werden in statistischen Modellen zu den untersuchten Institutionen des Bundes weitere Merkmale hinzugezogen, sind die Unterschiede zwischen den BBSR-Raumtypen nicht mehr signifikant. Nicht die Ländlichkeit ist entscheidend, sondern auch hier die soziale Komposition. Die Unterschiede bleiben, aber sie werden durch Faktoren wie Alter, Bildungsniveau und politische Einstellungen erklärt.

Bemerkenswert ist aber: Das Vertrauen in Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist auch unter Berücksichtigung weiterer Kontrollvariablen in ländlichen Raumtypen signifikant größer als in urbanen Raumtypen (sh. Abb. 48). Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass eine größere Nähe besteht und persönliche Bekanntheit zwischen Gemeindeoberhaupt und Bürgerinnen und Bürgern im ländlichen Raum verbreiteter ist. Zudem sind Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in kleinen Gemeinden häufiger parteilos, was der verbreiteten Präferenz

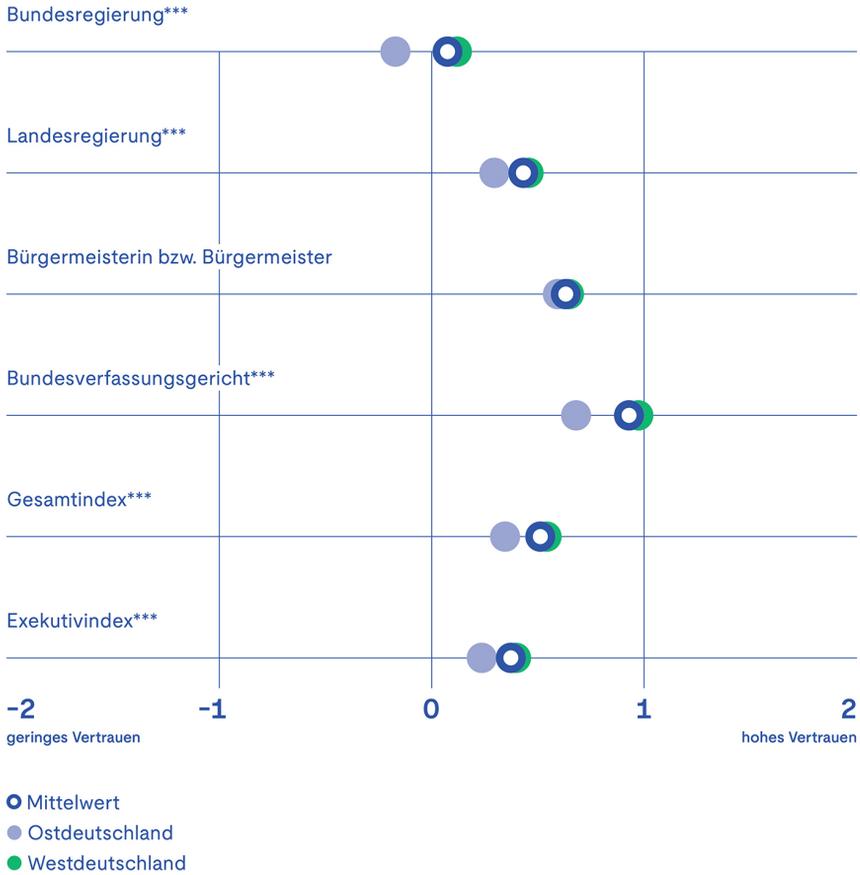


Abb. 47: Institutionenvertrauen in Ost- und Westdeutschland, Daten Haupterhebung (Mittelwerte)
 Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

für »unpolitische« Gemeindeverwaltung entgegenkommt (Holtkamp/Garske 2020: 55 f.; Holtmann et al. 2017: 130).

Im Gesamtbild wird ersichtlich, dass sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Institutionen nicht oder nur marginal durch den räumlich-strukturellen Kontext erklären lässt. Die soziale Komposition der Lebensumwelten erklärt hier die meisten Unterschiede zwischen einzelnen Raumtypen. Daher werden in einem weiteren Schritt Befunde über soziodemografische Merkmale und politische Einstellungsmerkmale dargestellt, mit denen die Varianz politischen Vertrauens erklärt werden kann.

Bei soziodemografischen Merkmalen besteht ein statistischer Zusammenhang zwischen Institutionenvertrauen und dem Lebensalter der Befragten.



Abb. 48: Vertrauen in Bürgermeisterin/Bürgermeister nach siedlungsstrukturellen Raumtypen (BBSR)
(Angaben in Prozent)

Dieser Zusammenhang bleibt auch nach Kontrolle durch andere Individual- und Einstellungsmerkmale nachweisbar. Mit höherem Lebensalter geht – übereinstimmend mit dem Stand der Forschung – ein höheres Vertrauen in die staatlichen Institutionen einher (Kotzian 2011: 40; Best et al. 2021: 30). Eine Ausnahme bildet die jüngste Altersgruppe von 16 bis 29 Jahren; diese ordnet sich abweichend vom Alterstrend im Mittelfeld zwischen den übrigen Altersgruppen ein. Diese Unterschiede sind zwar signifikant, aber vergleichbar gering (sh. Abb. 49).

Neben dem Zusammenhang mit dem Alter ist auch ein Zusammenhang mit dem Bildungsniveau festzustellen. Nicht unbedingt erwartbar zeigen die statistischen Modelle, dass unter Einbezug weiterer Individual- und Einstellungsmerkmale ein höherer Bildungsgrad mit einem niedrigeren Institutionenvertrauen einhergeht. Dieser Befund reiht sich ein in einen uneinheitlichen empirischen Forschungsstand zum Einfluss der Bildung auf das Institutionenvertrauen

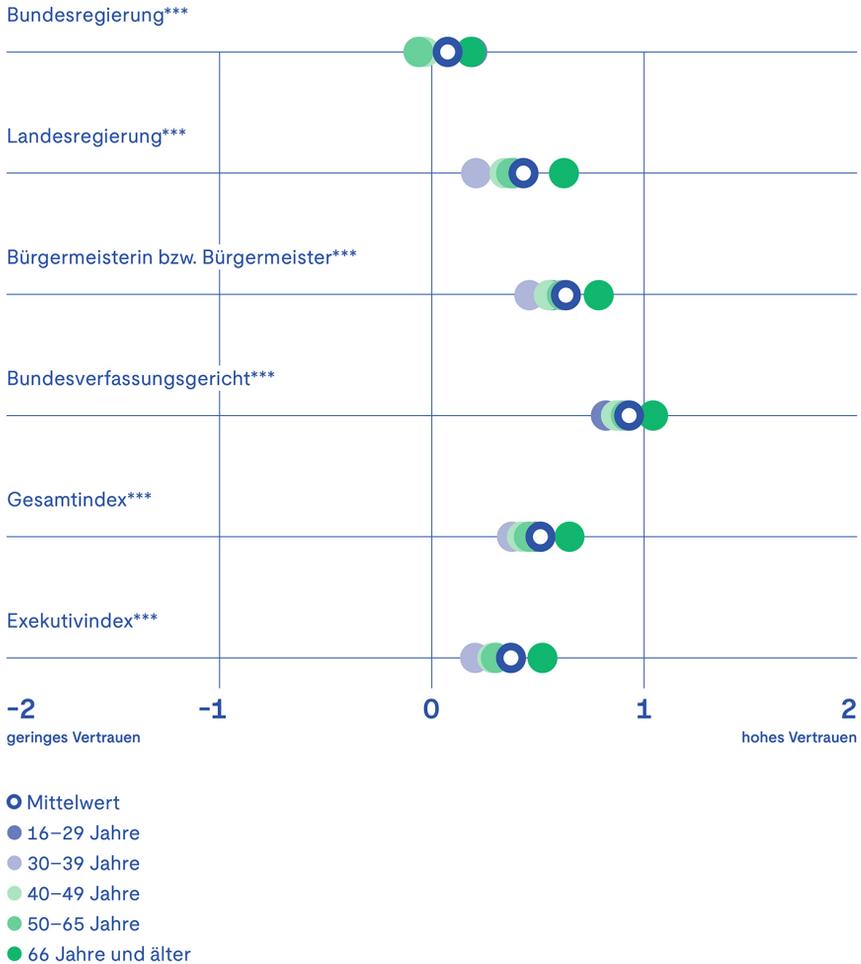


Abb. 49: Institutionenvertrauen nach Altersgruppen (Mittelwerte)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

(widersprechend etwa Karnick et al. 2020: 301).⁵⁸ Eine Erklärung lautet, dass Personen mit hoher Bildung häufiger postmaterialistische Werthaltungen hegen, die eine eher kritische Grundhaltung gegenüber Autoritäten bewirken (Inglehart 1999: 250 ff.; Zmerli 2020: 263) und die aufgrund höherer Bildung, unbeschadet einer höheren ideellen Unterstützung der Demokratie, deren Funktionieren

⁵⁸ Negative Effekte der formalen Bildung auf das Institutionenvertrauen werden nach Zmerli eher in defekten Demokratien beobachtet (Zmerli 2020: 261). Dennoch ist dieser Befund auch in einer konsolidierten Demokratie wie der Bundesrepublik plausibel.

und das Vertrauen in politische Institutionen wachsender begleiten (sogenannte »critical citizens«, vgl. Norris 1999: 269 ff.).

Einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen Einkommen und Institutionenvertrauen, wie in anderen empirischen Studien beobachtet (Zmerli 2020: 263), bestätigen die Daten des Deutschland-Monitors 2023 nicht. Ein Einkommenseffekt ist nur beim Vertrauen in die Bundesregierung nachweisbar, wo das Institutionenvertrauen mit zunehmenden Einkommen abnimmt.

Vertrauen ist auch Ausdruck wahrgenommener Performanz der Politik. Wer das Gefühl hat, die Institutionen würden ihren Aufgaben (nach persönlicher Auslegung) gerecht, spricht ihnen i. d. R. auch das Vertrauen aus. Daher verwundert es nicht, dass die wahrgenommene ökonomische Situation in Deutschland ein starker Erklärungsfaktor für die Vertrauensbewertung durch die Befragten ist. Wer die wirtschaftliche Lage des Landes als »sehr gut« oder »eher gut« wahrnimmt, hat tendenziell ein größeres Vertrauen in die Institutionen (sh. Abb. 51). Bemerkenswert ist, dass dies für alle abgefragten Institutionen gilt und nicht nur für die Bundesregierung, die im Vergleich die größte Verantwortung für die ökonomische Lage Deutschlands trägt. Für das Vertrauen in die Landesregierung und die kommunalen Verwaltungsspitzen erweisen sich auch die wahrgenommene ökonomische Lage des Bundeslandes bzw. der Gemeinde als Erklärungsfaktor.⁵⁹ Ein statistischer Zusammenhang zeigt sich zudem zwischen der Bewertung der vergangenen Entwicklung des Wohnorts und dem Vertrauen in die kommunale Verwaltungsspitze. Wer die Entwicklung des Wohnortes positiv sieht, vertraut auch eher der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister.

Wie die Daten und statistischen Modelle zeigen, hängt das individuelle Vertrauen in die Institutionen einer politischen Ebene nicht nur mit der wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage, sondern auch mit der Verbundenheit des Einzelnen zu dieser politischen Ebene zusammen. Wer sich einer staatlichen Ebene oder dem Staat an sich sowie den kommunalen Akteuren verbunden fühlt, vertraut auch eher deren Organen (sh. Abb. 50).

Eng verknüpft mit der wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage, steht auch das persönliche Gerechtigkeitsempfinden in einem Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen. In den statistischen Modellen zum kumulierten Institutionenvertrauen erwies sich das so genannte Deprivationsempfinden als

⁵⁹ Es besteht eine starke Korrelation zwischen der Bewertung der ökonomischen Lage der politischen Ebenen Gesamtdeutschland, Bundesland und Gemeinde (Korrelationskoeffizient Spearmans Rho $> 0,4$, $p < 0,001$). Wer also die ökonomische Lage seiner Gemeinde oder seines Bundeslandes positiv einschätzt, schätzt auch die ökonomische Lage Gesamtdeutschlands eher gut ein. Dies weist darauf hin, dass die Befragten die ökonomische Lage ihrer Lebensumwelt als Ganzes sehen und dabei wenig zwischen den politischen Ebenen differenzieren.

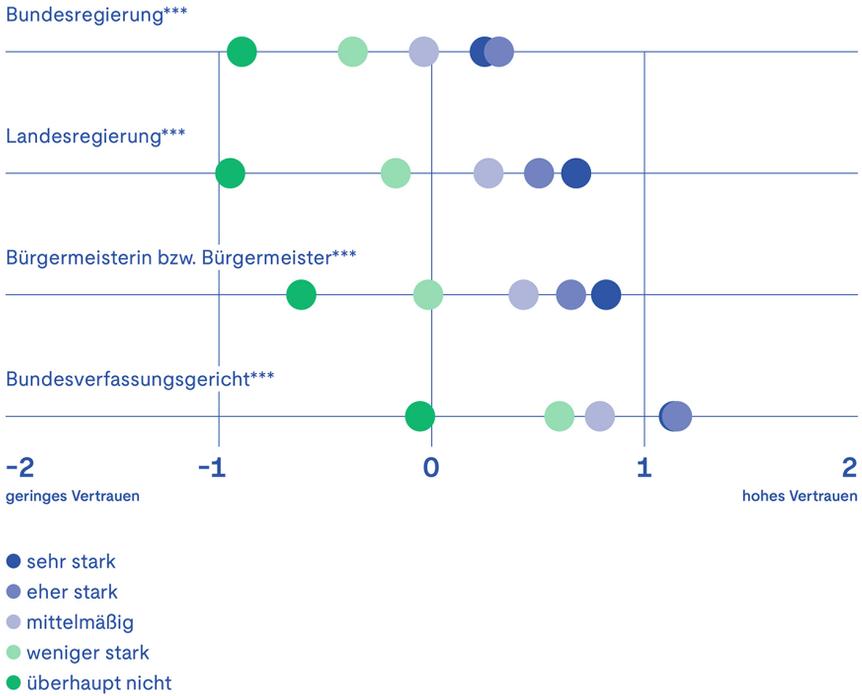


Abb. 50: Institutionenvertrauen nach Verbundenheit mit politischen Ebenen (Mittelwerte)

Erläuterung: Es wurde jeweils das Vertrauen in politische Institutionen nach Verbundenheit zur entsprechenden politischen Ebene abgetragen.

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

signifikante Erklärungsgröße für das Vertrauen in die politischen Institutionen. Wer das Gefühl hat, nicht den »gerechten Anteil« in der Gesellschaft zu erhalten, hegt auch geringeres Vertrauen in die politischen Institutionen. Hier greifen Performanz- und Integritätsabwägungen ineinander. Der im Deprivations-Item abgefragte »gerechte Anteil« kann sich einerseits auf materielle bzw. ökonomische Größen beziehen. Dann wäre geringes Vertrauen ein Ausdruck gefühlter schlechter Performanz bei der Wohlstandsteilhabe. Andererseits können hier auch diffuse Wahrnehmungen wirken, betreffend den eigenen gesellschaftlichen Status im Vergleich zu anderen Statusgruppen. Dann würde eher die Integritätsdimension des Institutionenvertrauens berührt.

Ferner hängt das Institutionenvertrauen mit Einstellungskomplexen wie Populismus und Extremismus zusammen. Hohe Ausprägungen dieser Einstellungsmuster korrelieren – in Übereinstimmung mit dem empirischen

Forschungsstand (Catterberg/Moreno 2006: 44) – mit geringem Institutionenvertrauen.

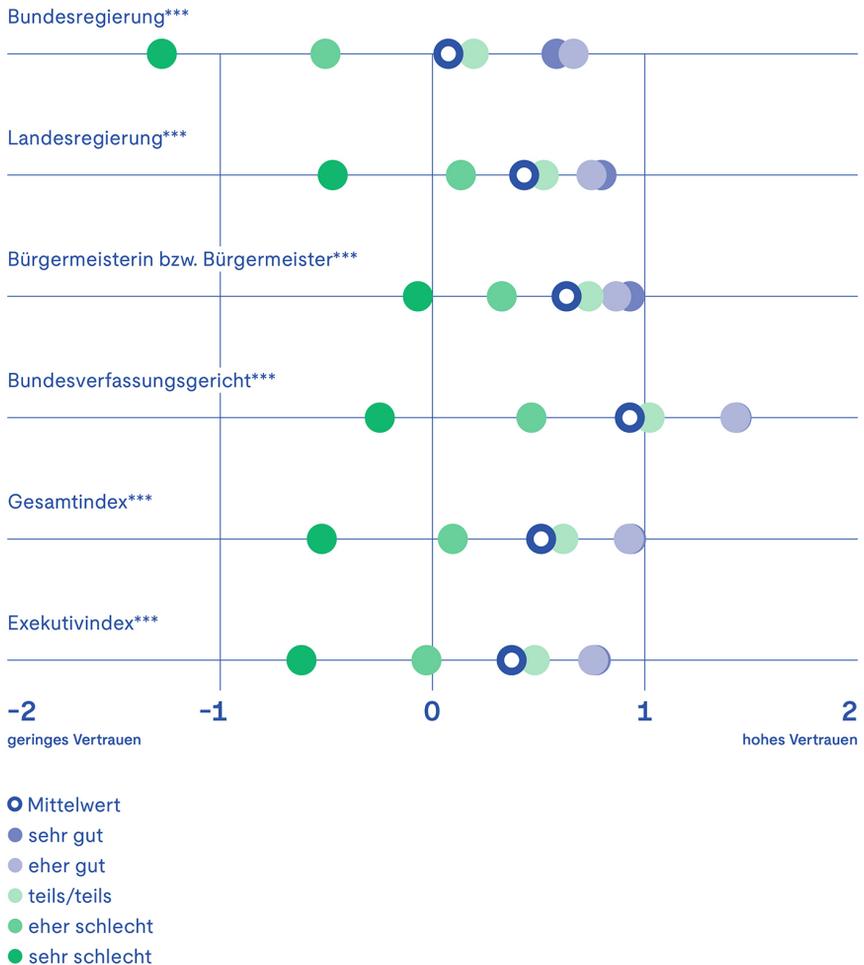


Abb. 51: Institutionenvertrauen nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands (Mittelwerte)
 Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Populistische Einstellungen speisen sich insbesondere aus starkem Misstrauen gegenüber Eliten und der Vorstellung eines homogenen Volkswillens (der in der Regel der eigenen politischen Meinung entspricht), dem die Eliten zuwiderhandeln (Mudde 2004: 543; Müller 2016, vgl. Kap. 4.5). Da es sich bei den Vertretern der staatlichen Institutionen um eine herausgehobene politisch-administrative

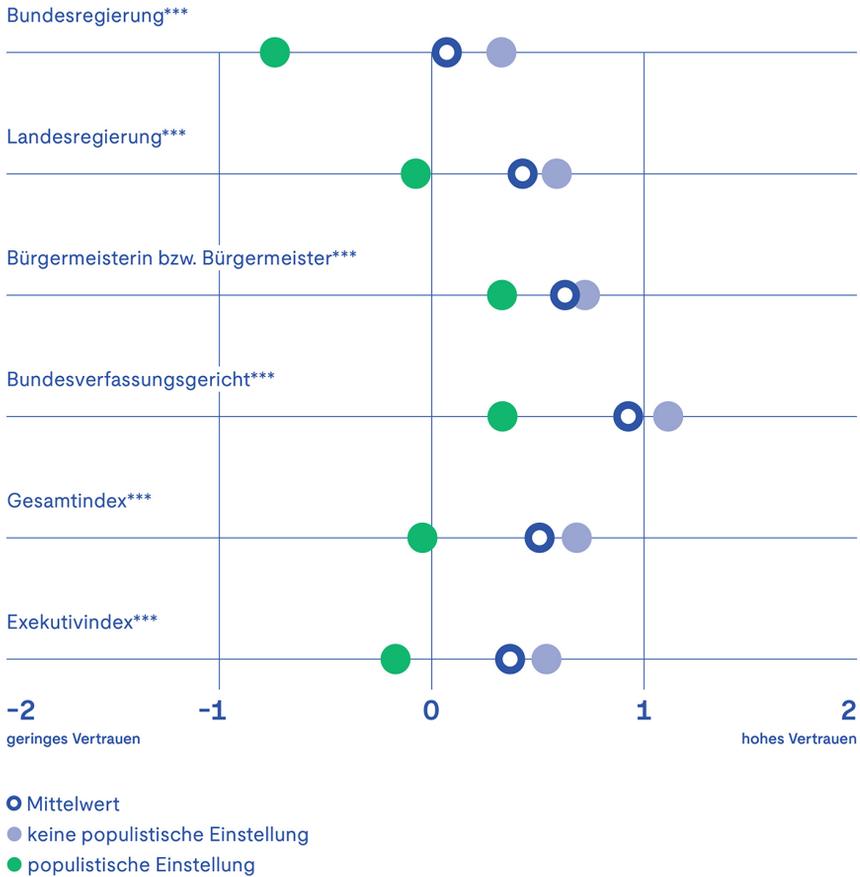


Abb. 52: Koinzidenz von Institutionenvertrauen und populistischen Einstellungen (Mittelwerte)

Erläuterung: Populistische Einstellungen wurden einer Person dann zugeordnet, wenn sie der Mehrheit der Fragen zu populistischen Einstellungen (siehe Kapitel 4.5) »eher« oder »voll und ganz« zustimmt. Die Codierung der Frage »Entscheidungen, die nach einer Debatte im Parlament getroffen werden, sind besser als Entscheidungen, die direkt durch die Bevölkerung getroffen werden« wurde entsprechend invertiert. Eine Antwortverweigerung wurde zugelassen. Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

tive Positionselite handelt, ist es naheliegend, dass diesen Institutionen von Personen mit populistischen Einstellungen wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Auch das Bundesverfassungsgericht ist davon nicht ausgenommen (sh. Abb. 52).

Wegen der inhaltlichen Schnittmengen zwischen dem Konzept des einstellungsförmigen Populismus und einer als nicht vorhanden wahrgenommenen Responsivität ist es zudem nicht überraschend, dass es einen Zusammenhang zwischen Institutionenvertrauen und Responsivitätsempfinden gibt. Wer der Meinung ist, die Politikerinnen und Politiker verhielten sich responsiv gegenüber den

Bürgerinnen und Bürgern, hat tendenziell ein größeres Vertrauen in die politischen Institutionen (hier ohne Abbildung). Die Befunde des Deutschland-Monitors stimmen dabei mit dem empirischen Forschungsstand überein (vgl. u. a. Catterberg/Moreno 2006: 44; Best et al. 2023).

Zudem ist der starke statistische Zusammenhang zwischen systemfeindlichen Einstellungen und geringem Institutionenvertrauen augenfällig (sh. Abb. 53). Wer das repräsentative demokratische System ablehnt und ein autoritäres System bevorzugt, hat kein Vertrauen in jene Institutionen, die Rechtsstaat und parlamentarisches System stützen. Neben dieser grundsätzlichen Systemfeindschaft schätzen Personen mit extremistischen Einstellungen auch die Performanz der demokratischen Institutionen negativ ein. Bevorzugt wird statt der im parlamentarischen System verschränkten und wechselseitiger Kontrolle unterliegenden Gewalten vielmehr eine starke Partei, die autoritär »durchregiert« (Decker et al. 2023)

Die Aufschlüsselung des Institutionenvertrauens nach Parteiiidentifikation der Befragten ergibt folgendes Bild: Anhängerinnen und Anhänger der AfD haben im Vergleich in allen Bereichen das bei weitem geringste Institutionenvertrauen (sh. Abb. 54). Die Differenz zwischen dem Mittelwert der AfD-Anhängerschaft und dem Mittelwert der Gesamtstichprobe beträgt beim Gesamtindex 1,07 Skaleneinheiten. Die Anhängerinnen und Anhänger dieser Partei hegen im Vergleich am häufigsten populistische oder systemfeindliche Einstellungen, sodass sich hier der Zusammenhang zwischen dem Institutionenvertrauen und den Einstellungen zur Demokratie parteispezifisch widerspiegelt. Zum Zeitpunkt der Erhebung war die AfD nicht nur in keiner Bundes- und Landesregierung vertreten, sondern stellte auch kein Gemeindeoberhaupt. Dementsprechend ist es plausibel, dass AfD-Parteigänger sämtlichen Exekutivorganen und dem Bundesverfassungsgericht auch auf der Performanz-Ebene geringeres Vertrauen entgegenbringen.

Ähnlich, wenn auch in deutlich schwächerem Maße, verhält es sich mit der Anhängerschaft der Partei Die Linke. Auch hier ist das Institutionenvertrauen durchweg geringer als bei den Parteien in der Mitte des Parteienspektrums. Dies erklärt sich mit häufig systemkritischen sowie teilweise verbreiteten populistischen Einstellungen in ihrer Anhängerschaft (Wagner et al. 2023: 625; Thomeczek 2023: 6).

Erwartungsgemäß bekundet die Anhängerschaft von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein vergleichsweise hohes Vertrauen in die Bundesregierung, der beide Parteien gegenwärtig angehören. Schon dieser Sachverhalt spräche dafür, dass sich darin eine positive Bewertung der Integrität und der Kompetenz der Bundesregierung widerspiegelt. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass die Anhängerschaft der FDP der Bundesregierung, an der die FDP bekanntlich eben-



Abb. 53: Koinzidenz von Institutionenvertrauen und extremistischen Einstellungen (Mittelwerte)
 Erläuterung: Extremistische Einstellungen wurden einer Person dann zugeordnet, wenn sie auf dem Extremismusindex [Wertebereich -2 bis 0] einen Wert von ≥ 0 erreicht. Eine Antwortverweigerung wurde zugelassen (sh. Kap. 4.6).
 Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

falls beteiligt ist, kein so hohes Vertrauen entgegenbringt. Stattdessen äußert sie ein ähnliches Vertrauensniveau wie die Anhängerschaft der Unionsparteien und der Linkspartei, die im Bundestag Teil der Opposition sind.⁶⁰ Das Vertrauensniveau für die Bundesregierung liegt bei diesen Befragten in der Mitte der Skala.⁶¹

⁶⁰ Dieser Befund stimmt mit der Umfrageberichterstattung der ARD aus dem Sommer 2023 überein. ARD-Deutschland-Trend (Juni 2023): www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-118.pdf (30.10.2023), ARD-Deutschland-Trend (September 2023): (30.10.2023)

⁶¹ Gleiches gilt für Personen ohne Parteidentifikation (Mittelwert für das Vertrauen in die Bundesregierung = -0,05 Skalenpunkte).



Abb. 54: Institutionenvertrauen nach Parteidentifikation (Mittelwerte)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Bei den Vertrauenswerten für Landesregierungen und Gemeindeoberhäupter gibt es nur marginale Unterschiede zwischen den Anhängerschaften von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Beim Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht weicht die Anhängerschaft der Grünen gegenüber der Anhängerschaft aller anderen Parteien deutlich nach oben ab.

Insgesamt ist festzuhalten, dass in Übereinstimmung mit dem Forschungsstand das Institutionenvertrauen in die parteienstaatlichen Institutionen auch im diesjährigen Deutschland-Monitor geringer ausgeprägt ist als in die überparteilichen, regulativen Institutionen. Zudem ist das Institutionenvertrauen in die Institutionen höherer staatlicher Ebenen geringer als in die der unteren staatlichen Ebenen sowie der Kommunen. Kontexteffekte konnten für das Vertrauen

in Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nachgewiesen werden. Diesen wird in ländlichen Siedlungsstrukturen ein signifikant größeres Vertrauen zugesprochen.

Auf der individuellen Ebene zeigen sich signifikante Effekte der Soziodemografie, der wahrgenommenen Performanz der Akteure und der politischen Einstellungen zur Demokratie. Das Institutionenvertrauen nimmt mit steigendem Alter zu. Mit zunehmendem Bildungsniveau zeigen sich die Befragten darüber hinaus kritischer gegenüber politischen Institutionen. Dieser Effekt ist theoretisch mit einem postmateriellen Wertekanon und einer häufig anzutreffenden kritischen Sichtweise gegenüber Autoritäten in höheren Bildungsschichten erklärbar (Inglehart 1999: 250 ff.; Norris 1999).

Die statistischen Analysen zeigen, dass das wahrgenommene Leistungsvermögen der Institutionen für das in sie gesetzte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger bedeutsam ist. Wenn die sozioökonomische Lage gut oder zufriedenstellend beurteilt wird, ist auch das Institutionenvertrauen größer. Dass sowohl sozioökonomische Kontexteffekte als auch Effekte des individuellen Haushaltseinkommens nicht nachgewiesen werden können, bestätigt aber, dass nicht objektive, sondern vor allem die subjektive Wahrnehmung der politischen Performanz für das Institutionenvertrauen ausschlaggebend ist. Zusätzlich erhärtet wird dieser Befund durch den nachweisbar hemmenden Einfluss eines individuellen als auch sozialräumlichen Deprivationsempfindens (»Gefühl des Abgehängtseins«, sh. Kap. 3.6) auf das Institutionenvertrauen. Die Verbundenheit mit einer politischen Ebene (Gesamtdeutschland/ Bundesland/Wohnort) erweist sich als signifikanter und sehr einflussreicher Erklärungsfaktor für das Vertrauen in die Institutionen jener Ebene. Dies gilt im Besonderen für die Bundesländer und die Gemeinden.

Nicht zuletzt wird der Zusammenhang zwischen Einstellungen zur Demokratie und dem Institutionenvertrauen deutlich. Vorbehalte gegenüber demokratischen Grundwerten sowie populistische Einstellungen gehen mit einem niedrigen Vertrauen in diejenigen Institutionen einher, die das demokratische Gemeinwesen tragen.

4.4 Einstellungen zur Demokratie – 3 Bewertungsdimensionen und 4 Erscheinungsformen

4.4.1 3 Bewertungsdimensionen der Demokratie: Ideal politischer Herrschaft, Verfassungsmodell, Performanz

Ihrer Idee nach ist die Demokratie ein Modell politischer Ordnung, das zum einen die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Angelegenheiten ermöglicht und zum anderen gewährleistet, dass das Ausüben politischer Macht sowie diejenigen, denen diese Macht auf Zeit überantwortet wird, hinreichend kontrolliert werden. Zur Einlösung des Partizipations- und Kontrollversprechens sind vor allem folgende Bedingungen unverzichtbar: Gewaltenteilung, größtmögliche Transparenz politisch-administrativer Entscheidungsprozesse und periodisch anberaumte allgemeine, freie und gleiche Wahlen, in Deutschland auf Landes- und Gemeindeebene ergänzt um direktdemokratische Wahlen und Abstimmungen.

Die Legitimität real existierender demokratischer Ordnungen bemisst sich am Grad der Unterstützung ihrer Bevölkerungen. Aus der Sicht dieser begründet ein bestehendes politisches System seine Anerkennung durch Offenheit für die Partizipationsbegehren seiner Bürgerinnen und Bürger sowie durch nachweisbare Leistungen. Gemessen wird die Leistungsfähigkeit an einer möglichst gerechten Verteilung immaterieller Lebenschancen und materieller Güter sowie an wohlfahrtsstaatlich geleiteter »Verteilung des Sozialproduktes durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auch jenseits des Marktes« (Merkel 1999; vgl. Trüdinger 2011; Trüdinger/Gabriel 2013).

Soweit die kurze Beschreibung notwendiger Voraussetzungen für eine breite Unterstützung der Demokratie. In der Politikwissenschaft wird zwischen genereller (»diffuser«) und spezifischer (»konkreter«) Systemunterstützung analytisch unterschieden (Easton 1965, 1975; Gabriel/Neller 2010: 110–117). Die erstgenannte Dimension richtet den Blick auf die Anerkennung der Idee der Demokratie als bevorzugter Form politischer Herrschaft. Wird dieses normative Grundeinverständnis der Regierten mit den Regierenden von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung aufgekündigt, können wir von einer Krise der Demokratie sprechen und die Stabilität des politischen Systems ist gefährdet.

Die zweitgenannte Dimension verweist auf das Ausmaß individueller Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Diese Bewertung gibt Aufschluss darüber, wie zufrieden die Menschen mit den Leistungen von Parlamenten, der Regierungen in Bund und Ländern, von kommunaler Verwaltung, Parteien und anderen öffentlichen Institutionen sind. Diese Einschätzung unterliegt tagesaktuellen Stimmungen und entsprechenden temporären Schwan-

kungen, wie die nachstehende Grafik im Längsschnitt der Daten seit 1990 veranschaulicht (sh. Abb. 55). Bei allgemeinen Wahlen beeinflusst wesentlich die auf die Performanz der Politik gerichtete Demokratiezufriedenheit das Wahlverhalten. Nicht die Demokratie als solche gerät zwangsläufig in eine Krise, wenn Demokratieunzufriedenheit das Votum vieler Wählerinnen und Wähler leitet. Wohl aber können Regierungs- und Parteikrisen die Folge sein.

Ferner wird in der politischen Einstellungsforschung danach gefragt, ob die Bürgerinnen und Bürger mit dem demokratischen politischen System, »so wie es in der Verfassung festgelegt ist«, einverstanden sind oder nicht. Diese dritte Dimension der Einstellung zur Demokratie ist zwischen prinzipiellem Demokratiebekenntnis und konkreter Leistungsabwägung angesiedelt. Ein Beispiel: Wer ein Mehr an direkter Demokratie befürwortet, mag in dieser Hinsicht die bundesdeutsche Verfassung für änderungsbedürftig halten, ohne zugleich fundamentale Systemkritik im Sinne zu haben.

Einer in Umfragen zu Politik üblichen Praxis folgend, wurden die 3 Demokratie-Dimensionen auch im Deutschland-Monitor 2023 abgefragt. Die erwartbare Abstufung in den Bewertungen wird im Ergebnis der Befragung bestätigt (sh. Abb. 56). Eine kleine Minderheit von 2 Prozent ausgenommen, identifiziert sich die übergroße Mehrheit der Deutschen (97 Prozent) mit der Idee der Demokratie. Im Ost-West-Vergleich ist dementsprechend der Unterschied denkbar gering (Westen: 98 Prozent – Osten: 96 Prozent). Allerdings liegt die Zahl derer, die die Demokratie grundsätzlich ablehnen, in Ostdeutschland mit 4 Prozent doppelt so hoch wie in Westdeutschland.⁶²

Mit der Verfassungsordnung der Bundesrepublik sind insgesamt noch 3/4 aller Befragten (77 Prozent) sehr oder eher zufrieden und gut ein Fünftel (22 Prozent) weniger oder gar nicht zufrieden. Hier öffnet sich die Schere zwischen Ost und West: Einverstanden mit der Verfassung sind annähernd 4/5 (79 Prozent) im Westen, im Osten lediglich 2 von 3 Befragten (65 Prozent). Diejenigen, die gegenüber dem Grundgesetz eher oder sehr kritisch eingestellt sind, verteilen sich im Verhältnis 2 : 1 auf Ost (33 Prozent) und West (21 Prozent).

Nun zur dritten Dimension der Demokratie: Auch mit der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert, sind die Deutschen zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2023 insgesamt mehrheitlich sehr bzw. eher zufrieden (57 Prozent). Aber eine starke Minderheit von 42 Prozent ist gegenteiliger Meinung. Für Ost- und Westdeutschland ergibt sich im Antwortverhalten ein gegensätz-

62 Außeralltägliche Ereignisse können unter Umständen die im Regelfall hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie beeinträchtigen. So stellte der Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 gerade in Teilen der jüngsten Altersgruppe (18–29 Jahre) eine – möglicherweise pandemiebedingte – gewachsene Abstandshaltung gegenüber der demokratischen Idee fest (vgl. SAM 2020: 94 f.).

liches Bild: Während eine Mehrheit der Westdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie sehr oder eher zufrieden ist (61 Prozent), bekunden umgekehrt 56 Prozent der Ostdeutschen Unzufriedenheit (sh. Abb. 56).

Damit schreiben diese Daten die im langfristigen Trend auf Basis anderer Studien (sh. Abb. 55) auftretende Ost-West-Differenz für diese Demokratie-Dimension fort. Die Projektion des im Deutschland-Monitor für Sommer 2023 errechneten Einzel-Mittelwerts in die langen Linien der Kurvenverläufe seit 1990 zeigt an, dass die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Mitte dieses Jahres ein Tief erreicht (sh. Abb. 55). Der Mittelwert für Ostdeutschland (-0,25 Skalenpunkte) fällt deutlich zurück in den negativen Skalenbereich. Der Mittelwert für Westdeutschland (0,1 Skalenpunkte) bleibt gerade noch im positiven Skalenfeld.

Hinweise auf mögliche Gründe für die gegenwärtig ausgeprägt geringe Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gibt die Auswertung der Fokusgruppengespräche. Demnach sind zum einen auch vor Ort globale bzw. gesamtgesellschaftliche Krisen gewärtig, die Abstiegs- und Zukunftsängste mobilisieren und die Politikzufriedenheit beeinträchtigen. Zum anderen empfinden Befragte aus allen Regionen gegenüber den heraufgezogenen Krisen ein starkes Ohnmachtsgefühl, welches den Eindruck festigt, die Politik reagiere nicht angemessen auf die Bedrohungen (sh. Kap. 6).

Aufgrund der überwältigend hohen Zustimmung zur Idee der Demokratie zeigen sich, differenziert nach soziodemografischen Merkmalen, kaum kompositorische Auffälligkeiten. Unter formal niedrig Gebildeten und Personen mit geringem Einkommen finden sich mit einem Anteil von jeweils 5 Prozent etwas überdurchschnittlich Personen, die als Demokratiegegner eingestuft wurden (sh. Kap. 4.4.2). Parteiidentifikation zur AfD erweist sich als ein Vereinigungspunkt für Befragte, welche die Demokratie grundsätzlich ablehnen (das sind hier 7 Prozent).

Bildungs- und Einkommenseffekte treten auch bei der Bewertung der demokratischen Verfassungsordnung der Bundesrepublik auf. Die Zufriedenheit damit steigt linear von niedrig Gebildeten (63 Prozent) bis zu Hochgebildeten (86 Prozent) und ebenso von Gering- bis Gutverdienenden (von 32 auf 78 Prozent) deutlich an. Auch räumliche Umfeldbedingungen entfalten ihre Wirkung: Wer in ländlichen Orten wohnt, ist mit der Verfassung häufiger unzufrieden als Angehörige der Stadtbevölkerung (27 gegenüber 17 Prozent). Eine Rolle spielt zudem die persönliche Bilanz der Wiedervereinigung: Wer in dieser für sich Vorteile sieht, ist mit der Verfassungsordnung überdurchschnittlich häufig zufrieden (82 Prozent). Anders fällt das Urteil jener aus, die nach eigenem Bekunden nach 1990 Nachteile erfahren mussten. Unter diesen Befragten halten sich Verfassungsloyalität (54 Prozent) und Verfassungsdistanz (45 Prozent) etwa die Waage.

Wie erwartet, scheiden sich bezüglich der Frage, ob die Demokratie hierzulande »alles in allem funktioniert«, nach den Merkmalen Alter, Bildung, Einkommen, Lage des Wohnorts im Raum und Parteiidentifikation der Befragten stärker die Geister. Am meisten und überdurchschnittlich zufrieden mit der Performanz der Demokratie in der Bundesrepublik äußert sich die jüngste Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen (64 Prozent), gefolgt von den Ältesten ab 65 Jahren (59 Prozent). Klarer noch zeigen sich die politisch-kulturell trennenden Effekte bei Bildung und Einkommen. Wer formal gering gebildet ist und wer wenig verdient, ist am wenigsten zufrieden mit der Leistungsstärke der Demokratie (52 bzw. 49 Prozent). Der Abstand zu Hochgebildeten und Gutverdienenden beträgt bei dieser Bewertung 21 bzw. 17 Prozentpunkte. Insofern ist hohe oder geringe Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie auch Ausdruck besserer oder schlechterer Lebenslagen und Lebenschancen.

Geografisch gehäufter treten Zweifel an der Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems in dünn besiedelten bzw. ökonomisch schwach aufgestellten ländlichen Kreisen auf (»Gefühl des Abgehängtseins«, sh. Kap. 3.6). Deutlich kritischer ist das Urteil auch, wenn die persönliche Einigungsbilanz durchwachsen ausfällt. Wer mit der Wiedervereinigung vornehmlich Nachteile verbindet, ist nur zu einem Drittel mit der Funktionstüchtigkeit der Demokratie zufrieden, aber zu 2/3 unzufrieden. Im parteipolitischen Feld weist die Anhängerschaft der AfD die mit Abstand höchste Konzentration von Demokratieverdrossenen auf, nämlich 84 Prozent. Das Zwischenfazit lautet: Zu Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie neigt am ehesten, wer mittleren Alters ist, lediglich über schwache materielle und immaterielle Ressourcen verfügt und mit dem systemkritischen rechten Rand des Parteienspektrums sympathisiert.

4.4.2 4 Ausprägungen der Einstellung zur Demokratie

Ausgehend von den zu den 3 Demokratie-Dimensionen aktuell erhobenen Daten, werden im Folgenden, angelehnt an ein Kategorienraster Oskar Niedermayers (2009), 4 Typen der Einstellung zur Demokratie vorgestellt. In diese Typologie finden die unterschiedlichen Kombinationen der abgestuften Bewertungen für alle 3 Demokratiedimensionen Eingang, das heißt die Wertedimension (Idee der Demokratie), die Strukturdimension (Demokratie als Verfassungsordnung) und die Performanzdimension (Funktionieren der Demokratie). Die folgende Tabelle (sh. Tab. 5) stellt die prozentuale und dabei speziell nach Parteiidentifikation vorgenommene Verteilung auf die gebildete Vierer-Typologie dar.

Als Demokratieverweigerer (»Antidemokraten«) werden Personen bezeichnet, die sich gegenüber allen 3 Ausprägungen der Demokratie ablehnend bzw.

	Anti- demokraten	systemkritische Demokraten	politikkritische Demokraten	zufriedene Demokraten
Orientierung gegenüber der ...				
Idee	-	+	+	+
Verfassung	-	-	+	+
Funktion	-	-	-	+
Deutschland				
West	1	16	23	59
Ost	3	29	27	42
Gesamt	1	19	24	56
Parteinähe				
CDU	0	12	29	59
SPD	0	7	17	76
Grüne	0	4	11	85
FDP	1	12	28	60
Linke	0	22	36	43
AfD	6	57	27	9
keine/andere	2	21	26	51

Tab. 5: Typologie demokratischer Orientierungen (Angaben in Prozent)

Quelle: Eigene Abbildung nach Niedermayer / Abweichungen zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe / rundungsbedingt

unzufrieden äußern. Als »systemkritische Demokraten« gelten jene, welche zwar die Idee der Demokratie prinzipiell gutheißen, aber sowohl mit ihrer in Deutschland gegebenen Verfassungsform als auch ihren praktischen Leistungen hadern. Der »politikkritische« Typus schließt jene ein, die lediglich mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind. Als »zufriedene Demokraten« firmieren solche, die alle 3 Dimensionen positiv bewerten (sh. Tab. 5).

Als Demokratieverweigerer (»Antidemokraten«) ist in der komprimierten Gestalt dieses Typus im Ergebnis der repräsentativen Umfrage vom Sommer 2023 lediglich 1 Prozent der Befragten einzuordnen. »Systemkritische Demokraten« adieren sich zu einem knappen Fünftel, in Ostdeutschland annähernd auf ein Drittel. Dieser Typus ist mit Abstand am häufigsten in der Anhängerschaft der AfD zu finden. Das knappe Viertel »Politikkritischer Demokraten« verteilt sich gleichmäÙiger über das Parteienspektrum, eingeschlossen Nichtwählerinnen und Nicht-

wähler, dabei mit einer relativen Häufung unter Parteigängern der Partei Die Linke. »Zufriedene Demokraten« stellen in Deutschland aktuell insgesamt die Mehrheit, kommen im östlichen Teil des Landes jedoch nur auf 42 Prozent. Diesem Typus lassen sich 85 Prozent derer zuordnen, die mit Bündnis 90/Die Grünen sympathisieren, aber nur 9 Prozent derer, die der AfD nahestehen.



Abb. 55: Metatrend »Demokratiezufriedenheit« in Ost und West seit 1990 (Mittelwerte von -2 »sehr unzufrieden« bis +2 »sehr zufrieden«)

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Polit- und Eurobarometers, des ESS, des GLES und des Langfrist-Online-Trackings. ALLBUS: Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht (1–6)? Eurobarometer: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala: Sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden, oder überhaupt nicht zufrieden (1–4)? Politbarometer: Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen? Sind sie eher zufrieden oder eher unzufrieden (0–1)? ESS: Und wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert (0–10)? GLES: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden (1–4)? Langfrist-Online-Tracking: Und wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht (1–6)? Deutschland-Monitor: Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert (1–4)?

4.4.3 Verteilung der Demokratietypen in den Kreisen

Wechseln wir nun auf die kreisregionale Ebene. Das folgende Diagramm (sh. Abb. 57) stellt die Verteilung der 4 Demokratie-Typen in den Kreisen der regionalen Vertiefungsstudie des Deutschland-Monitors dar. Wie der Kreisvergleich zeigt, liegt der Anteil von »Demokratieverweigerern« in den ostdeutschen Kreisen leicht höher. Bei der regionalen Häufung von »systemkritischen Demokraten« wird ein klares West-Ost-Gefälle erkennbar. Hier liegen die 4 östlichen Kreise in kompakter Anordnung sämtlich deutlich vor den 4 westlichen Kreisen. Im sachsen-anhaltischen Salzlandkreis ist unter Befragten dieser Typus doppelt so stark vertreten wie im rheinland-pfälzischen Landkreis Birkenfeld, der in der westlichen Teilgruppe der Vertiefungsstudie die meisten Systemkritiker aufweist. Bei den Anteilen »politikkritischer Demokraten« ist die Ost-West-Differenz weniger eindeutig. Spiegelbildlich zum relativ zahlreichen Auftreten »systemkritischer Demokraten« in den ostdeutschen Kreisregionen sind »zufriedene Demokraten« wiederum in den westdeutschen Kreisregionen häufiger vertreten. Lediglich die thüringische kreisfreie Stadt Weimar liegt mit dem in Rheinland-Pfalz gelegenen Landkreis Birkenfeld etwa gleichauf.

Regionale Kontexteffekte sind nachweisbar, und sie folgen in Ost wie West einem gleichen Muster: Hohe Prosperität stützt die Identifikation und Zufriedenheit mit der Demokratie, niedrige Prosperität wirkt sich hingegen auf die Anerkennung der Demokratie nachteilig aus. Anders als dies für die Bewertung der Lebensqualität und des sozialen Zusammenhalts aufgezeigt werden kann (sh. Kap. 3.7), tritt in der Typologie der Einstellungen zur Demokratie nach wie vor – oder neuerlich wieder vertieft – ein deutlicher Ost-West-Gegensatz zutage.

Zustimmung zur Idee der Demokratie*



Zufriedenheit mit der Verfassung



Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland



● sehr unzufrieden ● unzufrieden ● zufrieden ● sehr zufrieden

Abb. 56: Einstellungen zur Demokratie (Angaben in Prozent)

*Hier lauten die Antwortkategorien im Fragebogen »entschieden für Demokratie« (sehr zufrieden), »eher für Demokratie« (zufrieden), »eher gegen Demokratie« (unzufrieden), »entschieden gegen Demokratie« (sehr unzufrieden), diese wurden hier für die Darstellung an die anderen Kategorien angeglichen.

Abb. 57

Demokratietypen in der Vertiefungsstudie, geordnet absteigend nach Anteilen von Anti- und systemkritischen Demokraten (Angaben in Prozent)

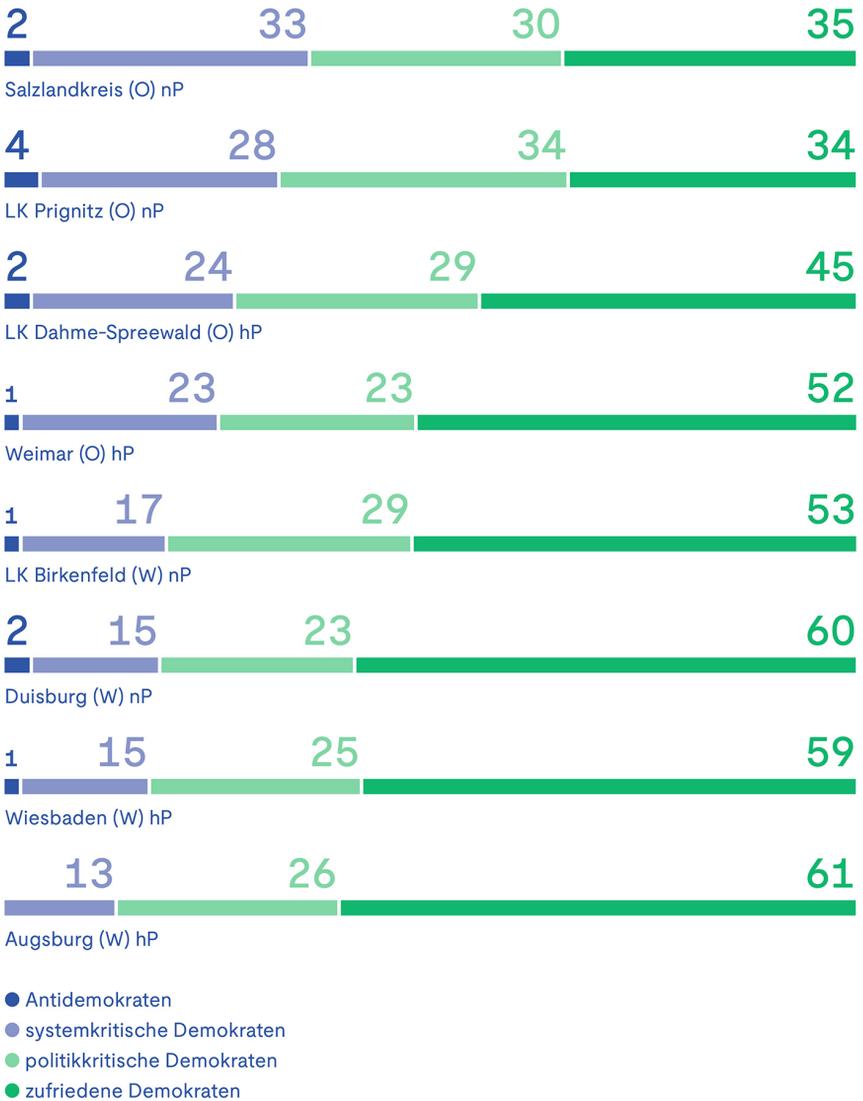


Abb. 57: Demokratietypen in der Vertiefungsstudie geordnet absteigend nach Anteilen von Anti- und systemkritischen Demokraten (Angaben in Prozent)

Abweichungen zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe / rundungsbedingt

hP = hohe Prosperität / nP = niedrige Prosperität

4.5 Populistische Einstellungen

Die gegenwärtig häufig konstatierte und gleichsam kontrovers diskutierte Krise der Demokratie in westlichen Demokratien geht nach der Ansicht vieler Autorinnen und Autoren untrennbar mit dem Aufstieg des parteiförmigen (Rechts-)Populismus und den, so postuliert, zunehmend populistischen Einstellungen in der Gesellschaft einher (vgl. z. B. Best et al. 2023: 4).

In der Politikwissenschaft gelten nach einer üblichen Konzeption⁶³ populistische Einstellungen als Weltbild, nachdem sich die Gesellschaft durch einen Gegensatz zwischen einem idealisierten und vermeintlich homogenen Volk mit einem einheitlichen Volkswillen und einer korrupten Elite auszeichnet. Populismus ist nach diesem Konzept keine abgeschlossene Ideologie, sondern kann – als »dünne Ideologie« (Mudde 2004) – in unterschiedlichen politischen Orientierungen auftreten (z. B. Linkspopulismus, Rechtspopulismus, libertärer Populismus) (vgl. auch Akkermann et al. 2014: 1326; Müller 2018: 188). Kennzeichnend für den Populismus ist ein Manichäismus, d. h. der radikale Gegensatz zwischen »gut« und »böse«, ein – genuin illiberaler – Antipluralismus, eine radikale Anti-Establishment-Orientierung bzw. Anti-Elitismus sowie die Skepsis gegenüber repräsentativ-parlamentarischen Prozessen (Anti-Institutionalismus) bei gleichzeitiger übermäßiger Betonung der Volkssouveränität (Akkermann et al. 2014: 1327; Vehrkamp/Merkel 2020: 18).

Populistische Einstellungen wurden im Deutschland-Monitor auf Basis von 4 Aussagen – angelehnt an vielfach erprobte Messinstrumente (u. a. Akkermann et al. 2014: 1333; Castanho Silva et al. 2020; Van Hauwaert et al. 2020: 7 f.) – erhoben, zu denen die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Antwortskala signalisieren konnten (h. Abb. 58). Die Aussagen sind so gewählt, dass sie die zentralen Dimensionen populistischer Einstellungen erfassen. Der Blick auf die unterschiedlichen erhobenen Populismus-Dimensionen im Deutschland-Monitor zeigt, dass diese in der Bevölkerung in unterschiedlichem Ausmaß geteilt werden.

Fast 3/4 der Befragten (73 Prozent) stimmen der Aussage zu, dass die Abgeordneten im Parlament nur dem »Willen des Volkes« verpflichtet sein sollten (*Volkssouveränität, Anti-Pluralismus*). Wird die explizite Zustimmung zur anti-pluralistischen These eines einheitlichen Volkswillens abgefragt (»Das Volk ist sich im Prinzip einig, was politisch passieren muss«), stimmen dieser knapp 1/4 der Befragten

⁶³ Konkurrierende Ansätze, etwa der strategische Ansatz (Weyland 2002: 12) oder der soziokulturelle Stil-Ansatz (Ostiguy 2020: 33), eignen sich weniger gut zur Erfassung und Klassifikation populistischer Einstellungsmuster als zur Analyse politischer Parteien und Akteure (Rovira Kaltwasser/Van Hauwaert 2020: 14 f.).

zu. Mehr als die Hälfte der Befragten geht hingegen nicht explizit von einem einheitlichen Volkswillen aus (sh. Abb. 58).



Entscheidungen, die nach einer Debatte im Parlament getroffen werden, sind besser als Entscheidungen die direkt durch die Bevölkerung getroffen werden.



Das Volk ist sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.



Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.



Die Abgeordneten im deutschen Bundestag sollten ausschließlich dem Willen des Volkes verpflichtet sein.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abb. 58: Dimensionen populistischer Einstellungen (Angaben in Prozent)



Ostdeutschland



Westdeutschland

- populistische Einstellungen
- keine populistischen Einstellungen

Abb. 59: Populistische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)



Abb. 60: Populistische Einstellungen nach Prosperitätsclustern der regionalisierten Vertiefungserhebung (Angaben in Prozent)

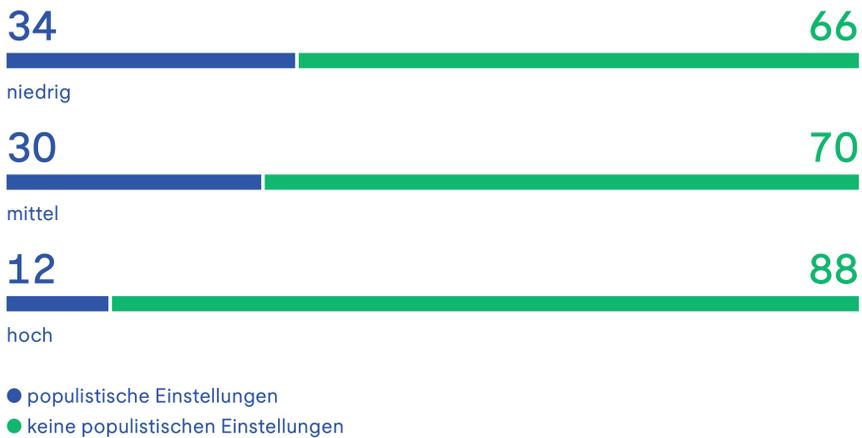


Abb. 61: Populistische Einstellungen nach formaler Bildung (Angaben in Prozent)

Der These, dass die »Herrschenden und Mächtigen« gegen die Interessen der Bevölkerung agieren, stimmen über 40 Prozent der Befragten zu. *Anti-elitistische* und *manichäische* Einstellungen sind in der Gesellschaft demzufolge weit verbreitet, wobei sie nicht von der Mehrheit geteilt werden. Ferner zeigen sich 40 Prozent

der Befragten offen für *anti-institutionalistische* Einstellungen, indem sie der Aussage nicht zustimmen, dass »Entscheidungen, die nach einer Debatte im Parlament getroffen werden, [...] besser [sind] als Entscheidungen, die direkt durch die Bevölkerung getroffen werden.«⁶⁴

Wie groß ist der Anteil derjenigen, die als populistisch eingestellt bezeichnet werden können?⁶⁵ 24 Prozent der Befragten im Deutschland-Monitor, also knapp 1/4, gelten nach der hier vorliegenden Messung als populistisch eingestellt, während 3/4 der Befragten somit nicht populistisch eingestellt sind. Dies bestätigt in der Tendenz Ergebnisse anderer Studien (u. a. Populismusbarometer 2020; vgl. Vehrkamp/Schröder 2020).

Die sozialräumliche Verteilung dieser populistischen Einstellungen zeichnet ein differenziertes Bild. Zunächst wird erkennbar, dass populistische Einstellungen in der ganzen Bundesrepublik verbreitet sind und nicht etwa allein eine Herausforderung für die Demokratie in Ostdeutschland darstellen (sh. Abb. 59). Dennoch wird dieses Einstellungsmuster häufiger in Ostdeutschland geteilt, was sich auch nicht allein durch soziodemografische Merkmale (Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung) erklären lässt. Weiterführende Analysen⁶⁶ zeigen, dass dieser Ost-West-Unterschied in unterschiedlichen Ausprägungen durch politische Einstellungen wie die Demokratiezufriedenheit und Gerechtigkeitsperzeptionen erklärt wird.

Ein vergleichbares Muster ergibt sich hinsichtlich der Prosperität und der Position des Wohnorts der Befragten auf dem Stadt-Land-Kontinuum (nach Indikator BBSR oder Ortsgröße): So treten populistische Einstellungen in Kreisen mit niedriger Prosperität eher auf als in solchen mit hoher Prosperität (sh. Abb. 60) – wobei sich auch hier die Ost-West-Differenz erkennbar fortführt. Auf Basis weiterführender statistischer Analysen wird jedoch deutlich, dass nicht der Kontext per se, sondern die soziale Zusammensetzung (Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung) in diesen Kreisen diese Unterschiede erklären kann. Es wird also zumindest bei den Kontextperspektiven Ländlichkeit und Prosperität ein Kompositionseffekt festgestellt. Ein Wohnort in ländlichen Lagen oder in einer Region

64 Die Antwortskala dieses Items wurde für die weitere Auswertung invertiert (gedreht), um eine einheitliche Interpretation zu gewährleisten.

65 Eine Person gilt als populistisch eingestellt, wenn sie den 4 Aussagen im Durchschnitt zustimmt (Populismus-Index ≥ 4); dabei wurde maximal eine Antwortverweigerung zugelassen. Für weitere Auswertungen wurde der Index auf den Wertebereich 1 (gar nicht populistisch) bis 5 (sehr populistisch) kodiert. Obgleich die Skalenzuverlässigkeit mit einem Cronbachs Alpha von 0,53 nicht optimal ist, wurde wegen einer zufriedenstellenden konfirmatorischen Faktorenanalyse (Anzahl der Faktoren nach BIC-Kriterium = 1, CFI = 0,988, RMSEA = 0,041) und der Abdeckung aller theoretischen Dimensionen entschieden, den additiven Populismusindex auf Basis der vorliegenden Items zu bilden.

66 Binomial-logistische Mehrebenenregression

mit geringer Prosperität hängt demzufolge nicht per se mit übermäßig vertretenen populistischen Einstellungen zusammen.

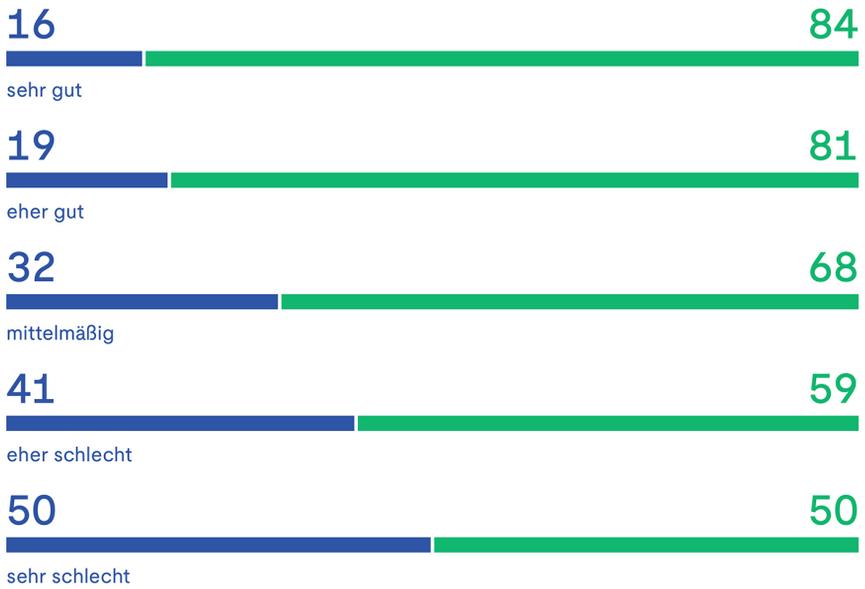
Individuelle Merkmale überwiegen bei der Erklärung populistischer Einstellungen somit deutlich die räumlichen Merkmale. Übereinstimmend mit anderen Untersuchungen zeigt sich, dass höhere formale Bildung hemmend auf populistische Einstellungen wirkt (Lewandowsky 2022: 119; Rovira Kaltwasser, Van Hauwaert 2020: 4) (sh. Abb. 61).

Nimmt man die ökonomische Situation der Befragten in den Blick, so zeigt sich einerseits kein signifikanter Effekt des Haushaltsnettoeinkommens: Es spielt nach den Daten des Deutschland-Monitors also keine Rolle für populistische Einstellungen, ob eine Person ein niedriges oder hohes Einkommen hat. Andererseits wird erkennbar, dass diejenigen, die ihre private ökonomische Situation als »sehr schlecht« bezeichnen, signifikant häufiger populistische Einstellungen haben als Personen, die eine positive private ökonomische Bilanz ziehen (sh. Abb. 62).

Anknüpfend an die Bewertung der eigenen ökonomische Lage erweisen sich individuelle Deprivation und Statusverlustangst als aussagekräftige Einflussfaktoren für populistische Einstellungen (sh. Abb. 63). Wer das Gefühl hat, dass einem selbst der gerechte gesellschaftliche Anteil vorenthalten bleibt, oder Angst hat, den gesellschaftlichen Status (materiell wie auch immateriell) zu verlieren, neigt eher zu populistischen Einstellungen (vgl. auch Reiser et al. 2023: 96; Berman 2021: 75).⁶⁷ Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass auch eine negative individuelle Bilanzierung der Wiedervereinigung – die ebenfalls als eine spezielle Form des Statusverlustes interpretiert werden kann – signifikant mit populistischen Einstellungen zusammenhängt (sh. Kap. 4.5).

Selbiges gilt für die Responsivitätswahrnehmung: Wer das Gefühl hat, Politikerinnen und Politiker haben ihr Handeln weniger gut an die Bevölkerung rückgekoppelt, neigt auch eher zu populistischen Einstellungen. Der enge theoretisch-konzeptionelle Zusammenhang zwischen wahrgenommener Responsivität und Demokratiezufriedenheit (sh. Kap. 4.2 und Kap. 4.4) macht sich auch im Deutschland-Monitor bei den populistischen Einstellungen bemerkbar: Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie drückt sich, übereinstimmend mit anderen Erhebungen (Reiser et al. 2023: 96), auch im Deutschland-Monitor deutlich in populistischen Einstellungen aus (sh. Abb. 64).

67 Die Befunde knüpfen damit an den Grundtenor des politikwissenschaftlichen Forschungsdiskurs an, wonach der erstarkende Populismus eine Folge ökonomischer und kultureller Modernisierungsüberforderung infolge der Globalisierung darstellt. In Nordamerika und Westeuropa überwiegen hierbei die kulturellen Folgen des gesellschaftlichen Wertewandels und der Migration als Treiber eines – insbesondere rechten – Populismus (vgl. auch »Cultural Backlash«) (Lewandowsky 2022: 103 ff.; Berman et al. 2021: 75 f.; Rovira Kaltwasser/Van Hauwaert 2020: 4; Norris/Inglehart 2019: 50 f.).



- populistische Einstellungen
- keine populistischen Einstellungen

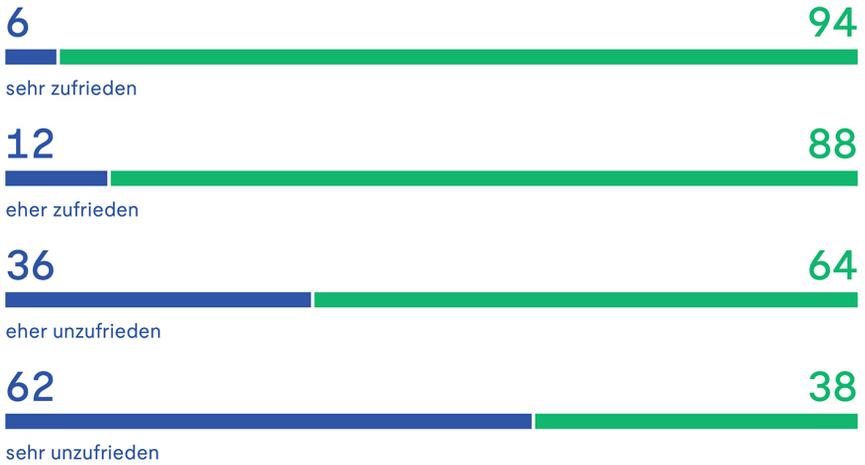
Abb. 62: Populistische Einstellungen in Abhängigkeit der Beurteilung der eigenen ökonomischen Lage (Angaben in Prozent)



- populistische Einstellungen
- keine populistischen Einstellungen

Abb. 63: Populistische Einstellungen nach Statusverlustangst (Angaben in Prozent)

Erläuterung: Die Statusverlustangst bezieht sich auf die Zustimmung zu folgender These: »Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.«



- populistische Einstellungen
- keine populistischen Einstellungen

Abb. 64: Populistische Einstellungen nach Demokratiezufriedenheit (Angaben in Prozent)

Zuletzt erweist sich auf der Einstellungsebene eine Selbst-Positionierung im politisch rechten Spektrum als signifikanter Einflussfaktor für populistische Einstellungen (vgl. auch Lewandowsky 2022: 112). Dies spiegelt sich auch in der Parteiidentifikation der Personen mit populistischen Einstellungen wider: Vergleichbar zum Institutionenvertrauen und zum »Gefühl des Abgehängtseins« drücken sich populistische Einstellungen in der Parteiidentifikation der Befragten besonders entlang der soziokulturellen Konfliktlinie des bundesdeutschen Parteiensystems aus (siehe auch Best et al. 2023: 8) (sh. Kap. 3.6). In der Anhängerschaft der AfD – die auf dieser Konfliktlinie den äußeren rechten Pol bildet – sind populistische Einstellungen mit Abstand am weitesten verbreitet, während sie in der Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen – dem linken Pol dieser Konfliktachse – im Vergleich am wenigsten verbreitet sind (Wagner et al. 2023: 625). Dieses Ergebnis fügt sich in Erkenntnisse ein, wonach es sich bei der AfD um eine Partei handelt, die in ihrer öffentlichen Kommunikation populistische Narrative und Elitenskepsis artikuliert und überwiegend in einem Mischfeld zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus verortet wird (Biskamp 2021: 36; Pfahl-Traughber 2019: 41; Schröder/Weßels 2021: 14 f.; kritisch: Jesse/Panreck 2016: 73). Auch in der Partei Die Linke, die den sozioökonomisch linken Pol des bundesdeutschen Parteiensystems besetzt, sind populistische Einstellungen etwas weiterverbreitet als im gesellschaftlichen Durchschnitt. Dieser vergleichbar moderate Anteil populistischer Einstellungen in der Anhängerschaft der Linkspartei ist bemerkenswert. Da die Partei den (sozioökonomisch) äußeren linken Pol des Parteiensystems darstellt und von einem Teil der Forschungsgemeinde als linkspopulistisch eingeordnet wird (Verkamp/Schröder 2020: 78; Thomeczek 2023: 5; Olsen 2018: 76 f.), wäre hier höherer Anteil populistischer Einstellungen zu erwarten gewesen. Geringere Unterschiede gibt es zwischen denjenigen, die sich einer der übrigen (Bundestags-) Parteien (Unionsparteien, FDP, SPD) nächstehend einordnen.

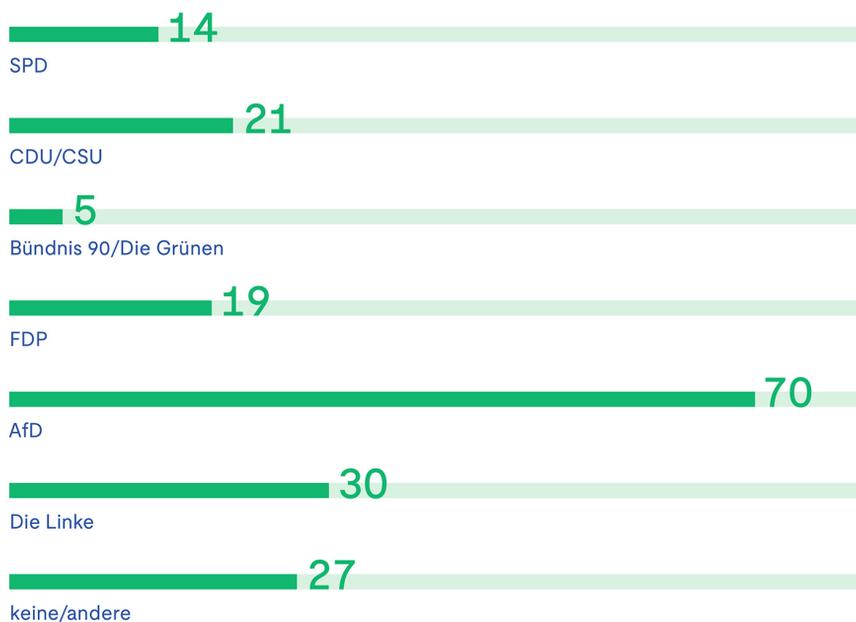


Abb. 65: Populistische Einstellungen nach Parteiidentifikation (Angaben in Prozent)

Anmerkung: Zur besseren Les- und Vergleichbarkeit wird der X-Achsenabschnitt im Wertebereich 0 Prozent bis 80 Prozent dargestellt.

4.6 Politischer Extremismus

4.6.1 Begriffsklärung

Als extremistisch gelten aus Sicht des Gesetzgebers und der Verfassungsschutzbehörden solche

»[...] Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.«⁶⁸

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die bundesdeutsche Extremismusforschung hauptsächlich mit der Untersuchung des Rechtsextremismus befasst. Das hatte plausible Gründe. Zum einen konnten, beginnend mit den Wahlerfolgen der NPD bei westdeutschen Landtagswahlen in der 2. Hälfte der 1960er Jahre und an-

⁶⁸ Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) § 3, Satz 1, Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden.

haltend bis zum Aufstieg der AfD in jüngster Zeit, ausnahmslos rechtsextreme Parteien in Landesparlamente bzw. den Bundestag einziehen. Zum anderen waren und sind Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus historisch tradierte Einstellungsmuster, die dem Rechtsextremismus exklusiv zugeordnet werden konnten.

Aktuelle Studien zeigen gegenläufige Entwicklungen im Strömungsbild rechtsextremer Orientierungen auf. Einerseits ist die manifeste Zustimmung zu zentralen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung im Langzeitvergleich der letzten 20 Jahre (2002 bis 2022) rückläufig. Andererseits finden rechtsextreme Deutungsmuster wie Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus, Antisemitismus und Diktaturbefürwortung gegenwärtig hohe Zustimmung (Decker et al. 2023: 2 und 12). Der Komplex von Einstellungen, der unter dem Rubrum Populismus firmiert (sh. Kap. 4.5) hat zwar einen deutlich rechtslastigen Schwerpunkt, weist jedoch auch Berührungspunkte mit linkspopulistischen Sprachregelungen (Chazel/Dain 2023) auf.

4.6.2 Messung des Extremismus

Die gewachsene Unübersichtlichkeit im Einzugsbereich des politischen Extremismus wirft die Frage auf, welche Messinstrumente geeignet sind, um die dynamische Entwicklung im Untersuchungsfeld adäquat zu erfassen. Im Deutschland-Monitor 2023 wird die extremistische Komponente, die zwischen radikaler Systemkritik und erklärter Systemfeindschaft oszilliert, mittels 5 Variablen gemessen:

1. Ablehnung der Idee der Demokratie,
2. Befürwortung einer Diktatur als bessere Staatsform, »wenn es Not tut«,
3. Bejahung einer Revolution statt weiterer Reformen,
4. Sicht auf den Staat als Unterdrückungsinstrument, das abgeschafft gehört,
5. Überzeugung, dass es in jeder demokratischen Gesellschaft bestimmte Konflikte gibt, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.

Verbindendes Element dieser Bezeugungen ist die grundsätzliche Gegnerschaft zum demokratischen politischen System der Bundesrepublik.⁶⁹ Ihrem Wortlaut

⁶⁹ Das verbindende Element formulierte der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse (2018) wie folgt: »Jeder Rechtsextremist ist ein Antidemokrat. Aber nicht jeder Antidemokrat ist [automatisch] ein Rechtsextremist« [Ergänzung durch Autor]. Zitat nach Geiges 2018: 18.

zufolge lassen sich die Variablen, wie Analysen ergeben haben, nicht a priori klar einem politischen Spektrum zuordnen.⁷⁰ Eben dies ist ihr heuristischer Vorzug.

Als ein methodisches Werkzeug zur Annäherung an den Gegenstand des Extremismus hat sich die Selbsteinstufung befragter Personen auf der Links-Rechts-Skala (sh. Abb. 66) bewährt. Eine randständige Platzierung auf der Skala ist nicht automatisch gleichbedeutend mit extremistischen Überzeugungen (Gabriel/Neller 2010: 125; vgl. Backes/Jesse 1983) oder gar der Beteiligung an Gewalttaten.

Wie die folgende Abbildung (sh. Abb. 66) zeigt, ist die Selbstverortung der deutschen Bevölkerung im Skalenbereich moderat linksschief. Linksaußen positionieren sich 4 Prozent aller Befragten, am äußersten rechten Rand 1 Prozent. Mithin ordnet sich ein sehr kleiner Anteil der Befragten äußerst rechts bzw. links ein. Eine relative Mehrheit von gut 40 Prozent der im Deutschland-Monitor Befragten platziert sich auf der Links-Rechts-Skala exakt mittig, genauso wie insgesamt die Anhängerschaft der Unionsparteien. Leicht rechts der arithmetischen Mitte nehmen Befragte ohne Parteineigung Aufstellung und erkennbar rechts nur diejenigen, die ihren Angaben zufolge der AfD nahestehen. Parteigänger aller übrigen Bundestagsparteien platzieren sich im linken Skalenfeld, entweder mehr oder weniger dicht der Mittellinie (FDP, Grüne, SPD) oder deutlich weiter links (Die Linke).

4.6.3 Verteilung und Größenordnung systemkritischer bzw. systemfeindlicher Einstellungen

Die Verteilung der Antworten in der Befragung des Deutschland-Monitors ist in Abbildung 67 erkennbar. Die gemessenen systemkritischen bzw. systemfeindlichen Anschauungen werden, wie in der Abbildung ersichtlich, nur von einem geringen Teil der Bevölkerung mitgetragen. Einsatz von Gewalt, prinzipielle Gegnerschaft zur Demokratie und ein Liebäugeln mit Diktatur werden von jeweils mehr als 90 Prozent abgelehnt. Vergleichbare Studien haben aber gezeigt, dass die ablehnenden Haltungen gegenüber diesen systemkritischen Einstellungen im Zeitverlauf deutlich zugunsten einer eher unentschiedenen Haltung abgenommen haben (Holtmann et al. 2020: 125 f.).

⁷⁰ In einer Studie der Freien Universität Berlin zum Linksextremismus vom Juli 2016 (Deutz-Schroeder/Schroeder 2016: 14) wurde diese Dimension als »Demokratiefeindlichkeit« bezeichnet – geeignet, um sowohl am rechten als auch linken Rand Zustimmung zu markieren.

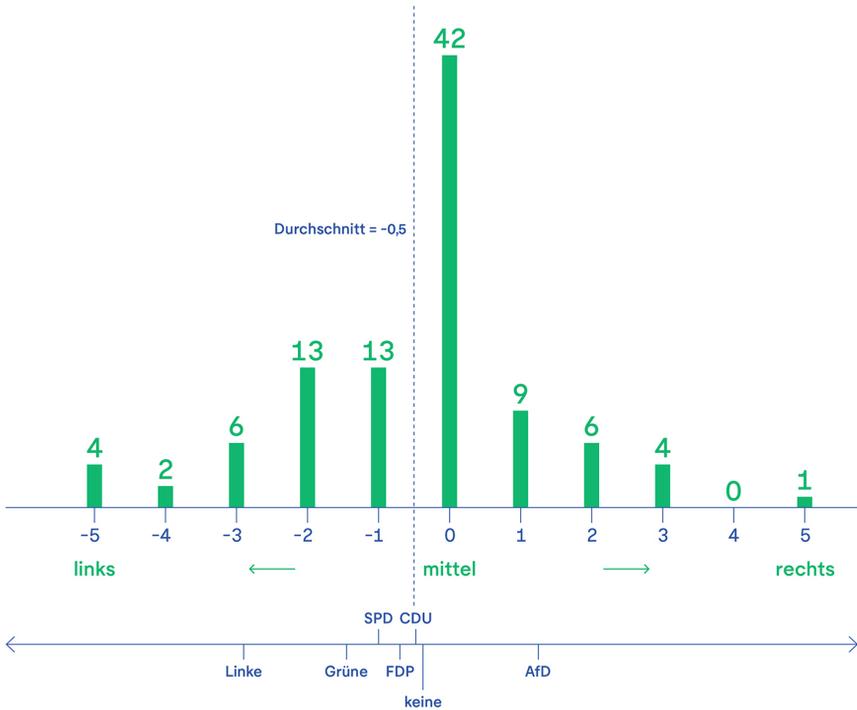


Abb. 66: Links-Rechts-Selbsteinstufung (Anteile in Prozent und Mittelwerte [Parteiidentifikation] auf einer Skala von -5 »sehr links« bis +5 »sehr rechts«)

Abweichungen zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe / rundungsbedingt

4.6.4 Determinanten eines systemkritischen Extremismus

Die 5 vorgestellten Indikatoren systemkritischer bzw. -feindlicher Einstellungen wurden für die hier vorgelegte Analyse der Monitor-Daten zu einer Mittelwertskala »systemkritischer Extremismus« zusammengefasst⁷¹ (sh. Abb. 68, Abb. 69 und Abb. 70). Diese Skala deckt wie andere vergleichbare Skalen im Deutschland-Monitor eine theoretische Spannweite von -2 bis +2 ab. Hier entspricht der Pol -2 einer sehr schwachen Ausprägung von systemkritischem Extremismus. Der Pol +2 steht für die diametral entgegengesetzte sehr stark extremistische Position. Im Bundesdurchschnitt beläuft sich der Mittelwert auf -1,6. Die Ausprägungen der jeweiligen Einflussfaktoren können den folgenden Abbildungen entnommen werden (sh. Abb. 68, Abb. 69 und Abb. 70).

⁷¹ Die Skala wurde zuvor in früheren Ausgaben des Sachsen-Anhalt-Monitors verwendet (SAM 2018 und 2020).

Wie die Abbildung 68 veranschaulicht, weist die deutschlandweit eindeutig überwiegende Ablehnung extremistischer Anschauungen im Gesamtbild nur geringe Unterschiede auf, wenn sie nach verschiedenen Kriterien des Lebensumfelds aufgeschlüsselt werden. Jedoch zeigen die Mittelwerte eine durchgängige Ost-West-Differenz, einerlei ob nach dem aktuellen Wohnort oder der Ansässigkeit in dem westlichen oder östlichen Landesteil vor bzw. nach 1990 gefragt wird. Ob der Lebensmittelpunkt in einer Region hoher oder geringer Prosperität liegt, macht kaum einen Unterschied. Auch innerhalb der Kreise der regionalen Vertiefungserhebung ist die Spanne nicht sonderlich hoch. Doch gruppieren sich die Kreise klar nach West-Ost-Zugehörigkeit.



Abb. 67: Systemkritische und systemfeindliche Einstellungen, geordnet nach der Antwortkategorie »stimme überhaupt nicht zu« (Angaben in Prozent)

Abweichungen zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe / rundungsbedingt

Größere Spreizungen und teilweise deutliche Verwerfungen treten zutage, wenn die bekundete Nähe bzw. Distanz zu extremistischen Anschauungen mit

Kreise der Vertiefungsstudie***

Wiesbaden (W)
 Augsburg (W)
 LK Birkenfeld (W)
 Duisburg (W)
 Weimar (O)
 LK Dahme-Spreewald (O)
 Salzlandkreis (O)
 LK Prignitz (O)

ILTIS-Indikator***

hohe Prosperität
 geringe Prosperität

Wohnregion aktuell***

Westdeutschland
 Ostdeutschland

Wo überwiegend gelebt nach 1990***

Westdeutschland
 Ostdeutschland

Wo überwiegend gelebt vor 1990***

ehemalige Bundesrepublik (BRD)
 bzw. Westberlin
 Ostdeutschland (DDR) bzw. Ostberlin

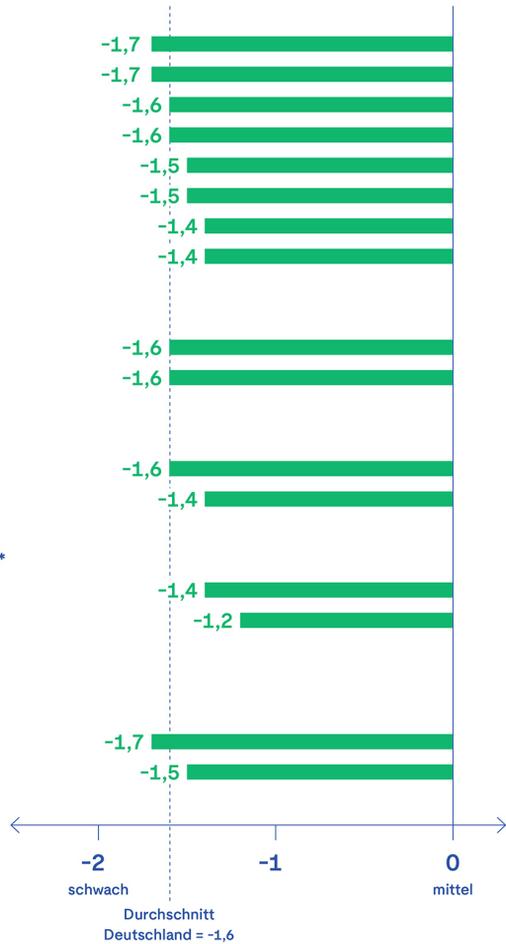


Abb. 68: Skala Systemkritischer Extremismus nach Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr schwach« bis +2 »sehr hoch«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

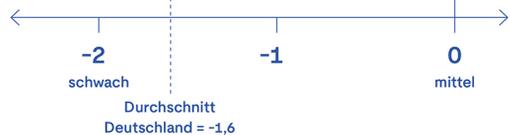
Parteinähe*****Mit der Verfassung in Deutschland ...*******Mit der Funktionsweise der Demokratie...*******Institutionenvertrauen*******Links-Rechts-Selbsteinstufung*****

Abb. 69: Skala Systemkritischer Extremismus nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -2 »sehr schwach« bis +2 »sehr hoch«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Alter***

66 Jahre und älter
 50–65 Jahre
 40–49 Jahre
 30–39 Jahre
 16–29 Jahre

**Angst auf Verliererseite zu geraten*****

stimme überhaupt nicht zu
 stimme eher nicht zu
 teils/teils
 stimme eher zu
 stimme voll und ganz zu

**Wiedervereinigungsbilanz für Deutschl.*****

Nachteile überwiegen
 Vorteile überwiegen

**Persönliche Wiedervereinigungsbilanz*****

Nachteile überwiegen
 Vorteile überwiegen

**Subjektives Gerechtigkeitsempfinden*****

erhalte sehr viel weniger als gerechten Anteil
 erhalte etwas weniger als gerechten Anteil
 erhalte gerechten Anteil
 erhalte etwas mehr als gerechten Anteil
 erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil

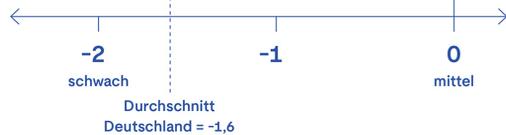


Abb. 70: Skala systemkritischer Extremismus nach sozialstrukturellen Einstellungen und Merkmalen (Mittelwerte von -2 »sehr schwach« bis +2 »sehr hoch«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

gesellschaftlichen und politischen Einstellungen abgeglichen wird (sh. Abb. 69). Innerhalb des Parteienspektrums stellt die Gruppe der Befragten mit einer Parteiidentifikation zur AfD einen Ausreißer dar. Hier wird die mit Abstand schwächste Distanz zu systemkritischen bzw. -feindlichen Positionen gemessen. Der Grad der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Verfassungsordnung der Bundesrepublik sowie mit der Funktionstüchtigkeit der Demokratie und ferner auch des Vertrauens in (parteien-)staatliche Institutionen verläuft auffallend synchron mit einer stärker oder schwächer ausgeprägten Ablehnung extremistischer Überzeugungen.

An diesem Punkt schlagen wir den Bogen zur Links-Rechts-Skala und ihrem Erklärungswert für politischen Extremismus nochmals zurück. Bemerkenswert ist: Der äußerst linke und der äußerst rechte Pol treffen sich keineswegs in gleichartig intensiver Systemkritik bzw. Systemfeindschaft. Vielmehr liegen jene Befragten, die sich selbst »sehr links« einstufen, bei einem Skalen-Mittelwert von -1,6 Skalenpunkten und sind damit nicht weniger systemtragend als der Bundesdurchschnitt. Anders verhält es sich am rechten Gegenpol: Wer sich »eher rechts« bzw. »sehr rechts« positioniert, ist mit Mittelwerten von um die -1,3 Skalenpunkten deutlich systemkritischer eingestellt.

Im Vergleich der Altersgruppen ergeben sich keine Auffälligkeiten. Die jüngsten Befragten (16–29 Jahre) ausgenommen, entsprechen die Mittelwerte dem Durchschnittswert aller Befragten. Die Faktoren Bildung und Einkommen haben nur ein geringes Gewicht. Wer jedoch Angst verspürt, »auf die Verliererseite des Lebens zu geraten«, wer ferner allgemein wie für sich persönlich eine überwiegend negative Bilanz der Wiedervereinigung zieht und wer meint, weniger als »den gerechten Anteil zu erhalten«, ist weniger immun gegen extremistische Deutungen von Politik als der jeweils andere Teil der Bevölkerung (sh. Abb. 70). Subjektive Wahrnehmungen von Benachteiligung wie Statusverlustangst und das Gefühl sozialer Deprivation liefern folglich eine wesentliche Erklärung für eine tendenziell systemkritische Grundeinstellung.

4.7 Bewertung der deutschen Wiedervereinigung

In Zeiten ökonomischer Strukturkrisen, geringen Wachstums des Volkseinkommens oder gar seiner Abnahme, so schrieb der Soziologe M. Rainer Lepsius vor bald 3 Jahrzehnten, nähmen im wiedervereinigten Deutschland Verteilungskonflikte zu und werde es schwieriger, »Verteilungsgerechtigkeit zu paktieren«. Das träfe auch auf Westdeutschland zu, dessen von Ostdeutschland aus gesehener Reichtum keineswegs für alle privaten, gewerblichen und öffentlichen Haushalte bestünde. Insofern unterliege die politische Kultur der Bundesrepublik »einem

erhöhten Bewährungszwang«. »Politikverdrossenheit«, abnehmende Wahlbeteiligung und zunehmende Verteilungskonflikte seien Stichworte, welche die Situation kennzeichneten (Lepsius 1995: 36).

Als Lagebeschreibung des wiedervereinigten Deutschlands erscheint Lepsius' Zeitdiagnose von 1995 bemerkenswert aktuell. Dies gibt Anlass dazu, genauer nachzufragen, ob die über Jahrzehnte hinweg in der Literatur nachgewiesene Tendenz, dass zumal in Ostdeutschland die Vorteile der Einheit in wachsender Zahl bejaht und Nachteile zunehmend weniger reklamiert werden (Gabriel et al. 2015: 135–140; FGW 2019; Hilmer 2020), sich gegenwärtig fortsetzt oder aufgrund dicht aufeinander folgender Krisenerfahrungen aktuell stagniert oder gar rückläufig ist. Deshalb wurde erhoben, ob für die Befragten persönlich und für »ihren« Landesteil die Vorteile oder die Nachteile der deutschen Einheit überwiegen. Abermals bestätigt sich, dass die überwiegende Zahl der Menschen in Deutschland – in Ost- wie Westdeutschland – die Wiedervereinigung mit mehr Vor- als Nachteilen für sich selbst und den jeweiligen Landesteil verbindet (sh. Abb. 71). Bei der persönlichen Wiedervereinigungsbilanz ergeben sich zwischen Ost- und Westdeutschen kaum Unterschiede. 66 bzw. 63 Prozent geben an, dass ihnen die Wiedervereinigung mehr Vor- als Nachteile gebracht habe. Diejenigen, die für sich persönlich mehr Nachteile sehen, sind in den ostdeutschen Bundesländern mit 14 Prozent etwas häufiger vertreten als in den westdeutschen Bundesländern (9 Prozent). In Bezug auf die Bewertung der Wiedervereinigung für den jeweiligen Landesteil treten größere Differenzen zwischen Ost und West auf. Während nur etwa die Hälfte (52 Prozent) der Ostdeutschen der Meinung ist, die Wiedervereinigung habe für Ostdeutschland mehr Vor- als Nachteile gebracht, äußern sich Westdeutsche bezüglich ihres Landesteils zu knapp 2/3 positiv. Nur 15 Prozent sehen überwiegend vereinigungsbedingte Nachteile für Westdeutschland, während mehr als ein Viertel der Ostdeutschen (27 Prozent) dies für Ostdeutschland äußern.

Ostdeutschland

Für Befragte persönlich



Für Landesteil (Ost/West)

Westdeutschland

Für Befragte persönlich



Für Landesteil (Ost/West)

- Nachteile überwiegen
- weder noch/hält sich die Waage (spontan)
- Vorteile überwiegen

Abb. 71: Bewertung der Wiedervereinigung, Gesamtdarstellung Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)

Im Vergleich zu einer Studie aus dem Jahr 2014 (Holtmann/Jaeck 2015: 42 f.) zeigen sich deutliche und für beide Landesteile unterschiedliche Veränderungen: In Ostdeutschland ist die positive Bewertung der Wiedervereinigung für den eigenen Landesteil von 70 Prozent auf 52 Prozent und für die persönliche Einigungsbilanz von 77 auf 66 Prozent (weiter) gesunken.⁷² Daran gemessen, wird die Deutsche Einheit in Ostdeutschland also im zeitlichen Verlauf deutlich kritischer bewertet. In Westdeutschland hingegen ist die persönliche Einheitsbewertung auf gleichbleibendem Niveau (62 vs. 63 Prozent »Vorteile überwiegen«), und die Wiedervereinigungsbewertung für Westdeutschland ist im Vergleich zu 2014 leicht angestiegen.

Die Wiedervereinigung als ein persönlich prägendes Ereignis begegnete den Menschen in unterschiedlichen Lebensabschnitten. Unter der Annahme, dass

⁷² Eine leichte Tendenz abnehmender Wiedervereinigungszufriedenheit in Ostdeutschland wurde auch schon in den Jahren zwischen 1994 und 2010 festgestellt (Hanf et al. 2011: 267).

ähnliche Geburtsjahrgänge in vergleichbaren sozialen Kontexten das kollektive Erleben zeitgenössischer Ereignisse als gemeinsames Merkmal kennzeichnet (Mannheim 2017 [1928]), wird die Wiedervereinigungsbewertung nach Altersgruppen aufgeschlüsselt. Im Einklang mit früheren Studien zeigt sich auch im diesjährigen Deutschland-Monitor, dass ältere Befragte die Wiedervereinigung eher mit Nachteilen verbinden als jüngere. Dieser Zusammenhang ist bei der persönlichen Einigungsbilanz der Westdeutschen und bei der landesteilbezogenen Einigungsbilanz der Ostdeutschen jeweils unter Kontrolle der sozialen Zusammensetzung und der politischen Einstellungen signifikant. Hierbei weisen die Daten auf einen Gegensatz zwischen den Altersgruppen mit Geburt vor und nach der Wiedervereinigung hin (vgl. Holtmann/Jaeck 2015).⁷³

Die Auswertung der regionalen Vertiefungserhebung des Monitors mittels weiterführender statistischer Modelle⁷⁴ zeigt auf, dass die höhere oder niedrigere Prosperität der eigenen Region keine Auswirkung auf die persönliche und landesteilbezogene Wiedervereinigungsbilanz hat. Zwar gibt es in den Regionen mit geringer Prosperität eine etwas höhere Quote mit negativer Bilanz. Unter Kontrolle der sozialen Zusammensetzung zeigt sich aber, dass die regionalen Unterschiede statistisch zu vernachlässigen sind. Das deutet darauf hin, dass Ostdeutsche ihre Bilanzierung der Deutschen Einheit historisiert, das heißt losgelöst von ihren gegenwärtigen Lebenskontexten verinnerlicht haben. Legt man die ILTIS-Typologie, also das Set der für die Kreisauswahl herangezogenen strukturellen Indikatoren (sh. Kap. 2.2), an die Haupterhebung an, so zeigt sich ebenfalls kein signifikanter Effekt der sozioökonomischen Lage im Kreis auf die Wiedervereinigungsbilanz.

Zusätzlich zu den objektiven raumstrukturellen Merkmalen wurde die Abwanderungsperzeption aus dem Komplex »Herausforderungen am Wohnort« (sh. Kap. 3.3) als erklärende Variable in die Modelle für die Wiedervereinigungsbewertung aufgenommen. Hierbei wird angenommen, dass diese Herausforderung unter anderem eine Folge der ungleichartigen Lebensverhältnisse in Ost und West in den Jahren nach der Wiedervereinigung ist. Menschen, die diese Herausforderungen als besonders dringlich ansehen, müssten eine schlechtere Sicht auf die Wiedervereinigung haben – insbesondere in Ostdeutschland (Neller

⁷³ 2 theoretische Erklärungsansätze sind hierfür geläufig. Die Sozialisationshypothese geht davon aus, dass politische Einstellungen, die in frühen Phasen des Lebens erworben wurden, im weiteren Verlauf des Lebens fortbestehen. Die Bewertung eines politischen Systems hängt also mit den Werterhaltungen zusammen, die ggf. in einem früheren politischen System erworben wurden (Neller 2006: 65). Die Altershypothese geht davon aus, dass die eigene Jugend und die entsprechenden Umstände mit zunehmendem Alter idealisiert bzw. in Relation zu aktuellen Umständen besser bewertet werden (Fürnberg 2022: 126).

⁷⁴ Binomial-logistische Mehrebenenregression für die regionale Vertiefungserhebung.

2006: 33; Rippl/Seipel 2021: 30). Tatsächlich ist ein solcher Zusammenhang in beiden Landesteilen nachweisbar: Wer die Abwanderung junger Menschen am Wohnort als Herausforderung empfindet, zieht eher eine negative persönliche Wiedervereinigungsbilanz.

Ein vergleichbar differenzierter Befund zeigt sich mit Blick auf die individuelle ökonomische Lage: In der persönlichen Wiedervereinigungsbilanz für Ostdeutschland ist ein schwacher, aber signifikanter Effekt des Haushaltseinkommens festzustellen: Mit hohem Einkommen geht eine eher positive Einigungsbilanz einher, selbst wenn für andere Faktoren (u. a. Alter, Bildung und politische Einstellungen) kontrolliert wird.⁷⁵ Zudem nehmen erwerbslose Personen in Ostdeutschland eine signifikant schlechtere persönliche Einigungsbewertung vor. Daraus kann geschlossen werden, dass Erwerbslose in Ostdeutschland die Wiedervereinigung für ihre Erwerbslosigkeit mitverantwortlich machen (in der DDR bestand quasi Vollbeschäftigung, Kellermann 2023: 4), während Erwerbslose im Westen dies nicht tun. Hierbei spielt womöglich eine spezielle sozialpolitische Erwartungshaltung, die in einer DDR-Sozialisation gestärkt und in der Wendezeit durch die Bundesregierung enttäuscht wurde, eine mittelbare Rolle (Neller 2006: 29; Dalton 1994: 491; Hanf et al. 2011: 261 ff.). Eine aktuelle Studie kann zudem nachweisen, dass ein Jobverlust in Folge der deutschen Einheit mit einer bis heute nachwirkenden Distanzierung von Politik im vereinigten Deutschland einhergeht (Kellermann 2023: 18).

In Westdeutschland, wo die Erfahrung des Transformationschocks der frühen 1990er Jahre nicht gemacht wurde, zeigt sich dieser Effekt zwar nicht. Aber es besteht in Westdeutschland ein Zusammenhang zwischen der Bewertung der eigenen Lebenssituation und jener der Wiedervereinigungsbilanz: Wer zufrieden mit dem eigenen Leben ist, zieht mit höherer Wahrscheinlichkeit eine positive persönliche Wiedervereinigungsbilanz. Auch ein individuelles Deprivationsgefühl, also die Wahrnehmung nicht in gerechter Weise von der Gesellschaft zu profitieren, hängt mit einer negativen Einigungsbilanz für Westdeutschland zusammen.⁷⁶

In Übereinstimmung mit dem Forschungsstand ist ein positiver Einfluss von politischer Informiertheit auf die Wiedervereinigungsbilanz zu beobachten. In Ost- wie Westdeutschland zeigt sich ein signifikanter Effekt eines hohen formalen Bildungsniveaus für eine positive Wiedervereinigungsbilanz, und zwar gleichermaßen persönlich wie für den eigenen Landesteil.⁷⁷ Auch eine hohe interne

75 Dieser Effekt kann für die landesteilbezogene Einigungsbilanz und die persönliche Bilanz in Westdeutschland nicht nachgewiesen werden.

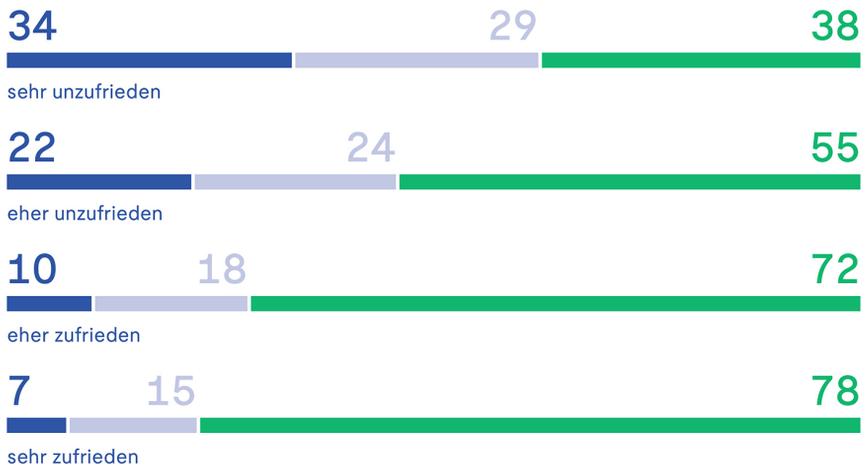
76 In Ostdeutschland ist der entsprechende Zusammenhang nicht signifikant.

77 In der persönlichen Wiedervereinigungsbilanz der Ostdeutschen ist der Bildungszusammenhang nur signifikant, wenn das Haushaltseinkommen unberücksichtigt bleibt. Das Haushaltseinkommen nimmt

Für Befragte West



Westdeutschland



- Nachteile überwiegen
- weder noch/hält sich die Waage (spontan)
- Vorteile überwiegen

Abb. 72a: Wiedervereinigungsbilanz in Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit (Angaben in Prozent)

Für Befragte Ost



sehr unzufrieden



eher unzufrieden



eher zufrieden



sehr zufrieden

Ostdeutschland



sehr unzufrieden



eher unzufrieden



eher zufrieden



sehr zufrieden

Abb. 72b: Wiedervereinigungsbilanz in Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit (Angaben in Prozent)

politische Selbstwirksamkeit – also das Gefühl, politische Sachverhalte gut einschätzen zu können – hat in beiden Landesteilen einen positiven Einfluss auf die persönliche Wiedervereinigungsbilanz.

Schließlich sollen sowohl der Einfluss der politischen Sozialisation auf die Bilanzierung der Deutschen Einheit als auch der Zusammenhang mit politischen Einstellungen geprüft werden. Eine Verbundenheit mit dem jeweiligen Landesteil wirkt sich in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich aus: Während eine hohe Verbundenheit mit dem eigenen Landesteil im Westen positiv mit der eigenen Wiedervereinigungsbilanz einhergeht, ist dieser Zusammenhang im Osten negativ.⁷⁸ Dass die politische Kultur und die Rolle des Staates in der DDR noch heute auf politische Einstellungen wirken, zeigt sich etwa bei der zugeschriebenen Verantwortlichkeit des (Sozial-)Staates, dem in Ostdeutschland eine größere Verantwortlichkeit zugeschrieben wird (sh. Kap. 4.8) (vgl. Rippl/Seipel 2021: 30 f.). Im Einklang mit der Erwartung hängt eine Verantwortlichkeitserwartung gegenüber dem Sozialstaat in Ostdeutschland mit einer negativen Wiedervereinigungsbilanz zusammen. Das gilt sowohl in Bezug auf den Landesteil als auch auf die persönliche Einigungsbilanz. Zudem zeigen die Daten: Wer in Westdeutschland grundsätzlich für Eigenverantwortung plädiert, zieht für den eigenen Landesteil eher eine negative Einigungsbilanz.

Zwischen den politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie und ihrer Bewertung der Wiedervereinigung besteht ein klarer Zusammenhang. Wer generell mit den politischen Prozessen der Bundesrepublik hadernd und den politischen Akteuren mangelnde Responsivität vorwirft, ist häufiger mit der Wiedervereinigung unzufrieden, und zwar in Ost wie West (vgl. Gabriel 2007: 542) (sh. Abb. 72). Ebenso hängt das »Gefühl des Abgehängtseins« (sh. Kap. 3.6) mit der Wiedervereinigungsbilanz zusammen. Wer das Gefühl hat, die eigene Region sei politisch, kulturell und wirtschaftlich benachteiligt, steht auch der Wiedervereinigung kritischer gegenüber.

Erwartungsgemäß zeigen sich Unterschiede zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der politischen Parteien. Der AfD nahestehende Befragte ziehen für sich selbst und für ihren Landesteil die schlechteste Bilanz aller parteigebundenen Befragten (sh. Abb. 73). Darin kommt zum Ausdruck, dass die Benachteiligung Ostdeutschlands ein bevorzugtes Mobilisierungs-Narrativ der

durchschnittlich mit dem formalen Bildungsniveau zu, so dass zwischen diesen beiden Größen eine Gleichzeitigkeit (»Multikollinearität«) auftritt, die Interpretation einzelner Effekte erschwert. Korrelationskoeffizient Spearmans $Rho = 0,35$; $p < 0,001$.

⁷⁸ Ein plausibler Erklärungsansatz verweist auf den Umstand, dass die Wiedervereinigung vielfach als »Übernahme« des Ostens durch den Westen wahrgenommen wurde. Diese Wahrnehmung könnte, so die Autoren Croissant und Korte, durch den Modus der Einheit via Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes bestärkt sein (Croissant 2015: 370; Korte 2015: 378).

AfD («Vollende die Wende») ist.⁷⁹ Wer der AfD nahe steht, hat zudem häufiger das Gefühl, als Ostdeutsche(r) benachteiligt zu sein (Weisskircher 2020: 615).⁸⁰

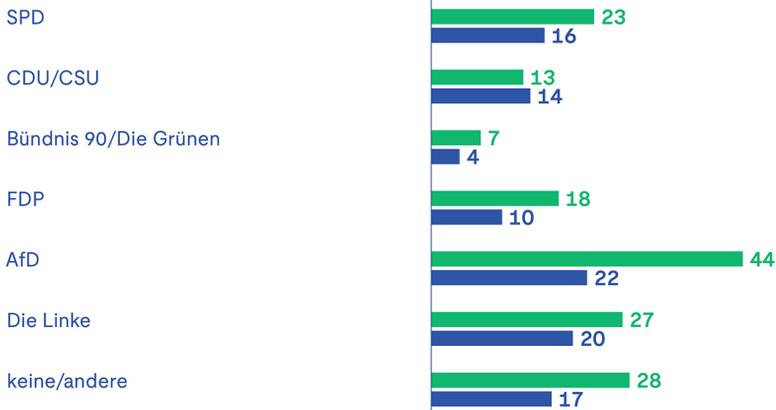
Auch am anderen Pol des Parteienspektrums, in der Anhängerschaft der Linkspartei, ist eine gewisse Distanz gegenüber der Wiedervereinigung ausgeprägt, häufiger jedenfalls als unter der Anhängerschaft der übrigen Parteien, jene der AfD ausgenommen. Andererseits unterscheiden sich die Bewertungen der Deutschen Einheit zwischen der Anhängerschaft der Linkspartei und jenen der Parteien in der Mitte des Parteienspektrums weniger als erwartet. Dieser ambivalente Befund kann als Ausdruck der Doppelfunktion der Linkspartei im bundesdeutschen Parteiensystem gedeutet werden: Einerseits tritt die Partei bis heute nachdrücklich als Anwältin ostdeutscher Interessen auf und weist in ihrer politischen Kommunikation regelmäßig auf eine Benachteiligung Ostdeutschlands hin (Weisskircher 2020: 617; Arzheimer 2020: 78 f.). Andererseits nimmt dieselbe Partei, in deren Anhängerschaft Sympathien für den DDR-Sozialismus in Teilen noch existieren (Viola Neu in: Decker 2018: 396), durch ihre Beteiligung an Koalitionsregierungen in Ost- und westdeutschen Ländern tatsächlich eine systemkonforme Integrationsfunktion wahr.

Die Bündnis 90/Die Grünen haben in ihrer Anhängerschaft den geringsten Anteil jener, die mit der Wiedervereinigung unzufrieden sind. Dies deckt sich mit der allgemein großen Systemunterstützung der Parteianhängerschaft (sh. Kap. 4.4). Auch die Wurzeln von Bündnis 90 in der DDR-Oppositionsbewegung, das 1993 in die Partei Bündnis 90/Die Grünen aufging, könnten hier noch nachwirken (Lothar Probst in: Decker 2018: 201).

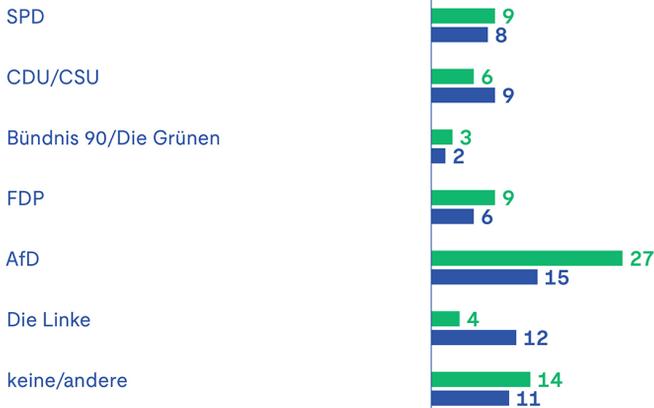
79 Strauß, Mariana (2019): Warum die Rechtspopulisten in Ostdeutschland so stark sind, Deutsche Welle. www.dw.com/de/warum-die-rechtspopulisten-in-ostdeutschland-so-stark-sind/a-50022444 (20.10.2023)

80 Siehe zum Konzept der sogenannten Ostdeprivation: Reiser et al. 2023: 50; Rippl/Seipel 2021: 34.

Bewertung der Wiedervereinigung für eigenen Landesteil



Bewertung der Wiedervereinigung für Befragte selbst



- Ostdeutschland
- Westdeutschland

Abb. 73: Wiedervereinigungsbilanz nach Parteiidentifikation (Angaben in Prozent, »Nachteile überwiegen«)

Zusammenfassend sei festgehalten, dass im Jahr 2023 wie schon in den Jahren zuvor die deutsche Wiedervereinigung in Westdeutschland seltener mit Nach-

teilen verbunden wird als in Ostdeutschland. Die Bewertung der Wiedervereinigung für die eigene Person fällt in Ost- und Westdeutschland besser aus als für den eigenen Landesteil. Untersucht man die Hintergründe für die individuellen Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger, so lassen sich geringfügige Alterseffekte sowie auch Effekte der Erwerbssituation und der subjektiven Lebenssituation nachweisen. Zusammenhänge mit dem Lebensumfeld sind schwach und können ehestens für Ostdeutschland nachgewiesen werden.

Ausprägungen der politischen Sozialisation und die Grundeinstellung zu Politik und Demokratie im Allgemeinen hängen hingegen deutlich mit der subjektiven Wiedervereinigungsbilanz in allen Teilen des Landes zusammen. Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das Gefühl mangelnder Rückkopplung politischer Akteure sowie das »Gefühl des Abgehängtseins« der eigenen Region dämpfen eine vorteilhafte Bewertung der Wiedervereinigung in Ost- und Westdeutschland. Dies deutet darauf hin, dass eine negative Bewertung der Wiedervereinigung heute zunehmend als Projektionsfläche für eine allgemeine Distanzierung von Politik und Demokratie herhält.

4.8 Mehr Eigenverantwortung oder mehr Staatshilfe? – Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat

4.8.1 Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat nach der Einigung Deutschlands – Abweichungen und Übereinstimmungen

Ungeachtet des Wettstreits beider staatlichen Systeme dominierte in der Bevölkerung der Bundesrepublik wie auch der DDR während der deutschen Teilung eine als »Staatskultur« bezeichnete Grundeinstellung, die – bei deutlichen Unterschieden in der Reichweite – in hohen Erwartungen an staatliche Vorsorge bzw. an die staatliche Absicherung elementarer Daseinsgrundbedürfnisse Ausdruck fand. Adressat dieser Erwartungshaltung war wie auch heute die Institution des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaats, die in Deutschland auf eine lange und kontinuierliche Tradition zurückblickt (Deutschland25 2015: 9 ff.).

Diese an die Staatstätigkeit gerichtete, in beiden deutschen Teilstaaten ausgeprägte, Erwartungshaltung hat nach der Wiedervereinigung fortgelebt. Frühen Umfragen zufolge blieb das Grundbedürfnis nach staatlich garantierter Für- und Vorsorge in Ost- und Westdeutschland von 1990 an hoch. Allerdings gingen die Vorstellungen über die gewünschte Reichweite wohlfahrtsstaatlicher Interventionen und Leistungen in Ost und West auseinander. Das überrascht nicht, war doch die Bevölkerung im sozialistischen Wohlfahrtsstaat der DDR an ein dicht

geknüpftes soziales Netz gewöhnt, das allerdings »dem Einzelnen wenig Freiheitsspielräume« ließ« (Schroeder 1998: 520). Hingegen war die Bevölkerung der Bundesrepublik mit Systemen sozialer Sicherung vertraut, die bei allen umfassenden staatlichen Gewährleistungen Raum ließ für gesellschaftliche Selbstregulierung (etwa in der Tarifpolitik und bei Betriebsrenten) und individuelle Eigenverantwortung (z. B. privaten Zusatzversicherungen) (ausführlich hierzu Roller 1997).

Die Übereinstimmung und Diskrepanz wohlfahrtsstaatlicher Erwartungen in Ost und West, die den Systemumbruch von 1989/90 überdauert hat und die deutsche Einheit seither begleitet, ist von der Politikwissenschaftlerin Edeltraud Roller für den zeitlichen Ausgangspunkt 1990 so beschrieben worden: Es herrschte ein weitgehender Konsens darüber, dass der Staat für die Sicherung des Einkommens in Risikofällen und die Gewährleistung der Chancengleichheit in der Pflicht stand. Dass der Staat für Vollbeschäftigung und Angleichung der Einkommen sorgen sollte, befürworteten Ost- und Westdeutsche ebenfalls mehrheitlich, jedoch war die Majorität im Westen kleiner. Hingegen sprachen sich seinerzeit für eine gesetzliche Kontrolle von Löhnen und Gehältern rund 4/5 der Ostdeutschen, aber nur ein knappes Drittel der Westdeutschen aus (Deutschland25 2015: 85–87).

Bis zum Ende des zweiten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert blieben West-Ost-Unterschiede bezüglich der beanspruchten Reichweite des Wohlfahrtsstaates zwar erkennbar, sie waren jedoch gradueller Natur (Heinrich et al. 2017: 22). Die Präferenzen für das grundsätzlich bevorzugte staatsnahe Vorsorgemodell hatten sich zu diesem Zeitpunkt weitgehend angeglichen (Holtmann 2019: 114). Vor dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen mit dicht aufeinander folgenden Großkrisen von Corona-Pandemie, wirtschaftlicher Rezession, hoher Inflation sowie schließlich der Verstörungen und unwägbaren Risiken, die von regionalen Kriegsschauplätzen in der Ukraine und Nahost genährt werden, stellt sich umso mehr die Frage, welche Vorstellungen von staatlich oder eigenverantwortlich abgesicherter Wohlfahrt gegenwärtig in Deutschland existieren. Dieser Frage nach Konstanz und Wandel wohlfahrtsstaatlicher Erwartungen ist der Deutschland-Monitor 2023 nachgegangen.

4.8.2 Andauernder Grundkonsens: Die Garantie der Systeme sozialer Sicherung ist Aufgabe des Staates

Die im Sommer 2023 erhobenen Monitor-Daten bestätigen, dass auch mehr als 3 Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ein deutsch-deutsches Grundeinverständnis in dem Wunsch nach elementaren wohlfahrtsstaatlichen Garantien erhalten geblieben ist. 78 Prozent der ostdeutschen und 66 Prozent der west-

deutschen Befragten nehmen den Staat als generalverantwortlichen Helfer bei Lebensrisiken in die Pflicht (sh. Abb. 74). Dieser Zahlenvergleich verweist zugleich auf in Ost und West weiterhin differierende Gesamteinschätzungen.

Wie die folgende Abbildung (sh. Abb. 74) aber auch zeigt, wird nahezu einmütig in beiden Teilen des Landes erwartet, dass leistungsfähige Systeme sozialer Sicherung, die den Kernbereich der Vorsorge bei Krankheit, Invalidität, Alter und Erwerbslosigkeit sowie die Verfügbarkeit preiswerten Wohnraums betreffen, staatlicherseits gewährleistet werden. Dafür, dass der Staat die Preise kontrolliert, die Löhne festsetzt und ferner dafür sorgt, dass Einkommensungleichheiten abgebaut werden, sprechen sich Ostdeutsche deutlich häufiger aus. Westdeutsche befürworten bei der Lohn- und Einkommensgestaltung hingegen mehrheitlich nichtstaatliche tarifliche Regelungen. Insgesamt haben sich gegenüber den frühen 1990er Jahren die Ost-West-Differenzen abgeschwächt (Deutschland25 2015; Holtmann 2019). Aktuell fällt vor allem eine Abweichung vom gewohnten Westmuster auf: Anders als noch vor einem knappen Jahrzehnt gemessen, spricht sich 2023, möglicherweise reagierend auf die rapide angestiegene Inflation, nun auch in Westdeutschland eine Mehrheit der Befragten für staatliche Preiskontrollen aus.

Allgemein ist festzustellen, dass in Ost- wie Westdeutschland für nahezu alle abgefragten sozialen Risiken und ökonomischen Herausforderungen der Ruf nach staatlicher Regulierung lauter geworden ist (sh. Abb. 74). Die Zunahme an zugeschriebener Staatsverantwortung ist in den Bereichen »Wachstumssicherung der Industrie« (+21_{Ost} und +20_{West} Prozentpunkte), »Bereitstellung von angemessenem und preiswerten Wohnraum« (+8_{Ost} und +14_{West} Prozentpunkte), »Kontrolle der Preise« (+9_{Ost/West} Prozentpunkte) und »Bereitstellung von Arbeitsplätzen für alle diejenigen, die arbeiten wollen« (+12_{Ost} und +6_{West} Prozentpunkte) besonders stark angewachsen. Im Westen Deutschlands schließt der gestiegene Wunsch nach Staatshilfe zudem den »Abbau von Einkommensunterschieden« und die »Einkommenssicherung im Notfall« (jeweils +6 Prozentpunkte) ein.

Insgesamt fällt die Zunahme im Westdeutschland über alle Bereiche hinweg etwas stärker aus als im Osten und nähert sich somit dem in den östlichen Bundesländern höheren Ausgangsniveau an. Dass in beiden Landesteilen die Zustimmung zu staatlicher Sicherung industriellen Wachstums sprunghaft, nämlich in zweistelliger Höhe gestiegen ist, andererseits das Bejahen der »Sicherung eines angemessenen Einkommens für Arbeitslose« stagnierend bzw. leicht rückläufig ist, dürfte ebenfalls Reaktionen auf aktuelle ökonomische Herausforderungen, wie insbesondere sich abzeichnende Schwächen der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie auf dem Weltmarkt, sowie zunehmende kontroverse Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit widerspiegeln. Hierzu eine Stimme aus den Diskussionen der Fokusgruppen (sh. Kap. 6):

Westdeutschland

● 2023

● 2014

Abb. 74a: Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitvergleich 2014 und 2023 (Angaben in Prozent)

Ostdeutschland

Abb. 74b: Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitvergleich 2014 und 2023 (Angaben in Prozent)

»Man muss die Einwanderung stärker kontrollieren! Flüchtlinge bekommen pro Kopf erst mal so und so viel Geld vom deutschen Staat, aber eine deutsche Familie nicht.« (männlich, Altersgruppe 40 bis 49 Jahre, LK Dahme-Spreewald)

4.8.3 Soziodemografische Merkmale, geografische Herkunft und Lebensumfeld beeinflussen die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat

Schlüsselt man die Daten zunächst nach ausgewählten sozialstrukturellen Faktoren wie geografische Herkunft, Alter, Einkommen und Stellung im Erwerbsleben auf, so treten unbeschadet der generell hoch ausgeprägten Erwartungshaltung an wohlfahrtsstaatliche Leistungen und Aktivitäten gruppenspezifische Unterschiede hinsichtlich der gewünschten Intensität von Staatshilfe hervor (sh. Abb. 75). Es sind vor allem die Jahrgänge jüngeren und mittleren Alters, denen staatliche Sicherungen wichtiger sind. Erwartbar schwankt die Nachfrage nach staatlicher Verantwortlichkeit abhängig vom Haushaltseinkommen: Wer mehr verdient, stellt geringere Ansprüche.

Die an sich naheliegende Annahme, dass soziale Deprivation und Anforderungen an den Wohlfahrtsstaat einander bedingen, bestätigt sich nur zum Teil. Zwar steigt die Versorgungserwartung mit wachsender Sorge, »auf die Verliererseite des Lebens zu geraten«. Einen vergleichbar klaren Zusammenhang mit dem subjektiven Gerechtigkeitsempfinden bestätigen die Monitor-Daten jedoch nicht (sh. Abb. 75).

Einstellungsunterschiede werden auch durch die territoriale Verwurzelung und die Bedingungen des Lebensumfelds bewirkt (sh. Abb. 75). Wer gegenwärtig in Ostdeutschland wohnt, sucht immer noch stärker das schützende Dach des Wohlfahrtsstaates als westdeutsche Landsleute. Entsprechende Orientierungen sind in der Wohnbevölkerung in beiden Teilen Deutschlands während des vergangenen Jahrzehnts gewachsen, dabei im Westen allerdings doppelt so stark wie im Osten. Die Intensität wohlfahrtsstaatlicher Erwartungen ist beeinflusst durch geobiografische Prägungen: Wer sein Leben vor 1990 in Ostdeutschland verbracht hat, setzt deutlich mehr auf Staatshilfe als Befragte, die zur gleichen Zeit in Westdeutschland gelebt haben. Dies bestätigt die These, dass sich während der Existenz der DDR und parallel dazu seit Bestehen der Bundesrepublik wohlfahrtsstaatliche Pfadabhängigkeiten ausgebildet haben, die bis heute fortwirken. Nach 1990 schließt sich diese wohnstandortbedingte Ost-West-Schere deutlich.

Nicht weit auseinander liegen die Erwartungen an sozialpolitische Hilfestellungen des Staates in den Kreisen mit höherer und geringerer Prosperität (sh. Abb. 76). Beim Blick auf die Daten der regionalisierten Vertiefungsstudie des Deutschland-Monitors zeigt sich, dass sich dieses klar nach territorialer

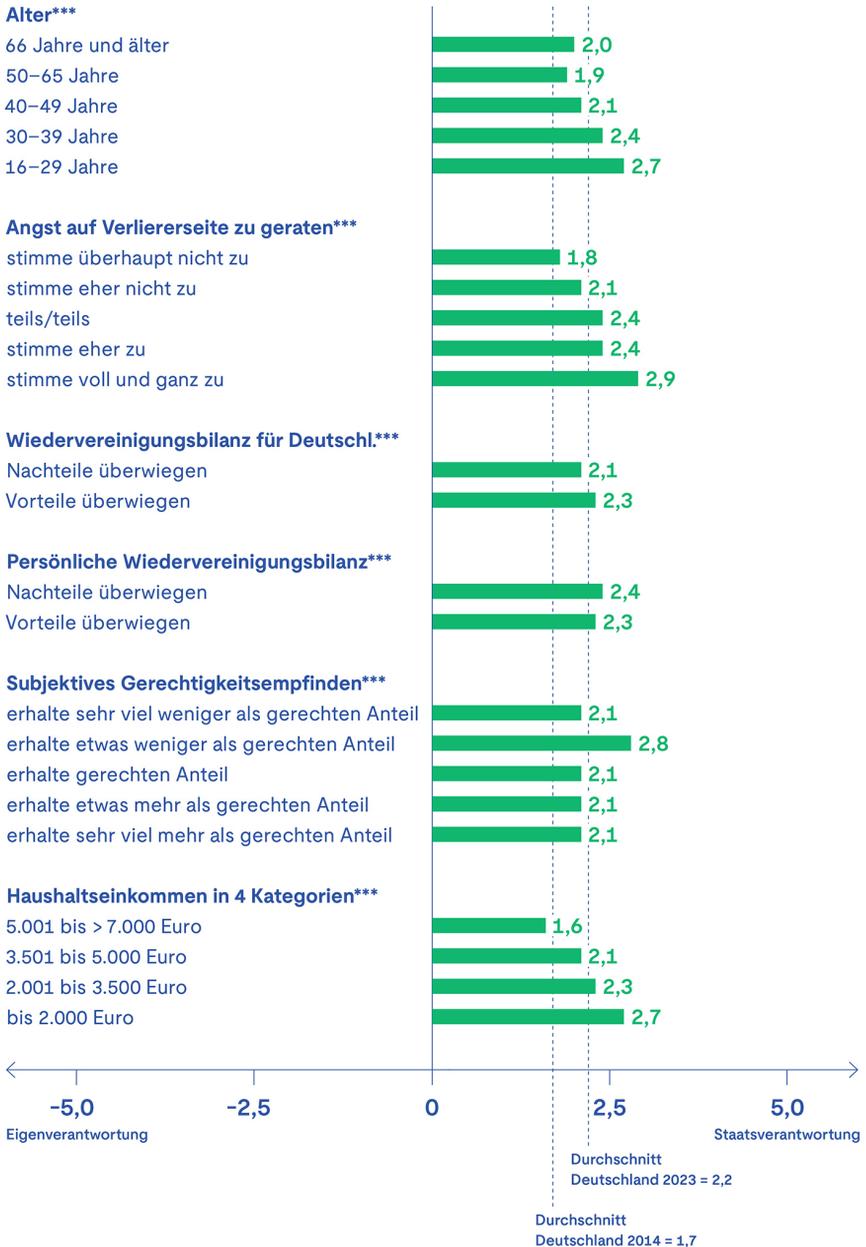


Abb. 75: Skala Gewünschte Staatsverantwortung nach soziostrukturellen und sozio-kulturellen Merkmalen (Mittelwerte von -5 »Eigenverantwortung« bis +5 »Staatsverantwortung.«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

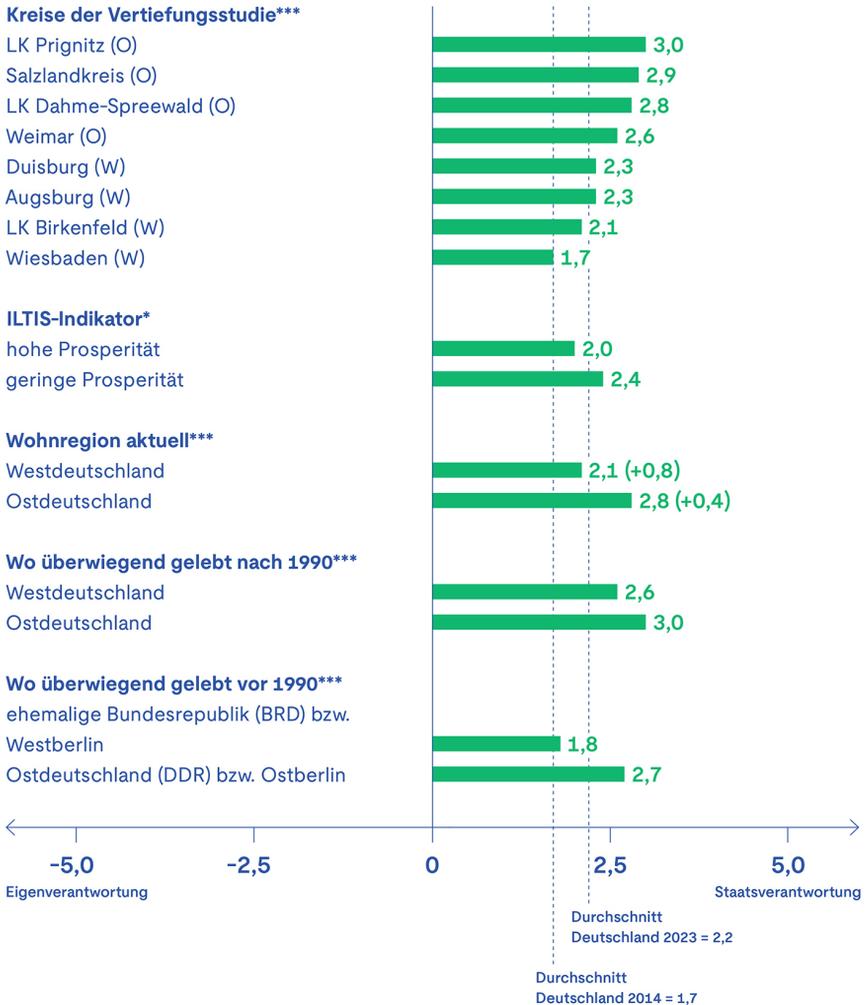


Abb. 76: Skala Gewünschte Staatsverantwortung nach Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -5 »Eigenverantwortung« bis +5 »Staatsverantwortung«)

(Veränderung zu 2014)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Zugehörigkeit zu West- oder Ostdeutschland sortiert. Die ostdeutschen Kreise liegen sämtlich über dem Bundesdurchschnitt, die westdeutschen Kreise liegen teils knapp darüber und teils darunter.

4.8.4 Politische Einstellungen und Erwartungen an Wohlfahrtsstaatlichkeit

Ein eindeutiges Zusammenhangsmuster zwischen Wohlfahrtsstaats-Orientierung und politischen Einstellungen ist nicht erkennbar, wie etwa konkret beim Institutionenvertrauen und bei der Zuordnung zu den Demokratietypen sh. Abb. 77). Eindeutig tritt eine Relation bei der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala hervor: Wer sich »eher« bzw. »sehr rechts« positioniert, befürwortet nur unterdurchschnittlich häufig soziale Staatshilfen. Wer sich selbst »eher« oder »sehr links« einordnet, äußert sehr viel häufiger Bedarf danach. Auch nach Parteibindungen verteilen sich Nähe bzw. Distanz zum Modell des Wohlfahrtsstaats überwiegend nach vertrautem Muster: Mit Abstand am deutlichsten rücken Anhänger der FDP vom Wohlfahrtsstaat ab. Umgekehrt sind wohlfahrtsstaatliche Präferenzen unter Parteigängern der Linkspartei am stärksten verbreitet, mit Abstand folgen mit SPD oder Grünen sympathisierende Personen. Diese Verteilung bildet die bekannte sozioökonomische Konfliktlinie im deutschen Parteiensystem ab (Neugebauer/Stöss 1996; Neugebauer 1996). Die Anhängerschaften von AfD und Unionsparteien befürworteten Leistungen des Wohlfahrtsstaates nur in unterdurchschnittlichem Ausmaß, möglicherweise deshalb, weil beide Parteien nennenswerten Zuspruch bei Selbständigen und Angehörigen des gewerblichen Mittelstands finden.

4.8.5 Ost- und westdeutsche Sichtweisen des Wohlfahrtsstaates – Alte Pfadabhängigkeiten, jüngere Annäherungen und aktuelle Reaktionen auf Krisenzeiten

Als Zwischenfazit sei festgehalten: Die Erwartungen an wohlfahrtsstaatliche Sicherungsleistungen und Interventionen sind gegenüber dem Vergleichsjahr 2014 in ganz Deutschland – im Westen des Landes teilweise stärker – insgesamt gestiegen, und dies in nahezu allen entsprechenden Sektoren der Staatstätigkeit. Ost-West-Unterschiede sind, was die erwünschte Reichweite wohlfahrtsstaatlicher Aktivitäten betrifft, nach wie vor manifest. Dabei hat sich Westdeutschland dem Osten partiell angenähert: Die Zustimmung zu staatlicher Regelung ist in Bereichen angestiegen, die, wie z. B. die Kontrolle von Löhnen und Preisen, aus westlicher Sicht vormals ausgeklammert worden waren.

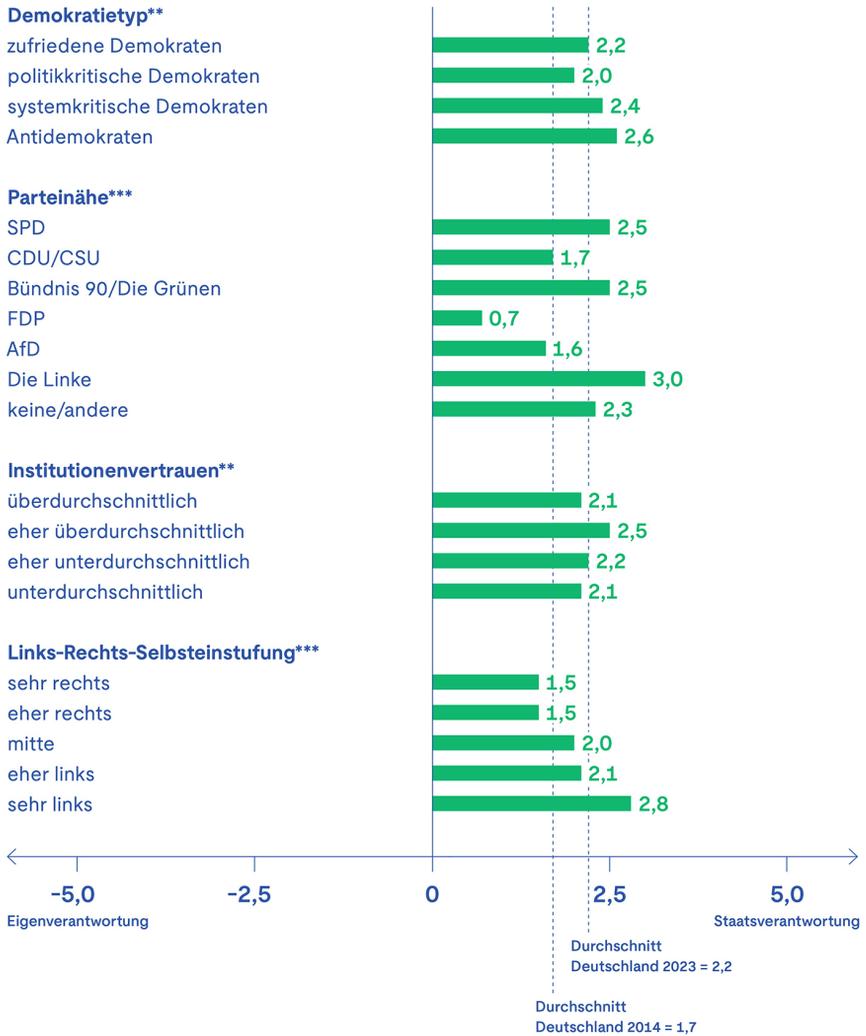


Abb. 77: Skala Gewünschte Staatsverantwortung nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -5 »Eigenverantwortung« bis +5 »Staatsverantwortung«)

Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

In der DDR und in der alten Bundesrepublik verinnerlichte Pfadabhängigkeiten der jeweils wahrgenommenen Bedeutung, die der Wohlfahrtsstaat für die eigene Lebensgestaltung hat, sind gegenwärtig zwar noch vorhanden, aber in der Zeit nach 1990 zunehmend verblasst. Ältere Sozialisationswirkungen werden durch heutige Umfeld-Erfahrungen und Krisenerfahrungen abgelöst, zum Beispiel ob man in mehr oder weniger prosperierenden Kreisregionen lebt. Ob sich die solcherart situativ erlebte *Entsicherung der Lebensbedingungen* zu einem Sicherheitsbedürfnis zuvor nicht gekannten Ausmaßes dauerhaft verfestigt, werden die Monitor-Daten der nächsten Jahre zeigen.

5. Kreisprofile: Dokumentation

5.1 Indikatoren für Erstellung der Kreisprofile

Mit der regionalen Vertiefungserhebung zielt der Deutschland-Monitor darauf ab, die jeweils unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Deutschland und die mitunter damit verbundenen unterschiedlichen politischen Einstellungen und Werthaltungen genauer zu beleuchten. Unsere Vermutung war, dass sich die Unterschiede in Deutschland mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weniger stark an Landesteilen orientieren, sondern vielmehr wirtschaftliche, soziale und demografische Gegebenheiten in den einzelnen Regionen und Landkreisen eine wichtigere Rolle spielen. Daher haben wir die deutschen Landkreise und kreisfreien Städte in unterschiedlich prosperierende Regionen eingeteilt. Dies haben wir getrennt nach West und Ost vorgenommen, um mögliche Wechselwirkungen zwischen unterschiedlicher Prosperität einerseits und Landesteil andererseits herausarbeiten zu können.

In der regionalen Vertiefungserhebung unterscheidet der Deutschland-Monitor 4 Cluster: Landkreise mit geringer Prosperität in Westdeutschland, Landkreise mit geringer Prosperität in Ostdeutschland, Landkreise mit hoher Prosperität in Westdeutschland und Landkreise mit hoher Prosperität in Ostdeutschland (sh. Kap. 2). Aus diesen 4 Clustern haben wir im Deutschland-Monitor 2023 jeweils 2 Kreise (Landkreise oder kreisfreie Städte) zufällig gezogen und in diesen Kreisen die Menschen befragt.

Ostdeutschland – hohe Prosperität

- Dahme-Spreewald
- Weimar

Ostdeutschland – geringe Prosperität

- Prignitz

- Salzlandkreis

Westdeutschland – hohe Prosperität

- Wiesbaden
- Augsburg

Westdeutschland – geringe Prosperität

- Duisburg
- Birkenfeld

Die folgende Kurzprofile dieser 8 Landkreise bzw. kreisfreie Städte sollen dazu dienen, ein besseres Verständnis über die Lebensverhältnisse in den jeweiligen Kreisen zu erlangen. Natürlich ist das Leben in diesen Kreisen äußerst vielfältig, so dass sich die Beschreibung der Kreise auch aus Vergleichbarkeitsgründen im Wesentlichen auf die Merkmale beschränkt, die Grundlage für die Auswahl und Einordnung der Kreise war, nämlich die *Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS)* (sh. Kap. 2.1.1). Informationen über diese Indikatoren sind frei zugänglich über die INKAR-Datenbank des Bundesinstituts für Bau- und Stadt- und Raumplanung (BBSR). Folgende Indikatoren wurden für die Einteilung der Kreise in hohe und geringe Prosperität verwendet (sh. Kap. 2.1.1):

Teilhabe und Infrastruktur:

- Beschäftigtenquote: Sozialversicherte Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter in Prozent (gerundet auf ganze Zahlen)
- Sozialhilfequote (SGB II-/SGB XII-Quote): Anteil Leistungsbeziehende nach SGB II und nach SGB XII je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner (gerundet auf ganze Zahlen)
- Ärztinnen- und Ärztedichte: Ärztinnen und Ärzte je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner (gerundet auf ganze Zahlen)
- Wohnungsnaher Grundversorgung (Supermarkt): Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt/Discounter (gerundet auf ganze Zahlen)
- Breitbandversorgung: Anteil der Haushalte mit Breitbandversorgung mit 100 Mbit/s in Prozent (gerundet auf ganze Zahlen)
- Kommunale Schulden: Kommunale Schulden in Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner (i. F. abgekürzt Ew, gerundet auf ganze Zahlen)

Einwicklung Humankapital (Bildung und Bevölkerung):

- Schulabgehende ohne Abschluss: Anteil der Schulabgehende ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgehenden in Prozent (gerundet auf ganze Zahlen)
- Gesamtwanderungssaldo: Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner (gerundet auf 2 Nachkommastellen)
- Berufseinstiegswanderung: Binnenwanderungssaldo der Einwohnerinnen und Einwohner von 25 bis unter 30 Jahren je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Altersgruppe (gerundet auf 2 Nachkommastellen)

Wirtschaftliche Indikatoren:

- Bruttoinlandsprodukt: Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner (gerundet auf ganze Zahlen)
- Anteil Bruttowertschöpfung Tertiärer Sektor: Anteil Bruttowertschöpfung im Tertiären Sektor an der Bruttowertschöpfung in Prozent (gerundet auf ganze Zahlen)
- Haushaltseinkommen: Durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner (gerundet auf ganze Zahlen)
- Medianeinkommen: Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Euro (gerundet auf ganze Zahlen)

Zusätzlich zu diesen INKAR-Informationen werden zur Beschreibung der Kreise auch ausgewählte Ergebnisse aus der regionalen Vertiefungserhebung vorgestellt und auch diese eingeordnet. Insbesondere wird dabei auf die gefühlte Zugehörigkeit zum Wohnort, das Institutionsvertrauen in politische Institutionen und die persönliche Einordnung des Wohnorts innerhalb einer Skala zu ländlich beziehungsweise städtisch eingegangen.

Ziel der Kreisprofile ist auch hier, eine Orientierung zu geben, wie die Menschen in den Kreisen diese Aspekte wahrnehmen und wie sich diese Befunde aus den jeweiligen Kreisen in den gesamtdeutschen Kontext einordnen lassen. Für die Zugehörigkeit des Wohnortes konnten die befragten Personen auf einer 5er-Skala (*überhaupt nicht, weniger stark, mittelmäßig, eher stark, sehr stark*) ihre Zugehörigkeit des Wohnortes angeben. Daraufhin wurden die Antworten von überhaupt nicht und weniger stark sowie von eher stark und sehr stark zu jeweils einer Ausprägung gefasst. Anschließend wurde der prozentuale Anteil pro Kreis zu den 3 verbleibenden Kategorien (keine Zugehörigkeit, mittelmäßig, Zugehörigkeit) ermittelt.

Das Konzept Institutionsvertrauen wurde wie in Kapitel 6 berechnet, wobei dann zur Vereinfachung zusätzlich die Ausprägungen in 3 Kategorien zusam-

mengefasst wurden: (eher geringes) Institutionsmisstrauen, teils/teils, (eher hohes) Institutionsmisstrauen. Sodann wurde deren prozentualer Anteil pro Kreis ermittelt. Die Einordnung des Wohnorts in ländlich vs. städtisch wurde durch eine Zehner -Skala (1 = ländlich, 10 = städtisch) abgefragt. Nachfolgend wurden alle Angaben von 1–4 zu der Kategorie ländlich(er) und 6–10 zu der Kategorie städtisch(er) zusammengefasst. Anschließend wurde die prozentuale Verteilung pro Kreis ermittelt.

5.2 Einzelne Kreisprofile

Duisburg

Die kreisfreie Stadt Duisburg ist mit 502.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine der bevölkerungsreichsten Städte Nordrhein-Westfalens und als Industrie- und Logistikstandort bekannt. Im bundesweiten Vergleich aller Kreise weist Duisburg tendenziell mindere Merkmale bezüglich Arbeitsmarkts und Wirtschaft auf, bezüglich der Infrastruktur, Bildung und Bevölkerung eher moderate Ausprägungen.

Aufgrund dessen zählt Duisburg zum Cluster der strukturschwachen Kreise in Westdeutschland. So ist z. B. die Beschäftigungsquote (54 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 100 Ew) vergleichsweise niedrig: 93 Prozent der Kreise in Deutschland haben eine höhere Beschäftigungsquote. Ebenso haben nur 12 weitere Kreise (von 401 Kreisen in Deutschland) eine höhere Sozialhilfequote (145 Leistungsbeziehende pro 1.000 Ew) als Duisburg. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass das Haushaltseinkommen (1.478 Euro) das zweitniedrigste aller Kreise in Deutschland ist, das Medianeinkommen (3.672 Euro) dagegen auf einem bemerkenswert hohen Niveau liegt und zu den 17 Prozent höchsten Medianeinkommen innerhalb dieses Vergleichs gehört. Dreiviertel der Bruttowertschöpfung in Duisburg erfolgt über den Dienstleistungssektor. Dieser Anteil ist höher als in knapp 76 Prozent der Kreise, aber gleichzeitig liegt der Wert des Bruttoinlandsprodukts mit 35.000 Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner auf einem mittleren Niveau im bundesweiten Vergleich der Kreise. Duisburg weist einen geringen positiven Wanderungssaldo (0,68 je 1.000 Ew) auf, der zu den 10 Prozent höchsten aller Kreise Deutschlands gehört, jedoch scheinen vor allem Berufseinsteiger (-2,9 je 1.000 Ew der Altersgruppe) abzuwandern.

Die Identifikation mit Duisburg ist nicht stark ausgeprägt. Die Ergebnisse der regionalen Vertiefungserhebung zeigen, dass im Vergleich die Befragten sich am geringsten zu Duisburg gehörig fühlen. So gibt nur etwa jeder Dritte an, sich eher oder sehr stark zu Duisburg zugehörig zu fühlen. Der Mittelwert aller 8 befragten

Kreise in der regionalen Vertiefungsstichprobe liegt in etwa 10 Prozentpunkte höher. Zusätzlich fällt auf, dass Duisburg auch zu den 15 Prozent der Kreise mit den niedrigsten kommunalen Schulden (3.432 Euro pro Ew) gehört. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Merkmalen befindet sich die Infrastruktur, wie bereits erwähnt, auf einem mittleren bis hohen Niveau im Vergleich mit allen Kreisen.

Hervorzuheben ist, dass Duisburg zu den 7 Prozent der Kreise mit der geringsten durchschnittlichen Entfernung zu einem Supermarkt (437) gehört. Dies könnte damit verbunden sein, dass Duisburg aufgrund der hohen Einwohnerzahl zu den Großstädten zählt. Das spiegeln auch die Ergebnisse der regionalen Vertiefungserhebung wider: So ordnen 70 Prozent der befragten Duisburger und Duisburgerinnen ihren Wohnort als städtisch(er) ein. Bezüglich des Institutionsvertrauens weist Duisburg den höchsten Wert des Misstrauens in den westdeutschen Kreisen der Vertiefungserhebung aus, knapp jede(r) Fünfte gibt an, wenig Vertrauen in die politischen Institutionen zu haben.

Wiesbaden

Die kreisfreie Stadt Wiesbaden ist mit knapp 279.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Landeshauptstadt des Bundeslandes Hessen und gehört zu einer der wohlhabendsten Städte Deutschlands. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Stadt ausgeprägt positive Merkmale der Teilhabe, Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Bevölkerung aufweist. Folglich gehört Wiesbaden zu dem Cluster der strukturstarken Kreise in Westdeutschland. Beispielsweise liegt die Beschäftigtenquote (61 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 100 Ew) innerhalb dieses Vergleiches im Mittelfeld, ferner ist die Sozialhilfequote (108 Leistungsbeziehende pro 1.000 Ew) gering: Nur rund 12 Prozent aller Kreise Deutschlands weisen eine geringe Sozialhilfequote auf.

Darüber hinaus floriert Wiesbaden wirtschaftlich. Die Stadt gehört zu den 25 Prozent der Kreise mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Ew (66.000 Euro); insbesondere die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätige des tertiären Sektors (84 Prozent aller Bruttowertschöpfung) ist sehr hoch und zählt zu den höchsten 5 Prozent der Kreise in Deutschland. Ähnliches gilt für das Medianeinkommen (3.974 Euro; höher als in 10 Prozent der Kreise), während das Haushaltseinkommen (2.137 Euro) im höheren Mittelfeld liegt. Selbiges gilt auch für die kommunalen Schulden Wiesbadens (1.153 Euro pro Ew) Diese fallen in 57 Prozent der Kreise geringer aus.

Auffällig ist des Weiteren, dass insbesondere für junge Menschen im Berufseinstieg (20,64 Zuzüge je 1.000 Ew) Wiesbaden attraktiv zu sein scheint. Dabei ist jedoch zu erwähnen, dass allgemein betrachtet der Gesamtwanderungssaldo

negativ (-3,92 je 1.000 Ew) ausfällt. Dennoch zeigen die Analysen der regionalen Vertiefungserhebung, dass die befragten Personen sich größtenteils zu Wiesbaden zugehörig fühlen.

Bei den infrastrukturellen Merkmalen liegt Wiesbaden im Vergleich aller deutschen Kreise auf einem hohen Niveau. So weisen mindestens 85 Prozent der Kreise eine geringere Ärzte- und Ärztinnendichte (20 Ärztinnen bzw. Ärzte pro 10.000 Ew) und eine größere Entfernung zum nächsten Supermarkt auf. Noch deutlicher zeigt sich der Standortvorteil am Internetzugang: Nur 17 weitere Kreise in Deutschland haben eine bessere Breitbandversorgung als Wiesbaden, wo 98 Prozent der Haushalte über einen Breitbandanschluss verfügen. Hier lässt sich vermuten, dass die Größe Wiesbadens eine entscheidende Rolle bei der infrastrukturellen Ausstattung spielt. Diese Größendimension wird auch von der Bevölkerung wahrgenommen: Etwa 2 von 3 Befragten ordnen Wiesbaden als städtisch(er) ein. Außerdem ist hervorzuheben, dass innerhalb der regionalen Vertiefungserhebung Wiesbaden den höchsten Wert an Vertrauen in die politischen Institutionen von west- als auch ostdeutschen Kreisen aufweist.

Birkenfeld

Der Landkreis Birkenfeld liegt mit knapp 81.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im westlichen Teil von Rheinland-Pfalz und ist für seine vielfältigen landschaftlichen Ausflugsziele bekannt. Die ausgewählten Prosperitätsindikatoren zeigen, dass Birkenfeld zu den strukturschwachen westdeutschen Kreisen gehört. Im Vergleich mit allen deutschen Kreisen lässt sich Birkenfeld zu der schwächeren Hälfte hinsichtlich der Teilhabe, Infrastruktur, Bevölkerung, Bildung und Wirtschaft einordnen. So weisen nur 34 Prozent aller Kreise eine geringere Beschäftigungsquote (61 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 100 Ew) und eine geringere Sozialhilfequote (64 Leistungsbeziehende pro 10.000 Ew) auf.

Außerdem gehört Birkenfeld zu den 10 Prozent Kreisen mit den höchsten kommunalen Schulden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohnerin bzw. Einwohner (30.000 Euro) gehört zu den 20 Prozent mit dem geringsten BIP aller Kreise. Jedoch liegt die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen des tertiären Sektors (67 Prozent aller Bruttowertschöpfung) im Mittelfeld innerhalb dieses Vergleiches. Des Weiteren gehören das Haushaltseinkommen (1.862 Euro) wie auch das Medianeinkommen (3.052 Euro) zu den 20 Prozent der Kreise mit den niedrigsten Einkommen.

Der Gesamtwanderungssaldo ist positiv (0,9 je 1.000 Ew), jedoch stellt sich die Berufseinstiegswanderung stark negativ heraus (-17,63 je 1.000 Ew der Al-

tersgruppe). Der Landkreis Birkenfeld gehört zu den 10 Prozent Kreisen mit der höchsten Berufseinstiegsabwanderung. Rund 75 Prozent der Befragten gaben bei regionalen Vertiefungserhebung an, dass sie sich dem Landkreis Birkenfeld zugehörig fühlen. Demnach lässt sich vermuten, dass insbesondere jüngere Personen aufgrund eingeschränkter Beschäftigungsmöglichkeiten sich für Arbeitsmigration entscheiden.

Die infrastrukturellen Merkmale zeigen Defizite auf: Nur 21 Prozent weitere Kreise weisen eine höhere Distanz zu einem Supermarkt sowie 27 Prozent eine schlechtere Breitbandversorgung (78 Prozent aller Haushalte haben Breitband) auf. Die Ärzte- und Ärztinnendichte (13 Ärzte/Ärztinnen pro 10.000 Ew) wiederum liegt im unteren Mittelfeld. Wahrgenommen von der Kreisbevölkerung wird die vergleichsweise geringe Siedlungsdichte des Landkreises. So zeigt die regionale Vertiefungserhebung, dass nur knapp 10 Prozent Birkenfeld dem städtischen Spektrum zuordnen. Dies ist der niedrigste Wert aller Kreise jedes Clusters. Die Quote für Schulabgehende ohne Abschluss (8 Prozent) liegt im oberen Drittel aller Kreise. Die Auswertung der regionalen Vertiefungserhebung zeigt hinsichtlich des Institutionsvertrauens, dass im Kreis Birkenfeld ein hohes Vertrauen in politische Institutionen herrscht.

Augsburg

Die kreisfreie Stadt Augsburg ist mit circa 256.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die drittgrößte Stadt in Bayern und ist überdies bekannt für die weltweit älteste bestehende soziale Siedlungsgenossenschaft, die Fuggerei. Zusammenfassend ist Augsburg gekennzeichnet durch tendenziell höhere Ausprägungen der Teilhabe, Infrastruktur und Wirtschaft sowie mittelmäßige Bildungs- und Wanderungs-Merkmale. Augsburg zählt daher zu den strukturstarken westdeutschen Kreisen in unserer Vertiefungserhebung.

Der Vergleich mit allen deutschen Kreisen verdeutlicht, dass die Beschäftigungsquote (62 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 100 Ew), die Sozialhilfequote (53 Leistungsbeziehende pro 1.000 Ew) sowie die kommunalen Schulden (1.360 Euro pro Ew) im Mittelfeld liegen. Im Gegensatz dazu fällt das Bruttoinlandsprodukt (51.000 Euro pro Ew) höher aus als bei 73 Prozent der Kreise. Die Bruttowertschöpfung je Erwerberstätigen des tertiären Sektors (71 Prozent aller Bruttowertschöpfung) liegt höher als in etwa 66 Prozent der Kreise.

Das Haushaltseinkommen (1.755 Euro) und das Medianeinkommen (3.731 Euro) liegen an den gegensätzlichen Enden der Rangskala: So zählt das Haushaltseinkommen zu den niedrigsten 7 Prozent, das Medianeinkommen jedoch zu den höchsten 15 Prozent. Die infrastrukturelle Ausstattung weist ein hohes Niveau in

Augsburg auf. Ausweislich einer Dichte von 20 Ärzte bzw. Ärztinnen pro 10.000 Ew (85 Prozent der Kreise haben eine niedrigere Dichte) und einer hohen Breitbandversorgung (98 Prozent aller Haushalte).

Der Gesamtwanderungssaldo (5,45 je 1.000 Ew) ist in Augsburg eher hoch, die Berufseinstiegswanderung (1,91 je 1.000 Ew der Altersgruppe) liegt auf einem mittleren Niveau. Augsburgerinnen und Augsburgener fühlen sich in hohem Maße ihrem Wohnort zugehörig (85 Prozent der Befragten). Nicht überraschend ordnen sie die Stadt zu knapp 74 Prozent dem städtischen Spektrum zu.

Dahme-Spreewald

Der Landkreis Dahme-Spreewald gehört mit knapp 174.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu Brandenburg und ist überregional insbesondere für den dort angesiedelten Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) bekannt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Landkreis Dahme-Spreewald vor allem im Hinblick auf die Merkmale des Arbeitsmarktes, des Humankapitals sowie der Wirtschaft gut positioniert ist. Im Unterschied dazu sind die Infrastruktur und die Entwicklung zwar als gut, jedoch auch als steigerungsfähig einzustufen.

Gleichwohl gehört Dahme-Spreewald zu den strukturstarken ostdeutschen Kreisen. Das Bruttoinlandsprodukt (33.000 Euro pro Ew), die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen des tertiären Sektors (das sind 80 Prozent aller Bruttowertschöpfung) und das Haushalts- sowie das Medianeinkommen (1.852 Euro bzw. 2.732 Euro) liegen höher als zwischen 81 und 97 Prozent aller Kreise bundesweit. Infrastrukturell weist der Landkreis unterschiedliche Platzierungen auf: So ist die Ärzte- und Ärztinnendichte (12 Ärzte/ Ärztinnen pro 10.000 Einwohner) in 33 Prozent der Kreise niedriger, die Breitbandversorgung (77 Prozent aller Haushalte haben Breitband) in 12 Prozent der Kreise geringer, und die durchschnittliche Supermarktdistanz (1.658) größer in 11 Prozent der Kreise.

Der Gesamtwanderungssaldo (8,15 je 1.000 Ew) wie auch die Berufseinstiegswanderung (16,44 Zuzüge je 1.000 Ew) sind positiv und hoch. Das deutet darauf hin, dass mehr Personen und speziell auch Berufseinsteiger in den Landkreis Dahme-Spreewald ziehen als Personen wegziehen. Die Gesamtwanderung ist im Vergleich mit allen deutschen Kreisen sehr hoch und gehört zu den oberen 10 Prozent.

Die angegebene Verbundenheit mit dem Wohnort ist mit knapp 75 Prozent Zustimmung hoch. Dabei ist die Bevölkerungsdichte des Landkreises Dahme-Spreewald die niedrigste aller verglichenen Kreise der regionalen Vertiefungserhebung. Das dürfte ein Grund dafür sein, dass knapp jeder zweite Befragte den Landkreis dem ländlichen Spektrum zuordnet, obwohl sich die Einwohnerzahl

im Mittelfeld bewegt. Die Quote an Schulabgehenden ohne Abschluss (5 Prozent) gehört mit 10 Prozent zu den niedrigsten aller Kreise.

Das Ausmaß des Institutionsvertrauens der Befragten des Landkreises Dahme-Spreewald ist das geringste aller befragten Kreise. Knapp 63 Prozent gaben bei der regionalen Vertiefungserhebung an, zu einem gewissen Grad Vertrauen in die untersuchten politischen Kerninstitutionen zu haben.

Prignitz

Der Landkreis Prignitz umfasst ca. 76.000 Einwohnerinnen und Einwohner und gehört zu Brandenburg. Der Kreis ist durch eine Vielzahl von Naturschutzgebieten geprägt, wozu auch in Teilen das UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe-Brandenburg zählt. Der Landkreis ist durch überwiegend ungünstige Merkmale des Arbeitsmarktes und des Humankapitals gekennzeichnet und weist uneinheitliche infrastrukturelle, entwicklungsperspektivische und wirtschaftliche Indikatoren aus. Demzufolge ist der Landkreis Prignitz Teil des strukturschwachen ostdeutschen Clusters. Die Beschäftigungsquote (64 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 100 Ew) sowie das Bruttoinlandsprodukt (27.000 Euro pro Ew) sind gering und liegen unterhalb des Niveaus von 82 Prozent der Kreise bundesweit. Im Gegensatz dazu liegt die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen des tertiären Sektors (das sind 64 Prozent aller Bruttowertschöpfung) höher als bei 80 Prozent der Kreise. Das Haushaltseinkommen (1.711 Euro) ist relativ hoch und fällt höher aus als in etwa 75 Prozent der Kreise. Dazu kontrastiert das niedrige Medianeinkommen (2.474 Euro): Nur 12 Prozent der Kreise weisen ein niedrigeres Medianeinkommen auf.

Die Berufseinstiegswanderung (-22,81 je 1.000 Ew der betreffenden Altersgruppe) ist negativ. Ebenso ist der Gesamtwanderungssaldo (-0,86 je 1.000 Ew) negativ ausgeprägt. Andererseits gaben rund 80 Prozent der im Landkreis Prignitz lebenden Befragten innerhalb der regionalen Vertiefungserhebung an, sich zu ihrem Wohnort zugehörig zu fühlen. Die Sozialhilfequote (84 Leistungsbeziehende pro 1.000 Ew) liegt auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, während sich die kommunalen Schulden (321 Euro pro Ew) im Mittelfeld bewegen.

Wie bereits erwähnt, sind die infrastrukturellen Merkmale uneinheitlich: Die Ärztinnen- und Ärztedichte (14 Ärztinnen bzw. Ärzte pro 10.000 Ew) ist sehr hoch, und gehört zu dem oberen Drittel. Sowohl die Grundversorgung, indiziert durch die Nähe zu einem Supermarkt (2.229), als auch die Breitbandversorgung (81 Prozent aller Haushalte) sind hingegen auf einem relativ niedrigen Stand. Bezüglich der geringsten Entfernung zu einem Supermarkt nimmt der Landkreis Prignitz den achtletzten Platz ein.

Bei der regionalen Vertiefungserhebung ordneten rund 55 Prozent der Befragten den Landkreis Prignitz dem ländlichen Spektrum zu. Dies ist der höchste Wert aller west- und ostdeutschen Kreise innerhalb der regionalen Vertiefungserhebung. Die Quote der Schulabgehenden ohne Abschluss (14 Prozent) ist im Vergleich zu allen deutschen Kreisen die zweithöchste. Etwa 2 von 3 Befragten haben Vertrauen in die abgefragten Kerninstitutionen.

Salzlandkreis

Der Landkreis Salzlandkreis ist mit seinen rund 187.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Sachsen-Anhalt angesiedelt. Die Namensgebung verweist auf seine historische Bedeutung für die Salzgewinnung. Ausweislich der ausgewählten Prosperitätsindikatoren weist der Salzlandkreis tendenziell risikobehaftete arbeitsmarkt-, entwicklungs-, humankapital- sowie wirtschaftsbezogene Merkmale auf.

Die infrastrukturellen Indikatoren bewegen sich im Mittelfeld sowie im unteren Bereich. Aufgrund dessen wird der Salzlandkreis als ein strukturschwacher ostdeutscher Kreis eingeordnet. Die Beschäftigungsquote (64 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 100 Ew) ist relativ gering und zählt zu den 15 Prozent geringsten Kreisquoten im Bundesvergleich. Die Sozialhilfequote (92 Leistungsbeziehende pro 1.000 Ew) hingegen ist relativ hoch; nur 7 Prozent der Kreise verzeichnen eine höhere Sozialhilfequote. Die kommunalen Schulden belaufen sich auf 1.883 Euro pro Ew. Damit belegt der Salzlandkreis den neunten Platz der höchsten kommunalen Schulden aller Kreise in Deutschland.

Das Bruttoinlandsprodukt (27.000 Euro pro Ew) liegt auf einem hohen Niveau, womit der Salzlandkreis zu den 25 Prozent der Kreise mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Ew gehört. Hingegen liegt die Bruttowertschöpfung je Erwerberstätigen des tertiären Sektors (das sind 59 Prozent der dortigen Bruttowertschöpfung) auf einem niedrigen Niveau. Das lässt vermuten, dass ein Großteil der Wirtschaftstätigkeit außerhalb dieses Sektors angesiedelt ist. Berufseinsteiger (-11,30 je 1.000 Ew der Altersgruppe) tendieren dazu, aus diesem Kreis wegzuziehen bzw. auszuwandern. Der Gesamtwanderungssaldo weist ein Minus von -2,14 je 1.000 Ew auf.

Etwa 78 Prozent der Befragten im Salzlandkreis fühlen sich ihrem Wohnort zugehörig. Das Haushaltseinkommen (1.684 Euro) wie auch das Medianeinkommen (2.638 Euro) sind im oberen Mittelfeld innerhalb dieses Kreisvergleichs angesiedelt. Diese mittlere Position ist ebenso für die Ärztinnen- und Ärzte (13 Ärztinnen bzw. Ärzte pro 10.000 Ew) sowie für die durchschnittliche Distanz zum nächsten Supermarkt (1.162) kennzeichnend. Die Breitbandversorgung (78

Prozent aller Haushalte) liegt auf einem niedrigen Niveau; knapp 86 Prozent der Kreise weisen eine bessere Breitbandversorgung auf. Etwa jede(r) zweite Befragte stuft den Salzlandkreis als ländlich(er) ein. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss (12 Prozent) fällt verglichen mit den anderen Kreisen relativ hoch aus. Hierbei liegen 95 Prozent der Kreise unterhalb der Abbrecherquote des Salzlandkreises. Beinahe jede(r) fünfte Befragte bekundet Misstrauen gegenüber politischen Institutionen.

Weimar

Die kreisfreie Stadt Weimar zählt etwa 65.000 Einwohnerinnen und Einwohner und liegt in Thüringen. Hier wurde nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die Reichsverfassung der nach der Stadt benannten Weimarer Republik verkündet. Die Prosperitätsindikatoren Weimars sind uneindeutig, jedoch mit einer Tendenz in Richtung einer prosperierenden Entwicklung. Aufgrund dessen steht Weimar für einen strukturstarken ostdeutschen Kreis.

Zwar fallen die Erwerbstätigenquote (58 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 100 Ew) sowie das Haushaltseinkommen (1.643 Euro) im Vergleich mit anderen deutschen Kreisen in Weimar zwar gering aus. Andererseits ist das Bruttoinlandsprodukt (31.000 Euro pro Ew) vergleichsweise hoch, denn 93 Prozent der Kreise weisen ein niedrigeres auf. Dabei ist in Weimar der tertiäre Sektor von Bedeutung, da die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in diesem Bereich (das sind 84 Prozent aller Bruttowertschöpfung) auf einem hohen Niveau liegt. Dies dürfte ein Grund dafür sein, dass zwar das Haushaltseinkommen gering ausfällt, jedoch das Medianeinkommen mit 3.039 Euro höher liegt als in 96 Prozent der übrigen Kreise in Deutschland.

Der Gesamtwanderungssaldo (4,94 je 1.000 Ew) ist positiv, die Berufseinstiegswanderung (-24,31 je 1.000 Ew der betreffenden Altersgruppe) jedoch negativ. 89 Prozent der Befragten bekunden eine Zugehörigkeit zu Weimar. Dieses Niveau von Ortsverbundenheit liegt nicht nur 10 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, sondern ist auch das höchste Niveau aller west- und ostdeutschen Kreise der vorliegenden Vertiefungserhebung. Infrastrukturell ist Weimar überwiegend leistungsstark aufgestellt: So sind die Ärztinnen- und Ärztedichte (21 Ärztinnen bzw. Ärzte pro 10.000 Ew) als auch die durchschnittliche Nähe zu einem Supermarkt (503) auf einem hohen Niveau, etwa 94 Prozent der Kreise zeigen eine niedrigere Dichte beziehungsweise höhere Distanz. Die Breitbandversorgung (97 Prozent aller Haushalte) ist hoch: 97 Prozent der Kreise haben hierbei eine geringere Versorgungsdichte.

Die Befragten der kreisfreien Stadt Weimar ordnen diese weit überwiegend einem städtischen Spektrum zu (Nur 18 Prozent nehmen einen ländlichen Charakter wahr). Bei der Quote der Schulabgänge ohne Abschluss (8 Prozent) liegt Weimar innerhalb dieses Vergleichs im Mittelfeld. Etwa 72 Prozent der Befragten gaben an, dass sie den politischen Institutionen vertrauen. Dies ist der höchste Wert der ostdeutschen Kreise der Vertiefungsstudie.

6. Fokusgruppendifkussionen im Rahmen des Deutschland-Monitors '23

6.1 Hintergrund, Zielstellung und Inhalte der qualitativen Befragung

Der inhaltliche Schwerpunkt des Deutschland-Monitors 2023 ist das Thema »Stadt und Land«. Damit sollen die wahrgenommenen Lebensbedingungen der Menschen in Gesamtdeutschland in den Blick genommen werden und vor allem auch wahrgenommene Unterschiede – über Ost-West-Unterschiede hinaus.

Neben Ergebnissen aus der repräsentativen Befragung wurden auch in diesem Jahr qualitative Forschungsdaten erhoben, um die quantitativen Daten erklärend anzureichern und zu kontextualisieren. Dafür wurden im Oktober 2023 insgesamt 4 Fokusgruppendifkussionen in verschiedenen Regionen Deutschlands durchgeführt. Der für die Diskussion entwickelte Leitfaden gewährleistet über den diesjährigen Themenschwerpunkt hinaus Anschlussfähigkeit an bereits vorliegende andere Studien. Die Diskussionsrunden fokussierten auf folgende Themenkomplexe:

- Lebenszufriedenheit und Lebensqualität am Wohnort/im Landkreis
- Zusammenhalt, lokale Identität und Heimatgefühl
- Herausforderungen am Wohnort/im Landkreis und identifizierte politische Handlungsbedarfe
- Wahrnehmung der eigenen Region im deutschlandweiten Vergleich
- Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und Wahrnehmung der Bundespolitik/Zufriedenheit mit dem demokratischen System

6.2 Durchführung und Zusammensetzung der Fokusgruppen

Der qualitative Forschungsteil des Deutschland-Monitors 2023 umfasste 4 bevölkerungsrepräsentativ strukturierte Fokusgruppen (breite Streuung bzgl. Alter, Bildungsabschlüssen), die vor Ort an 4 Standorten Deutschlands durchgeführt wurden. Bei der Standortauswahl wurden zu gleichen Teilen ostdeutsche und

westdeutsche sowie strukturstarke und strukturschwache Standorte/Landkreise berücksichtigt. Die Teilnehmenden stammten aus Orten unterschiedlicher Größe innerhalb eines Landkreises (von Dorf bis Mittelstadt) bzw. aus unterschiedlichen Stadtteilen der kreisfreien Stadt.

Die Fokusgruppen dauerten jeweils ca. 120 Minuten und wurden unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen live an den Auftraggeber übertragen. Der vorliegende Bericht bildet die vollständige Analyse der aus den Fokusgruppen gewonnenen qualitativen Daten ab.

6.3 Kernergebnisse der Fokusgruppendifkussionen

- In allen Regionen zeigt sich – unabhängig von der Strukturstärke des Standorts – eine grundsätzlich positive Identifikation der Befragten mit den geografisch- kulturellen Gegebenheiten des eigenen Standortes, häufig in negativer Abgrenzung zu Großstädten.
- Auch der lokale Zusammenhalt wird als positiv wahrgenommen, v.a. unter Alteingesessenen. Dieses »Wir« grenzt sich zum einen gegen als eher verschlossen geltende Zugezogene ab, zum anderen aber auch gegen Geflüchtete, deren Präsenz für die Befragten wahrnehmbar Stadtbild und Sicherheitsgefühl verändert.
- Ein Großteil der Befragten empfindet den Wohnort auch als »Heimat«. Das Heimatgefühl erweist sich bei westdeutschen Befragten als sehr stabil, unter ostdeutschen Befragten dagegen als fragiler. Hier zeigen sich erste Risse, ausgelöst durch die Verunsicherung globaler, gesamtgesellschaftlicher Krisen, die im nahen Umfeld sicht- und spürbar werden.
- Unabhängig vom Heimatkonzept wird diese Entwicklung zunehmend an allen Standorten sichtbar: Globale, gesamtgesellschaftliche Krisen werden als lokale Herausforderungen erlebt, die Zukunfts- und Abstiegsängste mobilisieren und so die Lebens- und Politikzufriedenheit beeinträchtigen. Diese Entwicklung zeigt sich stärker im Osten und moderater im Westen, befindet sich aber spürbar in einem Prozess der Angleichung, d. h. sie wird zunehmend auch von westdeutschen Befragten erlebt.
- Dass globale Probleme zunehmend als lokale Probleme erfahren werden, kann erklären, warum viele der von den Befragten identifizierten lokalen Herausforderungen nicht mit einem Stadt-Land-Gefälle verbunden, sondern als deutschlandweit relevant wahrgenommen werden – dazu zählen: Fachkräftemangel, Bildungsmisere, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Migration und wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Darüber hinaus werden aber auch lokale Herausforderungen identifiziert, die mit einem

FG 1 Ost/strukturstark	FG 2 Ost/strukturschwach	FG 3 West/strukturstark	FG 4 West/strukturschwach
Landkreis Dahme-Spreewald	Landkreis Salzlandkreis	kreisfreie Stadt Augsburg	Landkreis Birkenfeld
Veranstaltungsort/ Bundesland			
Königs Wusterhausen/ Brandenburg	Bernburg (Saale)/ Sachsen-Anhalt	Augsburg/ Bayern	Idar-Oberstein/ Rheinland-Pfalz
Teilnehmende (Geschlecht, Alter, höchster Bildungsabschluss)			
1 × weiblich 30–39 Jahre 10. Klasse	1 × weiblich 18–29 Jahre Fachabitur	1 × männlich 18–29 Jahre 10. Klasse	1 × weiblich 18–29 Jahre Abitur
1 × weiblich 30–39 Jahre Fachabitur	1 × männlich 18–29 Jahre Fachhochschulreife	1 × weiblich 18–29 Jahre 10. Klasse	1 × männlich 18–29 Jahre 9. Klasse
1 × männlich 30–39 Jahre 10. Klasse	1 × weiblich 30–39 Jahre Fachabitur	1 × weiblich 30–39 Jahre 10. Klasse	1 × männlich 18–29 Jahre Abitur
1 × männlich 30–39 Jahre Fachhochschulreife	1 × weiblich 30–39 Jahre 9. Klasse	1 × männlich 40–49 Jahre 10. Klasse	1 × männlich 30–39 Jahre 10. Klasse
1 × männlich 40–49 Jahre Abitur	1 × männlich 30–39 Jahre Abitur	1 × männlich 40–49 Jahre 10. Klasse	1 × männlich 30–39 Jahre Fachhochschulreife
1 × männlich 40–49 Jahre Hochschulabschluss	1 × männlich 40–49 Jahre 10. Klasse	1 × männlich 50–59 Jahre Fachabitur	1 × weiblich 40–49 Jahre Fachabitur
1 × weiblich, 50–59 Jahre Fachhochschulabschluss	1 × weiblich 50–59 Jahre 9. Klasse	1 × weiblich 60–69 Jahre Fachabitur	1 × männlich 50–59 Jahre 10. Klasse
1 × männlich 50–59 Jahre 10. Klasse	1 × weiblich, 50–59 Jahre 10. Klasse	1 × männlich 60–69 Jahre Abitur	1 × weiblich 60–69 Jahre Hochschulabschluss
1 × weiblich 60–69 Jahre Hochschulabschluss			

Tab. 6: Zusammensetzung der Fokusgruppen

Stadt-Land-Gefälle und einem Gefühl des Abgehängt-Seins verbunden werden – etwa: ein schlecht ausgebauter ÖPNV, Ärztemangel, Überalterung, zu wenig Industrie/Arbeit.

- Ein großer Teil der Befragten hat den Eindruck, dass die Politik die dringenden aktuellen Herausforderungen nicht effektiv genug angeht und lösen kann. Die Bundesregierung wirkt auf viele zu abwartend/zögerlich und uneinig, ihre Entscheidungen erscheinen zu planlos und zu intransparent. Das erzeugt – zusammen mit dem verbreiteten Gefühl, dass die Ängste der Bevölkerung von der Politik nicht gehört und ihre Anliegen nicht angemessen vertreten werden – ein Gefühl von Ohnmacht und Wut und wirkt sich schließlich negativ auf die Zufriedenheit mit dem demokratischen System aus.

6.4 Die Ergebnisse im Detail

6.4.1 Lokale Lebensqualität und Standortidentifikation/Zufriedenheit und Identifikation mit dem eigenen Wohnort

In allen Regionen zeigen die Befragten zunächst eine grundsätzlich positive Identifikation mit dem eigenen Wohnort. Unabhängig von der Strukturstärke der Region, werden die Vorzüge des eigenen Wohnortes betont und wird damit auch die eigene Wohnortwahl positiv begründet. Hervorgehoben werden die Vorteile des naturnahen Lebens und die Schönheit der landschaftlichen Umgebung in Kombination mit als ausreichend wahrgenommenen Einkaufsmöglichkeiten in der Umgebung. Aber auch kulturell-historische Wahrzeichen und Sehenswürdigkeiten spielen eine wichtige Rolle für die positive Charakterisierung und Differenzierung des eigenen Wohnortes, weil sie die Identifikation mit und die Bindung an den Standort verstärken.

Auch und gerade in den ostdeutschen Landkreisen zeigt sich, dass sanierte historische Stadtkerne die positive Identifikation mit dem Standort fördern. Hier wird – unabhängig von in der Befragung deutlich spürbaren kritischen Haltungen zu aktuellen Entwicklungen – grundsätzlich wahrgenommen und anerkannt, dass es in den letzten Jahrzehnten viele Investitionen in Bauvorhaben ostdeutscher Kleinstädte gab.

»Bei uns hat man alles vor der Haustür, kann aber trotzdem sehr ländlich leben. Von den Elbbrücken hat man einen wunderschönen Blick auf die Landschaft. Die Stadt hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt, der Markt und alles ist komplett neu aufgebaut worden. Seitdem findet da wieder Leben statt« (w, 30–38 J., LK Salzlandkreis)

»Wenn ich an Augsburg denke, kommt mir der Rathausplatz und der Perlachturm in den Kopf. Das habe ich auch als Hintergrundbild vom Laptop. Dort ist auch der Christkindlmarkt jedes Jahr, also das wunderschöne Zentrum von Augsburg.« (m, 50–59 J., KS Augsburg)

Ein wichtiger Teil der positiven Identifikation und Lebenszufriedenheit der Befragten mit dem eigenen Wohnort gründet sich auch auf die negative Abgrenzung zu größeren Städten. Das Leben im eigenen Wohnort wird – anders als das Leben in Berlin, München, Dessau oder Mainz – mit Ruhe, Beschaulichkeit und Sauberkeit verbunden und vor allem für seine vergleichsweise hohe Sicherheit geschätzt. Auch der menschliche Umgang und das Miteinander in den großen Städten werden im Vergleich zum eigenen Wohnort deutlich negativer eingeschätzt. Die Großstädte fungieren in dieser Wahrnehmung als Seismografen und Brenngläser, die vor allem negative gesellschaftliche Entwicklungen vorwegnehmen und verdichten.

In der kreisfreien Stadt Augsburg findet die positive Identifikation mit dem Wohnort über die Abgrenzung in beide Richtungen statt: gegen größere Städte, aber auch gegen kleinere, ländlichere Gebiete.

»In Berlin sind die Leute aggressiver und gereizter und Berlin ist auch verdreht.« (m, 40–48 J., LK Dahme-Spreewald)

»Hier grüßt man sich, man kennt sich mit Vornamen, da macht man auch mal einen Plausch, Es ist viel persönlicher im Vergleich zu Dessau, da ist es viel reservierter und anonym.« (m, 30–45 J., LK Salzlandkreis)

»Augsburg ist groß genug, um nicht zu ländlich zu sein aber klein genug um mit dem Rad überall hinzukommen. Und kann abends alleine, zu jeder Zeit, laufen wo ich möchte. Ich muss in keinem Stadtbezirk Angst haben.« (w, 30–39 J., KS Augsburg)

»Augsburg hat mehr Zusammenhalt als München. Mehr Freundlichkeit, weniger Arroganz. Außerdem ist München zu groß und zu teuer.« (w, 60–69 J., KS Augsburg)

6.4.2 Zusammenhalt, Wir-Gefühl und Heimat

Der positiv beschriebene Zusammenhalt am Wohnort als abgrenzender Identifikationsanker geht mit einem starken Wir-Gefühl einher, das sich aber vor allem auf Einheimische und lange Ortsansässige bezieht. Das Wir-Gefühl speist sich aus gemeinsamen Erlebnissen, aus geteilten Traditionen, einer geteilten Mundart und Kultur, die bei sozialen Zusammenkünften in Vereinen, auf Dorffesten und Märkten erlebt und gefestigt werden.

»Der Zusammenhalt ist unfassbar stark, man kann nach 20 Jahren zurück kommen und die Leute kennen und lieben dich immer noch, aber neue Leute aufnehmen ist schwer.« (w, 18–29 J., LK Birkenfeld)

»Ein richtiges Wir-Gefühl empfinde ich beim Dorffest, das gibt es vor allem von Frühjahr bis zum Herbst immer wieder, jetzt kommt zum Beispiel das Oktoberfest.« (w, 60–69 J., LK Dahme-Spreewald)

»Die Dorfgemeinschaft ist wie kleine Familie, hier werden nicht mal die Haustüren zugesperrt.« (w, 36 J., LK Birkenfeld)

Die erste Abgrenzung des »Wir« findet gegenüber – vor allem aus Großstädten – Zugezogenen statt, denen zugeschrieben wird, weniger Wert auf engen Zusammenhalt und Austausch sowie auf nachbarschaftliche Hilfe zu legen.

»Viele, die aus der Großstadt rausziehen, stellen sich nicht mehr beim Nachbarn vor oder fragen nach Eiern und Mehl. Die neuen wollen sich nicht integrieren, die wollen ihre Ruhe haben.« (m, 30–39 J., LK Dahme-Spreewald)

»Die Leute aus der Großstadt verlieben sich in das Fachwerk hier, aber sie fügen sich nicht ein. Neben uns sind welche zugezogen, die haben gleich eine hohe Hecke vor ihr Haus gepflanzt.« (m, 30–39 J., LK Birkenfeld)

Die zweite Abgrenzungslinie vom »Wir« wird gegenüber Geflüchteten gezogen. Im Erleben der Befragten haben geflüchtete Menschen – gerade in kleineren Orten – seit 2015 deutlich spürbar die nahe Umgebung, das Stadtbild und die Atmosphäre verändert und geprägt. Häufig werden als tendenziell problembehaftet wahrgenommene Stadt- oder Ortsteile – sogenannte Brennpunkte – mit der Präsenz von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund verbunden. Im Kontext des Themas Migration manifestieren sich ein abnehmendes Sicherheitsgefühl und verstärkte Diskussionen um Verteilungsgerechtigkeit – was in den ostdeutschen Standorten stärker akzentuiert wird (sh. Kap. 3.4).

»Das verändert das Stadtbild, der Stadtpark ist belegt, durch Araber, Afrikaner, Tag und Nacht Musik, als Frau würde ich mich da nicht alleine durch trauen.« (m, 30–45 J., LK Salzlandkreis)

»Der Hauptbahnhof in Idar-Oberstein, was sich da für Leute inzwischen rumtreiben, Wahnsinn, da hat man echt kein gutes Gefühl mehr.« (m, 20–29 J., LK Birkenfeld)

Die generell positive Identifikation mit dem eigenen Ort durch die schöne Umgebung und die Verbundenheit mit Einheimischen, Freunden und Familie verbinden sich bei einem Großteil der Befragten auch mit einem starken Heimatgefühl.

Besonders an den Befragungsstandorten in Westdeutschland erweist sich die Wahrnehmung von »Heimat« als durchgängig stabil und unverbrüchlich. Das ist möglicherweise darauf zurück zu führen, dass die Biografien eher geprägt sind von langen, lokalen, familiären Traditionen, d. h. weniger von Brüchen und Fluk-

tuation, was sich oft auch in materieller Absicherung manifestiert und die Ortsbindung stärkt, z. B. über vererbte Immobilien. Die Aussagen der Befragten in den westdeutschen Regionen spiegeln außerdem eine sehr starke traditionell-regionale Identität, eine positiv-bewusste Verankerung in der regionalen Sprache und Kultur (»Wir Augsburger«/»Wir Pfälzer«) – vor allem auch unter jungen Leuten, was sich in der Form in den ostdeutschen Befragungsstandorten nicht erkennen lässt.

»Das ist einfach stark, wenn man woanders Leute in meinem Alter von hier trifft, ist das direkt eine Verbundenheit, dann kann man direkt anfangen zu schwätzen.« (m, 18–29 J. LK Birkenfeld)

An den Befragungsstandorten in Ostdeutschland zeigt sich die generell positive Wahrnehmung von »Heimat« grundsätzlich auch, sie erweist sich aber als deutlich fragiler. Hier lässt sich eine beginnende Erosion des Heimatgefühls erkennen, die ausgelöst wird durch eine zunehmende Verunsicherung angesichts globaler, gesamtgesellschaftlicher Krisen, die auch über das direkte, lokale Umfeld »hereinbrechen«. Diese Tendenz verweist auf eine generelle Entwicklung, die – unabhängig von Heimat-Wahrnehmungen – an allen Standorten zunehmend spürbar ist und Fahrt aufnimmt.

6.4.3 Das Zusammenspiel globaler und lokaler Herausforderungen

An allen Standorten zeigt sich, dass die lokale Lebens- und Politikzufriedenheit zunehmend beeinträchtigt wird durch die globale, gesamtgesellschaftliche Multi-Krisenlage. Inflation, Energiekrise, steigende Mieten, Migration, drohende Altersarmut, eine geschwächte Wirtschaft und neue/nahe Kriege fördern die breite Wahrnehmung einer kontinuierlichen Abwärts-Bewegung des Standorts Deutschland. Diese Entwicklungen bedrohen das lokale, persönliche Sicherheitsgefühl und erzeugen zunehmend Zukunfts- und Abstiegsängste, d. h. auch und vor allem die Angst vor dem Verlust des eigenen Wohlstands. Für viele der Interviewten sind diese als bedrohlich empfundenen Veränderungen im alltäglichen Leben und konkret vor Ort sicht- und erlebbar.

Wie Ende des vorherigen Abschnitts beschrieben, zeigt sich diese Entwicklung deutlicher und breiter in den ostdeutschen Standorten – unabhängig von der Strukturstärke der Region. Hier werden die Ängste vehementer geäußert, sind stärker mit Affekten und Emotionen verbunden und beeinträchtigen wie erwähnt in Teilen das Heimatgefühl. Dieses Phänomen lässt sich möglicherweise auf 2 Aspekte/Ursachen zurückführen: Zum einen kann man davon ausgehen, dass es in Ostdeutschland eine stärkere Sensibilität für das Verwerfungspotenzial von Transformationsprozessen und gesellschaftlichen Frakturen gibt, die auf

dem (vererbten) Erfahrungswissen beruhen, dass sicher Geglaubtes ins Wanken geraten und wegbrechen kann (Arbeitsplatz, Verdienst, soziales Umfeld). Zum anderen wird der nach der Wende erarbeitete Wohlstand als – im Vergleich zu Westdeutschland – verhältnismäßig fragil und weniger substanziell, weniger »abgepuffert« wahrgenommen (geringeres Lohn-/Rentenniveau, weniger Vermögen). Die Ängste vor Wohlstandsverlust sind deshalb größer.

»Es sind so viele Unwägbarkeiten, die da noch kommen, ich möchte auch das behalten, was ich mir aufgebaut habe, unser Leben und unser Haus. Da habe ich mit 14 Euro Stundenlohn nicht viel Spielraum nach unten.« (m, 40–49 J., LK Salzlandkreis)

»Ich unterscheide zwischen Zuhause- und Heimatgefühl. Heimat verbinde ich mit Sicherheit. Das Heimatgefühl habe ich verloren, so wie Deutschland jetzt ist, es wird immer beängstigender vom Lebensgefühl. Inzwischen ist es hier so wie in Berlin, ich sehe Rentner Flaschen sammeln, sehe viele Obdachlose, nicht weil sie trinken, sondern auch wegen Altersarmut, das ist nicht die Heimat, die ich kannte.« (w, 50–59 J., LK Dahme-Spreewald)

»Auf der Straße kommt viel Frust rüber. Man sieht die Unzufriedenheit in den Gesichtern und spürt die Gerechtigkeit.« (w, 30–39 J., LK Dahme-Spreewald)

»Die Abgaben werden immer mehr, die Energie- und Lebensmittelpreise steigen, wir müssen auch noch die Bundeswehr aufbauen, dann investieren wir in den Ukraine Krieg, wir haben viel Zuwanderung, das wird nicht beschränkt, wir haben immer weniger Wohnungen, die Mieten werden weiter steigen und die Mittel- und Unterschicht wird gegen die Migranten ausgespielt.« (m, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

»Die Rente geht flöten, allein schon wegen der Inflation. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.« (m, 50–59 J., LK Salzlandkreis)

In den westdeutschen Befragungsstandorten werden die Zukunfts- und Abstiegsgängste zunächst nachgelagerter und moderater geäußert, d.h. weniger emotional und affektiv. Hier ist noch eine stärkere Stabilität spürbar, die einhergeht mit einer größeren Selbstverständlichkeit im Vertrauen auf das politische und wirtschaftliche System und der Wahrnehmung des verhältnismäßig hohen Wohlstandsniveaus Deutschlands im Vergleich zu anderen Ländern. In der strukturstarken, kreisfreien Stadt Augsburg ist man sich außerdem dessen bewusst, dass die sozioökonomische Situation im eigenen Bundesland (Bayern) und im Vergleich zu anderen Bundesländern vergleichsweise gut ist. Im strukturschwachen Landkreis Birkenfeld ist diese im Ost-West-Vergleich stärkere Stabilität aber genauso deutlich spürbar. Sie hängt möglicherweise zusammen mit der langjährigen Gewöhnung an sozio-ökonomische Deprivation/Abgehängte sein, welche hier schon vor der Kumulation globaler Krisen prävalent war und möglicherweise für eine gewisse Krisenresilienz gesorgt hat.

»Es wird immer alles gut. Bevor der Karren an die Wand gefahren wird, zieht irgendjemand die Bremse. Wenn man immer alles doof findet, muss man doch selbst mal was machen.« (w, 40–49 J., LK Birkenfeld)

Die Angst vor einem drohenden Verlust von Sicherheit und Wohlstand ist aber auch im Westen deutlich spürbar und wird auch hier als eine dynamische, sich zunehmend verstärkende Entwicklung wahrgenommen. Diese Tendenz zur Angleichung zwischen Ost und West manifestiert sich besonders deutlich in den Haltungen zur Politik. Die Wahrnehmungen der Befragten aus allen Regionen ist geprägt von einem starken Ohnmachtsgefühl und dem damit verbundenen Eindruck, dass vor allem die Bundespolitik nicht (angemessen) auf die bedrohlichen Krisen reagiert (sh. Kap. 6.4.5).

»Ich habe eher ein mulmiges Bauchgefühl, wenn ich an meine Zukunft denke. Man macht sich schon Gedanken, was ist, wenn alles weiterhin teurer wird, das Gehalt aber gleichbleibt. Ich möchte auch irgendwann mal Kinder haben, wie werde ich dann meine Kinder dann irgendwann mal versorgen können? Und wie werden die überhaupt mal leben ... ich habe auch Angst vorm Krieg, das wird immer mehr, nicht nur in der Ukraine, sondern jetzt auch in Israel.« (w, 18–29 J., KS Augsburg)

»Ich habe Bauchschmerzen mit Blick auf die Zukunft, weil ich kriege stand heute eine Rente von 300 Euro, habe immer gearbeitet, aber man kommt dann irgendwann auf dieses Sozialhilfeniveau. Das funktioniert jetzt noch wirtschaftlich, aber wenn in der Politik weiterhin nichts passiert, wird es irgendwann kollabieren.« (m, 40–49 J., KS Augsburg)

»Ich arbeite ja in Norddeutschland und meine Kollegen lassen das manchmal so durchblicken, dass wir in Sachsen-Anhalt in ihren Augen AfD- Anhänger sind, aber wenn man mit denen spricht, und in Hamburg mal in die Gesellschaft rein hört, da ist das Bild nicht anders als bei uns, die Hamburger haben auch ganz schön viel Unmut.« (m, 18–29 J., LK Salzlandkreis)

6.4.4 Lokale Herausforderungen und politische Handlungsbedarfe – Überblick

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, bei der lokale Herausforderungen stark von globalen/gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen bestimmt werden, lässt sich erklären, dass viele der als besonders dringlich wahrgenommenen lokalen Problemthemen nicht auf Stadt-Land-Unterschiede zurückgeführt, sondern als deutschlandweit gleichermaßen relevant wahrgenommen werden. Hierzu gehören:

- Fachkräftemangel,
- Bildungsmisere,
- Mangel an bezahlbarem Wohnraum,
- Migration und Integration und

- wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.

Darüber hinaus gibt es aber auch einige lokale Herausforderungen, die von den Befragten mit einem Stadt-Land-Gefälle verbunden werden und ein gewisses Gefühl des Abgehängtseins nach sich ziehen. Hierzu gehören:

- Schlecht ausgebauter ÖPNV,
- Ärztemangel,
- Überalterung/Abwanderung junger Menschen und – zu wenig Industrie/zu wenig Arbeit.

Ost-West-Unterschiede spielen in der Diskussion um politische Herausforderungen und Handlungsbedarfe eine eher nachgelagerte Rolle und werden nur an den ostdeutschen Standorten explizit erwähnt (z. B. das noch bestehende Gefälle bei Lohn und Renten). Jedoch werden bei der Gewichtung bestimmter Problemfelder und bei ihrer wahrgenommenen Dringlichkeit Ost-West-Unterschiede sichtbar – z. B. bei Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, bei der Sicht auf Migration und in Nuancen auch bei den Haltungen zur Politik (sh. Kap. 6.4.4 und Kap. 6.4.5).

Im folgenden Abschnitt soll näher auf die einzelnen Themenfelder und die damit zusammenhängenden politischen Handlungsbedarfe eingegangen werden.

Fachkräftemangel

Der durch den demografischen Wandel verursachte Mangel an Fachkräften wird von den Befragten an allen Standorten als eines der größten Probleme wahrgenommen, das sich absehbar mittel- und langfristig noch verschärfen wird. Die weitreichenden Auswirkungen des Mangels in alle Bereiche des Lebens sind schon jetzt für alle Bürgerinnen und Bürger im Alltag spürbar – im Handwerk, im Gesundheitsbereich/der Pflege, in der Bildung, im Einzelhandel und in vielen anderen Feldern, auch im Rahmen der eigenen beruflichen Tätigkeit. Den Befragten ist bewusst, dass sich für dieses wachsende Problem keine schnellen Lösungen finden lassen, was Zukunftssorgen und -ängste noch verstärkt.

»Man braucht ja nur mit offenen Augen durch die Stadt gehen, immer mehr Arztpraxen schließen, keine Nachfolger, die Handwerker kommen kaum noch den Aufträgen hinterher, in den Schulen sieht man, dass Lehrer fehlen, die Kinder haben ganz oft Unterrichtsausfall.« (w, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

»Ich bin Lokführer und mache ständig Extraschichten. Da kommt keiner mehr nach. Ich fahre jetzt schon 10 Tage am Stück. Klar, da kriegt man zwar einen Bonus bezahlt, aber das ist keine Dauerlösung.« (m, 40–49 J., KS Augsburg)

Den Befragten fehlen vonseiten der Politik langfristige Lösungskonzepte, die der Größe, Absehbarkeit und Zukunftsrelevanz des Problems gerecht werden. Es besteht – exemplarisch auch für andere Themenbereiche – der Eindruck, dass es »keinen Plan« gibt, sondern eher kurzfristig-reaktiv »Löcher gestopft« werden, die unter Umständen neue Probleme schaffen.

»Das Gesundheitswesen ist maximal unattraktiv geworden für Pflegekräfte, viele sind wegen den Konditionen gegangen. Jetzt muss man den Mangel mit Zeitarbeitsfirmen kompensieren. Die Zeitarbeitskräfte bekommen 3x mehr Gehalt bei weniger Diensten als eine dauerhaft angestellte Pflegekraft im öffentlichen Dienst, die vor Ort gut eingearbeitet ist. Und die Kliniken zahlen das natürlich aus Not. Was könnte man mit dem Geld alles machen! Warum passiert da politisch nichts?« (w, 30–39 J., KS Augsburg)

»Da ist man jetzt in der Politik wachgeworden und hat bemerkt, dass demnächst ganz viele Lehrer in den Ruhestand gehen. Klar, das Thema kam ja auch total plötzlich.« (m, 40–46 J., LK Salzlandkreis)

Die Befragten identifizieren im Kontext des Fachkräftemangels verschiedene Themenfelder als Problemursachen, politische Handlungsbedarfe und mögliche Ansatzpunkte. Als ein wichtiges und von der Politik zu wenig beachtetes Problem wird das nicht ausgeschöpfte Potenzial »brachliegender« Arbeitskräfte, d. h. arbeitsfähiger, aber aktuell nicht arbeitender Menschen wahrgenommen. Dazu gehören aus Sicht der Befragten Jugendliche mit niedrigen Bildungsabschlüssen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber vor allem auch Geflüchtete, deren Arbeitsmarktintegration durch als sehr hoch wahrgenommene, bürokratische Hürden erschwert werde.

»Es gibt ja auch Flüchtlinge, die integriert werden wollen, die aber nicht dürfen, weil es eine Sperre von 5 Jahren gibt, bis sie arbeiten dürfen.« (m, 50–59 J., LK Salzlandkreis)

»Es gibt so viele qualifizierte Ältere, die gerne arbeiten würden, die nur eine kleine Zusatzschulung bräuchten, die aber einfach nicht mehr die Möglichkeit bekommen.« (m, 50–59 J., LK Birkenfeld)

Als ein weiteres, generelles Problem wird das schlechte Image nicht-akademischer Berufe und die damit zusammenhängende, oft als ungerecht empfundene, geringe Bezahlung gesehen.

»Alle wollen ja heute auch Abi machen und studieren. Die handwerklichen Berufe will ja keiner mehr machen. Mein Bruder ist Stuckateur und der kriegt keine Azubis, ich kenne keinen einzigen der eine Metzgerausbildung macht; Bäcker, Handwerker.« (m, 18–29 J., KS Augsburg)

»Viele verantwortungsvolle Berufe, Pflege, Handwerk, die wurden kleingeredet und dann auch klein bezahlt. Die Verantwortung, sollte man auch im Geldbeutel sehen.« (w, 40–49 J., LK Salzlandkreis)

Schließlich wird – vor allem in den westdeutschen Standorten – die fehlende Attraktivität Deutschlands für hoch qualifizierte, ausländische Fachkräfte als problematischer Aspekt identifiziert, der auf fehlende, attraktive Bedingungen, aber auch auf eine fehlende Offenheit von Teilen der Bevölkerung zurückgeführt wird.

»Man will ja immer gute Leute aus dem Ausland, aber die Frage ist, ob die überhaupt kommen wollen. Bei uns gibt es viele ausländerfeindliche Leute, da wollen die lieber woanders hingehen, in die USA z. B., da ist die Bezahlung auch besser.« (m, 50–59 J., KS Augsburg)

Bildungsmisere

Die Befragten nehmen den Zustand des Bildungssystems als konkrete und vor Ort spürbare Herausforderung mit dringendem, politischem Handlungsbedarf wahr, weil sich auch bei diesem Thema die Probleme in absehbarer Zukunft auf komplexe Art zu vervielfachen und zu verschärfen drohen. Das Problem wird nicht nur im Lehrermangel gesehen, sondern auch im Zustand, in der Ausstattung und der mangelhaften Digitalisierung der Schulen.

»Unsere Kinder werden gar nicht mehr richtig beschult, weil es keine Lehrer gibt. Eines meiner Enkel geht manchmal nur für eine Sportstunde in die Schule. Das ist ein echtes Problem – die Kinder sind unsere Zukunft.« (w, 50–59 J., LK Salzlandkreis)

»Der Zustand an den Schulen ist eine Katastrophe. Die sanitären Einrichtungen, es tropft von der Decke. Es gibt auch neue Schulen, aber saniert werden eigentlich nur ganz wenige Schulen.« (m, 60–69 J., KS Augsburg)

Kritisch betrachtet wird auch die wahrgenommene fehlende Bildungsgerechtigkeit. Hier sehen die Befragten vor allem die Gefahr, dass Kindern aus sozial weniger gut gestellten Elternhäusern und/oder Kindern an finanziell schlechter ausgestatteten, häufig staatlichen, Schulen weniger Bildungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten offenstehen.

»Am meisten wird an den Hauptschulen gespart, und das sind ja sowieso schon Brennpunkte, Familien mit viel Geld schicken ihre Kinder auf Privatschulen, die deutlich besser ausgestattet sind. Man lebt schon ein bisschen in der Angst, dass man da Klassengesellschaften schafft.« (w, 30–39 J., KS Augsburg)

»Ich mache mir jeden Tag beim Heizungen montieren meinen Rücken kaputt und bekomme am Ende 800 Euro. Würde ich aber nebenbei nicht arbeiten, könnte ich mir meine Ausbildung nicht leisten.« (m, 18–29 J., LK Birkenfeld)

Angesichts dessen, dass das Thema so große Zukunftsrelevanz hat und schon lange im öffentlichen Diskurs präsent ist, erscheint den Befragten politisches Handeln sehr passiv und wenig wirksam. Vor allem im Vergleich zu hohen Ausgaben

für Großprojekte scheint die Politik das Thema Bildung geradezu zu vernachlässigen, was großes Unverständnis und Unmut erzeugt.

»Es werden irgendwelche Prestigeprojekte gestartet wie der Bau des Staatstheaters, man baut einen Bahnhof für 150 Millionen, gibt einen digitalen Fond frei von 5 Milliarden, den keiner abruft und ich frage mich, wie die ihre Prioritäten setzen, dazu fällt mir nichts mehr ein!« (m, 40–49 J., KS Augsburg)

Mangel an bezahlbarem Wohnraum

Konstant steigende Mieten und Immobilienpreise werden als zentrales Problemfeld wahrgenommen, das sich am Wohnort deutlich wahrnehmbar zeigt und (perspektivisch) den eigenen Wohlstand und sozialen Status bedroht. Die damit verbundene Sorge, dass Wohnraum zum Luxusgut werden könnte, manifestiert sich bei Interviewten aus unterschiedlichen sozialen Milieus, bei Interviewten in den ostdeutschen, aber auch in den westdeutschen, vor allem städtischen, Standorten. Dabei besteht die breite Wahrnehmung, dass die Politik dieser Entwicklung des Marktes relativ machtlos und passiv gegenübersteht.

»Es sind eher teurere Wohnungen entstanden, man müsste da Einfluss drauf nehmen, damit die Mittelschicht sich das leisten kann, da muss man mehr machen, da muss man schauen, dass es bezahlbaren Wohnraum gibt und nicht nur diese Luxuswohnungen.« (m, 40–49 J., KS Augsburg)

»Was ist denn sozialer Wohnungsbau? Es ist nicht sozial, wenn sich das keiner mehr leisten kann! Selbst als Normalverdiener ist es schwer, überhaupt etwas zu finden, egal was.« (w, 30–39 J., LK Dahme-Spreewald)

»Irgendwann wurde auch mal sozialer Wohnraum verkauft und jetzt wo der Zins hochgegangen ist ... wie soll man das wieder rückgängig machen?« (m, 40–49 J., KS Augsburg)

Als Hauptursachen werden zum einen zu viele bürokratische Anforderungen und Auflagen gesehen, die als generelles Hindernis für Wachstum und Veränderungen in Deutschland wahrgenommen werden. Zum anderen wird die Erhöhung der Baukosten durch gestiegene Zinsen und Energiepreise als Ursache für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum identifiziert. Vor allem in den ostdeutschen Befragungsstandorten wird dieses Problem auch einer falschen Energiepolitik der aktuellen Bundesregierung zugeschrieben – und in Teilen mit Kritik an der Sanktionspolitik gegenüber Russland verbunden.

»Es gibt einfach zu viele Auflagen. Warum müssen wir immer die Guten sein und den höchsten Umweltsprüchen genügen?« (m, 40–49 J., LK Dahme-Spreewald)

»So viel Bürokratie, so viel unverbindliche Aussagen, Wärmepumpen hin oder her, die Bauherren wissen nicht mehr ob es sich lohnt Wohnungen zu bauen. Es liegt an der offiziellen Politik, das ist so viel Bürokratie, das die Leute verrückt werden. Jetzt ist auch noch Energie zu teuer

geworden ... da wurden einfach Sanktionen gemacht und jetzt kriegen wir die Rechnung.« (w, 50–59 J., LK Dahme-Spreewald)

Vor dem Hintergrund relativ nachvollziehbar erscheinender Problemursachen, sehen die Befragten durchaus konkrete Lösungsansätze, die mit der klaren Erwartung einhergehen, dass die Politik beim Wohnungsbau aktiv steuernd zugunsten sozialer Aspekte eingreift.

»Da müssten die Bauvorschriften einfacher werden, damit man nicht mehr so teuer bauen muss. Dann müsste sich der Staat auch einmischen und Geld in die Hand nehmen und selber bauen. Dann kann man es billiger verkaufen oder vermieten.« (m, 50–59 J., KS Augsburg)

»Die Miete sollte einkommensabhängig sein.« (w, 60–69 J., LK Dahme-Spreewald)

»Es gibt neue Wohnkonzepte wie z. B. Tiny Houses aber das wird hier von der Politik kleinstampft, weil das kein richtiger Wohnsitz ist. Da könnte man was machen, indem man alternative Wohnprojekte umsetzt. Ich kenne 3 Bürgermeister, die gesagt haben, wir würden das machen, wir haben die Flächen, aber das wurde abgeschmettert, da die Behörden das nicht als Wohnsitz anerkennen.« (w, 30–39 J., KS Augsburg)

Obwohl die Befragten den Mangel an bezahlbarem Wohnraum primär als deutschlandweites Problem sehen, werden marginal und in Nuancen auch regionale Differenzen wahrgenommen. So betonen z. B. die Befragten in Augsburg das generell höhere Preisniveau in Bayern/in südwestdeutschen Bundesländern. Im strukturschwachen, ländlichen, westdeutschen Landkreis Birkenfeld dagegen wird das Problem noch als moderat wahrgenommen: hier ist man sich darüber bewusst, dass der Wohnraum vor Ort – im Vergleich zu größeren Städten und strukturstärkeren Regionen – immer noch verhältnismäßig bezahlbar ist.

Migration und Integration

Die Zuwanderung von Geflüchteten bewirkte und bewirkt im Erleben der Befragten seit dem Jahr 2015 sicht- und spürbare Veränderungen im direkten Lebensumfeld, die in Teilen das Gefühl von Sicherheit, Vertrautheit und Intaktheit erodieren lassen. Diese Wahrnehmung wird begründet mit der sichtbaren Entstehung von Brennpunkten (Bahnhöfe/Parks/Ortsteile) und in einem in dem Zusammenhang erlebten Auftreten (häufig junger, männlicher) Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch im direkten, eigenen Umgang mit Geflüchteten.

»Das sind dann auch oft Gruppen, die dürfen nicht in Discotheken rein und die treffen sich dann irgendwo draußen, am Königsplatz, und das ist schon ein Problem, die randalieren dann auch gern. Sowas ließe sich mit einem betreuten Jugendzentrum vermeiden.« (w, 18–29 J., KS Augsburg)

»Es sind immer mehr Leute dazugekommen, wo man nicht mehr weiß, wer die Eltern oder die Großeltern sind. Wir haben hier auch viele Flüchtlinge. Ich bin in einem Dorf großgeworden mit 20 Leuten, und wenn da eine große Familie kommt, stört das natürlich das Heimatgefühl.« (w, 18–29 J., LK Birkenfeld)

»Ich habe vor vielen Jahren bei einem Bildungsträger gearbeitet und Deutsch für Ausländer gegeben ... die haben uns Frauen beschimpft, weil sie uns gar nicht für voll genommen haben – wir haben dann nur noch unsere männlichen Kollegen dahin geschickt.« (w, 60–69 J., LK Dahme-Spreewald)

Das Thema Migration wird an den ostdeutschen Befragungsstandorten deutlich stärker und vehementer als Problemfeld und Gefahr diskutiert – also dort, wo sich auch Zukunfts- und Abstiegsängste und das Gefühl einer erodierenden Heimat stärker manifestieren. Für die ostdeutschen Befragten stellen sich im Zusammenhang mit Geflüchteten häufig Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, vor allem in Bezug auf die Verfügbarkeit von Wohnraum und Sozialleistungen. Hier klingt eine besondere Sensibilität an, die möglicherweise auch in Erfahrungen der eigenen, teils mühsamen Assimilation an und Integration in das westdeutsche System wurzelt.

»Wenn man in ein anderes Land geht, dann muss man sich anstrengen, die Sprache lernen, sich an die Regeln halten. Die Ausländer müssen auch verstehen, dass sie sich reinknien müssen, dass sie es auch selbst schaffen können, nicht immer nur nehmen.« (m, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

»... die kriegen alles, wonach wir lange suchen müssen. Kriegen neue Wohnungen gebaut, mit Möbeln drin, alles schön gemacht.« (w, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

»Man muss die Einwanderung stärker kontrollieren! Flüchtlinge bekommen pro Kopf erst mal so und so viel Geld vom deutschen Staat, aber eine deutsche Familie nicht.« (m, 40–49 J., LK Dahme-Spreewald)

An den westdeutschen Standorten wird das Thema Migration moderater diskutiert und nachgelagerter erwähnt. Vor allem in Augsburg/ im städtischeren Kontext werden auch liberal-progressive, akademisch-urbane Haltungen geäußert, die vor allem mehr Hilfsprojekte und sozialpädagogische Angebote für Geflüchtete fordern. Dennoch wird das Thema Migration und Integration von Geflüchteten auch unter westdeutschen Befragten als wachsendes Problem beschrieben, bei dem zunehmend politischer Handlungsbedarf besteht.

»Die kommen ja oft allein, kennen die Sprache nicht und sind traumatisiert. Da fehlt sowas wie eine Art Streetworking, dass man schaut, was kann ich mit denen tagsüber auf der Straße machen, Beschäftigungen, irgendwas.« (w, 30–39 J., KS Augsburg)

»Asylrecht ist wichtig und es steht auch in der Verfassung, aber wenn man dann sieht, wie viele Leute aus Afrika kommen, wo kein Krieg ist, das geht halt auch nicht, da darf man sich dann nicht schamlos ausnutzen lassen.« (m, 53 J., KS Augsburg)

Obwohl vereinzelt auch positive Beispiele für Integration von Geflüchteten zur Sprache kommen, wird deutlich, dass die aktuelle Migrationspolitik aus Sicht der Befragten in Ost und West kaum Antworten findet, die der aktuellen – als zunehmend krisenhaft wahrgenommenen – Situation gerecht wird. Häufig wird kritisiert, dass der überwiegende Teil der Zugewanderten nicht in den Arbeitsmarkt integriert wird und somit zwangsläufig knapper werdende Ressourcen wie staatliche Leistungen, Wohnungen oder auch Kitaplätze beansprucht. Diese Entwicklung wird als zunehmender »Kontrollverlust« der Politik wahrgenommen, die zu wenig wirksame Steuerungsinstrumente zu haben scheint, zu starke materielle Anreize setzt und »Alle« nach Deutschland einwandern lässt, was Unverständnis und auch Wut erzeugt, die in den ostdeutschen Befragungsgebieten erneut expliziter wird.

»Oft sind es eben auch keine Fachkräfte, wie es im Fernsehen dargestellt wird mit Familie, das sind die wenigsten. Meistens sind es junge Männer, die ihren Pass wegwerfen, seit 2015 ist das so. Laut Verfassungsschutz kommen viele der jungen Leute aus Iran mit falscher Identität. Wenn man die nicht zurückschickt und zeigt, dass man jeden reinlässt, das spricht sich doch rum.« (w, 30–39 J., LK Dahme-Spreewald)

»Macht die Grenzen zu, auch die grüne Grenze! Wir müssen erst mal in Griff kriegen, das zu erhalten, was wir im Land haben. Wir gehen immer arbeiten, zahlen ins System ein, wir finanzieren alle, die nichts leisten. Meine Mutter, die hart gearbeitet hat, muss sehen, wie sie mit der Rente zurechtkommt, meine Tochter bekommt keinen Kitaplatz, weil die Migranten den Platz belegen. Es ist eine große Ungerechtigkeit.« (w, 30–39 J., LK Dahme-Spreewald)

Die Befragten sehen auch und vor allem beim Thema Migration dringenden Handlungsbedarf und haben klare Vorstellungen davon, was die Politik tun müsste. Hier werden viele Themen aus aktuellen politischen Diskussionen aufgegriffen – wie z. B. die schnelle, unbürokratische Arbeitsmarktintegration, die Auswahl von potenziellen Fachkräften an den EU-Außengrenzen, Sachleistungen statt Geldleistungen, Hilfe in den Herkunftsländern. Keines dieser Themen aber wird mit konkretem Regierungshandeln oder mit konkreten Lösungsplänen der Politik in Verbindung gebracht.

»Da muss ganz schnell was passieren. Da wird es schon Möglichkeiten geben, dass man schon im Ausland checkt, ob jemand Pflegekraft werden könnte und dann erst reinlassen.« (m, 40–49 J., LK Dahme-Spreewald)

»Man sollte eher die Leute in den afrikanischen Ländern direkt unterstützen. Es kann ja keine Lösung sein, wenn alle hierherkommen, das wird sonst alles noch viel schlimmer.« (w, 55 J., LK Dahme-Spreewald)

»Wir müssen genau schauen, wer sind die 5 Prozent, die sich wirklich integrieren wollen und die in den Arbeitsmarkt könnten und die müssen wir dann voll unterstützen.« (m, 46 J., LK Salzlandkreis)

Die wahrgenommene »Zögerlichkeit« in der aktuellen Migrationspolitik wird aus der Sicht einiger Befragter in den ostdeutschen Standorten auch auf Sprech- und Denktabus zurückgeführt, die in der deutschen Geschichte wurzeln. Auch wenn die geschichtliche Verantwortung außer Frage steht, erscheint sie vielen – vor allem im Vergleich mit europäischen Nachbarländern – zunehmend als Hemmnis und Verhinderer für effiziente politische Lösungen (sh. Kap. 6.4.5).

»Es geht rapide bergab in Deutschland, die Wirtschaft – auch durch die ganze Inflation, die Hezungsgeschichte, und wir als kleines Deutschland versuchen, die ganze Welt zu retten. Andere Länder müssen auch was tun!« (m, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

»Es kommt einem manchmal so vor, als ob sie in Berlin eigentlich sagen wollen: ›Bis hier und nicht weiter, wir wollen keine Flüchtlinge mehr!‹, aber das darf Deutschland ja nicht sagen, wegen unserer Geschichte. Deutschland muss immer noch alles gut machen, wir müssen die ganze Welt zusammenhalten. Es gibt so viele Länder, wie Kanada, Dänemark, Australien, die sind da viel strenger. Und bei uns werden dann so Kleinigkeiten diskutiert wie mit der Bezahlkarte, aber es traut sich keiner mal den Mund auf zu machen von der Regierung.« (m, 40–46 J., LK Salzlandkreis)

Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

Das zunehmende Gefälle zwischen Arm und Reich wird als Problem mit dringendem politischem Handlungsbedarf thematisiert. Befeuert durch die Inflation verstärken sich der Eindruck und die Angst, dass vor allem die (untere) Mittelschicht/Geringverdienende faktisch von Armut und Abstieg bedroht sind. Mit Blick auf ein Leben voll harter Arbeit und dennoch drohender Altersarmut werden

Fragen der Gerechtigkeit aufgeworfen – vor allem im Vergleich zu Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen. In diesem Zusammenhang wird die Erhöhung Mindestlohns als richtige, die Erhöhung des Bürgergeldes eher als falsche Maßnahme bewertet. Aber auch im Ost-West-Vergleich wird die fehlende Gerechtigkeit durch ein immer noch bestehendes Lohn-/Rentengefälle kritisiert.

»Als Frau bekomme ich sowieso schon weniger, vor allem als Alleinerziehende. Es ist Hardcore voll arbeiten zu gehen, ich bin selbständig, das Kind ist 10 Stunden weg, dann muss ich es noch großziehen, ich wünsche mir mehr Unterstützung, ich wünsche mir mehr Sachleistungen als Gelder, 133 Euro reicht da nicht für Kinderkleidung.« (w, 30–38 J., LK Dahme-Spreewald)

»Die Sozialleistungen dürften nicht steigen. Das Arbeiten muss sich wieder mehr lohnen. Ich finde es nicht schön, wenn Leute wirklich hart arbeiten, mit 14 Euro die Stunde und ein anderer bleibt schön zuhause, für die 14 Euro steht der nicht auf, er kriegt fast das gleiche Geld. Es sei

denn man wohnt in den alten Bundesländern, da wird man besser bezahlt. Bei Löhnen und Renten sind wir nach 30 Jahren immer noch nicht wirklich weiter.« (m, 40–49 J., LK Salzlandkreis)

Die Themen »soziale Gerechtigkeit« und »Arm-Reich-Schere« werden – wenn auch deutlich marginaler und nachgelagerter – auch in den westdeutschen Befragungsstandorten thematisiert, wobei neben der Kritik an zu hohen Sozialleistungen der Fokus hier auf der Gefahr der Elitenbildung/«Abspaltung nach oben« liegt.

»Die Schere zwischen reich und normal wird immer größer. Die Leute mit richtig viel Geld sanieren hier tolle Häuser und schicken ihre Kinder auf die Privatschulen.« (w, 21 J., LK Birkenfeld)

»Ich habe Nachbarn, die sagen sie gehen nicht mehr arbeiten, denn sie bekommen ja so viel Geld und die mieten ein Haus mit 100 Quadratmetern, ich habe keine Ahnung wie das funktioniert. Die haben ihren Spaß und lachen alle aus. Es gibt Leute, die können arbeiten, aber wollen einfach nicht ... da müsste von der Politik mehr Gerechtigkeit erfolgen. Dass die was bekommen, die wirklich Unterstützung brauchen.« (m, 40–49 J., KS Augsburg)

Lokale Herausforderungen mit Stadt-Land-Relevanz

Lokale Herausforderungen, die mit einem Stadt-Land-Gefälle in Verbindung gebracht werden und mit einem Gefühl des Abgehängtseins einhergehen, werden vor allem in den strukturschwachen, ländlich gelegenen Befragungsgebieten als Probleme thematisiert. Vor allem der schwach ausgebaute ÖPNV, der Ärztemangel und die Überalterung werden als faktische Standortnachteile wahrgenommen, die die Position des eigenen Landkreises im deutschlandweiten Kampf um (junge) Fachkräfte zusätzlich schwächt. Auch die während der Diskussionen gewählten Bilder⁸¹ der Befragten aus den strukturschwachen Landkreisen drücken die Wahrnehmung aus, bei den oben genannten Themen im Vergleich zu anderen Regionen »hinterher zu hinken«:

»Hier wo es ländlicher ist, fühlt sich halt alles langsamer an. Anders als Berlin, da wird mehr hingeschaut, als auf ein kleines Dörfchen. Das sind eben die Stadt-Land-Disparitäten.« (w, 50–59 J., LK Salzlandkreis)

»So sah es hier aus, als es mit unserer Region wirtschaftlich bergab ging. Aber das war vor einigen Jahren eigentlich schlimmer als heute. Es hat sich auch Einiges getan.« (m, 50–59 J., LK Birkenfeld)

Im Vergleich zu den als deutschlandweit relevant wahrgenommenen Herausforderungen jedoch (s.o.), erscheinen die Themen mit Stadt-Land-Gefälle insgesamt

81 Die Befragten wurden im Verlauf der Diskussionsrunde gebeten, ein Bild zu finden, welches die Frage beantwortet: »Wie stehen wir gefühlt da im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland?«

weniger vordergründig und weniger dramatisch. Vor allem im strukturschwachen, westdeutschen Landkreis (Birkenfeld) ist das Abgehängtsein ein fast selbstverständlicher, integrierter Teil der lokalen Identität, dem auch positive Seiten abgewonnen werden.

»Wir sind halt für den Rest des Landes die Gegend ganz am Rand der Republik, wo nix los ist. Dafür konnten wir hier ein Haus bauen – das wäre in München unmöglich gewesen.« (w, 40–49 J., LK Birkenfeld)

Im Vergleich dazu nehmen die Befragten in den strukturstarken Standorten, die in oder in der Nähe größerer Städte wohnen deutlich wahr, dass es ihnen durch diese infrastrukturelle Ausstattung bzw. Anbindung im Deutschlandvergleich verhältnismäßig gut geht. In Augsburg kommt gleichzeitig das Gefühl hinzu, im Schatten von München zu stehen, worin aber auch hier Vor- und Nachteile gesehen werden.

»Jede Region ist im Wettkampf mit anderen Regionen, um Ärzte, um Arbeitskräfte. Durch den Standortvorteil mit dem Flughafen und die Nähe zu Berlin steht der Landkreis sehr gut da. Im Vergleich zur Uckermark z. B. sind wir hier gut aufgestellt.« (w, 50–59 J., LK Dahme-Spreewald)

»Bei uns hier im Park gibt es auch so ein Schachbrett, wo immer ganz viele Menschen zusammenkommen. Das steht für mich für die vielen Freizeitmöglichkeiten und kulturellen Angebote, die es hier in Augsburg gibt, auch für junge Leute.« (m, 60–69 J., KS Augsburg)

Schlecht ausgebauter ÖPNV

Schlecht ausgebaute und wenig frequentierte Bus- und Bahnverbindungen werden als zentrales lokales Problem gesehen und führen dazu, dass die Befragten in strukturschwachen Landkreisen ihre Region als regelrecht abgeschnitten empfinden. Diese Wahrnehmung verbindet sich in Teilen auch mit dem Gefühl, eine von der Politik vernachlässigte Region zu sein, vor allem im Vergleich zu anderen ländlichen, aber prosperierenden Gegenden.

»Ich brauche mit der Bahn bis Hamburg 5 Stunden, obwohl es gar nicht so sehr weit weg ist!« (m, 25 J., LK Salzlandkreis)

»Ich habe kein Auto und wenn ich einen Facharzt brauche, muss ich weit fahren, da ist der ÖPNV eine Katastrophe. In Berlin herrscht Aufregung, wenn die U-Bahn 5 Minuten zu spät kommt, hier kommt der Bus gar nicht.« (w, 67 J., LK Birkenfeld)

»Ich habe Freunde in Bayern und da hat jedes Dorf sogar einen eigenen Supermarkt und da funktioniert das besser mit den Bussen von Dorf zu Dorf.« (w, 39 J., LK Birkenfeld)

Hier besteht aus Sicht der Befragten also – vor allem mit Blick auf den Mangel an jungen Menschen und Fachkräften – politischer Handlungsbedarf. Vonseiten

der Politik werden aber entweder keine Ansätze wahrgenommen oder politische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage als unwirksam empfunden.

»Hier gibt es jetzt ein neues Busnetz, auf das ich mich echt gefreut habe, und das ist schlechter als vorher. Bei mir fährt jetzt ein Bus weniger am Tag.« (m, 21 J., LK Birkenfeld)

»Nein, da wird sich gar nix verbessern, es wird eher noch zurückgebaut, ich arbeite ja in dem Bereich. Die Strecken werden größer und schneller. Wenn man im Dorf leben möchte, wird man immer auf private Verkehrsmittel angewiesen sein.« (w, 38 J., LK Salzlandkreis)

Ärztmangel

Der Mangel an Fach-, aber auch an Hausärztinnen und -ärzten wird als eine ländliche Ausprägung des deutschlandweiten Fachkräftemangels gesehen und in allen Landkreisen (d. h. außer in der kreisfreien Stadt Augsburg) als relevantes, weil zunehmendes Problem erachtet. Die Befragten nehmen vereinzelt politische Lösungsansätze wahr, sehen aber darüber hinaus noch einigen Handlungsspielraum und -bedarf.

»Es ist sehr schwer, hier einen Hausarzt zu bekommen, da ganze viele hier über 60 sind, der demografische Wandel ist da verheerend. Auch Facharzttermine sind schwierig zu bekommen. Schwere Erkrankungen zu behandeln ist extrem schwierig.« (w, 67 J., LK Birkenfeld)

»Die Landarztquote, das wurde gut gemacht von der Politik. Aber 8 Plätze sind ein bisschen wenig.« (w, 21 J., LK Birkenfeld)

»Das Hauptproblem ist der NC für Medizin, den müsste man runtersetzen. So viele wollen das machen, können aber nicht, ich verstehe das nicht. Stattdessen holt man sich am Ende Leute aus dem Balkan ins Land, das ist doch schwachsinnig.« (m, 30–39 J., LK Dahme-Spreewald)

Überalterung/Abwanderung junger Menschen

Die geringe Attraktivität ländlich-dörflicher Regionen durch zu wenig Angebote für Jugendliche und die daraus folgende Abwanderung junger Menschen erscheint als problematische Entwicklung, weil die Region damit perspektivisch – sowohl wirtschaftlich als auch kulturell – geschwächt wird. Diese Wahrnehmung manifestiert sich in allen untersuchten Landkreisen (d. h. außer in der kreisfreien Stadt Augsburg).

»Die Jungen wollen halt doch alle nach Berlin, da gibt es viel mehr Möglichkeiten.« (w, 50–59 J., LK Dahme-Spreewald)

»Die Überalterung kann für eine Region schon ein Genickbruch sein. Weil ja viele Probleme auch damit zusammenhängen, Fachkräfte, Ärzte und so weiter.« (w, 60–69 J., LK Birkenfeld)

Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass die Abwanderung junger Menschen vor allem in den ostdeutschen Landkreisen und ländlichen Gebieten stärker und nachhaltiger mit dem Gefühl des Abgehängtseins bzw. einer Abwärtsentwicklung verbunden ist. Das ist – wie auch viele andere Studien nahelegen – möglicherweise auf das Phänomen zurückzuführen, dass in den ländlichen, eher strukturschwachen, ostdeutschen Gebieten tendenziell eher Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen/Frauen abwandern und Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen/Männer häufiger zurückbleiben. Vor allem für Jugendliche aus Familien mit geringem sozialem Status tut die Politik aus Sicht der Befragten hier zu wenig.

»Sie wissen halt nicht, was sie machen sollen und hängen da rum, machen Blödsinn, randalieren und trinken und schmeißen Bierflaschen.« (w, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

»Die Vereine haben lange Wartelisten und Vieles kostet auch Geld.« (w, 50–59 J., LK Salzlandkreis)

Demgegenüber manifestiert sich im ländlichen, westdeutschen Befragungsstandort (LK Birkenfeld) eine stärkere Identifikation und Bindung unter jungen Befragten, die heterogene, soziodemografische Merkmale aufweisen, d. h. sowohl unter jungen Männern als auch unter jungen Frauen, mit niedrigen und mit hohen Bildungsabschlüssen.

»Klar, der Jugend fehlt was, Idar-Oberstein lebt nicht wirklich. Aber unter den Jugendlichen, die noch hier sind, gibt es eine unglaubliche Gemeinschaft, da ist jedes Wochenende was, in irgendeiner Dorfkneipe. Und das ist nicht aus der Not, sondern weil wir uns aneinander erfreuen. Das ist einfach auch der Grund, warum hier nie weggehen werde.« (w, 18–29 J., LK Birkenfeld)

»Ich weiß, dass ich zum Studieren wegwill, aber ich werde wieder herkommen.« (m, 18–29 J., LK Birkenfeld)

Zu wenig Industrie/zu wenig Arbeit

Die wirtschaftliche Schwäche der eigenen Region wird vor allem in den strukturschwachen Landkreisen als Herausforderung empfunden. Das Problem manifestiert sich zum einen als Standortnachteil beim Kampf um Fachkräfte und beeinträchtigt zum anderen die Lebensqualität und den sozioökonomischen Status – durch die Notwendigkeit zu pendeln, geringere Gehälter oder längere Phasen von Arbeitslosigkeit.

»Ich würde mich als Handwerker immer da ansiedeln, wo die meisten Kunden sind und das sind Großstädte. Je ländlicher eine Gegend, desto weniger Facharbeiter und desto weniger Geld.« (m, 30–39 J., LK Birkenfeld)

»Ich bin 57 und arbeitslos und bekomme hier in der Gegend einfach keinen neuen Job mehr.«
(m, 50–59 J., LK Birkenfeld)

In den ostdeutschen Befragungsgebieten und unabhängig von der Strukturstärke des Landkreises, wird der Mangel an Industrie und Arbeit auch als Ost-West-Problematik thematisiert und als nachwirkendes, negatives Erbe des Transformationsprozesses gesehen.

»Das mit der fehlenden Industrie sehe ich auch entlang der Ost-West-Linie: viele Firmen hier wurden tot gemacht, die Arbeitslosigkeit ist hier höher. In größeren Städten Richtung Halle/Leipzig ist das wieder komplett anders. Da ist auch ein anderer Lohnmächtkampf unter den Firmen.« (m, 40–49 J., LK Salzlandkreis)

»Wir haben ja nicht nur reiche Bundesländer, Bayern und BadenWürttemberg, das sind die reichsten. Bei BMW kommst du mit 60.000 brutto nach Hause, wie viele sind das in Ostdeutschland? Die ganzen volkseigenen Betriebe hat es nach der Wende hart getroffen.« (m, 50–59 J. LK Dahme-Spreewald)

6.4.5 Wahrnehmung der Politik und politischen Handelns

Pessimistische Gesamtstimmung überwiegt

Mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland dominieren bei den Befragten vor allem Zukunftssorgen und -ängste. Obwohl sich regionale Unterschiede zeigen, d. h. obwohl diese Sorgen und Ängste in den ostdeutschen Befragungsgebieten stärker sichtbar werden, besteht bei allen Befragten das Gefühl einer kontinuierlichen Abwärtsbewegung. Begleitet wird diese pessimistische Sicht von der Wahrnehmung einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft und gereizten gesellschaftlichen Stimmung, was die Sorgen und die negativen Wahrnehmungen noch verstärkt.

»Wir haben eine gesplattene Gesellschaft, das besorgt mich, die Stimmung ist so aufgeheizt.«
(w, 50–59 J., LK Salzlandkreis)

»Was ich beobachte ist, dass die Solidarität in den letzten Jahren abgenommen hat hier in Deutschland und das viele Leute immer stärker auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind.« (m, 60–69 J., KS Augsburg)

»Diese Grüppchenbildung, alle gegen alle, alles wird aggressiver.« (m, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

Als zeitliche Meilensteine dieser Abwärts-Bewegung werden häufig die Flüchtlingskrise 2015, die Corona-Pandemie und die Energiekrise/Inflation (im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg) genannt.

»Wer heute AFD wählt, die haben vor 2015 CDU oder SPD gewählt, mit der Willkommenskultur hat der Umschwung angefangen, da wussten die Leute nicht mehr was hier passiert. Das war ein Kipppunkt. Dann kam Corona, da wurde uns die Gefahr vorgegaukelt, nach Corona kam der Ukraine-Krieg mit den durch die Decke schießenden Energiepreisen.« (m, 40 J., LK Dahme-Spreewald)

»Durch die Pandemie hat man die Skeptiker von Corona und Impfung gegen die anderen aufgebracht, wer impfkritisch war, war ein böser Mensch und Verschwörungstheoretiker. Das hat viele gegeneinander aufgehetzt und nicht zusammengeführt – sogar innerhalb von Familien.« (m, 40–49 J., LK Dahme-Spreewald)

»Während Corona wurde alles isoliert, die Menschen sind aggressiver geworden. Seitdem sinkt auch die Lebensqualität, alles ist teurer geworden, aber wie kann der Menschen noch leben.« (m, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

Dennoch gibt es auch vereinzelt positive Stimmen, die betonen, dass die Lebensqualität in Deutschland – vor allem im Vergleich zu anderen Ländern – noch sehr hoch ist. Diese Sicht findet sich verstärkt unter Befragten, die ihre Situation als relativ privilegiert einschätzen (eher urban-akademische Milieus) und auch unter Befragten mit Migrationsgeschichte.

»Natürlich wird es nicht leichter werden, das glaube ich auch nicht, aber ich glaube man kann vieles bewältigen, wenn man bereit ist ... uns geht es nicht schlecht, vor allem wenn ich da hinschaue in andere Länder, da denke ich nicht, dass es bei uns soweit runter geht, das kann ich mir gar nicht vorstellen. Vielleicht kommen wir auch mit ein bisschen weniger zurecht und unsginge es trotzdem noch gut.« (m, 40–49, KS Augsburg)

Die Politik/die Bundesregierung wirkt nicht handlungsmächtig

Viele der Befragten eint das generelle Gefühl, dass die die Bundesregierung nicht wirksam, konzertiert und zielgerichtet (genug) agiert, um ihre Bürgerinnen und Bürger vor den aktuellen, bedrohlichen Multi-Krisen und ihren Konsequenzen zu schützen. Eine Ursache dafür scheint, aus Sicht der Interviewten, in der fehlenden Nachvollziehbarkeit des politischen Handelns zu liegen. Die aktuelle Bundesregierung kommt Vielen plan- und ziellos vor, konkrete Vorhaben, Arbeitserfolge und Lösungen werden kaum wahrgenommen. Den Befragten fehlen offene, ehrliche und transparente Erklärungen und Begründungen für politische Vorgänge und Entscheidungen.

»Es gibt keinen Plan von der Regierung, wie man die Probleme beheben kann. Es ist ein einiges Hin und Her und es kommen immer neue Probleme dazu, keine konkreten Lösungen von der Politik.« (w, 50–59 J., LK Dahme-Spreewald)

»Man will eine Richtung sehen, wohin geht die Politik, alles ist so schwammig. Da kommt keine Zuversicht in die Zukunft, kein Plan, wie wir die Grenzen schützen, wie in Zukunft dafür sor-

gen, dass Lebensmittelpreise sich normalisieren, das Energiepreise sinken.« (m, 50–59 J., LK Salzlandkreis)

»Kommunikation und Transparenz. Ich muss alles nachvollziehen können, wenn ich mich dafür interessiere. Politik muss offen sein. Alles andere bringt nichts. Ich muss sagen, warum werden die Zebrastreifen weggenommen, das muss im Detail irgendwo stehen und ich muss es barrierefrei nachforschen können.« (m, 30–39 J., LK Birkenfeld)

»Es traut sich auch keiner die Wahrheit zu sagen. Ich bin kein Linker, aber Gysi ist mir sympathisch, der hat über Sachen gesprochen und auch die Hintergründe erläutert, warum das so passiert ist. Das machen die meisten Politiker nicht. Die legen nicht die Karten auf den Tisch. Das ist das Problem. Die Transparenz fehlt.« (m, 50–59 J., LK Birkenfeld)

»Sie sollten einfach sagen, was Sache ist und vielleicht besser kommunizieren, damit wir erfahren warum das so ist oder warum es nicht so ist.« (w, 60–69 J., KS Augsburg)

Ein weiteres Problem für die wahrgenommene Handlungsschwäche wird in der fehlenden Entschlossenheit der (regierenden) Politikerinnen und Politiker gesehen und auch in dem fehlenden Mut, (unpopuläre) Entscheidungen zu treffen. Viele Befragte haben den Eindruck, dass in hohen politischen Positionen häufig eher abgewartet und gezögert anstatt gehandelt wird. In diesem Zusammenhang kommen weitere Krisenthemen – wie z. B. der Klimawandel oder der Zustand des deutschen Gesundheitssystems – auf die Agenda, die Auslöser für starke Zukunftssorgen sind.

»Meine größte Angst ist ehrlich gesagt der Klimawandel ist, da bräuchte ich von der Politik mehr Einigkeit, Entschlossenheit und schnelles Handeln.« (m, 36 J., LK Birkenfeld)

»Was gerade im Gesundheitswesen passiert, ist sehr besorgniserregend. Wenn man in diesem Sektor arbeitet, bekommt man mit, dass es immer brenzlicher wird und schlimmer, und ich denke immer ›Hey Leute wir müssen jetzt etwas machen!‹ Wir können nicht warten, bis es richtig scheiße wird.« (w, 33 J., KS Augsburg)

Die wahrgenommene Uneinigkeit der aktuellen Bundesregierung wird als weiteres Hindernis für wirksames politisches Handeln gesehen und kritisiert. In diesem Zusammenhang wird auch beklagt, dass sich politische Debatten und Ressourcen zu häufig am politischen Gegner abarbeiten, anstatt die »Energie« in Lösungen zu »investieren«.

»Die sind die ganze Zeit damit beschäftigt, eine andere Partei anzugreifen, anstatt zu überlegen, was zu tun ist.« (m, 40–49 J., KS Augsburg)

Eine andere, entscheidende Ursache dafür, dass die Politik nicht wirksam im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger zu handeln scheint, wird im Setzen »falscher« Prioritäten gesehen. In der Wahrnehmung vieler Befragter beschäftigt sich die Politik nicht ausreichend mit den Themen und Herausforderungen der »norma-

len« und »kleinen« Leute und bringt stattdessen Themen auf die Tagesordnung, die als elitär und realitätsfern erscheinen. Dabei wird das Bild der »abgehobenen Eliten« etwas expliziter und stärker in den ostdeutschen Befragungsstandorten formuliert.

»Man sollte sich mehr auf die Hauptbaustellen konzentrieren, auf die Brennpunkte und nicht auf sowas wie die Gender-Thematik. Und was soll feministische Außenpolitik sein? Die leben komplett in ihrer eigenen Welt.« (m, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

Im Kontext der Wahrnehmung, dass die Politik auf die falschen Themen setzt, wird vor dem Hintergrund sichtbar knapper werdender ökonomischer Ressourcen auch die Forderung geäußert, die politische Agenda stärker nach nationalstaatlichen Interessen auszurichten und damit in erster Linie die Interessen deutscher Staatsbürgerinnen und -bürger zu vertreten. Diese Sicht zeigt sich in den ostdeutschen Standorten etwas stärker, wird aber auch in den westdeutschen Standorten laut.

»Ich würde mir wünschen, dass die deutschen Bürger wieder mehr Gelder bekommen. Ich finde es schön, dass Deutschland anderen Ländern hilft, aber ich finde es nicht schön, wenn wir Deutschen vergessen werden.« (w, 18–29 J., KS Augsburg)

»Es wird eine globale Politik gemacht, keine nationale mehr. Eigentlich müsst es so ähnlich sein wie bei Trump ... »America First«, dann eben »Germany First«, dass die Regierung für Deutschland arbeitet.« (m, 30–39 J., LK Dahme-Spreewald)

»Wir müssen erst mal für Sicherheit bei uns sorgen, z. B. was die Rente angeht. Man muss zuerst schauen, was hier benötigt wird und nicht im Ausland.« (m, 30–39 J., LK Salzlandkreis)

Nicht zuletzt wird von einigen Interviewten wahrgenommen und beklagt, dass politisches Handeln häufig von Lobbyismus, Macht- und Geldinteressen getrieben sei, was das Vertrauen in die Politik zusätzlich schwäche.

»Keiner tritt mehr zurück. (...) Es wird keine Verantwortung übernommen, das ist Denken an den eigenen Vorteil, das ist keine Demokratie.« (m, 40–49 J., KS Augsburg)

»Lobbyismus ist ein Problem. Zum Beispiel das Masken-Gate während Corona (...). Leider stimmt es: Geld regiert die Welt.« (m, 18–29, LK Birkenfeld)

Im Kontext der kritischen Diskussion über die Arbeit der aktuellen Regierung werden marginal aber vehement, in Ost und West, auch sehr pauschale Abwertungen geäußert. Gleichzeitig werden aber auch – wenn auch moderater und zurückgenommener – vereinzelt konstruktive Äußerungen über die aktuelle Bundesregierung getätigt – sowohl in den ostdeutschen, als auch in den westdeutschen Befragungsstandorten.

»Die Ampel-Regierung kommt in den Medien auch ganz schön schlecht weg. Wenn man sich den Koalitionsvertrag anschaut, haben die, Stand jetzt, ungefähr Halbzeit, fast 70 Prozent ihrer

Versprechen eingelöst. Die GroKo hatte zur Halbzeit 40 Prozent eingelöst. Ich will den Job nicht haben, ich will kein Politiker sein.« (m, 18–29 J., LK Salzlandkreis)

»Von der letzten Regierung ist ja alles ausgesessen worden und jetzt kommt diese Welle über die neue Koalition, die im Prinzip sehr viele Entscheidungen angestoßen hat, sehr viel umgesetzt hat, aber sich in der Außendarstellung katastrophal verkauft.« (m, 63 J., KS Augsburg)

Verbreitetes Gefühl, von der Politik nicht gehört zu werden

Die relativ verbreitete Wahrnehmung, dass die Politik das Land nicht effizient (in die richtige Richtung) steuern und die zentralen Herausforderungen lösen kann, trifft gleichzeitig auf das verbreitete Gefühl, dass die eigenen Ängste und Anliegen von der Politik nicht gehört werden, was Ohnmacht und Wut erzeugt. Diese Wut wird noch verstärkt durch den Eindruck, keine alternative Wahloption zu haben, die von den etablierten Parteien und der medialen Öffentlichkeit akzeptiert, sondern als »falsch« und »undemokratisch« denunziert wird.

»Die Menschen zeigen immer mehr, was sie wollen, aber es wird ignoriert!« (m, 39 J., LK Salzlandkreis)

»Was mich so hilflos macht, welche Alternativen gibt es denn? Es gibt niemanden den man wählen würde und dann wird es besser. Das löst Unsicherheit aus, das macht Angst, und ängstliche Menschen suchen nach Halt, nach jemanden der die Richtung vorgibt, dem schließen sich die Leute an.« (w, 50–59 J., LK Dahme-Spreewald)

»Nach der Landtagswahl, da haben sich die meisten Parteien doch nur darüber aufgeregt, dass die AfD, so viele Punkte gewonnen hat, aber keiner hat Konsequenz daraus gezogen. Wenn ich höre, dass ein Politiker sagt die AfD ist doch keine demokratische Partei, ja also ich bitte dich! Dann hätte sie ja nicht auf der Liste sein dürfen. In meinem Kopf ist wirklich kein Platz für die AfD, aber wenn ich diese Arroganz der etablierten Parteien sehe ... Das regt mich auf.« (w, 60–69 J., KS Augsburg)

Sicht auf die Demokratie und Vertrauen in die Politik

Die zunehmende Wahrnehmung, dass die Politik die Interessen der Bevölkerung nicht mehr angemessen, ausreichend und wirksam genug vertritt, beeinträchtigt die generelle Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in allen Befragungsstandorten. Auf den zweiten Blick jedoch lassen sich bei der Sicht auf die Demokratie und das politische System auch Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Befragten erkennen, die möglicherweise auf die (vererbte) politische Sozialisation in verschiedenen politischen Systemen zurückzuführen ist.

Äußerungen von westdeutschen Befragten weisen darauf hin, dass auch das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen gesellschaftli-

chen Bereichen, ihre Selbstwirksamkeit und Teilhabe als ein wichtiger Teil des demokratischen und politischen Systems verstanden werden.

»Demokratie lebt vom Mitmachen, man kann lokal anfangen.« (m, 30–39 J., LK Birkenfeld)

»Wenn wir uns nur beschwerten, aber nie selber etwas tun, dann ändert sich ja auch nichts. Wenn mir etwas auf den Geist geht oder wenn ich denke, dass etwas total Falsches passiert, dann gehe ich eben zum Bürgermeister und spreche mit ihm. Einfach darüber reden, was Sache ist und vielleicht erfahren warum das so ist oder warum es nicht so ist.« (w, 60–69 J., KS Augsburg)

Die Äußerungen zu Demokratie und Politikvertrauen in den ostdeutschen Befragungsstandorten spiegeln dagegen (unabhängig von der Strukturstärke der Region) häufiger Denkkonzepte, die das »Wir«/das Volk/das Unten und die Politik/»die da oben« voneinander entkoppeln und gegenüberstellen. Auch die möglicherweise damit zusammenhängende Affinität zur Idee der Basisdemokratie ist eher unter ostdeutschen Befragten präsent.

»Die leben in ihrer eigenen Blase da oben, die können sich alles leisten, durch die hohen Gehälter. Die fahren mit großen Protzautos, dann brauchen sie uns nichts von der Umwelt erzählen. Die Politiker sollten sich erst mal an die eigene Nase fassen, bevor sie was beschließen, was wir dann ausbaden.« (m, 46 J., LK Salzlandkreis)

»Demokratie heißt, die Stimme des Volkes zu hören, Basisdemokratie. Es sollte mehr Volksentscheide geben, dass die Bürger bei Gesetzen mitentscheiden können.« (w, 65 J., LK Dahme-Spreewald)

7. Zentrale Untersuchungsbefunde des Deutschland-Monitors '23

Der Deutschland-Monitor 2023 kommt auf der Basis der drei miteinander verbundenen Erhebungen – einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, einer regionalisierten Vertiefungsstudie in strukturschwachen und -starken Kreisen in Ost- und Westdeutschland sowie Fokusgruppeninterviews – zu folgenden zentralen Untersuchungsbefunden:

1. Im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas »Stadt und Land« wird das verbreitete Vorurteil entkräftet, Städte seien per se bezüglich Infrastruktur und Daseinsvorsorge gut ausgestattet und ländliche Räume unterversorgt. Vielmehr sehen mit 65 Prozent fast 2/3 der Befragten des Deutschland-Monitors 2023 ihren Wohnort als einen attraktiven Ort zum Leben an – und dies unabhängig von Ortsgröße, Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur oder Lage in West- oder Ostdeutschland. Weniger als 2 Prozent der Befragten sprechen ihrem Wohnort jegliche Anziehungskraft ab. Insbesondere 2 Punkte tragen dazu bei, dass Menschen ihren Wohnort als lebenswert ansehen: Das ist zum einen ein wahrgenommener starker Zusammenhalt, der unter anderem auf gegenseitigem Vertrauen beruht. Und das ist zum anderen eine als vorteilhaft eingeschätzte Güte des Standorts, die sich an der bisherigen und künftigen Entwicklung des Wohnorts sowie seiner wirtschaftlichen Situation bemisst.
2. Die allgemein positive Bewertung der Wohnorte in Stadt und Land erklärt sich auch dadurch, dass die individuellen Vorlieben bei der Bewertung der Qualität der Lebensbedingungen unterschiedlich sind. Erschwernisse des Lebens auf dem Lande, zum Beispiel bezüglich Mobilität und Freizeitgestaltung, werden durchaus wahrgenommen. Doch solche Standortnachteile werden in der persönlichen Güterabwägung häufig ausgeglichen durch eine hohe sozialräumliche Lebensqualität, die sich unter anderem durch eine ruhige Wohnlage, Weiträumigkeit und gute nachbarschaftliche Beziehungen auszeichnet.
3. Insgesamt zeigen die Monitor-Daten eine hohe Zufriedenheit mit der Verfügbarkeit bzw. Erreichbarkeit in nahezu allen Bereichen der Infrastruktur. Mit den Einkaufsmöglichkeiten, schnellem Internet, Pflegeleistungen, Kin-

derbetreuung und hausärztlicher Versorgung sind jeweils mindestens 60 Prozent der Befragten zufrieden. Allerdings ist jede(r) fünfte Befragte unzufrieden mit dem Angebot und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge vor Ort. Überdurchschnittlich häufig kritisiert werden die Erreichbarkeit von Fachärztinnen und Fachärzten sowie im ländlichen Raum der öffentliche Personennahverkehr. Menschen in Kommunen mit guter sozioökonomischer Lage sind im Schnitt mit der öffentlichen Infrastruktur deutlich zufriedener als in Kommunen mit schlechterer ökonomischer Lage. Das zeigt die große Bedeutung der kommunalen Finanzausstattung für die Daseinsvorsorge vor Ort. Erkennbar ist zugleich ein Symptom sozialer Spaltung: Wer sich selbst oder seine Region als benachteiligt wahrnimmt, bewertet auch die Standortgüter des Wohnorts, das heißt dessen Entwicklungsperspektiven und ökonomische Situation schlechter.

4. Als stärkste Herausforderungen am Wohnort – in der Stadt mehr als auf dem Land – nennen 60 Prozent der Befragten den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und 58 Prozent den Mangel an Fachkräften, gefolgt vom zunehmenden Gegensatz zwischen Arm und Reich (44 Prozent) sowie der Integration von Menschen aus anderen Ländern (37 Prozent). Menschen in ländlichen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland und bei regional schlechterer sozioökonomischer Ausgangslage, identifizieren die Abwanderung junger Menschen und den Fachkräftemangel stärker als große Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung ihrer Region. Gesamtgesellschaftliche Problemlagen haben also große Auswirkungen für die persönliche Einschätzung der Situation vor Ort. Urbane und ländliche Lebenswelten sind verflochten. Spezifische Probleme der Städte (wie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum) und der ländlichen Regionen (wie die Landflucht) sollten stärker komplementär betrachtet werden.
5. Hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Einstellungen und Stimmungslagen zeigt der Deutschland-Monitor 2023 ein gemischtes Bild: Die grundsätzliche Unterstützung der Demokratie liegt deutschlandweit mit 97 Prozent auf einem sehr hohen Niveau. Hierbei ist der Ost-West-Unterschied ausgesprochen gering. Nur eine kleine Minderheit von 2 Prozent äußert grundsätzliche Gegnerschaft zur Demokratie.
6. Gleichzeitig ist ein bedeutender Anteil der Bevölkerung unzufrieden mit der Praxis der Demokratie. Hier ergibt sich bei den Antworten ost- und westdeutscher Befragter ein gegensätzliches Bild: Während Westdeutsche mit dem Funktionieren der Demokratie mehrheitlich sehr oder eher zufrieden sind (61 Prozent), äußern Ostdeutsche mehrheitlich Unzufriedenheit (56 Prozent).
7. Zwischen beiden Graden der Zustimmung zur Idee der Demokratie und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie liegt der Wert der Ver-

- fassungszufriedenheit. Etwa ein Fünftel (22 Prozent) der Befragten ist unzufrieden mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes. Darunter sind mehr Ostdeutsche (33 Prozent) als Westdeutsche (19 Prozent).
8. Die distanzierte Grundhaltung gegenüber der Politik spiegelt sich auch in einem niedrigen Vertrauen in die Bundesregierung, in einer niedrigen Einschätzung der Rückkopplungsbereitschaft der Politik (Responsivität) sowie in den populistischen Einstellungen einer Minderheit wider. 38 Prozent der Befragten vertrauen der Bundesregierung eher oder uneingeschränkt. Lediglich 14 Prozent sind der Auffassung, dass Politikerinnen und Politiker sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen. Populistisch eingestellt ist knapp ein Viertel (24 Prozent) der Befragten. Mehr als 3/4, also die überwiegende Mehrheit, sind dies indes nicht. In Ostdeutschland (32 Prozent) liegt der Anteil knapp 10 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland (23 Prozent).
 9. Demokratiekritische Ausprägungen der politischen Kultur treten sämtlich in Ostdeutschland stärker auf als in Westdeutschland. Diese Ost-West-Unterschiede erklären sich auch dadurch, dass Ostdeutsche verstärkt das Gefühl haben, nicht den gerechten gesellschaftlichen Anteil zu bekommen. Auch befürchten viele von ihnen, durch die gesellschaftliche Entwicklung auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.
 10. Damit einhergehend haben in Ostdeutschland mehr Menschen den Eindruck, dass sich die Politik nicht ausreichend für ihre Region interessiert und sich zu wenig für deren wirtschaftliche Entwicklung einsetzt. Abgehängt fühlen sich mehr als doppelt so viele Ostdeutsche (19 Prozent) wie Westdeutsche (8 Prozent). Dieses »Gefühl des Abgehängtseins« ist zudem in jenen ostdeutschen und strukturschwachen Kreisen besonders stark verbreitet, die stärker von Überalterung und Abwanderung betroffen sind. Es ist zudem eng mit populistischen Einstellungen verbunden.
 11. Bezüglich der Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat besteht der seit der Wiedervereinigung bestehende breite gesamtdeutsche Konsens weiter fort. 66 Prozent der Westdeutschen und 78 Prozent der Ostdeutschen äußern die Auffassung, dass der Staat dafür verantwortlich sei, allgemeine Lebensrisiken aufzufangen bzw. abzufedern. Nahezu einmütig sehen die Bürgerinnen und Bürger in beiden Landesteilen den Staat in der Pflicht, leistungsfähige Systeme sozialer Sicherung sowie preiswerten Wohnraum zu gewährleisten. Wie ein Vergleich der Monitor-Daten mit einer früheren Studie zeigt, ist innerhalb des vergangenen Jahrzehnts in Ost- wie Westdeutschland der Ruf nach staatlicher Regulierung für nahezu alle abgefragten wirtschaftlichen Herausforderungen und sozialen Risiken lauter geworden. Das betrifft die Versorgung im Krankheitsfall, im Alter und bei Arbeitslosigkeit, ebenso die

- Förderung industriellen Wachstums und den Abbau von Einkommensunterschieden, ferner Lohn- und Preiskontrollen sowie eine Arbeitsplatzgarantie »für jeden, der arbeiten will«. Ost-West-Unterschiede bestehen bei der Nachfrage dieser Staatshilfen zwar weiterhin, haben sich jedoch abgeschwächt.
12. Wie wirken sich die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen und Landkreisen auf die gesellschaftspolitischen Einstellungen der Menschen vor Ort aus? Die regionalisierte Vertiefungsbefragung in Kreisen mit höherer und geringerer Prosperität zeigt, dass Lebensqualität, Standortgüte und der soziale Zusammenhalt am Wohnort in prosperierenden Kreisen besser bewertet werden als in strukturschwachen Regionen. Das gilt in Ost- und West-deutschland. Somit verläuft diese Trennlinie quer zur Ost-West-Dichotomie. Die vor Ort gegebenen Struktur- und Lebensbedingungen beeinflussen sowohl, wie die Menschen ihre Lebensqualität bewerten, also auch ihre gesellschaftspolitischen Einstellungen.
 13. Zwischen der persönlichen Einschätzung der Bedingungen am Wohnort einerseits und politischen Einstellungen andererseits bestehen deutliche Zusammenhänge. Regionale Kontexte sind, sofern sie zur Lebenszufriedenheit beitragen, eine wichtige Stütze für die allgemeine Legitimität des politisch-administrativen Systems. Folglich sind sie auch eine Schlüsselgröße für die Stabilität der Demokratie. Wer die Lebensqualität, die Standortgüte und die sozialen Kontakte am Wohnort schätzt, hat auch vom Funktionieren der Demokratie und von der Vertrauenswürdigkeit staatlicher Einrichtungen eine gute Meinung. Und die gegenteilige Gleichung gilt ebenso.
 14. Neben den Kontexteffekten zeigt sich erwartungsgemäß ein starker Einfluss individueller Faktoren auf politische und gesellschaftliche Einstellungen. Zu diesen Faktoren gehören neben dem Bildungsstand insbesondere die wahrgenommene eigene wirtschaftliche Situation sowie empfundene Benachteiligungen und Sorgen. Das Vertrauen in die Politik ist geringer, wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihnen der gerechte gesellschaftliche Anteil vorenthalten bleibt oder ihr gesellschaftlicher Status bedroht ist. Diese Gruppe neigt auch eher zu populistischen und antidemokratischen Einstellungen.
 15. Dass die persönlichen Bewertungen des Wohnorts und politische Einstellungen eng miteinander zusammenhängen, ist ein für die Politik in Bund, Land und Kommunen bedenkenswerter Untersuchungsbefund. Um die demokratische politische Kultur in Deutschland krisenfester zu machen, böte sich konkret an, intensiver als das bisher schon geschieht, die Standortbedingungen von strukturschwachen Wohnorten und ihrer näheren Umgebung gezielt zu verbessern. Regionale Strukturpolitik sollte verstärkt weniger prosperierende Regionen adressieren, also dort, wo das »Gefühl des Abgehängtseins« und populistische Einstellungen am meisten verbreitet sind. Sie sollte insbeson-

dere Anreize setzen für den Verbleib bzw. die Gewinnung junger Menschen. Dafür könnte auch auf die vorhandene soziale Ressource einer weitverbreiteten Ortsverbundenheit und eines überwiegend positiv empfundenen gesellschaftlichen Zusammenhalts zurückgegriffen werden.

8. Debatte – Kommentare zu Konzeption, Methodik und Befunden der Untersuchung aus der Sicht von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik

8.0 Vorbemerkung

Wie eingangs (siehe Abschnitt 1.1.) ausgeführt, soll der erstmals 2023 durchgeführte und in den folgenden Jahren fortgesetzte Deutschland-Monitor politische Aufklärung in mehrfacher Weise fördern. Seine Befunde dienen erstens der Politikberatung in Zeiten wachsenden politischen Handlungsdrucks. Zweitens sollen sie Denkanstöße für den öffentlichen Diskurs über aktuelle Fragen zur Zukunft der Demokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Bilanz der Wiedervereinigung geben. Vor dem Hintergrund einer andauernden Vielfachkrise und in einem polarisierten Meinungsklima sollen empirisch fundierte Erkenntnisse, wie sie der Deutschland-Monitor anbietet, zur Versachlichung beitragen. Drittens soll der Deutschland-Monitor für die sozialwissenschaftliche Politik- und Sozialforschung inhaltlich und methodisch innovative Impulse liefern. Damit rückt insbesondere sein Forschungsansatz einer das gesamte Bundesgebiet einbeziehenden Regionalisierung und Kontextualisierung der Bevölkerungsumfrage in den Blick. Zudem wird der Datensatz der Wissenschaft zur Verfügung gestellt und steht entsprechend bereit für weitere wissenschaftliche Analysen.

Die Deutschland-Monitore 2023 bis 2025 sind bewusst als Pilotphase angelegt, um unterschiedliche Forschungsdesigns, Erhebungsmethoden und Frageinhalte zu erproben und die Vor- und Nachteile evidenzbasiert für das Gesamtvorhaben zu bewerten. Diese Befunde sollen die Grundlage für eine dauerhafte Konzeption und Verstetigung des Deutschland-Monitors bilden. Vor diesem Hintergrund ist es ein zentrales Anliegen des Forschungskonsortiums, nicht nur die zentralen Ergebnisse der Studie, sondern auch ihre Konzeption und Methodik mit den unterschiedlichen Zielgruppen zu diskutieren und kritisch zu reflektieren. Daher wurden Expertinnen und Experten aus den Sozial- und Geschichtswissenschaften, der Zivilgesellschaft sowie Politik und Verwaltung gebeten, das theoretische Erklärungskonzept und die inhaltliche Konzeption, die methodische Vorgehensweise bei Erhebung und Auswertung der Daten sowie die Stringenz der

auf dieser Basis präsentierten Befunde kritischer Betrachtung zu unterziehen. Dazu haben wir zunächst zwei Veranstaltungen organisiert, um in eine mündliche Diskussion und einen offenen Austausch einzutreten: Zum einen haben wir am 18. und 19. Januar 2024 eine wissenschaftliche Konferenz im Bundeskanzleramt durchgeführt. Zum anderen haben wir ein Forum zum Schwerpunktthema des Deutschland-Monitors 2023 »Stand und Land« am 22. Februar 2024 im GovTechCampus zu Berlin veranstaltet, das sich an eine erweiterte Öffentlichkeit richtete. Die Vortragenden haben ihre Beiträge auf Basis der Präsentationen und Diskussionen auf diesen beiden Veranstaltungen ebenso wie auf Basis einer ersten Fassung des Hauptberichts des Deutschland-Monitors 2023 (vgl. Kapitel 1–7) verfasst⁸².

Im nachstehenden Teil »Debatte« dieses Buches sind insgesamt zwölf Kommentare in der von den Verfasserinnen und Verfassern autorisierten schriftlichen Fassung abgedruckt. Im Abschnitt 8.1 sind zunächst in alphabetischer Reihenfolge die Beiträge der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler enthalten. *Simon T. Franzmann* (Georg-August-Universität Göttingen) beleuchtet in seinem Kommentar die innovative methodische Anlage und deren Herausforderungen in Bezug auf das Mixed-Methods-Design und das rotierende Kreispanel. Zum anderen diskutiert er in Bezug auf den Fragekanon des Deutschland-Monitors die verwendeten Items, u.a. die Messung von Responsivität. *Tom Mannewitz* (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung) prognostiziert, dass die Studie zu einem »zentralen Anlaufpunkt für all jene entwickeln [wird], die sich für das gesellschaftliche Klima in Deutschland interessieren«. Er schlägt davon ausgehend eine detailliertere Untersuchung der Einstellungen zur Demokratie, zu der Haltung zu Systemalternativen und Extremismus vor, die in zukünftigen Schwerpunkten aufgegriffen werden könnten. *Theres Matthieß* (Georg-August-Universität Göttingen) diskutiert die differenzierten Befunde zu »Ost« und »West«: Während die Unterschiede in einigen Bereichen weniger relevant sind als gemeinhin angenommen und stattdessen stärkere Unterschiede zwischen strukturschwachen und -starken Regionen bestehen, »fallen einige ernstzunehmende Unterschiede zwischen Ost und West auf, etwa in Bezug auf die Wiedervereinigungsbilanz und das »Gefühl des Abgehängtseins««. Vor diesem Hintergrund schlägt sie eine stärkere Fokussierung auf die Bedeutung von Identitäten wie einer »Ost-Identität« als Erklärungsfaktor vor. *Christina Morina* (Universität Bielefeld) plädiert für eine tiefgehende Analyse des Demokratieverständnisses in der Bevölkerung. So sollte in weiteren Deutschland-Monitoren genauer untersucht wer-

82 Einige Kritikpunkte der Teilnehmenden der beiden Veranstaltungen, die sich in den folgenden Kommentaren wiederfinden, wurden bei der finalen Fassung des Deutschland-Monitors 2023 (vgl. etwa Abschnitt 4.1) bereits berücksichtigt.

den, »was Menschen unter Demokratie verstehen, was demokratische Politik und ein demokratisches Miteinander für sie ausmacht, wie sie sich ihre eigene Rolle in einem demokratischen System vorstellen«.

Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen) betont in ihren Ausführungen die Bedeutung der Migration, die in zukünftigen Deutschland-Monitoren angesichts gegenwärtiger und grundsätzlicher Debatten in Deutschland einen stärkeren Stellenwert erhalten sollte. Zudem regt sie an, neben den besonders strukturschwachen und strukturstarken Kreisen in der regionalen Vertiefungsstudie auch durchschnittliche Kreise zu integrieren, um die Ursachen von Einstellungsunterschieden besser bestimmen zu können. *Nils Teichler* (Universität Bremen) hebt das rollierende Kreispanel als »ein wertvolles Alleinstellungsmerkmal (...) in der sozialwissenschaftlichen Survey-Landschaft« hervor. Er diskutiert, ob eine Verlängerung des Erhebungszyklus sinnvoll wäre, um Dynamiken regionaler Prosperität und deren Effekte auf Einstellungen besser erfassen zu können. Er schlägt zudem vor, zukünftig stärker mit dem Forschungszentrum Gesellschaftlicher Zusammenhalt und weiteren Forschungseinrichtungen zu kooperieren, um Synergien zu nutzen. *Eva-Maria Trüdinger* (Universität Stuttgart) hält die in der Pilotphase vorgesehene Verwendung unterschiedlicher Erhebungsmethoden für sehr sinnvoll. Zudem entwickelt sie Vorschläge für zukünftige Schwerpunktthemen, u. a. zu der Frage, wie die wahrgenommenen Gerechtigkeitslücken und Statusängste aus Sicht der Befragten abgebaut werden könnten. *Kerstin Völkl* (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) diskutiert ausführlich die Vorteile des verwendeten Mixed-Methods-Design aus quantitativen und qualitativen Methoden. Gleichzeitig schlägt sie vor, statt des für den Deutschland-Monitor 2023 eingesetzten *parallelen* zukünftig *sequenzielle* Mixed-Methods-Design zu nutzen.

In Abschnitt 8.2 folgen die Kommentare der Vortragenden aus Zivilgesellschaft und Politik. *Cathleen Bochmann* (Aktion Zivilcourage e.V., Pirna) hebt den hohen Wert empirischer Daten für die Zivilgesellschaft hervor, da sie »wertvolle Anhaltspunkte für die Entwicklung zielgerichteter Strategien« bieten. So zeige die niedrige Responsivitätswahrnehmung in der Bevölkerung, dass Dialogformate für den Austausch zwischen Politik und Bevölkerung, Beteiligungsverfahren sowie die Förderung kommunalpolitischen Engagements wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie seien.

Juliane Stückrad (Volkskundliche Beratungsstelle für Thüringen) verbindet die Analysen des Deutschland-Monitors zum Schwerpunktthema »Stadt und Land« mit ihren eigenen ethnographischen Untersuchungen zu den Folgen von Arbeitslosigkeit, demografischen Schrumpfungsprozessen und Verlust von Infrastruktur in den ländlichen Regionen. Sie plädiert dafür, die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu stärken. *Stephan Meyer* betont als Landrat des Landkreises

Görlitz ebenfalls die Bedeutung der kommunalen Ebene. Ausgehend von den konkreten Maßnahmen vor Ort sieht er in Übereinstimmung mit den Ergebnissen des Schwerpunktthemas eine engere Vernetzung urbaner und ländlicher Lebenswelten für zentral an und betont die Bedeutung regionaler Strukturpolitik. Zielsetzung und Relevanz des Deutschland-Monitors für die politische Praxis diskutieren *Michael Miebach* und *Christiane Scholz* (Arbeitsstab des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland). Wichtig sei, dass der Deutschland-Monitor nicht zu einer weiteren Spaltung zwischen Ost und West beitrage, sondern auch Verbindendes zwischen vergleichbaren Regionen im Osten und Westen Deutschlands herausarbeite. Zentrales Ziel des Deutschland-Monitors sei es, »Impulse für die Debatte über aktuelle Fragen, die Bilanz der Wiedervereinigung und die Zukunft unserer Demokratie zu geben und Orientierung für politisches Handeln zu stiften.

Allen oben Genannten ist das Team des Deutschland-Monitors für ihre Mühe und zahlreiche konstruktive Anregungen zu großem Dank verpflichtet. Einige Hinweise haben in die hier vorliegende Buchpublikation noch Eingang gefunden; weitere Hinweise werden in den künftigen Deutschland-Monitoren aufgegriffen und umgesetzt werden.

8.1 Kommentare aus der Wissenschaft⁸³

Simon T. Franzmann

Der Deutschlandmonitor liefert interessante Erkenntnisse zu den politischen Verhältnissen in Deutschland und nimmt als Schwerpunktthema insbesondere das Stadt-Land-Verhältnis in den Blick. Das Ergebnis, dass die strukturellen Konfliktdynamiken in Ost und West ähnlich sind, ist politisch wie wissenschaftlich bemerkenswert. Der Fokus auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse berücksichtigt den grundgesetzlichen Auftrag und birgt hohes Potential für eine eigenständige Erhebung. Die Studie profitiert sehr von den Erfahrungen des Thüringen-Monitors und des früheren Sachsen-Anhalt Monitors sowie der methodischen Expertise der GESIS. Der Deutschlandmonitor hat damit das Potential, in gesellschaftspolitisch herausfordernden Zeiten Öffentlichkeit und Politik zu informieren. Die Übernahme des Sozialitätsindex (SIX) sowie die Items zum Gefühl des Abgehängtseins gefallen mir sehr gut. Der Fragebogen

⁸³ In den Kommentaren genannte Seitenverweise beziehen sich auf Seitenangaben einer ersten Arbeitsfassung des Berichts.

ist gut angelegt. Für solche Studien gilt stets, dass die Ambitionen groß sind, aber das Budget begrenzt. Entsprechend orientiere ich meine Kommentare am Machbaren. Hohes Potential sehe ich darin, die Studie als eine Untersuchung zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu etablieren.

Forschungsdesign: Das rollierende Kreispaneldesgin erscheint überzeugend, ebenso wie grundsätzliche Stichprobenziehung und Stichprobengröße. Die Verbindung von klassisch-quantitativer Umfrageforschung und qualitativen Ansätzen birgt ein hohes Potential, um durch intelligente Vernetzung beider Erhebungsmethoden entweder Kausalmechanismen aufzuspüren oder Befunde abzusichern. Im aktuellen Deutschlandmonitor erfolgt eine parallele Erhebung. Auch in der Darstellung der Ergebnisse stehen beide Ergebnisse nebeneinander. Das Potential der parallelen Erhebung – in 2023 sicherlich der kurzen Vorbereitungszeit geschuldet – hätte durch eine integrierte Darstellung der quantitativen wie qualitativen Ergebnisse in der Darstellung besser genutzt werden können. So stehen die Ergebnisse beider Erhebungsformen unverbunden nebeneinander.

Gerade zur Analyse des Verhältnisses Stadt-Land hätte sich ein vernetztes Forschungsdesign angeboten. Ausgehend von regionalen Mustern z.B. des unterschiedlichen Demokratierückhalts hätten Regionen identifiziert werden können und mittels der Fokusgruppen die dortigen Narrative und Deutungsmuster ergänzend erhoben werden können. Es bietet sich grundsätzlich an, vom jeweiligen Schwerpunktthema aus mit dieser Art vernetztem Forschungsdesign Hypothesentests zu betreiben oder Kausalprozessen hinter den räumlichen Korrelationen nachzuspüren. Dabei könnten auch andere qualitative Verfahren wie teilnehmende Beobachtung und leitfadengestützte Interviews eingesetzt werden. Vor allem bei den Stadt-Land-Dynamiken bietet es sich an, gegebenenfalls Lokalpolitiker*innen zu interviewen.

Mit Fokusgruppen zu beginnen kann sich anbieten, um z. B. im Rahmen einen größeren Oberthemas ein konkretes Schwerpunktthema zu identifizieren. Auch können in begrenztem Umfang Ideen zur Item-Entwicklung aus den Fokusgruppen-Diskussionen entstehen. In beiden Fällen sollte die Fokusgruppenerhebung im Hinterkopf haben, dass ein Fragebogen entwickelt werden muss. Erfahrungsgemäß können Fokusgruppen nur einzelne Items inspirieren.

Die größte Herausforderung bei der Verbindung qualitativer und quantitativer Vorgehensweisen ist in der Regel keine des Forschungsdesigns, sondern der Vorsatz, unterschiedliche Menschen mit ihren Fähigkeiten, wissenschaftstheoretischen Überzeugungen und Anliegen zusammenzubringen. Sofern eine vertiefte Zusammenarbeit der qualitativen und quantitativen Erhebungsgruppen gewünscht wird, sollten Mittel für eine Supervision eingeplant werden, da hier unterschiedliche Rollenverständnisse aufeinanderprallen.

Erhebung Verhältnis Stadt-Land: Die Anwendung der diversen Thünen-Indikatoren und ähnlicher Typenbildungen kann grundsätzlich als gelungen angesehen werden. Allerdings hätte ich mir eine weitere Differenzierung gewünscht: Es macht einen Unterschied, ob ein ländlicher Kreis in direkter Umgebung einer Großstadt oder in einer peripheren Region liegt. Ohnehin wird zwischen Stadt-Land einerseits und Zentrum-Peripherie andererseits nicht hinreichend unterschieden. In Fußnote 30 des Berichts wird die entsprechende Literatur genannt. Mit den aus dem Thüringen-Monitor übernommenen Items zum Gefühl des »Abgehängtseins« wird dieser Aspekt zumindest teilweise erhoben. Was außerdem fehlt, ist eine Betrachtung der Unterschiede der Dienstleistungszentren und alten Industriestandorte.

Dynamiken vor Ort: Ein Industriestandort mit heute starkem Logistikanteil ist zufällig im rollierenden Kreispanel, nämlich Duisburg. Die isolierte Auswahl eines Ortes, selbst wenn er vertieft untersucht wird, gibt nur ein unvollständiges Bild davon, wie die Konflikte *zwischen* den Orten mit ungleichen Lebensbedingungen aussehen. Es wäre interessant Ort auszuwählen, bei denen hohe Unterschiede z. B. sozio-ökonomischer Art oder im Migrationsanteil auftreten, und zu erkunden, was das mit den Menschen macht. Die Kreise wurden durchaus nachvollziehbar ausgewählt, allerdings als isolierte Einheiten. Interessant wäre es, gezielt Regionen zu identifizieren, in denen ungleiche Lebensbedingungen aufeinanderprallen.

Demokratie: In Anbetracht der wenigen zur Verfügung stehenden Items in einem Fragebogen ist dort aus meiner Sicht eine gute Auswahl getroffen worden. Die Zustimmung zur Idee der Demokratie ist stets sehr hoch. Hier könnte es sich anbieten, in Ergänzung konkreter zu fragen, z. B. ob Parteien als notwendig für die Demokratie angesehen werden (vgl. die Parteimitgliederstudie PAMIS), ob die Opposition als notwendig erachtet wird (siehe ALLBUS), oder ob das Recht Minderheiten auch gegen eine Mehrheitsentscheidung schützen darf. Im Niedersächsischen Demokratiemonitor (NDM) 2021 und 2023 wird mit den ersten beiden Items gearbeitet. Das dritte Item wäre eine sinnvolle Ergänzung, weil so ein wesentliches Element der liberalen Demokratieidee niedrigschwellig abgefragt würde. Bei einem Demokratieschwerpunkt könnten wie bei dem Projekt *Varieties of Democracies* z. B. partizipative und deliberative Demokratieaspekte mit erhoben werden. Wichtig erscheint mir vor allem eine Erhebung mehrheits- und verhandlungsdemokratischer Orientierungs-Varianten, z. B. »In der Politik sollte stets die einfache Mehrheitsentscheidung gelten« versus »Bei politischen Entscheidungen sollten möglichst viele Stimmen und Minderheiten berücksichtigt werden«. Dies deshalb, weil in der Bildung von Mehrheiten die absehbar größte praktische Herausforderung für die Demokratie in Deutschland besteht.

Item-Batterien zu Demokratie können natürlich unendlich weit gefasst werden. Wie eingangs schon angemerkt, steht großen Ambitionen ein begrenztes Budget entgegen. Neben den drei sehr konkreten, im vorhergehenden Abschnitt vorgeschlagenen Items könnte es sich lohnen, drei offene Fragen hinzuzufügen: (1) Was verbinden Sie vor allem mit Demokratie? – (2) Was bedeutet für Sie Freiheit? – (3) Was bedeutet für Sie Gleichheit? (Im Niedersächsischen Demokratiemonitor 2019 wurden ähnliche Fragen gestellt). Das könnte bei der quantitativen Erhebung insbesondere dann hinreichend sein, wenn zudem mit Fokusgruppen die kollektiven Deutungsmuster erhoben werden.

Messung Responsivität und Populismus: Für Responsivität wird lediglich ein Item herangezogen. Tatsächlich beschreibt die Rückbindung des Handelns der Regierenden an die Wünsche der Regierten ein deutlich komplexeres Phänomen. Im Bericht wird z.B. das Thema Populismus im entsprechenden Kapitel vergleichsweise umfangreich diskutiert. Die beiden Kapitel hätten aus meiner Sicht zusammengeführt werden können. Auf Seite 128 steht: »Wer unzufrieden ist, sagt auch, dass keine Responsivität vorliegt«. Das könnte natürlich auch der Grund für die Unzufriedenheit sein.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse: Der Deutschlandmonitor ist beim Ostbeauftragten angesiedelt. Entsprechend dem politischen Auftrag ergibt sich hiermit auch ein wissenschaftlich sehr wichtiger Auftrag: die Erhebung der Wahrnehmung der Gleichwertigkeit. Einen Schwerpunkt auf die Untersuchung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu setzen, umfasst aus meiner Sicht auch die Frage nach dem Demokratieverständnis. Trotzdem lohnt es sich meines Erachtens, perspektivisch eine eigene Fragenbatterie plus eine offene Frage »Was verstehen Sie unter Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse der Lebensverhältnisse?« zu etablieren.

Links-Rechts-Einstufung: Wie in fast allen Studien verorten sich überproportional viele Menschen in der Mitte und zudem tendenziell eher links. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass Menschen, die sich sozialstrukturell als der Mitte zugehörig betrachten, teilweise ausländerfeindliche oder ähnliche Positionen vertreten, sich nicht rechts einordnen, sondern sich auch politisch als Mitte bezeichnen. Abhilfe könnte wie im NDM 2023 eine Abfrage der Gleichheitsausrichtung oder – besser – eine Vignette, wie z.B. die Einstufung von Donald Trump, sein, ähnlich wie es das »Team Populism« in seinem Survey gemacht hat, oder zuletzt Chapel Hill Expert Survey/CHES.

Korrelation und Kausalität: An einigen Stellen fällt, dass immer wieder sich in den Text Quasi-Interpretationen schleichen, wo aber tatsächlich nur Korrelationen vorliegen. Dies sollte auch deutlich gemacht werden. Ein Beispiel wäre auf den Seiten 105 bis 110 das Paradox von Wohnort und Gerechtigkeitsempfinden, dass die Bessergestellten ebenfalls Ungerechtigkeiten spüren. Ich würde die The-

se entgegenhalten, dass viele Menschen auch nicht übermäßig bevorzugt sein wollen.

Darstellung: Die Einleitung der Kurzbefunde empfinde ich gegenüber der Öffentlichkeit als problematisch: »Im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas »Stadt und Land« wird das verbreitete Vorurteil entkräftet, Städte seien per se bezüglich Infrastruktur und Daseinsvorsorge gut ausgestattet und ländliche Räume unterversorgt.« (S. 19). Direkt den Leser*innen die Entkräftung eines Vorurteils an den Kopf zu knallen, wo doch tatsächlich in dünn besiedelten Regionen »Zweifel an der Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems« (S. 148) existieren, halte ich für ganz unglücklich. Gelungener fände ich einen Einstieg wie: »Es gibt mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes zwischen Stadt und Land. Pauschale Urteile sind schwierig. Die empfundene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist recht hoch. Dennoch gibt es in dünn besiedelten Regionen, ebenso wie in wirtschaftlich schwachen Regionen, eher Zweifel an der Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems«.

Künftige Publikationsform: Die Balance zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu finden ist eine große Herausforderung. Der Langbericht ist im Stil variabel und sehr gut lesbar geschrieben: mal launig, mal auf Wissenschaft gemünzt, mal bietet er Interpretationen an. Der Langbericht sollte dem kritisch-wissenschaftlichen Blick standhalten. Begleitend könnten z.B. drei kürzere, ca. 10seitige Beiträge als Blog und Kurzpapier für die Öffentlichkeit interessante Ergebnisse zusammenfassen, um den Langbericht ein wenig zu entlasten.

Fazit: Der Deutschlandmonitor liefert schon in seiner ersten Fassung einen interessanten Einblick in regionale gesellschaftliche Konflikt- und Einstellungsmuster. Mittel- und langfristig sehe ich ein hohes Potential dafür, mit eigenständigen Items zur Wahrnehmung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen im Rahmen eines Mixed-Method-Designs nicht nur seinen politischen Auftrag zu erfüllen, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur Grundlagenforschung der europäischen empirischen Demokratieforschung zu leisten.

Tom Mannewitz

Der Deutschland-Monitor als »eine jährlich wiederholte, regional differenzierte und konsekutiv im zeitlichen Längsschnitt vergleichend angelegte Untersuchung, mit der die Beständigkeit und die Veränderungen von politischen und gesellschaftlichen Stimmungslagen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Ost und Westdeutschland empirisch erhoben und wissenschaftlich analysiert werden« (S. 26), hat aufgrund seiner Breite (Themen, Grundgesamtheit), Tiefe (jährlicher Fokus) und prominenten Platzierung (Ostbeauftragter der Bun-

desregierung) eine besondere Stellung in der Wissenschaftslandschaft allgemein und in der Umfrageforschung im Besonderen.

Die inhaltlich (Schwerpunkthemen) und methodisch innovative Studie (Bericht wie Daten) dürfte sich zu einem zentralen Anlaufpunkt für all jene entwickeln, die sich für das gesellschaftliche Klima in Deutschland interessieren. Vor diesem Hintergrund wären folgende Aspekte diskussionswürdig, die die aktuelle Version des Deutschland-Monitors wie Nachfolgestudien bereichern könnten.

Institutionenvertrauen: In der aktuellen Studie wird das Vertrauen in zentrale politische Institutionen erfragt (Bundes- und Landesregierung, Bürgermeister, Bundesverfassungsgericht). Dabei fällt eine Lücke auf: Die Legislative als zentrale, weil gesetzgebende Gewalt ist derzeit nicht Bestandteil des Fragebogens. Eine Ergänzung wäre vor dem Hintergrund der Möglichkeit, heterogene Verschiebungen im Einstellungshaushalt der Gesellschaft zu ermitteln, wünschenswert. Auch für die deutsche Parteiendemokratie zentrale Parteien sowie Sicherheitsinstitutionen (z.B. Polizei, Bundeswehr, Nachrichtendienste) wären als Vertrauensadressaten in Betracht zu ziehen.

Einstellungen zur Demokratie: Die Einstellungen zur Demokratie werden auf drei Dimensionen abgefragt: als Ideal politischer Herrschaft, als Verfassungsmodell und als Performanz. Dieser Dreiklang hat sich im Großen und Ganzen in der Einstellungsforschung bewährt und sollte aus Gründen der Vergleichbarkeit mit anderen Umfragestudien (Deutschland und international) beibehalten, aber ergänzt werden. Gerade die Frage nach der Demokratie als Ideal, die eine Zustimmung von 98 Prozent erzielte, suggeriert, hier könne es sich um ein »Lippenbekenntnis« zur Demokratie handeln, mithin um ein Artefakt sozialer Erwünschtheit oder gar eine Projektionsfläche der Befragten. Vor diesem Hintergrund wären Ergänzungen wünschenswert, die detaillierter über die demokratiebezogenen Dispositionen der Gesellschaft aufklären. Dies wäre möglich über folgende Wege:

1. Zustimmung zu einzelnen Elementen konstitutioneller Demokratie

Würde nach der Haltung zu den einzelnen (in der Summe aber erschöpfenden) Elementen konstitutioneller Demokratie gefragt, die neben dem Demokratieprinzip etwa auch die horizontale Gewaltenkontrolle, die Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte sowie politische Partizipationsrechte umfasst, ergäbe sich womöglich ein vielschichtigeres und realistischeres Bild über das Verhältnis der Gesellschaft zur Demokratie als Ideal. Ein möglicher Weg dahin führte über Items, die die Befragten vor Trade-off-Szenarien, also Zielkonflikte

abwägende Entscheidungen stellen, wie sie etwa von Matthieß/Regel⁸⁴ oder Graham/Svolik⁸⁵ formuliert wurden.

2. Haltung zu Systemalternativen

Alternativ bzw. ergänzend ließe sich fragen nach der Haltung zu Systemalternativen, wie sie etwa vom Demokratiebericht NRW vorgenommen wurden.⁸⁶ So geriete man vermutlich zu einer realistischeren Einschätzung desjenigen gesellschaftlichen Potentials, das zumindest bereit wäre, die konstitutionelle Demokratie zur Disposition zu stellen, und so zu einem wirklichkeitsnäheren Eindruck von der Stabilität der hiesigen Demokratie. Die Zustimmung zu folgenden Items wurde im Demokratiebericht NRW erfragt:

- »Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.«
- »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.«
- »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.«

Der Itemkatalog wäre möglicherweise zu variieren – die dritte Aussage lässt nicht zwangsläufig auf die Präferenz für eine Diktatur schließen. Andere Items, die um den Passus »... und sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss« ergänzt sind, behöben dieses Problem. Zudem sollte die Präferenz für eine – demokratisch nicht legitimierte – Expertenherrschaft (»Ein Expertengremium, kein gewähltes Kabinett, soll die Geschicke des Landes leiten.«) aufgenommen werden, um ein umfassenderes Bild von antidemokratischen Haltungen zu erhalten. Alternativ zu Einzelabfragen einzelner Items ließen sich die Einstellungen auch in von den Befragten zu erstellenden Präferenz-Rankings erfassen.

3. Offene Fragen zur Demokratie

Im Rahmen eines Schwerpunktthemas (in Fokus-Gruppen etwa) oder auch integriert in die Standard-Befragung wären überdies offene oder halboffene Fragen

84 Theres Matthieß/Sven Regel, Wollen wir uns streiten? Zur Legitimität von Konflikt und Kooperation im Parlament, in: Kneip, Sascha; Wolfgang Merkel, and Bernhard Weßels (Hrsg.), Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2020, S. 99–123.

85 Matthew H. Graham/Milan Svolik, Democracy in America? Partisanship, Polarization, and the Robustness of Support for Democracy in the United States, in: American Political Science Review (2020) 114, S. 392–409.

86 Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 2. Demokratiebericht. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in 2023, Düsseldorf 2023, S. 69.

nach wünschenswerten Alternativen, Ergänzungen und Reformen der bestehenden Demokratie möglich, um einerseits so der Stabilität der Demokratie in der politischen Kultur und andererseits gewünschtem Änderungsbedarf an der Institutionenarchitektur auf den Grund zu gehen. Damit ließe sich die heterogene und anhaltende öffentliche Debatte über Anpassungsbedarfe (etwa: »mehr direkte Demokratie«) auf ein empirisch breiteres Fundament stellen.

Extremismus: Dass im Deutschland-Monitor nach dem gesellschaftlichen Extremismuspotential gefragt wird, ist überaus begrüßenswert. Eine Reihe von bisherigen Studien – auch der Deutschland-Monitor – krankt jedoch an problematischen Items:

- Die Frage nach »Revolution statt weiterer Reformen« übersieht jene Personen, die keinen Systembruch – das meint Revolution –, sondern einen sukzessiven, aber dennoch fundamentalen Systemwandel wollen.
- Die Frage nach der »Abschaffung des Staates« adressiert womöglich nicht hauptsächlich jene, die den aktuellen Staat in der bestehenden Form nicht wollen, sondern jene, die aus prinzipiellen Gründen einen großflächigen, auf Repräsentation gebauten Territorialstaat ablehnen (aktuell virulent etwa in den Spektren der Reichsbürger/Selbstverwalter, »Delegitimierer«, Anarchokapitalisten).
- Die Frage nach der »Gewalt als Instrument der Konfliktlösung« erfasst zwar in der Tat ein extremistisches Einstellungspotential, dieses beinhaltet aber mehr als eine gewaltvolle gesellschaftliche Konfliktbearbeitung. Kurzum: Wer Gewalt als Instrument politischer Konfliktlösung akzeptiert, kann kaum als Demokrat/-in bezeichnet werden, aber nicht jeder Antidemokrat befürwortet Gewalt.
- Die Frage nach der »Diktatur als alternative Staatsform« wiederum könnte (zumindest in Teilen der Bevölkerung) von sozialer Erwünschtheit betroffen sein. Selbst Rechtsextremisten proklamieren den Begriff kaum noch für sich, stattdessen dominiert das Bild einer »wahren Demokratie«, weil diese dem Willen »des« Volkes Rechnung trage (ohne etwa die Kontrolle durch Gerichte oder eine Opposition).

Obige Ergänzungen zur Demokratiehaltung der Gesellschaft, die Positionen zu konkreten Elementen konstitutioneller Demokratie in den Mittelpunkt rücken, böten eine Alternative zu den kritisierten Items. Fraglich wäre dann aber, ob der Begriff des »Extremismus« noch angebracht wäre oder nicht viel eher differenziertere Labels zum Tragen kommen sollten (etwa »Demokratievorbehalte« oder »bedingte Demokratiezustimmung«).

Ohnehin wäre anzuraten, in diesem Kapitel Vorsicht bei den Begriffen walten zu lassen: Die Unterscheidung zwischen »systemkritischem« und »system-

feindlichem« Extremismus etwa wird nicht ersichtlich – braucht es die Attribute? Zudem käme die Studie ohne Weiteres ohne den Verweis auf das Bundesverfassungsschutzgesetz aus, das übrigens gar nicht mit dem Extremismusbegriff operiert (Die Behörden wie das BMI tun es hingegen sehr wohl). Andererseits werten die Behörden die Bekämpfung der »Sicherheit des Bundes« bzw. die »Beeinträchtigung der Verfassungsorgane« gar nicht als Extremismus. Der Terminus ist für die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung reserviert.

Schwerpunkthemen: Viele der angeregten Ergänzungen dürften in gewissem Konflikt mit der Notwendigkeit eines »sparsamen« Fragebogens stehen. Darum wäre es der Überlegung wert, sie etwa nur in einer Vertiefung des Deutschland-Monitors aufzunehmen. Das gilt insbesondere für die Haltungen zur Demokratie. Daneben gäbe es – als Anregung – weitere Themen, die sich aufgrund ihrer aktuellen wie abzusehenden gesellschaftlichen Relevanz für eine tiefere Auseinandersetzung eignen würden. Dazu ließe sich das Thema »Große/Ökologische Transformation« zählen. Die Bedeutsamkeit des Themas in den Augen der Gesellschaft sowie ihre je individuellen Forderungen, Hoffnungen, Ängste und Visionen sind noch untererforscht.

Ähnliches gilt für das Thema Migration und Zugehörigkeit. Dazu wäre nicht allein eine tiefere (komparative) Auswertung der Einstellungen der Menschen mit Migrationshintergrund vonnöten, die in den meisten Befragungen unterrepräsentiert sind und über deren Einstellungshaushalt vergleichsweise (!) wenig bekannt ist, sondern auch die intensivere Befassung damit, wie die verschiedenen Teilöffentlichkeiten und sozialen Gruppen (etwa: Stadt/Land, Ost/West, Menschen mit/ohne Migrationshintergrund, diverse Migrationshintergründe) die folgenden Aspekte sehen: Wer gehört zur Gesellschaft aktuell dazu, wer wird ausgegrenzt? Wer sollte aus ihrer Sicht zur Gesellschaft gehören, wer nicht?

Theres Matthieß

Der auf eine Empfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« zurückgehende Deutschland-Monitor, der sich zunächst in einer auf drei Jahre angelegten Testphase befindet und von einem Forschungskonsortium bestehend aus dem Zentrum für Sozialforschung Halle, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften realisiert wurde, ist ein sowohl gesellschaftspolitisch als auch wissenschaftlich relevantes Projekt. Das Forschungsteam hat eine beeindruckende Arbeit bei der Konstruktion des anspruchsvollen Designs und der Umsetzung des Projekts geleistet. Die Ergebnisse bestätigen zum Teil bisherige

Befunde, bringen aber auch neue Einblicke, die für das Verstehen gesellschaftlicher Dynamiken und besonderer Herausforderungen des Zusammenlebens in Deutschland essenziell sind.

Hinsichtlich der *generellen Zielstellung* des Deutschland-Monitors ist im Bericht zu lesen, dass dieser darauf abziele, »Erkenntnisse zu gewinnen, die dazu beitragen können, die Unterstützung der Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.« (S. 27) Im besonderen Fokus stehen dabei differenzierte Betrachtungen auf der regionalen Ebene, u.a. die Unterscheidung nach Ost/West, nach Stadt/Land und strukturschwachen/-starken Regionen. Der Deutschland-Monitor zeichnet sich dadurch aus, dass er über politische Einstellungsfragen hinaus vielfältige Aspekte des Zusammenlebens in den Blick nimmt, besonders auch die Frage nach der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen. Der zentrale Anspruch, die Unterstützung der Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, ruft allerdings nach einer stärkeren Konzeptualisierung (und auch Operationalisierung) des Demokratiebegriffs. Was ist ein »guter«, was ein besorgniserregender Zustand der Demokratie in Deutschland? Ein gewisser Grad an Vertrauen in politische Akteure ist zwar notwendig, aber der Bericht verweist an einigen (wenigen) Stellen berechtigterweise darauf, dass eine »kritische Wachsamkeit gegenüber diesen Einrichtungen [staatlichen und kommunalen Institutionen] demokratiethoretisch wünschenswert« sei (S. 130). Es braucht eine differenziertere Konzeptualisierung des Demokratiebegriffs – und auch erweiterte Messung –, um belastbare Aussagen über das Demokratieverständnis in der Bevölkerung und die Folgen für das gesellschaftliche Zusammenleben leisten zu können.

Das *Forschungsdesign* ist insgesamt methodisch überzeugend. Überlegenenswert ist, die Fokusgruppen vor den standardisierten Umfragen durchzuführen. Erkenntnisse aus diesen Gesprächen könnten dazu genutzt werden, den Fragebogen weiterzuentwickeln und neue Aspekte mit aufzunehmen. Im Hinblick auf die Vertiefungsstudien ist anzumerken: Bei der Terminologie des »Kreispanels« sollte in einem Satz oder einer Fußnote deutlich werden, dass es sich nicht um ein Panel handelt, in dem dieselben Individuen (eines Bezirks) wiederholt befragt werden. Die Bildung des Sozialitätsindex (SIX) ist überzeugend und die Auswahl der Regionen anhand des Indikators prinzipiell nachvollziehbar. Da der SIX nach Ost und West getrennt berechnet wird, sollte dies auch in Abb. 2 ersichtlich werden. Fraglich ist, ob die differenzierte Berechnung einige der Ergebnisse beeinflusst (potentielle Unterschätzung der Ost-West-Unterschiede?). Weitere bei den zukünftigen Vertiefungsstudien zu berücksichtigende Aspekte könnten Differenzen zu Nachbarregionen oder Prosperitätsveränderungen innerhalb einer Region sein, um so Bezirke zu identifizieren, die von internen Spannungen oder solchen zu Nachbarregionen betroffen sind. Darüber hinaus stellt sich die

Frage, ob der Erhebungszeitraum vom 03. - 28.07.23 in der Ferienzeit zu systematischen Problemen bei der Erreichbarkeit (ausschließlich über Festnetz) geführt hat. Fraglich ist außerdem, wie gut Menschen mit Migrationsbiografie durch die aktuelle Rekrutierungsstrategie sowohl im Rahmen der Hauptbefragung als auch der Vertiefungsstudie erreichbar sind (u.a. ist der Fragebogen nur auf Deutsch verfügbar).

Die *Darstellung der Ergebnisse* ist generell sehr gut nachvollziehbar und anschaulich. An einigen Stellen scheint die reine Darstellung des Mittelwerts und Ausklammerung von Verteilungen unterkomplex (z.B. Abb. 23). Auch kommt die farbliche Gestaltung in grün und blau mitunter an ihre Grenzen – sie ist etwa bei der Darstellung nach Parteipräferenz ungeeignet (Abb. 18). Weitere Informationen zu den Auswertungen und Analyseverfahren wären wünschenswert (z.B. Art des Mittelwertvergleichs und Erklärung der statistischen Signifikanz in Abb. 4). Auch fehlen Informationen zu fehlenden Werten in den grafischen Darstellungen, die durchaus relevant sind. Der Bericht stellt uni- und bivariate Statistiken dar, was angesichts der breiten Zielgruppe, die nicht nur Wissenschaftler:innen, sondern auch die Öffentlichkeit, Journalist:innen und politische Akteure umfasst, sehr gut nachvollziehbar ist. Allerdings wäre es aus wissenschaftlicher Sicht hilfreich, wenn die multivariaten Analysen, auf die der Bericht an verschiedenen Stellen verweist (z.B. S. 87/93 zum »Gefühl des Abgehängtseins«) in einem (Online-)Anhang zugänglich gemacht würden.

Der Bericht liefert eine Vielzahl an relevanten *inhaltlichen Befunden*. Einige der Ergebnisse liefern Evidenz für Befunde aus vorherigen Studien, wie etwa die einerseits hohe Zustimmung zur Idee der *Demokratie* und andererseits ambivalenterere Ergebnisse – mit höheren Ablehnungsraten – hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Um hier besser zu verstehen, warum viele Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind und wie tief das Ideal der Demokratie als Systemtyp in Konkurrenz mit anderen politischen Systemen (oder Variationen dieser) tatsächlich verankert ist, bedarf es weiterer Items. Wie stehen die Menschen etwa zu Ein- vs. Zweiparteiensystemen? Was ist die Einstellung zu Opposition und Gewaltenteilung? Wie groß ist der Wunsch nach einem »politischen Führer«? – Besonders relevant dürfte auch sein zu erfassen, welchen Modi des (demokratischen) Politikmachens die Befragten präferieren oder ablehnen, etwa im Hinblick auf die Rolle des politischen Kompromisses, der in den letzten Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung gelitten zu haben scheint, aber für das Funktionieren der von Koalitionskompromissen geprägten Demokratie in Deutschland von zentraler Bedeutung ist. Vorstellbar wäre hier, in Zukunft konkrete Trade-Off-Szenarien abzufragen, die Befragte zu einer Positionierung zwischen zwei Idealen auffordern (z.B. Durchsetzung einer Parteiposition vs. Koalitionskompromiss). Auch gibt es im Demo-

kratie-Frageteil Potential durch die Gegenüberstellung von einem »Sollen« (Was wollen die Menschen von der Demokratie?) und dem »Sein« (Wie nehmen Sie die tatsächliche Umsetzung Ihrer Ideale wahr?) aus Sicht der Befragten Hinweise auf Legitimitätsprobleme zu erhalten, an die Politik direkt anknüpfen kann. Besonders kurz kommt an dieser Stelle auch die Rolle von Responsivität, die lediglich mit einem Item abgefragt wird. Erstaunlich und besorgniserregend ist dabei, dass dieses Item nur 15 Prozent Zustimmung erfährt – aus meiner Sicht lohnt hier eine Vertiefung durch Abfrage weiterer Dimensionen (s. Esaiasson et al. 2015). Neben der Möglichkeit, Demokratieverständnis als Schwerpunktthema festzulegen, braucht es einen erweiterten Basiskanon, der die erwähnten Items mit aufnimmt.

Daneben liefert der Bericht interessante Befunde, die Potential für eine Vertiefung zukünftiger Deutschland-Monitore geben. *Unterschiede zwischen »Ost« und »West«* scheinen in einigen Bereichen weniger relevant zu sein als gemeinhin angenommen; mitunter lassen sich systematische Unterschiede eher zwischen strukturschwachen und -starken Regionen (sowohl in den ehemaligen West- als auch Ostgebieten) erkennen: »das dichotomische Erklärungsmuster [Ost/West wird] durch regional spezifische raumstrukturelle Bedingungen gefiltert bzw. gedimmt« (S. 30). Interessant ist, dass es in verschiedenen Bereichen eine Angleichung von Einstellungen gibt, die in unterschiedliche Richtungen verläuft (u.a. stärker zunehmende wohlfahrtsstaatliche Nachfrage im Westen).

Nichtsdestoweniger fallen einige ernstzunehmende Unterschiede zwischen Ost und West auf, etwa in Bezug auf die *Wiedervereinigungsbilanz* und das »Gefühl des Abgehängtseins« (besonders strukturschwache Regionen im Osten – durch die nach Ost und West getrennte Berechnung des SIX gibt es hier ggf. sogar eine Unterschätzung des Effekts?). Bei der Wiedervereinigungsbilanz gibt es zwar keine nennenswerten Unterschiede in Bezug auf die individuellen Folgen, aber bei der Einschätzung der Folgen für die jeweilige Region. Der Bericht interpretiert dies derart, »dass Ostdeutsche ihre Bilanzierung der Deutschen Einheit historisiert, das heißt losgelöst von ihren gegenwärtigen Lebenskontexten verinnerlicht haben« (S. 172). Hier schließen sich Fragen nach der Rolle einer »Ost-Identität« (und weiterer Identitäten) an, die bisher im Monitor nur eine untergeordnete Rolle spielen, aber wichtige Erklärungen und Erkenntnisse etwa im Sinne soziotropischer, d.h. ein ausgeprägtes Unterstützungsbedürfnis signalisierender Motive liefern könnten.

Potential sehe ich weiterhin in einer Vertiefung bei der Befragung, welche Rolle *kommunale Strukturen* spielen. Dies meint sowohl die Verfügbarkeit von zivilgesellschaftlichen Angeboten und Räumen der Begegnung als auch die kommunale Ebene als direkten Erfahrungsraum von Politik. So ist etwa erstaunlich, dass die Frage nach politischem Vertrauen in Bürgermeister:innen weitaus

höher positiv beantwortet wird als hinsichtlich politischer Akteure auf der nationalen Ebene und es hier keinen signifikanten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen gibt. Ein weiteres Thema, das bereits in den Fokusgruppen aufgekommen ist und eine wachsende Bedeutung in gesellschaftspolitischen Debatten einnimmt, sind *Verteilungskonflikte* zwischen unterschiedlichen *sozialen Gruppen*, gerade in Zeiten eingeschränkter Ressourcen. Wie nehmen dies die Menschen in Deutschland wahr? Für wen sollte aus Sicht der Befragten mehr oder weniger getan werden (»Deservingness«)?

Der Bericht zum Deutschland-Monitor '23 präsentiert beeindruckende Ergebnisse und liefert wertvolle Einblicke in gesellschaftliche Dynamiken, die für die Öffentlichkeit und Wissenschaft von besonderem Interesse sind. Der Fokus auf regionale Differenzen ist dabei von besonderem Wert und stellt einen relevanten Beitrag dar, der sich von bisherigen Projekten abgrenzt. Wie ausgeführt, liegt großes Potential für die Weiterentwicklung des Monitors in einer differenzierteren Konzeptualisierung des Demokratiebegriffs, besonders auch im Hinblick auf die kommunale Ebene. Die geplante Freigabe des Datensatzes für die Öffentlichkeit und die Ermöglichung seiner wissenschaftlichen Nutzung lassen zusätzliche spannende Erkenntnisse erwarten. Ich freue mich auf den zukünftigen Austausch und weitere Erkenntnisse im Rahmen der folgenden Deutschland-Monitore.

Christina Morina

Die vorliegende Studie »Deutschland-Monitor 2023« will einen Beitrag dazu leisten, unser Wissen über die Einstellungen und Stimmungen in der deutschen Bevölkerung im Lichte aktueller Entwicklungen zu erfassen. Diesem Anliegen wird sie in herausragender Weise gerecht, wobei nicht nur die regionale Differenzierung sowie die Verbindung quantitativer und qualitativer Befragungsformate überzeugt, sondern auch die nuancierte Erhebung sozialer, politischer, kultureller und emotionaler Aspekte. In der Summe zeichnen die hier präsentierten Ergebnisse ein Bild, das dazu geeignet ist, die Debatten um den Zustand der Demokratie und die innerdeutschen Verhältnisse maßgeblich zu bereichern – gerade auch deshalb, weil sowohl in Bezug auf unser Verständnis des Stadt-Land-»Gefälles« als auch von »West-Ost-Unterschieden« gewohnte Argumentationsweisen in Frage gestellt und eingefahrene Deutungsmuster irritiert werden.

Freilich bedarf es für einen substantiellen Beitrag zur »Stützung der Demokratie« und »Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts« (S. 27), wie er in der Einleitung anvisiert wird, einer intensiven politisch-gesellschaftlichen Diskussion dieser Ergebnisse sowie konkreter und aus meiner Sicht vor allem demo-

kratiepolitischer Umsetzungsideen. Nicht zuletzt bedarf es weiteren Forschungen unter Beteiligung der Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften und im engen Austausch mit den Exekutivverantwortlichen in der Politik, von der kommunalen bis zur Bundesebene. Für all das legt der Deutschland-Monitor '23 ein solides Fundament.

Ich fokussiere mich in den folgenden Überlegungen auf die Befunde im Bereich der politischen Einstellungen. Gerade vor dem Hintergrund der Debatten um die Gefährdungen der Demokratie infolge der bundesweiten Zugewinne der AfD in den Jahren 2022 und 2023 und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Mobilisierung finden sich hier wichtige Anknüpfungspunkte, Kontextualisierungen und mitunter sogar Lichtblicke. Um mit letzteren zu beginnen: Der überragend hohe Grad der grundsätzlichen Zustimmung in der Bevölkerung zur Demokratieidee – 97 Prozent bei nur geringfügiger Differenz zwischen Ost und West – ist ein eindringlicher Befund. Auch das zwar angekratzte, aber doch immer noch relativ hohe Institutionenvertrauen, v.a. in das Bundesverfassungsgericht und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist in der Breite der Gesellschaft eine gute Nachricht.

Überraschend ist, dass die derzeit am meisten praktizierte Form der politischen Partizipation der Besuch von Bürgersammlungen ist; Demonstrationen oder die Teilung politischer Inhalte online firmieren deutlich dahinter. Darin steckt nicht zuletzt eine gute Nachricht für die repräsentative Demokratie: Bürgerschaftlicher, deliberativer, öffentlich-geregelter Austausch zu Sachverhalten von allgemeinem Interesse ist offenbar nach wie vor gewollt. Die dafür zur Verfügung stehenden Räume und Foren müssen nicht nur erhalten, sondern auch wieder gestärkt und neu gedacht werden – und dies nicht nur von den Parteien, sondern von möglichst vielen intermediären Organisationen (z. B. Gewerkschaften, Kirchen, Sozial- und Unternehmerverbänden) und anderen (potentiellen) Verständigungsstrukturen, wie Vereinen, Freiwilligen Feuerwehren oder auch Kultureinrichtungen, etwa Theatern.

»Abgehängt« fühlen sich in Ostdeutschland doppelt so viele Menschen (19 Prozent) wie im Westen (8 Prozent), was ein ernstzunehmender Befund ist. Zugleich bedeutet dies aber auch, dass selbst im mehrfach transformationsgebeutelten Osten des Landes gut 80 Prozent diese Frage verneinen. Auch und gerade hier wäre ein Lesen der Ergebnisse gegen den gewohnten Strich angebracht, um die eingefahrenen Ost-West-Sichtweisen aufzubrechen und die damit verbundenen Zuspitzungen und Vereinfachungen zu entkräften.

Dass mangelndes Institutionenvertrauen, geringe Demokratiezufriedenheit und rechtspopulistische bzw. extremistische Einstellungen eng miteinander zusammenhängen, vertieft Befunde anderer Studien. Bedenkenswert ist, dass populistische Einstellungen bei Weitem nicht nur in der Wählerschaft der AfD (70

Prozent) verbreitet sind, sondern auch in signifikantem Maße bei Wählerinnen und Wählern der anderen Parteien: bei DIE LINKE sind es 30 Prozent, bei CDU/CSU 21 Prozent und 19 Prozent bei der FDP. Auf die geringste Zustimmung stoßen sie bei der Anhängerschaft der SPD (14 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (5 Prozent). All dies unterstreicht die Dramatik und Langfristigkeit der mit dem Aufstieg des (Rechts-)Populismus einhergehenden Herausforderung für Politik, Bildung und Zivilgesellschaft.

Zugleich scheinen mir nicht nur aus historischer, sondern auch aus politischer Perspektive die konzeptionellen Grundlagen der Erhebungen zur Frage der Demokratieunzufriedenheit in Teilen problematisch, insbesondere das implizite oder explizite *Framing* von Demokratieunzufriedenheit als demokratiegefährdend. Demokratien leben von Unzufriedenheit; die Wahrnehmung von Missständen ist eine Grundvoraussetzung für deren Beseitigung. Unzufriedenheit sollte also nicht als per se destruktiv betrachtet werden, denn wenn sie konstruktiv und problemlösungsorientiert artikuliert wird, ist sie ein Motor für Reformen.

Analog scheint mir auch die Definition von »Antidemokraten« (»Personen, die sich gegenüber allen drei Ausprägungen von Demokratie ablehnend bzw. unzufrieden äußern«, S. 148) viel zu weit und der nötigen differenzierten Auseinandersetzung mit dem Phänomen abträglich. Hier kommen die unterschiedlichen Demokratieerfahrungen und -vorstellungen zum Tragen, die in Umfragen noch viel zu selten berücksichtigt werden. Das ist im Übrigen nicht nur mit Blick auf die ost-westdeutsch-geteilte Demokratie- bzw. Demokratieanspruchsgeschichte seit 1949 bzw. 1989 relevant⁸⁷, sondern auch hinsichtlich der vielen zugewanderten oder nach Deutschland migrierten Menschen, deren politisch-kulturelle Vorstellungswelten von je sehr eigenen (un-)demokratischen System- und Politisierungserfahrungen geprägt sind. Überhaupt fällt die mangelnde Berücksichtigung migrantischer Perspektiven in diesem Deutschland-Monitor auf. Migrantische Herkunft ist zwar erfasst worden, im Weiteren spielt Migration aber nur als »Problem« oder polarisierendes Politikfeld eine (auch nur untergeordnete) Rolle.

Kurzum: Es wäre sehr sinnvoll, zukünftig genauer danach zu fragen, was Menschen unter Demokratie verstehen, was demokratische Politik und ein demokratisches Miteinander für sie ausmacht, wie sie sich ihre eigene Rolle in einem demokratischen System vorstellen, und mit welchen Aspekten von »Demokratie« sie genau »zufrieden« oder »unzufrieden« sind. Eine solche Differenzierung würde die in diesen Monaten besonders intensiv geführte Debatte über die »Verteidigung der Demokratie« in wirklich wegweisender Weise informieren können und damit einen nachhaltigen Beitrag zu deren Gelingen leisten

⁸⁷ Siehe Christina Morina, Tausend Aufbrüche: Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren, München 2023.

können. Nicht zuletzt sind Umfragen und deren öffentliche Verhandlung ein integraler Teil der demokratischen (Selbst-)Erfahrung und (Selbst-)Beobachtung einer Gesellschaft. Was darin thematisiert, abgefragt und per Antwortmöglichkeiten vorformuliert wird, wird Teil des demokratiepolitischen Diskurses. Die Meinungs- und Einstellungsforschung kann also über differenziertere Skalen zum Demokratieverständnis und zur Demokratiezustimmung – gewissermaßen beiläufig – auch selbst zur Belebung und Stärkung eines demokratischen Bewusstseins beitragen.

Susanne Pickel

Mit dem Deutschland-Monitor 2023 liegt eine bundesländerübergreifende Befragung vor, die auch räumliche Untereinheiten ausweist und zudem über eine hohe Fallzahl an Befragten verfügt. Damit wird bei der Erforschung der Einflussfaktoren für die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ein großer Schritt vollzogen. Im Detail wählt der Deutschland-Monitor seine Befragungseinheiten sorgfältig aus und bildet politische Einstellungen und Bewertungen vor dem Hintergrund der räumlichen sozialen Umwelt ab. Als Erklärungsfaktoren kommen sowohl Erkenntnisse über die Struktur der räumlichen Einheiten, d.h. Kreise, als auch über die Einstellungen der Befragten zur Anwendung. Auf diese Weise wird – der leider nicht selten zu findende – Fehlschluss vermieden, subjektive Einstellungsmuster und Verhaltensweisen ausschließlich auf objektive Gegebenheiten zurückzuführen und rein strukturelle, objektive Lösungsmodelle für Probleme auf der individuellen, subjektiven Einstellungsebene zu suchen. Die Wahrnehmung objektiver Gegebenheiten wie die eigene finanzielle oder die gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands, die Positionierung der eigenen Lebenslage sowie Deutungsmuster der komplexen und konfliktbeladenen Lebenssituation, in der sich unsere Gesellschaft befindet, haben sich als äußerst wirkmächtige Erklärungsfaktoren für gesellschaftliche und politische Einstellungen der deutschen Bevölkerung erwiesen. Diesen komplexen kausalen Mechanismen trägt der Deutschland-Monitor Rechnung.

Der Deutschland-Monitor 2023 ist ein umfangreiches, von wissenschaftlichen Analysen getragenes Werk, das an dieser Stelle nicht vollumfänglich gewürdigt werden kann. Ich fokussiere daher meine Expertise auf die Aspekte Zielsetzung, Forschungsdesign, Fragebogen, Basisbefragung und Wünsche der Wissenschaft. Die geäußerten kritischen Nachfragen sollen meinen positiven Gesamteindruck nicht einschränken. Aber ich sehe es als Aufgabe einer Expertin, solche kritischen Punkte rechtzeitig anzusprechen oder Fragen aufzuwerfen.

Zielsetzung: Die Zielsetzungen, regionale Unterschiede an objektiven Standortbedingungen und ihrer subjektiven Wahrnehmung festzumachen und als Einflussfaktoren für politische und gesellschaftliche Einstellungen zu untersuchen, ist ebenso positiv hervorzuheben wie die Absicht, aus dem Deutschland-Monitor eine Trend-Studie zu entwickeln und diese der Scientific Community zur Verfügung zu stellen.

Diese beiden Zielsetzungen werden durch den vorgelegten Bericht umgesetzt. Andere angesprochene Zielsetzungen können anhand des erhobenen Datenmaterials meiner Meinung nach jedoch nur eingeschränkt umgesetzt werden:

Fragen des *gesellschaftlichen Zusammenhalts* in Deutschland werden im Gegensatz zu Fragen des sozialen Zusammenhalts im Wohnumfeld nicht erhoben. Letztere stellen aber nur eine Teilmenge des breit zu fassenden gesellschaftlichen Zusammenhalts dar, wie er zum Beispiel im Panel des Forschungsinstitutes Gesellschaftlicher Zusammenhalt gerade weiterentwickelt wird. Diese Zielsetzung kann somit nur eingeschränkt erreicht werden.

Ebenfalls etwas unklar ist die Bedeutung der *Migration*. Sie wird in der Zielsetzung als Krisenphänomen erwähnt, analytisch aber nur eingeschränkt behandelt. Das befremdet insofern, als das Thema seit längerem ein wichtiges Diskursthema in Deutschland ist. Überraschenderweise wird es erst als Ergebnis der qualitativen Befragungen wirklich berücksichtigt. Die erhobene Einstellung in Frage 5 erfasst die Thematik nicht umfassend genug, sollte aber wenigstens bei den Analysen berücksichtigt werden. Abgefragt wird ein möglicher Migrationshintergrund der Befragten, die Information wird jedoch an keiner Stelle in der Studie verwendet. Auch dies überrascht angesichts gegenwärtiger und grundsätzlicher Debatten der letzten Jahrzehnte.

Forschungsdesign: Das CATI-Verfahren mit dual frame mode ist ein bewährtes Erhebungsverfahren. Allerdings wird heute oft ein Mix aus telefonischer und Online-Befragung durchgeführt. Infratest dimap beispielsweise verwendet einen Online-Befragungsanteil (TOM-Verfahren). Warum wurde auf Online-Befragung verzichtet? Das Verfahren zeichnet sich durch eine geringere soziale Erwünschtheit aus und erreicht eher jüngere Menschen im Gegensatz zu ansonsten oft überalterten Stichproben. Eigene Annahmen im Deutschland-Monitor, z.B. S. 121 zum »digital divide«, bestärken das Argument.

Kreisauswahl: Warum wurden keine »Durchschnittskreise« berücksichtigt? Es bleibt ungeklärt, ob sich Einstellungen in strukturschwachen oder strukturstarken Kreisen überhaupt von Durchschnittskreisen unterscheiden. Wenn man die Einstellungen in den mittleren Kreisen nicht kennt, weiß man nicht wirklich, worauf die Einstellungsunterschiede basieren; zudem sind sie z.B. als Residualkategorien in Kausalanalysen nutzbar. Spielt z.B. der Anteil von Geflüchteten

oder von Menschen mit Migrationsbiographie in den Kreisen keine Rolle für die Einstellungen der Bürger:innen?

Gleiches gilt für die *Fokusgruppen*: Spielt es eine Rolle, ob die Menschen eine Migrationsbiographie besitzen oder nicht? Wäre eine Umkehrung des zeitlichen Ablaufs der Bevölkerungsbefragung und der Fokusgruppendifkussionen für die Fragebogengestaltung nicht hilfreicher? Ergebnisse der Fokusgruppendifkussionen könnten als innovative Fragestellungen in den Fragebogen aufgenommen werden.

Fragebogen: Ich halte es für die Demokratie-Typisierung sowie für eine Einschätzung des Potenzials der Gefährdung der Demokratie für problematisch, lediglich eine Frage nach einer Erwünschtheit der Diktatur (Frage 25 d) zu stellen. Andere Formen nicht-demokratischer oder antidemokratischer politischer System(elemente) werden üblicherweise häufiger gewählt und mit demokratischen politischen Einstellungen kombiniert (siehe auch Basisbefragung).

Die Erhebung des Vertrauens in politische Institutionen (Frage 26) fällt zu knapp aus: Es fehlen Fragen nach dem Vertrauen in den Bundestag, die Parteien und Politiker, um Parteien- und Politikerverdrossenheit wirklich beurteilen zu können.

Zentrale Ergebnisse des Deutschland-Monitors 2023: Schwerpunktthema »Stadt und Land« und Basisbefragung (»Standbein«)

Schwerpunktthema: »Stadt und Land« werden sehr differenziert betrachtet und in den Analysen der Einstellungen zur Demokratie in ihrer Differenziertheit und unter Kontrolle der politischen Einstellungen verwendet. Hierdurch können Vorurteile gegenüber der Einstellungsverteilung im Ost-West-Unterschied oder im Unterschied zwischen Kreisen mit hoher und niedriger Prosperität widerlegt werden. Korrekterweise kann gezeigt werden, dass häufig nicht die objektiven Lebensbedingungen (Einkommen, Wohlstand des Lebensumfeldes), sondern die Wahrnehmung der eigenen Lebenslage (u.a. relative Deprivation, Statusverlustangst und subjektive Wiedervereinigungsbilanz) ausschlaggebend für bestimmte politische Einstellungen sind.

Migration sollte auch in diesem Themenkomplex als Ursachen- oder Wirkungsfaktor eingesetzt, nicht erst aus qualitativen Interviews bezogen und praktisch nicht behandelt werden.

Basisbefragung: Insgesamt stellt die Basisbefragung eine gute Grundlage dar, um in Panel- oder Trendbefragungen ein Bild über die grundsätzlichen Einstellungen der Einwohner zur Demokratie in Deutschland zu ermitteln. Die Basis-konzepte werden angesprochen und umgesetzt.

Allerdings fehlen meiner Ansicht nach einige Aspekte, die nicht nur gegenwärtig diskutiert, sondern in verschiedenen Studien bereits länger berücksichtigt werden. Zudem teile ich einige Interpretationen in dieser Form nicht und möchte zumindest meine Argumente beisteuern:

Politische Partizipation: Bringt man die »Mitarbeit in Parteien« mit *Parteienverdrossenheit* in Verbindung, dann müsste die Mitarbeit in Parteien aber in der Vergangenheit merklich umfangreicher gewesen sein, was sie aber nicht war. Seit 2002 und bis 2018 lagen die Angaben bei 3 bis 5 Prozent in Westdeutschland und bei 3 bis 6 Prozent in Ostdeutschland, inklusive Mitarbeit in einer Bürgerinitiative. Somit wären die im Deutschland-Monitor angegebenen 6 Prozent eher hoch als niedrig einzuschätzen (vgl. auch Deutschland-Monitor S. 118). Für die Mitgliedschaft in Parteien gilt allerdings ein Krisenszenario drastisch schwindender Mitgliederzahlen.⁸⁸

»Dealignment«, d.h. abnehmende Parteibindungen, ist ein zentraler Faktor des Wahlverhaltens. Seine Wirksamkeiten auf die Mitarbeit in Parteien gilt es zu belegen. Ergänzend wären Aussagen zur Intensität der Parteiarbeit von Anhänger:innen der AfD wünschenswert, die u.U. den Anteil der in dieser Form Partizipierenden gesteigert haben könnten.

Ferner wäre ein Item zur *Gewaltbereitschaft* bei der Partizipation wünschenswert, etwa die Besetzung von Regierungs- oder Parteigebäuden oder Angriffe auf Personen. Die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration ist hierfür ein zu schwacher Indikator. Für diese Erhebung würde sich allerdings eine weniger interviewer-reaktive Befragungsmethode, wie z.B. eine online-Befragung oder eine face-to-face-Selbstaussfüller-Befragung empfehlen.

Die herausgearbeiteten räumlichen Differenzen sind sehr informativ und könnten weiter vertieft werden.

Politisches Vertrauen: Politisches Vertrauen speist sich aus dem Legitimitätsempfinden gegenüber der Demokratie ebenso wie aus ihrer wahrgenommenen Leistungsfähigkeit. Der Aspekt der Leistungsfähigkeit wird differenziert abgebildet (S. 140–141). Die Komponenten der Legitimität, die den Institutionen dann einen Vertrauensvorschuss gewähren, wenn die Demokratie als solche oder als Verfassungskonstrukt als anerkennungswürdig empfunden wird, werden durch die Demokratietypen abgebildet. Die Aussagen zur Bevorzugung eines autoritären Systems und zum Führerstaat (S. 141) können auf der Basis des Fragebogens nicht belegt werden. Hierfür fehlen zentrale Items (siehe »Demokratietypen«).

Die Bandbreite der politischen Institutionen, die abgefragt werden, fällt zu knapp aus. Die Begründung der Institutionenauswahl vermag nicht vollständig

⁸⁸ Siehe Bernhard Weßels in destatis Datenreport 2021, S. 381, 385; https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021-kap-11.pdf?__blob=publicationFile).

zu überzeugen. Das BVerfG bildet nur einen geringen Teil einer von zwei Dimensionen politischen Vertrauens ab, zu der auch die Parlamente auf allen politischen Ebenen gehören. In der Akteursdimension fehlen die Parteien und Politiker. Aussagen zur Parteien- und Politikerverdrossenheit oder zum Vertrauen in die zentralen Organe der repräsentativen Demokratie, die Parlamente, können so nur bedingt bis gar nicht getätigt werden. Eine Aussage zum Vertrauen in die Parteidemokratie würde das Bild des politischen Vertrauens im Deutschland-Monitor vervollständigen und einen Ausblick in die Zukunft der deutschen Demokratie ermöglichen.

Besonders positiv fällt auf, dass die bedeutende Wirkung individueller Wahrnehmungen von Leistungsfähigkeit der Institutionen, Deprivationsgefühlen, populistischen Einstellungen und Legitimitätsempfinden gegenüber der Demokratie eingehend gewürdigt und nicht allein auf objektive Gegebenheiten, wie beispielsweise Wohlstand der Befragten oder des Wohnumfeldes, fokussiert wird.

Typenbildung: Leider werden antidemokratische Systemalternativen im Deutschland-Monitor nur stark beschränkt abgefragt. Wir erfahren nichts darüber, ob die Befragten lieber ein Einparteiensystem (etwa ein Viertel der Deutschen), eine Diktatur (etwa jeder Zehnte) oder einen starken Führer ohne Parlament (etwa 12 Prozent) haben möchten oder diese Einstellungen mit Legitimitätsempfindungen gegenüber der Demokratie kombinieren. Letztgenannte kombinierte Einstellungstypen sind besonders gefährlich für die Demokratie, weil sie Demokratie und Autokratie nicht mehr unterscheiden und autokratische Systemelemente in der Demokratie akzeptieren.⁸⁹

Typenbezeichnung: Die Kritik der politikkritischen Demokraten ist nicht nur »Ausdruck besserer oder schlechterer Lebenslagen und Lebenschancen«, sondern auch der Wahrnehmung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Es handelt sich also nicht nur um eine Unzufriedenheit mit der politischen Performanz, sondern auch um einen Ausdruck der Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Leistung der Demokratie.

Kausale Analyse der Typen: Die Varianzaufklärung sollte anhand weiterer Einstellungsmuster betrieben werden. Derzeit verharrt sie im Wesentlichen auf sozialstrukturellen Merkmalen. Für die Analyse der Einstellungstypen sollten auch weitere Konstrukte wie Einstellung zu Migration, Deprivation oder populistische Einstellungen hinzugezogen werden.

89 NRW *Demokratie-Bericht* (https://www.politische-bildung.nrw.de/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpBNRW_Demokratiebericht_2023.pdf) – Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros. 2023. Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023 (<https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>).

Extremismus: Rechtsextremismus hat, im Gegensatz zum Linksextremismus, klar zuordenbare Kennzeichen, die in der »Rechtsradikalismus-Skala« abgebildet sind. Ich würde eine reduzierte Variante der »Konsens-Skala Rechtsextremismus« zur Befragung empfehlen, will man Rechtsextremismus präzise erfassen und seine Wirkmächtigkeit auf die Ablehnung der Demokratie adäquat ausloten. Eventuell ist durch externe Validierung das Verhältnis der im Deutschland-Monitor verwendeten »Extremismus-Skala« zur »Rechtsextremismus-Skala« zu klären.

Zum Thema »Extremismus« wird ein interessanter Befund herausgearbeitet: Personen, die sich von der Mitte bis nach sehr rechts einordnen, äußern eine höhere Zustimmung zur »Extremismus-Skala« als Personen links der Mitte. Gleichzeitig zeigt dieses Ergebnis, dass sich viele Menschen mit extremistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft einordnen. Dieser Extremismus der Mitte bedroht die Demokratie, nicht nur der Extremismus am rechten Rand.

Erwartungen und Wünsche der Wissenschaft an den DM

Ich stelle mir die Frage, wie die beiden Erhebungsteile in der Triangulation verbunden werden. Bislang stehen sie eher nebeneinander. Hier wäre eine engere Verzahnung wünschenswert, etwa als Illustration der quantitativen Ergebnisse. Zusätzlich wären die qualitativen Interviews wertvoll für eine Überarbeitung des Fragebogens.

Welches Fazit wird gezogen? Befunde Seiten 13–15?

Ein Glossar zur Erläuterung von zentralen Fachbegriffen und -konzepten wäre wünschenswert.

Für eine Analyse der politischen Kultur in Deutschland ist der Deutschland-Monitor, und v.a. die Erhebung als nationale und regionale Repräsentativerhebung, unbedingt hilfreich. Allerdings müssten noch einige Variablen zur politischen Kultur, insbesondere zum politischen Vertrauen, ergänzt und für die Interpretation vielleicht aktuellere Literatur einbezogen werden.

Ich freue mich, wenn die Daten erhältlich sind, um sie selbst weiter auszuwerten und einige Fragen, die ich an den Deutschland-Monitor habe, zu beantworten.

Nils Teichler

Zielsetzung, Konzeption und Forschungsdesign des Deutschland-Monitors 2023

Rollierendes Kreispanel: In der regionalen Vertiefungserhebung des Deutschland-Monitor (D-M) soll über die nächsten Jahre ein sogenanntes »rollierendes Kreispanel« aufgebaut werden. Geplant ist, in den für die regionalen Vertiefungserhebungen ausgewählten Landkreisen und kreisfreien Städten über drei aufeinander folgende Jahre hinweg jährlich eine Erhebung mit einem Stichprobenumfang von 500 Personen durchzuführen, im Sinne einer Trendstudie. Zu Beginn wurden 2023 acht Kreise in einer geschichteten Zufallsauswahl gezogen. In der Folge werden jährlich vier weitere Kreise neu gezogen. Auf lange Sicht bietet der D-M durch das rollierende Kreispanel die Chance, deskriptiv die Entwicklung interessierender Einstellungen in bestimmten Regionen nachzuzeichnen und dabei regionale Ungleichheiten innerhalb Deutschlands in den Blick zu nehmen. Damit hat er ein wertvolles Alleinstellungsmerkmal und kann einen wichtigen Beitrag in der sozialwissenschaftlichen Survey-Landschaft leisten.

Es stellt sich allerdings die Frage: In welchem Ausmaß sind Dynamiken regionaler Einstellungsprofile und Dynamiken regionaler Prosperität innerhalb von drei Jahren erwartbar? Ist der Zeitraum unter Umständen zu kurz, um statistisch signifikante Veränderungen zu identifizieren? Es könnte die Gefahr bestehen, dass bei einer Stichprobengröße von $n=500$ je Kreis die Messfehler größer als eventuell zu beobachtende Trendentwicklungen ausfallen. Eine Alternative könnte ein Design sein, in dem Kreise z.B. drei Mal mit je einem Abstand von drei Jahren (Gesamt: neun Jahre) untersucht würden. Hier könnten vermutlich erstens tatsächlich statistisch bedeutsame Veränderungsdynamiken zu finden sein, und zweitens würde man in jedem Jahr mehr neue Kreise in die Studie aufnehmen können als nach aktuellem Design geplant, wodurch früher eine regionale Breite der Erhebung erreicht wäre.

ILTIS-Indikatoren: Die Autor:innen haben zur Auswahl und Unterscheidung der Kreise die Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS) entwickelt: »Aus diesen Indikatoren, die 6 Subdimensionen der Prosperität messen, lassen sich einmal 3 Hauptdimensionen der Prosperität erstellen, die dann wiederum in einem Gesamtindex zusammengefasst werden können« (Seite 45). Die von den Autor:innen ausgewählten Indikatoren umfassen ein breites Spektrum regionaler Merkmale, die aus den Statistiken des Bundesinstituts für Stadt- und Raumplanung (BBSR) aus der INKAR Datenbank abgerufen wurden. Für die Studie werden getrennt für Ost- und Westdeutschland Verteilungen der Prosperität von Kreisen errechnet und jeweils getrennt Kreise geringer und Kreise hoher Prosperität bestimmt. Nur aus diesen werden die zu untersuchenden Krei-

se in der Vertiefungserhebung zufällig gezogen. Kreise mittlerer Prosperität sind nicht in der Auswahl enthalten. Die Schwierigkeiten einer fehlenden Dynamik innerhalb eines Beobachtungszeitraums von drei Jahren könnten sich durch das Extremgruppendedesign eventuell verstärken. Veränderungen von Einstellungsprofilen innerhalb von Kreisen könnten gerade bei Kreisen mittlerer Prosperität zu erwarten sein, wenn bei diesen auch mit größerer Wahrscheinlichkeit Veränderungen wie Auf- und Abstiege in sozio-ökonomischer Hinsicht beobachtbar sind.

Die Verteilungen der Prosperität wurden für Ost- und Westdeutschland, wie angesprochen, getrennt berechnet. Daraus ergeben sich für die Kategorien geringer, mittlerer und hoher Prosperität Unterschiede in den Schwellenwerten der absoluten Prosperität zwischen Ost- und Westdeutschland. Für das Sampling erscheint dieses Vorhaben natürlich sinnvoll, da bei gemeinsamer Verteilung kaum Westkreise mit geringer Prosperität bzw. Ostkreise mit hoher Prosperität ausgewiesen würden. Aber für die Analysen erscheint es zumindest fragwürdig: Ist es nicht für Ost-West-Vergleiche in politischen Einstellungen bedeutsam, wie prosperierend eine Region im Osten ist, relational zu Regionen im Westen oder mindestens zu Gesamtdeutschland? Durch die getrennte Berechnung der Prosperitätsverteilung nach Ost/West ist es zudem in der Folge schwierig, die Unterschiede zwischen den betrachteten Kreisen auf die Prosperität zurückzuführen. Zum Beispiel bei Abbildung 23 lassen sich keine Vergleiche anstellen, da hinter der Prosperität in Ost/West jeweils andere absolute Schwellenwerte stehen – vielleicht gäbe es in einer Messung von Prosperität als Position einer einheitlichen Verteilung keine Unterschiede? Natürlich steht hier hinter den Clustern auch nur eine sehr kleine Menge an Regionen ($N=2$).⁹⁰

Weitere Gedanken zu ILTIS: In einer aktuellen Studie (Lipps und Schraff, 2021)⁹¹ zu politischem Vertrauen und regionaler Ungleichheit diskutieren die Autor:innen das Argument »abgehängter Regionen« und führen für ihre Auswertungen ein relationales Maß ein, das stark auf politisches Vertrauen zu wirken scheint: der Abstand in Prosperität zwischen einer jeden Region und der national am meisten prosperierenden Region. Wie kann im Deutschland-Monitor das Argument »abgehängter Regionen« mithilfe von ILTIS aufgegriffen werden?

Ein aktuelles Policy-Paper aus dem Ifo-Institut (Frieden, Peichl und Schüle, 2023)⁹² findet heraus, dass sich Deutschland durch eine starke Einkommensun-

90 Siehe z. B. S. 155: »So treten populistische Einstellungen in Kreisen mit niedriger Prosperität eher auf als in solchen mit hoher Prosperität (sh. Abb. 60) – wobei sich auch hier die Ost-West-Differenz erkennbar fortführt.«

91 Lipps, J. and Schraff, D. (2021). Regional inequality and institutional trust in Europe. *European Journal of Political Research*, 60: 892–913.

92 Frieden, I., Peichl, A., and Schüle, P. (2023). Regional income inequality in Germany. *EconPol Forum*, 24(2): 50–55. Munich: CESifo GmbH.

gleichheit innerhalb von Regionen (kommunale Ebene) auszeichnet, welche die Ungleichheit zwischen Regionen deutlich übersteigt. Es ist davon auszugehen, dass eine Ungleichheit *innerhalb* von Regionen (und Unterschiede im Ausmaß dieser Ungleichheit *zwischen* Regionen) mit politischen Einstellungen ganz zentral zusammenhängen.

Fokusgruppen – qualitative Auswertungen: Grundsätzlich erscheint ein Methodenmix aus qualitativen und quantitativen Ansätzen sehr geeignet für die untersuchten Phänomene und hat ein großes Potential für die Forschung. Im aktuellen Deutschland-Monitor scheinen die beiden Untersuchungen aber noch etwas unverbunden zu sein. In den Fokusgruppen werden Aussagen von Teilnehmer:innen aufgegriffen, aber weniger stark die Diskussionen und Gespräche *zwischen* Teilnehmer:innen in den Blick genommen. Hier liegt m.E. ein großes Potential der qualitativen Daten im Deutschland-Monitor 2023. Wie werden an bestimmten Orten bestimmte Themen diskutiert – wo liegen regionale Unterschiede? Eine Möglichkeit für die Zukunft könnte sein, die qualitativen Erhebungen erst im Anschluss an die quantitativen Auswertungen durchzuführen und in den Fokusgruppen gezielt Fragen und Inhalte zu thematisieren, die in den standardisierten Befragungen auffällig waren und offene Fragen aufgeworfen haben, z. B. Ähnlichkeiten in Einstellungsprofilen zwischen Kreisen, in denen eigentlich große Unterschiede erwartbar gewesen wären.

Zentrale Ergebnisse des Deutschland-Monitors 2023

Analysen: Der Deutschland-Monitor 2023 präsentiert eine Vielzahl hochinteressanter Auswertungen für Indikatoren des politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Ergebnisse sind aufbereitet und präsentiert für ein öffentliches Zielpublikum. Allerdings wäre es aus wissenschaftlicher Perspektive wünschenswert, wenn die den Analysen zugrundeliegenden Daten und Auswertungen in einer Form dargestellt würden, auf deren Basis Wissenschaftler:innen schnell zu einer Bewertung der Ergebnisse kommen können. In den Darstellungen ist häufig nicht ersichtlich, welche Unterschiede signifikant sind. Das betrifft vor allem kategoriale Variablen (z. B. Abb. 3 bis Abb. 5). An manchen Stellen ist von Regressionsanalysen mit Kontrollvariablen die Rede, die Bezüge zu den Auswertungen und Ergebnisabbildungen bleiben hier etwas unklar (z. B. Abb. 48, S. 134). Hier wäre es wichtig, dass die entsprechenden Ergebnisse zumindest im Anhang dargestellt werden. Zudem sollten in den Abbildungen auch die Fallzahlen und die Gewichtung genannt werden.

Häufig wird auf Basis von Mittelwertvergleichen zwischen subjektiven Einstellungsmerkmalen von starken und signifikanten Einflüssen geschrieben (z. B. »(...) starker und signifikanter Einfluss der Statusverlustangst und der individuel-

len Deprivation. Wer also befürchtet, durch aktuelle Entwicklungen auf die »Verliererseite des Lebens« zu geraten, oder das Gefühl hat, nicht den gerechten gesellschaftlichen Anteil zu erhalten, fühlt in der Tendenz auch stärker die Region als »abgehängt«, S. 93). Es bleibt unklar, ob diesen Interpretationen eine weiterführende Regressionsanalyse zugrunde liegt oder ein Vergleich von Mittelwerten, welcher kausale Interpretationen in dieser Form erschweren würde. Ähnliches gilt auch für den Zusammenhang von räumlichen Merkmalen und Einstellungsmerkmalen. Zum Beispiel: »Hier ist auch unter Berücksichtigung von Soziodemografie und anderen Einstellungsmerkmalen ein signifikanter raumbezogener Einfluss auf das »Gefühl des Abgehängtseins« festzustellen« (S. 87).

Grundsätzlich werden im Deutschland-Monitor inhaltlich hochinteressante Zusammenhänge aufgezeigt. Die Einflussrichtungen und Ursachen, die dem Zusammenhang zwischen subjektiven Einstellungsindikatoren zugrunde liegen, könnten aber methodisch ausführlicher diskutiert werden.

Fragebogen: Der Deutschland-Monitor enthält ein vielfältiges Frageprogramm mit interessantem Fokus auf die Wahrnehmung regionaler Entwicklungsmuster (z.B. Frage 3, Frage 7–9, Frage 15) und auf subjektive Deprivationserfahrungen (Frage 31, Frage 32). Interessant mit Blick auf Ost/West-Unterschiede wäre eine Messung zur Wahrnehmung von Alterität zwischen Ost- und Westdeutschen. Wie sehr werden Unterschiede und Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen von den Menschen selbst wahrgenommen (siehe auch Heide, Lux und Mau 2023)⁹³? Das könnte die Fragen 27 und 28 zur Einschätzung der Wiedervereinigung ergänzen.

Erwartungen und Wünsche der Wissenschaft an den D-M

Synergien nutzen und Kooperationen mit bestehenden Infrastrukturen: Eine Abstimmung der Fragebogeninhalte zwischen großen Erhebungen, die sich mit Themen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der politischen Polarisierung und Einstellungen zur Demokratie befassen, ist wünschenswert. Der Austausch und Kontakt zwischen Deutschland-Monitor und dem Forschungsdatenzentrum (FDZ) des Forschungszentrum Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) sollte ausgebaut und vertieft werden.

93 Heide, J., Lux, T., & Mau, S. (2023, March 4). Ost-West-Unterschiede in den Köpfen: Alterität, Konflikt, Anerkennung und Förderung. <https://doi.org/10.31235/osf.io/483fb>

Eva-Maria Trüdinger

Der Deutschlandmonitor 2023 – Stärken eines neuen Instruments und mögliche Weiterentwicklungen

Zielsetzung, Konzeption und Forschungsdesign 2023

Mit Blick auf das Ziel einer tiefgehenden und längerfristigen Beobachtung der Lebensverhältnisse und politischen Einstellungen der Menschen in Deutschland sind sowohl die regionale Differenzierung als auch der angelegte Längsschnitt im Design des Deutschlandmonitors zentral. Das Forschungsdesign ermöglicht über eine Ost-West-Dichotomie hinausgehende Analysen, die auch vor dem Hintergrund aktuell aufscheinender Trennlinien – zum Beispiel zwischen Stadt und Land sowie armen und reichen Regionen – absolut notwendig sind. Da die Daten relativ zügig der Forschungsgemeinschaft bereitgestellt werden sollen, werden zahlreiche regional ausdifferenzierte Analysen, die nicht Eingang in den ersten Bericht zum Deutschlandmonitor 2023 fanden, neue Erkenntnisse liefern können.

Das Design der Studie bestätigen nicht nur die Befunde des Deutschlandmonitors selbst, denen zufolge lokale und regionale Lebensbedingungen und Ankerpunkte für die Menschen in Deutschland wichtig sind (vgl. z. B. Seite 145), sondern auch andere Studien zum Beispiel zur Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Wohnregion. Ein systematischer Abgleich objektiver Lebensbedingungen vor Ort mit subjektiven Wahrnehmungen ist aus meiner Sicht ein wichtiges Unterfangen im Rahmen des Projekts, gerade auch weil zahlreiche Narrative zur Lage in Ost und West im politischen Diskurs bedient werden.

Der Deutschlandmonitor versteht sich bis einschließlich 2025 als Pilotprojekt, in dem unterschiedliche methodische Ansätze zur Anwendung kommen sollen. Das Design des Monitors mit den drei Studienteilen könnte in einigen Punkten weiterentwickelt werden: Erstens wäre es sehr ertragreich, die Bevölkerungsumfragen und die Fokusgruppen in ihrem Design besser miteinander zu verzahnen, zum Beispiel über eine systematische Verknüpfung von Befunden mittels offener Fragen oder über Elemente von Web-Probing in den Surveys (z. B. mit Blick auf gefühlte Benachteiligung). Die Fokusgruppen könnten insbesondere dazu herangezogen werden, Lösungsansätze für wahrgenommene Herausforderungen, Gründe für bestimmte relationale Einstellungsbefunde oder auch Verständnisse komplexer politischer Themen (»Demokratie«) zu diskutieren – die Ergebnisse dazu könnten dann mit diesen Schwerpunkten in den Bericht eingehen. Zweitens sollte (und wird, wie im Workshop deutlich wurde) die Pilotphase genutzt werden, angesichts von Herausforderungen des CATI-Designs (z. B. Response Rates, keine Mobilfunkinterviews in der Vertiefungserhebung) eine alternative Stich-

probenziehung (EMA) und einen anderen Befragungsmodus (Push-to-Web) zu testen. In dem neuen Befragungsmodus könnten dann noch einzelne innovative Frageformate zur Anwendung kommen, die sich für CATI-Interviews weniger gut eignen und daher in der aktuellen Studie noch keine Anwendung fanden.

Zentrale Ergebnisse 2023: Schwerpunktthema und Standbein

Zunächst einmal bestätigen zahlreiche Befunde des Deutschlandmonitors 2023 den Stand vorhandener Forschung, beispielsweise zu den Determinanten und Trends politischen Vertrauens, zur Unterstützung der Idee der Demokratie, gepaart mit Unzufriedenheit mit deren aktuellem Funktionieren etc. Sie zeigen auch (wieder), in welchem Maße manche politischen Einstellungen mit der aktuellen (ökonomischen) Situation der Befragten oder des Landes zusammenhängen. Relevant sind zudem auch Beobachtungen zur Abschwächung von Ost-West-Differenzen bei den Erwartungen an staatliche Leistungen sozialer Sicherung.

Ein Hauptbefund der Studie, der implizit in den anfangs genannten Schlüsselbefunden anklingt, sind die großen Zusammenhänge zwischen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Orientierungen, die eine Art Einstellungssyndrom aufzeigen. Zum Beispiel hängen Einstellungen zur demokratischen Praxis, zur Responsivität, zum Verhältnis zwischen Volk und politischer Elite sowie zur Wiedervereinigung stark zusammen (vgl. z.B. Seiten 161, 177–178). Positive Orientierungen hierzu bilden das demokratische Fundament der Gesellschaft, negative Orientierungen können systemgefährdend sein. Für den Deutschlandmonitor ergibt sich bezüglich dieses Einstellungssyndroms zum einen die Herausforderung, in der Ergebnisdarstellung kritisch zu prüfen, wo über Aussagen zu Zusammenhängen hinausgehend auf Effekte und Wirkungen eingegangen werden kann. Zum anderen sollte in Betracht gezogen werden, Ursache-Wirkungs-Mechanismen in den nächsten Runden des Monitors näher zu erforschen, beispielsweise durch einen kleinen Experimentalteil in der Haupterhebung (zum Beispiel eine einfache Nachher-Messung »Between Subjects« nach einem Treatment zum Thema Benachteiligung).

An dieser Stelle habe ich noch einige wenig zusammenhängende Vorschläge zum Fragebogen: Aufgrund der Wichtigkeit subnationaler Analysen, die gut mit den Monitordaten durchgeführt werden können, sollten, wo möglich, zentrale Fragen zum Wohnort in den Basiskanon übernommen werden. Es gibt zwar im Fragebogen eine Frage zur Zuwanderung mit dem Framing des Fachkräftebedarfs; wichtig wäre aber auch ein Item zur Zuwanderung aus anderen Gründen (ich denke nicht, dass das Migrationsthema erheblich ausgebaut werden muss im Fragebogen, dafür gibt es ja auch einige spezifische Surveys bzw. Module in ande-

ren Erhebungen). Über die Vertrauens-Items wurde ja im Workshop diskutiert, bei den Partizipations-Items würde ich das Internet im zweiten Item explizit erwähnen. Man könnte bei den Partizipations-Items auch noch kurz nachhaken, zu welchem Anliegen bzw. Thema sich jemand am ehesten engagieren würde.

Der Deutschlandmonitor möchte ja über die Ost-West-Dichotomie hinaus die subnationale Ebene beleuchten. Trotzdem sollte man bei Frage 27 nach beiden Landesteilen fragen, wenn es um die Vor- und Nachteile der Wiedervereinigung geht, damit an irgendeiner Stelle im Fragebogen auch die Wahrnehmung des Landesteils, in dem man nicht wohnt, abgefragt wird (Vergleich als Grundlage der Bewertung).

Mögliche neue Schwerpunktthemen des Deutschlandmonitors

Folgende zwei Perspektiven sollten aus meiner Sicht im Deutschlandmonitor der nächsten Jahre gestärkt werden, damit er weiter ein zentrales Beobachtungsinstrument für Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit in Deutschland ist: Zum einen geht es darum, Ursachen und Dynamiken der relationalen Einstellungen besser zu verstehen. Zum anderen könnten – beispielsweise in einem der wechselnden Schwerpunkte – Präferenzen für mögliche Handlungsalternativen in Gesellschaft und Politik noch stärker abgefragt werden (z. B. Reformszenarien in bestimmten Politikbereichen, alternative politische Entscheidungswege).

Ein Schlüssel zum Verständnis innerdeutscher Stimmungen scheinen mir Antworten auf die Frage zu sein, wie sich Benachteiligungsgefühle, wahrgenommene Gerechtigkeitslücken und Statusängste herausbilden und auf welchem Wege sie (auch aus Sicht der Befragten) abgebaut werden könnten. Dass Benachteiligungsgefühle zentral sind in den Einstellungsmustern, darauf weist der Deutschlandmonitor selbst hin: »Subjektive Wahrnehmungen von Benachteiligung wie Statusverlustangst und das Gefühl sozialer Deprivation liefern (...) eine wesentliche Erklärung für eine tendenziell systemkritische Grundeinstellung« (S. 166). Dieser Themenkomplex könnte in den nächsten Jahren als Schwerpunkt in die Befragung aufgenommen werden – zumal der Fragebogen schon zahlreiche Items zum gerechten Anteil, zur Staatsverantwortung etc. enthält.

Angesichts aktueller Herausforderungen für das demokratische politische System in Deutschland erscheint mir die Beobachtung der demokratischen Orientierungen eine Schlüsselaufgabe des Deutschlandmonitors, gerade im Längsschnitt und regional differenziert – um auch ein Frühwarnsystem angesichts demokratiegefährdender Dynamiken in Europa zu sein. In einem Schwerpunkt könnte man das Demokratiemodul im Fragebogen dahingehend ausbauen, dass Einstellungen zu spezifischen demokratischen Normen und zu Situationen, in denen sie verletzt werden oder sich in Trade-offs befinden, abgefragt werden.

Dies könnte zum Beispiel in hypothetischen Szenarien passieren, die aber an real mögliche Entwicklungen angelehnt sind. Ein solcher Schwerpunkt würde auch an aktuelle Forschung aus anderen Ländern anknüpfen (vgl. z.B. Graham/Svolik 2020).

Ein weiterer möglicher Schwerpunkt könnte sich mit politischer Kommunikation und Informationsbeschaffung beschäftigen, mit einem besonderen Fokus auf der Nutzung des Internets. Gerade in Verbindung mit den politischen Einstellungen, die im Standbein abgefragt werden, sowie den sozialräumlichen Faktoren wären wichtige Befunde zu erwarten. Man könnte aber auch überlegen, in einem Schwerpunkt die Frage nach der Informationsbeschaffung und der Rolle des Internets mit Fragen zur Bildung und zum subjektiven Bedarf von Bildung, Weiterbildung, digitaler Bildung etc. zu verbinden.

Kerstin Völkl

Eine positiv hervorzuhebende Besonderheit des Deutschland-Monitors stellt das Forschungsdesign dar. Einerseits wurden quantitative und qualitative Datenerhebungsverfahren im Sinne eines Mixed Methods-Ansatzes miteinander kombiniert. Andererseits wurde sowohl bei der quantitativen als auch bei der qualitativen Datenerhebung ein Regionalisierungsansatz berücksichtigt.

Bei der quantitativen regionalen Vertiefungsstudie handelt es sich um eine CATI-Erhebung in 8 Kreisen mit je ca. 500 Fällen. Dieser Teil der telefonischen Erhebung soll in den Folgejahren zu einem rollierenden regionalen Panel ausgebaut werden. Die qualitative Vertiefung erfolgte mittels Fokusgruppen in 4 Kreisen der quantitativen regionalen Vertiefungsstudie mit jeweils rund 8 Personen, was einer optimalen Gruppengröße entspricht. Die CATI-Haupterhebung ist mit 4.003 Fällen repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren des Bundesgebietes.

Herauszustellen ist die Stichprobe mit knapp über 4.000 Fällen. Eine so große Stichprobe erhöht die statistische Power und ermöglicht zuverlässige und aussagekräftige Ergebnisse. Ebenso erlauben größere Stichproben genauere Schätzungen von Populationsparametern. Zugleich haben größere Stichproben den Vorzug, Subgruppen innerhalb der Population zu analysieren. Auf diese Weise können Unterschiede zwischen verschiedenen erklärenden Variablen identifiziert werden, wie die vorliegenden Analysen des Deutschland-Monitors 2023 zeigen.

Mixed Methods-Forschungsdesigns

Mixed Methods-Forschungsdesigns, die quantitative und qualitative Forschungsmethoden kombinieren, zielen darauf ab, die soziale Wirklichkeit möglichst intersubjektiv abzubilden, d. h., dass Beobachter unabhängig voneinander zu demselben Ergebnis kommen. Sie haben den entscheidenden Vorzug, umfassendere und vor allem tiefere Einblicke in den Untersuchungsgegenstand zu gewinnen. Diesbezüglich bleibt der Deutschland-Monitor meines Erachtens allerdings unter seinen Möglichkeiten. Auch die Beschreibung, um welche Art von Mixed Methods-Ansatz es sich handelt, ist ausbaufähig.

Generell stellt sich beim Deutschland-Monitor 2023 die Frage, ob quantitative und qualitative Methoden gleichzeitig im Sinne eines *parallelen* Mixed-Methods-Design eingesetzt wurden oder nacheinander folgten im Sinne eines *sequenziellen* Mixed-Methods-Design. Orientiert man sich an den Erhebungszeiträumen, fällt eine eindeutige Antwort auf diese Frage aufgrund der eng aufeinander folgenden Datenerhebungen schwer. Im Juni 2023 wurde die quantitative Haupterhebung durchgeführt, im Juli 2023 die quantitative regionale Vertiefungsstudie und im Oktober 2023 folgten die qualitativen Fokusgruppen.

Trifft Ersteres zu, würde es sich um ein *Triangulationsdesign* handeln, bei dem quantitative und qualitative Daten nahezu gleichzeitig zu einem Forschungsthema erhoben werden und gleichwertig in die Datenauswertung eingehen. Alternativ wäre ein *eingebettetes Design* denkbar, bei dem eine der beiden Forschungsmethoden dominiert und die andere zeitgleich ergänzend verwendet wird. Dabei stehen je nach eingesetzter Methode verschiedene Forschungsfragen im Mittelpunkt.

Im Falle eines *sequenziellen* Mixed-Methods-Design kommt entweder ein *exploratives Design* in Betracht, bei dem auf eine erste quantitative Forschungsphase eine zweite qualitative folgt, oder ein *exploratives Design*, bei dem auf die qualitative die quantitative Phase folgt.

Wünschenswert wäre eine methodische klare Einordnung, um welche Art von Mixed-Methods-Design es sich unter Berücksichtigung der jeweiligen Vor- und Nachteile handelt. Inwiefern ein *sequenzielles* Mixed-Methods-Design vor dem Hintergrund des vorgesehenen Jahresturnus des Deutschland-Monitors zeitlich realisierbar ist, gilt es zu bedenken.

Fokusgruppeninterviews

Hier grenzt sich die Beschreibung des Auswahlverfahrens von quantitativer und qualitativer Stichprobe im sprachlichen Duktus kaum voneinander ab. Dadurch kommen meines Erachtens vor allem die Besonderheiten des quali-

tativen Ansatzes zu kurz. Anders als bei quantitativen Stichproben handelt es sich bei qualitativen Stichproben in der Regel um eine *bewusste Auswahl* mit dem Anspruch, maximale strukturelle Variation bei den Untersuchungseinheiten im Sinne eines theoretischen Samplings sicherzustellen. Im Gegensatz zur quantitativen Forschung, die statistische *Repräsentativität* bei der Stichprobenziehung anstrebt, zielt die qualitative Forschung auf eine qualitative *Repräsentation*.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wäre zu überlegen, inwieweit über die einbezogenen soziodemographischen Merkmale hinaus auch der Migrationshintergrund von Personen bei der Fallauswahl berücksichtigt werden sollte, um eine breitere Vielfalt an Standpunkten zu ermöglichen.

Gegenstand von Gruppendiskussionen sind *kollektive* Orientierungen, Wissensbestände und Werthaltungen, die durch den Diskurs abgebildet werden. Es geht also gerade nicht um individuelle bzw. persönliche Eindrücke, wie im Text an verschiedenen Stellen anklingt. Zentrales Kennzeichen von Gruppendiskussionen sind ferner die verschiedenen Diskurse, die die Diskussionsteilnehmenden selbst entwickeln und die ein wesentliches Element der Auswertung sein sollten. Diesen Diskurssträngen könnte bei der Auswertung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Grundsätzlich scheint sich vor allem die Frage zu stellen, welchen Stellenwert die qualitativen Fokusgruppeninterviews zukünftig haben sollen (vgl. *Mixed-Methods-Design*). Um ein umfassenderes Verständnis einzelner Themenaspekte zu erlangen, sollten die qualitativen und quantitativen Daten stärker aufeinander bezogen werden. Gegebenenfalls können die beiden Methoden, deren Daten 2023 nahezu zeitgleich erhoben wurden, auch für eine gegenseitige Validierung der Ergebnisse genutzt werden.

Warum keine Mehrebenenmodelle?

Eine angemessene Methode zur Analyse von Kontexteffekten sind Mehrebenenmodelle. Generell haben Mehrebenenanalysen eine Reihe von Vorteilen: Durch die *Berücksichtigung von Gruppeneffekten* können sie die Variation innerhalb und zwischen Gruppen unterscheiden. Dies ermöglicht eine genauere Kontrolle der Gruppenunterschiede und verbessert die Genauigkeit der Parameterabschätzungen. Darüber hinaus ermöglichen Mehrebenenanalysen die *effiziente Nutzung von Informationen* auf verschiedenen Ebenen der Hierarchie. Wenn Informationen auf Gruppenebene vorliegen, können sie dazu beitragen, die Schätzung von Effekten auf der Einzelebene zu verbessern. Ferner können Mehrebenenmodelle sowohl *Fixed Effects* (festgelegte Effekte) als auch *Random Effects* (zufällige Effekte) berücksichtigen. Dies ist besonders hilfreich, wenn es individuelle oder Gruppenunterschiede gibt, die nicht vollständig durch bekannte Variablen erklärt werden kön-

nen. Außerdem minimieren Mehrebenenanalysen das Risiko von Fehlern durch Aggregation. Solche Fehler können auftreten, wenn Daten auf einer höheren Ebene aggregiert werden und dann auf einer niedrigeren Ebene analysiert werden. Ein weiterer Vorteil ist, dass Mehrebenenmodelle es ermöglichen, die Variation auf verschiedenen Ebenen der Hierarchie zu modellieren, was zu genaueren und realistischeren Schätzungen führt.

Voraussetzung für Mehrebenenanalysen ist eine hierarchische Datenstruktur, die wiederum an verschiedene Bedingungen geknüpft ist. Für ein einfaches 2-Ebenenmodell, also die Schätzung von festen Effekten und Zufallseffekten auf Ebene 1, gilt allgemein die 30/30-Regel. Das heißt, es sollten mindestens 30 Fälle pro Ebene für solide Parameterschätzungen vorliegen, wobei eine Unterschreitung eher auf Ebene 1 zulässig ist. Wenn Interaktionen zwischen den Ebenen, sogenannte Cross-Level-Interaktionen, untersucht werden sollen, werden mindestens 50 Individuen auf der zweiten Ebene empfohlen (50/20).

Vor dem Hintergrund von 106 kreisfreien Städten und 294 Landkreisen in der Bundesrepublik Deutschland (Stand 31. März 2023) wäre eine solche hierarchische Datenstruktur durchaus realisierbar gewesen. Warum dies bei der Konzeption der Studie nicht berücksichtigt wurde und folglich das Analysepotenzial von Mehrebenenmodellen nicht ausgeschöpft werden kann, ist zumindest erklärungsbedürftig.

Heterogenität innerhalb von Kreisen

Generell weisen kleinere Untersuchungseinheiten wie Gemeinden durchaus Vorteile gegenüber größeren Einheiten wie Kreisen auf, da sie eine präzisere Erfassung von Unterschieden zulassen. Die Verfügbarkeit von Indikatoren ist allerdings für kleinere Untersuchungseinheiten in der Regel eingeschränkter als für größere. Vor diesem Hintergrund stellen Kreise als Untersuchungseinheit durchaus eine angemessene Kompromisslösung dar. Zu überlegen wäre jedoch, inwieweit die Heterogenität innerhalb der Kreise bei deren Auswahl berücksichtigt werden könnte. Gegebenenfalls sollte vor dem Hintergrund dieser Überlegungen auch die Relativierung der Annahme regionaler »Moralgrenzen« zwischen Ost und West überdacht oder zumindest vorbehaltlich formuliert werden.

8.2 Kommentare aus Zivilgesellschaft und Politik

Cathleen Bochmann

Die Aktion Zivilcourage e.V. ist ein unabhängiger Verein, der gesellschaftliche und politische Bildungsarbeit für alle Altersgruppen anbietet. Die Aktion Zivilcourage wurde 1998 als Initiative junger Menschen gegründet. Hintergrund waren hohe Kommunalwahlergebnisse rechtsextremer Parteien im damaligen Landkreis Sächsische Schweiz und eine zunehmende Gewaltbereitschaft insbesondere junger Menschen. Als Antwort auf diese Entwicklung organisierte die Initiative unter anderem Runde Tische. Schon damals prägten bis heute wichtige Prinzipien unsere Arbeit: der Dialog auf Augenhöhe sowie die Schaffung positiver Selbstwirksamkeitserfahrungen in einer demokratischen Gesellschaft. Dabei arbeiten wir vor allem in ländlichen Räumen Ostdeutschlands mit einem breiten Netzwerk aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zusammen.

Empirische Daten sind von hohem Wert für Praktiker:innen der Zivilgesellschaft, da sie wertvolle Anhaltspunkte für die Entwicklung zielgerichteter Strategien und Maßnahmen bieten. Der Deutschland-Monitor '23 liefert umfassende Einblicke in gesellschaftliche und politische Trends in Ost und West, die für die Arbeit vor Ort von entscheidender Bedeutung sind. Auf Grundlage der Befunde des Monitors lassen sich vier Kerngedanken ableiten, die die Relevanz der Daten für die Arbeit unseres Vereins »Aktion Zivilcourage e.V.« und dessen Beratungs- und Bildungsarbeit verdeutlichen. Die folgenden 4 Thesen stecken einen praxisorientierten Rahmen ab, um die in den Monitor-Daten ablesbaren Herausforderungen der Demokratie gerade in ostdeutschen ländlichen Regionen anzugehen und demokratische Werte zu stärken.

Wir brauchen gute Dialogformate!

Im Deutschland-Monitor '23 stimmten weniger als 15 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass sich Politikerinnen und Politiker um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen. Solche geringe Responsivität gefährdet die demokratischen Bindungskräfte in unserem Land. Denn fehlende bzw. als fehlend wahrgenommene Repräsentation sowie unzureichende Wirksamkeitserfahrungen lassen Menschen an ihrer Selbstwirksamkeit im politischen Diskurs innerhalb unserer Demokratie zweifeln. Wie die Monitor-Daten zeigen, hängen die Wahrnehmung von Responsivität und die Zufriedenheit mit der Demokratie eng zusammen⁹⁴. Menschen fühlen sich mit ihren politischen Interessen

⁹⁴ Deutschland Monitor 2023, S. 127.

abgehängt und glauben, dass ihnen vonseiten der Politik ohnehin kein Gehör geschenkt wird. So erleben wir einen Vertrauensverlust der Menschen in politische Institutionen, eine gesellschaftliche Radikalisierung und eine Delegitimierung von Demokratie.

Viele Menschen spüren ein Missverhältnis zwischen dem, worauf sie Einfluss haben, und dem Ausmaß der Krisen der letzten Jahre. In den Daten des Deutschland-Monitors wird das Funktionieren der Demokratie erschreckend schlecht bewertet. Dieses Gefühl mangelnder Leistungsfähigkeit kann zu Frustration, Aggression und Radikalisierung führen. Gerade im Osten, wo mehr als die Hälfte der Menschen unzufrieden mit der Demokratie ist, wird dies sichtbar.⁹⁵ In vielen Kommunen sind in den letzten 10 Jahren starke Konflikte und Polarisations-effekte erkennbar. Die Corona-Pandemie führte dies besonders eindrücklich vor Augen. Populistische und extremistische Politikangebote versprachen hier einfache Lösungen und bestärken ihre Anhänger:innen in der Idee von der Macht eines vermeintlich authentischen Volkswillens und der Notwendigkeit eines radikalen Systemwechsels.

Während einerseits fehlende Wirksamkeit in politischen Dingen kritisiert wird, gibt jedoch andererseits über ein Viertel der Befragten des Deutschland-Monitors '23 an, dass sie gern die Gelegenheit ergreifen, an Bürgerversammlungen teilzunehmen und mit anderen Menschen zu diskutieren. Es existiert also ein dringender Bedarf, weitere politische Teilhabemöglichkeiten in Form von Dialogformaten zu eröffnen. Dies macht besonders dort Sinn, wo Menschen ihre Lebenswelt aktiv vor Ort mitgestalten können, also in ihren Kommunen. Solche Formate müssen dergestalt konzipiert werden, dass auch enttäuschte und radikalisierte Bürger:innen teilnehmen und positive Wirksamkeitserfahrungen mit der Demokratie machen können. Gerade die großen gesellschaftlichen Konfliktthemen stellen die Veranstalter:innen von Dialogverfahren jedoch vor erhebliche Herausforderungen. Staatliche Verantwortung Tragende stehen hochgradig radikalisierten Bürger:innen in Bürgerversammlungen, Dialogen und Einwohnersprechstunden gegenüber. Die Themen, entlang derer Radikalisierung stattfindet – Corona, Migration, Regierungskritik, Heizungsgesetz oder Windräder – wechseln. Das öffentliche Erregungspotenzial bleibt jedoch konstant hoch und wird z.T. von Akteuren der extremen Rechten gezielt angefeuert. Meist sind die Kommunen überfordert, mit stark eskalationsbedrohten Bürgerdialogen umzugehen und wollen diese lieber vermeiden. Auch sind kompetente Moderator:innen, denen es gelingt, Bürgerdialoge bei Anwesenheit radikaler und extremistischer Kräfte so zu steuern, dass Hass und Hetze nicht überhand nehmen, in der Sphäre der Politik selten zu finden.

⁹⁵ Deutschland Monitor 2023, S. 149.

Für eine gute demokratische und zugleich Kontroversen einbindende Dialog- und Streitkultur kann also nicht allein das politische System verantwortlich sein. Es braucht vielmehr eine gesellschaftliche Basis. Als zivilgesellschaftlicher Träger ist es daher unser Ziel, Verantwortungstragende dafür zu sensibilisieren und zu befähigen, kommunalen Krisen durch geeignete Dialog- und Bürgerbeteiligungsangebote im optimalen Fall präventiv, im akuten Fall deeskalierend zu begegnen und diese dabei umfassend zu unterstützen. Zentral für das Gelingen solcher Formate ist, dass Politiker:innen und Bürger:innen sich darin auf Augenhöhe begegnen und einander zuhören. Unsere Unterstützung fußt hierbei auf 3 Bausteinen: der Ausbildung von Moderatorinnen und Moderatoren für Krisensituationen, der Begleitung von Kommunen und Behörden in Konfliktlagen und der Moderation von Dialog- und Beteiligungsformaten.

Wir sollten kommunalpolitisches Engagement fördern!

Politische Partizipation ist ein Eckpfeiler jeder funktionierenden Demokratie. Sie ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, ihre Interessen zu vertreten und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Für die politische Willensbildung in Deutschland sind wiederum die politischen Parteien zentral. Jedoch zeigt der Deutschland-Monitor '23, dass das Partizipationsinteresse der Bevölkerung in Parteistrukturen mit 6 Prozent sehr gering ausfällt. Die geringe Partizipation in politischen Parteien zeigt sich nicht nur an zurückgehenden Mitgliederzahlen, sondern auch in einer allgemeinen Abnahme politischer Aktivität insbesondere in ländlichen Gebieten. Dort sind die Volksparteien daher oft kaum wahrnehmbar und die Mehrzahl der Bürgermeister:innen Kommunen selbst gar nicht mehr an Parteistrukturen angebunden.⁹⁶ Es ist beunruhigend, dass in einigen Gebieten aktuell Schwierigkeiten bestehen, ausreichend Kandidat:innen für die anstehenden Kommunalwahlen 2024 zu finden. Dadurch wird ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie ausgehöhlt und gerade jene politische Ebene geschwächt, der laut den Daten des Deutschland-Monitors '23 neben dem Bundesverfassungsgericht noch das größte Institutionenvertrauen entgegengebracht wird.⁹⁷

Diese Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf die kommunalpolitische Ebene, insbesondere im Hinblick auf kommende Wahlen. Denn die von den Volksparteien hinterlassene Lücke wird nicht unbesetzt gelassen, sondern zunehmend von rechtsextremen Kräften gefüllt. Jene drängen gerade in Ostdeutsch-

⁹⁶ In Sachsen sind aktuell nur ein Drittel der Bürgermeister:innen als Vertreter:innen einer Volkspartei im Amt. <https://wahlen.sachsen.de/buergermeisterwahlen-wahlstatistik.html>

⁹⁷ Deutschland Monitor 2023, S. 132.

land mit aller Kraft in die Gremien. Hierbei existiert eine vielfache Wechselwirkung mit nicht-institutioneller Partizipation. Demonstrationen stellen laut der Befunde des Deutschland-Monitors mit knapp einem Fünftel eine recht beliebte Form der Partizipation dar⁹⁸. Die sogenannten »Montagsdemonstrationen« und das dort vertretene radikale Protestmilieu sind Quellen, aus denen sich der Einzug radikaler Kräfte in die Gemeindevertretungen speist. Angefeuert wird dies noch durch reichweitenstarke Social-Media-Kanäle, in denen Hass und Falschinformationen kursieren. In Sachsen ist diese Entwicklung z.B. seit mehreren Jahren bei den »Freien Sachsen« gut zu beobachten.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft ist daher eine Unterstützung jener Menschen wichtig, die bereit sind, sich für ihr Gemeinwesen einzusetzen, indem sie für Stadtbezirks- und Ortschaftsräte, Städte- und Gemeinderäte oder gar das Bürgermeisteramt kandidieren und sich dort demokratisch engagieren. Hierbei gilt es einerseits schon frühzeitig reale Erfahrungsräume zu schaffen, so wie z.B. in unserem Format »Kommunalpolitik und ich«, wo Jugendliche zusammen mit politischen Vertreter:innen konkrete Projekte in ihren Kommunen entwickeln. Unserer Erfahrung nach kann aus solch einem Projekt die Ermutigung junger Menschen für ein »echtes« politisches Amt erwachsen. Für Erwachsene bewähren sich vor den Wahlen gezielte Ansprachen engagierter Bürger:innen der Stadtgesellschaft für ein politisches Amt und eine Aufklärung über die damit verbundenen Abläufe und Prozesse. Wenn die parteipolitischen Strukturen der Volksparteien auf lokaler Ebene fehlen, bedarf es alternativer Unterstützungsstrukturen, um sozialen Rückhalt und Professionalisierung zu schaffen. Besonders bewährt haben sich hierfür von uns als Verein moderierte Bürgermeisterstammtische und Kommunaldialoge, in denen sich die kommunalen Verantwortungstragenden austauschen und gegenseitig unterstützen können. Bedarfsorientierte Schulungsformate für neu Gewählte ergänzen das Angebot und stellen Handlungssicherheit für die vielfältigen Herausforderungen – von Verwaltungsabläufen über Bürgerkommunikation bis zur Reaktion auf Anfeindungen – her.

Demokratisches Engagement braucht Schutz!

Schaut man sich die Daten des der Deutschland-Monitors '23 hinsichtlich der grundlegenden Einstellungen zur Demokratie an, so ergibt sich ein ambivalentes Bild. Einerseits ist die Zustimmung zur Demokratieidee und zur Verfassungsordnung in Ost und West unverändert hoch. In den ersten Monaten des Jahres 2024 wurde dies öffentlich greifbar, als bei den pro-demokratischen Demonstra-

⁹⁸ Deutschland Monitor 2023, S. 119.

tionen an vielen Orten erstaunlich viele Menschen auf die Straße gingen – auch in Gegenden mit starken rechtsextremen Strukturen, wo dies vorher nicht unbedingt erwartet wurde. Viele zivilgesellschaftlich Engagierte hat dieses deutliche Signal beflügelt und bestärkt. Aber es gibt eben auch andere Orte, in Gegenden, wo Engagierte klar sagen, dass sie sich nicht trauen, überhaupt eine Demonstration zu organisieren, weil sie nicht allein dastehen und sich anfeinden lassen wollen. Das heißt, zivilgesellschaftliches und demokratieverstärkendes Engagement existiert zwar vielfach und oft mit großer gesellschaftlicher Wirkmacht, ist jedoch gleichzeitig Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt.

Einschüchterungen, Bedrohungen und Angriffe führen dazu, dass Engagierte sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen, sich weniger Menschen engagieren und anti-demokratischen Akteuren eine stärkere Meinungsmacht zuteil wird. Wenn im gesellschaftlichen Umfeld – wie im Deutschland-Monitor '23 z.B. im Salzlandkreis oder Landkreis Prignitz erkennbar – die Antidemokraten und Systemkritiker ein Drittel der Bevölkerung stellen, wird es beschwerlich für demokratisches Engagement.⁹⁹ Wenn wir im Deutschland-Monitor ferner sehen, dass geringes Institutionenvertrauen, populistische Einstellungen und Parteipräferenz für die AfD eng zusammenhängen, wäre die Frage, ob wir als Zivilgesellschaft Möglichkeiten finden können, besser an diese Leute heranzukommen, um sie für demokratische Alternativen zu öffnen. Meist wird hier auf politische Bildung verwiesen, wobei Bildungsangebote in der Regel nicht ausreichen dürften, um die dahinterliegende Unzufriedenheit mit der Performanz von Demokratie, Protest und Deprivationsgefühle abzubauen.

Wir beobachten daher meist einen Dauerkonflikt zwischen einer prodemokratischen und einer antidemokratischen Zivilgesellschaft. Auch wenn die Zahlen des Deutschland-Monitors aufzeigen, dass die antidemokratischen Kräfte zahlenmäßig gar nicht mal so groß sind, muss man sich vor Augen führen, dass es wesentlich weniger Anstrengungen bedarf, destruktiv auf gesellschaftliches Miteinander zu wirken als konstruktiv etwas aufzubauen. In jeder Bürgerversammlung binden die brüllenden, pöbelnden Personen deutlich mehr Energie als Diskussionsteilnehmende, die versuchen, sich inhaltlich konstruktiv zu äußern. Es braucht viele Ressourcen, einen neuen Gemeindetreff aufzubauen und den Bürger:innen Möglichkeiten für ein Engagement aufzuzeigen, positive Erzählungen unseres demokratischen Gemeinwesens zu generieren und ein zivilgesellschaftliches Netzwerk zu schaffen. Es braucht vergleichsweise wenig Anstrengung, einen antidemokratischen Protest zu organisieren, ein einschüchterndes Hassvideo oder Fake News auf Telegram zu posten bzw. jemanden auf dem Nachhauseweg von einer Demokratiedemo körperlich zu bedrohen. Diese Asymmetrie der

⁹⁹ Deutschland Monitor 2023, S. 151.

Destruktion durch Demokratiefunde – seien es auch zahlenmäßig wenige – ist für die zivilgesellschaftliche Praxis sehr zermürbend.

Mittelfristig besteht hier die Gefahr einer dauerhaften Schwächung der demokratischen Kultur. Von derlei Ermüdungserscheinungen, Einschüchterungen und Angriffen betroffen sind sowohl Engagierte in Vereinen und Initiativen als auch (ehrenamtliche) Kommunalpolitiker:innen und Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung. Ein Kernproblem besteht im Fehlen eines ausreichenden Unterstützungssystems zur Stabilisierung von Demokratie sowie zum Schutz demokratischen Engagements. Es fehlt Verantwortungstragenden sowohl in Zivilgesellschaft als auch bei staatlichen Stellen oft an Wissen und Methodenkenntnissen, wie sich insbesondere in Krisensituationen und bei aufgeheizten Situationen demokratiestärkende und demokratiseschützende Prozesse anstoßen, moderieren und umsetzen lassen.

Auch hier bietet sich ein Ansatzpunkt für zivilgesellschaftliche Verantwortung, gezielt Schutzkonzepte für demokratisch Engagierte zu entwickeln, Betroffenen zu helfen, ihr Engagement angstfrei und gestärkt umzusetzen und breite Bündnisse demokratischer Akteure zum Zwecke gegenseitigen Rückhalts zu fördern. Gute Möglichkeiten, solche Bündnisse zu stärken, bieten nach unserer Erfahrung lokale Toleranzbündnisse, die vom Bundesprogramm »Demokratie leben!« geförderten Partnerschaften für Demokratie, das Netzwerk »Zusammenhalt durch Teilhabe« und regionale (Fach-) Netzwerke der Zivilgesellschaft.

Staat und Zivilgesellschaft müssen gut zusammenarbeiten!

Ein effektiver Schutz der Demokratie kann indes letztlich nur durch eine engere Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren erreicht werden, und zwar nicht nur punktuell, sondern strategisch gedacht. Es ist unerlässlich, dass diese sektorübergreifende Zusammenarbeit ein breites politisches Spektrum umfasst, das sich für demokratische Werte einsetzt und die verschiedenen Arbeitsbereiche staatlicher und zivilgesellschaftlicher Partner kombiniert. Denn hinter den Zahlen des Deutschland-Monitors zu Populismus und Extremismus liegen vielfältige Phänomene, denen wir uns als Verein in der Arbeit gegenübersehen: z. B. Konflikte und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen, die von den pädagogischen Fachkräften nicht aufgefangen werden können; unterschiedliche Lebenschancen aufgrund Bildung, Einkommen oder Wohnort, die sich in einer Abwehr der Demokratie und des Gemeinwesens manifestieren; oder eine schnelllebige und komplexe digitale Welt, die insbesondere Jugendliche Fake News, Hassreden und Verschwörungsmymen aussetzt.

Die Aktion Zivilcourage hat hierbei mit dem Angebot einer externen Prozessbegleitung und starker Netzwerkarbeit gute Erfahrungen gesammelt. Träger oder Kommunen, die demokratisches Engagement stärken möchten, werden beim Aufbau sektorübergreifender Netzwerke unterstützt. Durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Entscheidungsträger:innen aus Politik, Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Sicherheitsbehörden und der Zivilgesellschaft werden die Akteure in die Lage versetzt, ein gemeinsames Lagebild zu entwickeln, zielgerichtet Maßnahmen zur Stärkung und zum Schutz der Demokratie und der Engagierten zu identifizieren, zu planen und umzusetzen. Vertrauensvolle Bündnisse ermöglichen es, unmittelbar und abgestimmt auf Herausforderungen zu reagieren sowie durch einen kontinuierlichen Informationsaustausch »vor die Lage« zu kommen, präventiv Maßnahmen zu ergreifen und somit die Gewährleistung von Sicherheit, politischer Handlungsfähigkeit und Schutz demokratischen Engagements zu verbessern. Vertrauensvolle Zusammenarbeit bedeutet übrigens nicht, dass die Eigenheiten der jeweiligen Handlungsbereiche verschwimmen oder sich die Zivilgesellschaft gar an staatliche Organe anbiedern soll; gemeint ist durchaus auch konflikthafte Kooperation auf Augenhöhe und eine Anerkennung der unterschiedlichen Kompetenzen und Fähigkeiten.

Eine bessere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und Zivilgesellschaft ist nicht immer einfach. Unterschiedliche Problemwahrnehmungen, Rollen und institutionelle Logiken der Akteure vor Ort erschweren oftmals eine vertrauensvolle, konstruktive Zusammenarbeit im Themenfeld Demokratiestärkung, Rechtsextremismusprävention zum Schutz von Engagierten. Auch die im Deutschland-Monitor ablesbaren Herausforderungen durch systemkritische und antidemokratische Kräfte geben Fragen auf. Es gilt z.B. zu klären, wie es gelingen kann, das Vertrauen der Bevölkerung in demokratischen Institutionen vor Ort zu stärken, obwohl gerade in Ostdeutschland jene politischen Gremien zunehmend mit Extremisten besetzt sind.

Fazit

Klar ist, dass die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie umfassende Antworten erfordern. Die Ergebnisse des Deutschland-Monitors '23 liefern wichtige Einblicke in die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen und zeigen auf, dass zwar wesentliche Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens stabil und funktionsfähig sind, zugleich aber auch viel Engagement auf allen Ebenen erforderlich ist, um die Demokratie zu schützen und zu stärken. Gefordert ist Unterstützung im Feld der Bürgerkommunikation, der Bürgerdialoge und Beteiligungsverfahren, gerade in krisenhaften oder eskalationsbedrohten Si-

tuationen. Verantwortungstragende in Kommunen bedürfen der Unterstützung durch Fortbildungen, Coaching und Vernetzungsangebote, die ihnen auch bei fehlenden Parteienstrukturen Handlungssicherheit in herausfordernden Situationen geben, den Transfer guter Praxis zwischen Kommunen ermöglichen sowie gegenseitige Rückendeckung und gemeinsames Lernen der kommunalen Ebene fördern. Engagierte, die aufgrund ihres Einsatzes für Demokratie angefeindet und bedroht werden, benötigen Schutz und Stärkung. Es braucht Beratung und Prozessbegleitung, welche themenunabhängig und überparteiisch agiert und somit anschlussfähig ist für staatliche Stellen wie für zivilgesellschaftliche Bewegungen, damit Aufbau, Festigung und Vertiefung einer vertrauensvollen sektorübergreifenden Zusammenarbeit gefördert werden.

Juliane Stückrad

Von ländlichen Räumen und von Kommunen lernen

Folgende Überlegungen entspringen ethnografischen Erkundungen in ländlichen Räumen seit den 2000er Jahren. Den Anfang bildete eine über mehrere Jahre dauernde Feldforschung im brandenburgischen Elbe-Elster-Kreis zur Kultur des Unmuts.¹⁰⁰ Es schlossen sich Studien im Auftrag der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens zur Bedeutung von Kirche in ländlichen Räumen an.¹⁰¹ Die Friedrich-Ebert-Stiftung erteilte den Auftrag für die ethnografische Erkundung der Stimmungslage in der ostthüringischen Kleinstadt Gößnitz¹⁰², und für den »Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V.« wurden Daten zu den zivilgesellschaftlichen Potenzialen von Heimatstuben in Vorpommern erhoben¹⁰³.

100 Stückrad, Juliane: Ich schimpfe nicht, ich sage nur die Wahrheit. Eine Ethnografie des Unmuts am Beispiel der Bewohner des Elbe-Elster-Kreises/Brandenburg. Kiel 2010.

101 Stückrad, Juliane: Verantwortung, Tradition, Entfremdung – Zur Bedeutung von Kirche im ländlichen Raum. Eine ethnographische Studie in drei Dörfern des Regionalkirchenamtes Leipzig. Kohrener-Schriften 2, Großspöna 2017; Stückrad, Juliane: Vertrauen, Krise, Glauben – Bedeutung von Kirche in ländlichen Räumen. Der Kirchenbezirk Vogtland. Kohrener Schriften 4, Leipzig 2021.

102 Stückrad, Juliane: Die Perspektive der Stadt ist ja eigentlich die Perspektive der Menschen. Eine ethnografische Studie zur Stimmungslage in Gößnitz, hrsg. von: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen. Erfurt 2020.

103 Stückrad, Juliane: Heimatstuben in der Region Uecker-Randow. Kommunale Aufgaben und zivilgesellschaftliche Potentiale. Eine ethnographische Studie zu sieben Fallbeispielen, hrsg. von: Modem. Mobiles Demokratisches Empowerment. Ein Projekt des Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben. Wuppertal, Rothenklempenow 2020.

Hinzu kommen Felddaten für das Ausstellungs- und Buchprojekt »Randgebiete – Geschichten von drüben«.¹⁰⁴

Die ethnografischen Datenerhebungen hatten zum Ziel, die Eigenlogik der jeweiligen Lebenswelten zu verstehen. Die Erhebungen fanden in Regionen statt – Südbrandenburg, Landkreis Uecker-Randow, Leipziger Land, sächsisches Vogtland, Altenburger Land –, die im Deutschlandmonitor 2023 als Regionen mit mittlerer bzw. geringer Prosperität ausgewiesen sind.

Wenn von ländlichen Räumen die Rede ist, denkt man zumeist nur an Dörfer. Kleinstädte werden in ihrer Bedeutung für die ländliche Infrastruktur leicht übersehen.¹⁰⁵ Das liegt nicht daran, dass es keine Forschungen zu Kleinstädten gäbe, sondern daran, dass diese Befunde nicht ausreichend rezipiert werden.¹⁰⁶ Das Dorf wird aus städtischer Perspektive häufig »als idyllisches Anderes der gesellschaftlichen Modernisierung, Verstädterung bzw. – heutzutage – Globalisierung« betrachtet.¹⁰⁷ Damit einher gehen aber nicht nur romantisierende Vorstellungen, sondern auch Vorurteile von Rückständigkeit. Viele Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Räume machen die Erfahrung, dass ihr Lebensumfeld von außen betrachtet als Mangelraum wahrgenommen wird. In strukturschwachen Gebieten spüren sie den Rechtfertigungsdruck, der mit dem defizitären Blick einhergeht und der auf ihnen lastet, wenn sie erklären müssen, warum sie trotz der Problemlagen bleiben und ein Leben »in der Provinz« führen. Sie werden als Bewohner der Ränder, jenseits der Zentren, wahrgenommen. Am Rand zu leben ist aber nicht attraktiv, denn der Rand birgt Gefahren, nicht mehr ganz dazuzugehören, in Unsicherheit zu leben und abstürzen zu können.

Ein Problem der ländlichen Räume – und das gilt verstärkt für Ostdeutschland – ist ihre Problematisierung. Die Menschen müssen sich durch die Fragen nach ihrem Alltag in sogenannten »abgehängten Regionen« – solche nimmt auch das Schwerpunktthema des Deutschland-Monitors 2023 in den Blick – mit der indirekten Unterstellung auseinandersetzen, möglicherweise den Absprung nicht geschafft zu haben und damit ein gesellschaftlich weniger anerkanntes Leben zu führen. Begeben sich Städterinnen und Städter in ländlich geprägte Regionen,

104 Kneise, Ulrich / Stückrad, Juliane: Randgebiete. Geschichte von drüben. Erzählt entlang der thüringischen Grenze zu Niedersachsen, Hessen und Bayern. Erfurt / Halle/Saale 2024.

105 Steinführer, Annett: Vom Wachsen im Schrumpfen. Alterung und siedlungsstruktureller Wandel von Kleinstädten, in: Schmied, Doris / Wüstenrotstiftung (Hg.): Große Dörfer – Kleine Städte. RURAL 9. Göttingen 2018: 7–29, hier S. 9.

106 Hannemann, Christine: Kleine Stadt, was nun?, in: Reimann, Bettina et al. (Hg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Deutsches Institut für Urbanistik. Edition Difu – Stadt Forschung Praxis Bd. 17. Berlin 2018, S. S. 45–61, hier S. 45.

107 Marszałek, Magdalena: Das Dorf als Erinnerungsraum, in: Nell, Werner / Weiland, Marc (Hg.): Dorf. Interdisziplinäres Handbuch. Berlin 2019, S. 348–356, hier S. 352.

ist ihnen daher zu empfehlen, die eigenen Vorurteile über dörfliche und kleinstädtische Lebensformen zu reflektieren. Es sollte diskutiert werden, welche Lebensentwürfe in gesellschaftlichen Diskursen das größere Ansehen genießen: die großstädtischen oder die ländlichen?

Das Reden über ländliche Räume hat seit vielen Jahren Konjunktur. Allerdings wird viel zu oft in großen Städten *über* ländliche Räume gesprochen und zu wenig *mit* den Bewohnern ländlicher Räume. Hier könnte schon die Verlegung von Veranstaltungen zu Themen der Stadt-Land-Beziehung in kleinere Orte jenseits der Metropolen Abhilfe schaffen. Kulturhäuser, Gemeindezentren, Begegnungsräume und ähnliche Einrichtungen, die oft von Vereinen und zivilgesellschaftlich engagierten Personen betrieben werden, würden von dieser neuen Aufmerksamkeit direkt profitieren und könnten sicherlich wichtige Erfahrungen einbringen. Warum sollte man nicht auch einmal in einer »schrumpfenden« Kleinstadt eine Tagung zur Wohnungsnot in Metropolen veranstalten? Vielleicht fänden sich hier ja ganz unerwartete Perspektiven und Lösungsansätze?

Der auf Problematisches fokussierte Blick ignoriert die Leistungen der Menschen in ländlichen Regionen. Ethnologisch-volkskundlich betrachtet, zeugt die defizitäre Wahrnehmung seitens der Städterinnen und Städter häufig von einem eingeschränkten Kulturbegriff, der sich an der sogenannten »Hochkultur« orientiert. Er übersieht die Vielfalt der Kulturen ländlicher Räume, die in Kirchengemeinden, Sportvereinen, Freiwilligen Feuerwehren, in Karnevalsclubs, in Kirchengesellschaften und in vielen anderen Konstellationen gelebt wird. Während der Feldforschungen konnten bemerkenswertes ehrenamtliches Engagement, beeindruckender Fleiß und die Fähigkeit zur Selbstorganisation dokumentiert werden. Anstatt vorzugsweise in Städten entwickelte Kulturförderprogramme in ländliche Räume zu tragen, wäre es auch einmal denkbar, dass Jugendliche vom Land jungen Menschen in Großstädten ihre Erfahrungen mit der Organisation der Dorfkirmes schildern und dabei ihr Wissen um gemeinwohlorientiertes Handeln weitergeben.

Der Deutschlandmonitor 2023 verdeutlicht, dass ein hoher sozialer Zusammenhalt die Attraktivität des Lebensumfelds erhöht.¹⁰⁸ Dieses Ergebnis der quantitativen Datenerhebung deckt sich mit den qualitativ erhobenen Daten. In Gesprächen mit engagierten Menschen wurde der Stolz auf Orte, Räume und Veranstaltungen, die man mit anderen gestaltet und erschaffen hat, deutlich: »Bei uns ist der Zusammenhalt gut. Ich finde, zur Kirmes rutscht das Dorf jedes Jahr aufs Neue ein bisschen zusammen. Das ist so schön, das ist wirklich bei uns einma-

108 Deutschland-Monitor '23. Kurzinformation über wesentliche Untersuchungsergebnisse, Januar 2024, S. 3.

lig.«¹⁰⁹ – »Was uns verbindet? Na, dass jeder jedem hilft. Also, das ist der Zusammenhalt. Weil sie auch alle stolz sind, dass es der Fasching geschafft hat.«¹¹⁰ – »In [Dorf D] ist ein starker Zusammenhalt. ... Es bleiben nur wenige außen vor. Wir haben es geschafft, dass alle an einem Strang ziehen.«¹¹¹ Die Liebe zum Eigenen und die »Lust an der Eigenart«¹¹² motivieren die Menschen, sich für ihre Orte und ihre Regionen zu engagieren. Doch, wo Liebe ist, sind auch Verletzungen möglich.

Zu solchen Verletzungen kommt es, wenn Engagement erschwert und Eigenart bedroht werden, wie es zum Beispiel durch Eingemeindungen und Gemeindegebietsreformen geschehen kann. Bei allen ethnografischen Untersuchungen konnte Unmut darüber dokumentiert werden. Wenn Dörfer zu Ortsteilen von Städten werden, ändert sich zwangsläufig die Kommunikation mit den Verwaltungen. Absprachen, die im Sozialraum des Dorfes auf Vertrauen und Bekanntheit basierten, müssen nun einem anonymeren städtischen Umgang angepasst werden, was in der Regel mit mehr Bürokratie einhergeht. »Das macht alles keinen Spaß mehr«, sagte mir der Vorsitzende eines Heimatvereins in Sachsen, als er beschrieb, wie umständlich es seit der Eingemeindung seines Dorfes geworden sei, für einen Festumzug die Straße kurzzeitig abzusperren.¹¹³

Gerhard Henkel beschreibt ein »ganzes Bündel an negativen Folgen« durch Eingemeindungen. Unter anderem würde die »in den Dörfern existierende demokratische Basis ... beseitigt«. Die »Konsequenz ist eine wachsende kommunalpolitische Resignation«.¹¹⁴ Wenn infolge der Gebietsreformen weniger Menschen kommunalpolitisch tätig sein können, werden sich auch weniger Bürgerinnen und Bürger vor Ort in einer Partei engagieren. Der Deutschland-Monitor 2023 zeigt aber, dass Mitarbeit in einer politischen Partei tendenziell eine »bessere Meinung von der Responsivität der Politik«¹¹⁵ befördert. Beim Zusammenschluss von Ortschaften zu großen Gemeindeverbänden bleibt für die Beratung einzelner Anliegen in den Gemeindeversammlungen sehr viel weniger Zeit. Entscheidungsprozesse sind häufig schlechter nachvollziehbar. Diese Erfahrungen

109 Zitat Frau P., Kirmesgesellschaft Gleicherwiesen, in: Stückrad: Randgebiete 2024, S.

110 Zitat Herr G., Hirschberger Faschingsclub e. V., in: Stückrad: Randgebiete 2024, S. 242.

111 Zitat Herr Sch., Musikverein D-Dorf (Vogtland), in: Stückrad: Vertrauen 2021, S. 22.

112 Stückrad: Ich schimpfe nicht 2010, S. 155; Streck, Bernhard: Fröhliche Wissenschaft Ethnologie. Eine Führung. Wuppertal 1997, S. 13.

113 Stückrad, Juliane: Eigenständigkeit oder Eingemeindung? Zur Stimmungslage in ländlichen Regionen Mitteldeutschlands, in: Sächsische Heimatblätter, 66. Jg., Heft 1, 2020, S. 67–72, hier S. 71.

114 Henkel, Gerhard: Das Dorf. Landleben in Deutschland – gestern und heute. Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2020, S. 328–329.

115 Deutschland-Monitor '23, Kurzinformation, S. 9.

führen zur Distanzierung von politischen Entscheidungen und größerer Unzufriedenheit mit dem Verwaltungshandeln.¹¹⁶

Schnell kommen dann Misstrauen und das Gefühl auf, dass der eigene Ort benachteiligt wird. »Wer seine nähere Umgebung und sich selbst als benachteiligt ansieht,« stellt der Deutschland-Monitor 2023 fest, »fühlt sich häufiger »abgehängt«. Damit ist gemeint: Diese Menschen haben den Eindruck, dass sich die Politik für ihre Region nicht ausreichend interessiert und sich zu wenig für deren wirtschaftliche Entwicklung einsetzt.«¹¹⁷ »Abgehängtsein« ist aber nicht nur ein Gefühl, sondern in vielen Regionen auch eine Alltagserfahrung, wenn Schulen und Kindergärten aus den Orten verschwanden, die Bankfiliale schloss, der Bahnhof stillgelegt wurde, das Pfarrhaus seit der Streichung der Pfarrstelle leer steht und sich kein Landarzt mehr findet. Dass Gefühle des »Abgehängtseins« in Ostdeutschland verbreiteter sind, erklärt der Deutschland-Monitor 2023 damit, dass »dort anteilig mehr Regionen existieren, die von Abwanderung und Überalterung stark betroffen sind.«¹¹⁸ Vor allem im Rahmen der ethnografischen Untersuchung der Elbe-Elster-Region in den 2000er Jahren wurde deutlich, wie sich Heimat durch hohe Arbeitslosigkeit, demografische Schrumpfungsprozesse und den Verlust von Infrastruktur zu einem negativen Gefühlsraum wandelte,¹¹⁹ weil sie nicht mehr in der Lage ist »ihren Mann zu ernähren.« Das ist eine durchaus schmerzhaft Erfahrung, mit der die Gefahr verbunden ist, dass sich die Betroffenen mit der erlebten Abwertung der Heimatregion selbst abgewertet fühlen.

»Das Empfinden, der eigene Lebensraum werde benachteiligt, hat Auswirkungen auf das politische Bewusstsein«, besagt der Deutschland-Monitor 2023. »Und wer ein starkes »Abgehängtsein« empfindet, ist tendenziell auch mit dem Funktionieren der Demokratie sehr unzufrieden«. Je nachdem, wie die »Lebensqualität und der soziale Zusammenhalt, der Bürgersinn sowie die Wirtschaftskraft des Wohnstandorts« wahrgenommen werden, »unterscheiden sich die individuellen Einstellungen zu Politik und Gesellschaft zum Teil erheblich.«¹²⁰ Der Zusammenhang von lokalen Erfahrungen und der Einschätzung des Zustands der Bundespolitik konnte auch im Rahmen der ethnografischen Untersuchung in Gößnitz festgestellt werden. Er offenbarte sich in Bemerkungen wie diesen: »Alles was den Leuten vor Ort wichtig ist, wird klein geredet, damit es nicht mehr finanziert werden muss, und an anderer Stelle werden Millionen in einen Flugha-

116 Rösel, Felix: Sparen Gebietsreformen Geld? – Ein Überblick über aktuelle Studien, in: ifo Dresden berichtet 4/2016, S. 45–49, hier S. 48.

117 Deutschland-Monitor '23, Kurzinformation, S. 4.

118 Deutschland-Monitor '23, Kurzinformation, S. 4.

119 Stückrad: Ich schimpfe nicht 2010, S. 126.

120 Deutschland-Monitor '23, Kurzinformation, S. 4–5.

fen gesteckt, der nicht fertig wird.«¹²¹ – »An der Basis muss man dann ausbaden, was die für einen Scheiß bauen.«¹²² Menschen bewerten ausgehend von ihrem individuellen Alltag das Funktionieren des Staates.

Die Selbstpositionierung als »abgehängt« geht oft mit dem Gefühl einher, einer unübersichtlichen Welt ausgeliefert zu sein. Daraus resultieren das Bedürfnis nach Überschaubarkeit der Verhältnisse, und der Wunsch, die Handlungs- und Deutungshoheit zurückzugewinnen. Diese Stimmungslage öffnet vereinfachenden, populistischen Haltungen Tür und Tor. Die Ergebnisse der ethnografischen Studien und des Deutschland-Monitors 2023 legen nahe, dass das kommunalpolitische Feld eine bedeutende Rolle spielt, wenn es darum geht, Vertrauen in die Demokratie und in staatliche Institutionen herzustellen. Eine zentrale politische Aufgabe sollte es daher sein, die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Vielleicht hilft dabei ein Perspektivwechsel, mit dem wir unsere gängigen politischen Modelle hinterfragen. Die Rede ist üblicherweise von der Bundespolitik »da oben« und der Kommunalpolitik »an der Basis« – *Top down* und *Bottom up*. Sollten wir dieses Modell nicht umkehren, d.h. die Bundespolitik als Basisarbeit betrachten und die Kommunen an die Spitze der Bemühungen für eine breit akzeptierte und gelingende demokratische Politik stellen?

Stephan Meyer

Brücken zwischen Stadt und Land zu bauen und die Verbindung zwischen urbanen Zentren und ländlichen Regionen zu stärken, erfordert ein ganzheitliches Denken aller politischen Ebenen und die Implementierung verschiedener Ansätze. Grundlage hierfür sind eine finanziell ausreichend ausgestattete und handlungsfähige kommunale Selbstverwaltung und die Subsidiarität. Regionale Wertschöpfungsketten und Produkte aus der Landwirtschaft sowie Energiedienstleistungen im Bereich erneuerbarer Energien müssen dazu beitragen, die Wertschätzung für ländliche Gebiete zu steigern und gleichzeitig finanzielle Vorteile für die dortige Bevölkerung bieten.

Durch die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten wird nicht nur die lokale Wirtschaft gefördert, sondern ermöglicht werden dadurch auch überregionale Vermarktungsketten in urbane Räume. Diese Produkte können Botschafter des ländlichen Raums sein und generieren Finanzströme für die regionalen Produzenten. Gerade Produkte aus der Landwirtschaft und erneuerbare Energien sind

121 Zitat Herr O., Fußballverein, in: Stückrad: Die Perspektive 2020, S. 92.

122 Zitat Herr N., Freiwillige Feuerwehr, in: Stückrad: Die Perspektive 2020, S. 92.

hierfür prädestiniert, da sie in urbanen Gebieten nicht im gleichen Maßstab bereitgestellt werden können.

Der Fokus auf solche Wertschöpfungsketten trägt signifikant zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen bei, unterstützt die Wirtschaftskraft in ländlichen Gebieten und mindert die Abhängigkeit von globalen Marktschwankungen, was wiederum die Resilienz gegenüber wirtschaftlichen Krisen stärkt.

Hierfür sind Investitionen in die Infrastruktur sowie Bildungs- und Beratungsangebote für ländliche Produzenten und Energieerzeuger notwendig, um innovative Geschäftsmodelle zu implementieren und anhand konkreter guter Beispiele Vorbehalte abzubauen und mit einem neuen Selbstbewusstsein neue Wege zu gehen.

Ein weiterer wichtiger Ansatz ist das Verständnis von sich ändernden Arbeitswelten, das durch die Digitalisierung vorangetrieben wird. Diese Möglichkeiten, haben das Interesse vieler Menschen an einem Leben außerhalb der urbanen Zentren verstärkt. Die unvergleichliche Lebensqualität durch ein naturnahes Wohnen und Arbeiten muss flankiert werden durch eine attraktive digitale Infrastruktur und innovative Mobilitätsangebote. Der ganzheitliche Ansatz schließt hierbei ausdrücklich auch Bildungs- und Kulturangebote mit ein, deren Quantität aller Voraussicht nach nicht das Niveau der urbanen Räume erreicht, jedoch zumindest einen vergleichbaren Qualitätsanspruch haben muss, um attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Im Ergebnis wird dadurch die ländliche Region gestärkt und der Bevölkerungsrückgang gestoppt, idealerweise sogar umgekehrt.

Um diesen Trend aktiv zu unterstützen, sind die Etablierung von Coworking Spaces und die Einführung flexibler Arbeitsmodelle in Unternehmen ein wesentlicher Faktor, um Menschen zu ermutigen, sich im ländlichen Raum niederzulassen und hier ihren Lebensmittelpunkt zu finden.

Überregionale Imagekampagnen wie »Unbezahlland« im Landkreis Görlitz spielen eine wichtige Rolle, indem sie positive Narrative schaffen und praktische Informationen für Interessierte bereitstellen. Die Verknüpfung aller Maßnahmen ist entscheidend und ein Weg, um Zukunftszuversicht im ländlichen Raum zu entwickeln, indem die Besonderheiten herausgestellt und individuelle Lebensentwürfe ermöglicht werden, ohne den Vergleich mit urbanen Räumen zu suchen. Es muss vielmehr darum gehen, dass sich der ländliche Raum selbstbewusst als ein attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten versteht und durch aktuelle Trends einem positiven Wandel unterzogen wird, den es zu nutzen gilt.

Die Ansiedlung großer Unternehmen wie die von Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) in Dresden wird ebenfalls vielfältige Auswirkungen in ländlichen Gebieten haben. Ziel unserer Bemühungen muss es sein, sol-

che sich bietenden Chancen aufzugreifen und für die Region zu nutzen. Neben der Entstehung direkter Arbeitsplätze in und um Dresden gilt es, den ländlichen Raum als attraktiven Partner für die Zulieferindustrie zu positionieren, um einen Teil des prognostizierten Wirtschaftswachstums von der Stadt in den ländlichen Raum zu lenken. In Vorbereitung der TSMC-Ansiedlung werden wir die Zeit nutzen, um die notwendigen Ressourcen in der Verwaltung bereitzustellen, um effektiv und vor allem effizient reagieren zu können.

Eine zusätzliche Perspektive, die sich langfristig positiv auf den ländlichen Raum auswirken wird, ist die Umsetzung des Green Deal der Europäischen Union. Konkret steht dafür das Vorhaben Net Zero Valley Lausitz und der damit verbundene Aufbau von innovativen Null-Emissionstechnologien, für das wir als Modellregion prädestiniert sind. Schnelle Genehmigungsverfahren und besondere Rahmenbedingungen ermöglichen uns den Aufbau eines solchen »grünen Tals« der Möglichkeiten. Wenn es uns gelingt, hier eine solche Modellregion erfolgreich umzusetzen, dann sind wir nicht nur diejenigen, von denen andere lernen wollen, sondern wir sind auch diejenigen, die von den damit verbundenen Vorteilen einer Null-Emissions-Region wirtschaftlich und gesellschaftlich profitieren.

Gedankliche Verbindungslinien von meinen Ausführungen zu den Fragestellungen und Befunden des Deutschland-Monitors 2023 sind offenkundig: Der von mir eingangs formulierte Hinweis auf die notwendige »Brückenbildung« zwischen städtischen und ländlichen Räumen findet seine Bestätigung im Themenschwerpunkt des Monitors zum Verhältnis Stadt und Land in der Aussage, dass in beiden Regionstypen die dort wohnenden Menschen spezifische Herausforderungen und Vorzüge ihrer jeweiligen Lebensumfelder wahrnehmen. Das spricht für eine engere Vernetzung urbaner und ländlicher Lebenswelten, die – auch das wird im Deutschland-Monitor explizit angesprochen – eine wünschenswerte Zielgröße regionaler Strukturpolitik darstellt und verstärkter Förderung bedarf.

Michael Miebach / Christiane Scholz

Impulse des Deutschland-Monitors für die politische Praxis

Das Vorhaben, eine jährliche repräsentative Befragung »Deutschland-Monitor« zu etablieren, geht zurück auf eine Handlungsempfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« in ihrem Abschlussbericht

aus dem Dezember 2020.¹²³ Der Kommission zufolge fehlen in Deutschland »regional differenzierte regelmäßige und über die Zeit vergleichend angelegte empirische Untersuchungen zu langfristigen Veränderungen der gesellschaftlichen Stimmungslagen«. Der Deutschland-Monitor soll, so der Vorschlag der Kommission, insbesondere »eine Auswertung der kleinräumigen Regionen möglich machen« und auch Bestandteil des regelmäßig vorgelegten Berichts zum Stand der Deutschen Einheit werden.

Diese Zielsetzung bestätigte die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum Abschlussbericht der Kommission ausdrücklich. Der Arbeitsstab des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland übernahm die Zuständigkeit für das Vorhaben. Die Studie wird zunächst im Rahmen eines Modellvorhabens in den Jahren 2023 bis 2025 von einem Forschungskonsortium aus dem Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH), der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem Leibniz-Institut GESIS erstellt.

Aus der Perspektive des »Arbeitsstabes Ostdeutschland« erfüllt der Deutschland-Monitor mehrere Funktionen. Zum einen handelt es sich um ein Instrument der Politikberatung, indem die Analyse der Daten der Bevölkerungsbefragung vertiefte Einblicke in politische und gesellschaftliche Einstellungen und Sichtweisen eröffnet. Die wechselnden Schwerpunktthemen bieten dabei die Möglichkeit, auch aktuelle Fragestellungen in den Blick zu nehmen. Dass neben der quantitativen Befragung auch qualitative Fokusgruppen-Diskussionen durchgeführt werden, ist eine sinnvolle Ergänzung, die zusätzliche Rückschlüsse für politisches und administratives Handeln zulässt.

Zum anderen sollen die Ergebnisse des Deutschland-Monitors die gesellschaftliche Debatte beleben und zur Diskussion über die Zukunft der Demokratie und des Landes einladen. Neben der Veröffentlichung erster Ergebnisse im Bericht zum Stand der Deutschen Einheit und einem wissenschaftlichen Workshop im Januar 2024 hat das Forschungskonsortium deshalb gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt im Februar 2024 ein »Forum Deutschland-Monitor« mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft durchgeführt.

Im Rahmen dieser Debatten ist deutlich geworden, dass gerade auch der regionalisierte Ansatz des Deutschland-Monitor einen Gewinn darstellt. Die Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« hatte darauf verwiesen, dass eine einseitige »Fokussierung demoskopischer Analysen auf Ost-West-Unterschiede das Risiko berge, entsprechende Spaltungen zu verfestigen oder zu vertiefen«. Der Deutschland-Monitor könne nicht nur Trennendes, son-

123 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv/kommission-30-jahre-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit-stellt-abschlussbericht-vor-1825642>

dern auch »Verbindendes zwischen vergleichbaren Regionen im Osten und Westen Deutschlands in den Fokus rücken«. Diesem Anspruch ist das Konsortium mit dem Konzept des »rotierenden Kreispanels« nachgekommen. Die auf diese Weise möglich gewordenen regionalen Vergleiche sowie die Kontrastierung von bundesweiten und regionalen Ergebnissen sind auch im Kontext des im Grundgesetz formulierten Ziels bedeutsam, im ganzen Land gleichwertige Lebensverhältnisse anzustreben.

Mehr noch – und ebenfalls wichtig: Der Deutschland-Monitor schafft für den Arbeitsstab Ost Räume der Vernetzung in die Wissenschaft, aber auch zu den in einer Reihe von Bundesländern mittlerweile erscheinenden Länder-Monitoren.¹²⁴ Letztere boten – bei allen Unterschieden in Methodik, Umfang, periodischem Erscheinen, Fragestellungen und natürlich Erhebungsgebiet – Anknüpfungspunkte für die Erarbeitung des »Deutschland-Monitors«. Der vom Arbeitsstab organisierte regelmäßige Austausch sowohl mit den institutionellen Auftraggebern der Länder-Monitore als auch mit den jeweiligen wissenschaftlichen Communities ist fester Bestandteil des Projektes.

Mit seinen mehr als 200 Seiten Berichtsumfang deckt der Deutschland-Monitor 2023 eine Vielzahl von politisch relevanten Themenfeldern ab. Die Ergebnisse sind instruktiv für politische Prioritätensetzungen und die politische Kommunikation nicht nur des Ostbeauftragten. Selbstverständlich ist dabei die Ableitung von Handlungserfordernissen und -optionen abzuwägen. Ein bloßes »Regieren nach Umfragen« ist nicht empfehlenswert und würde dem repräsentativen Charakter unserer Demokratie zuwiderlaufen. Zugleich ist eine responsive Politik ohne die sensible Wahrnehmung der Sichtweisen und Einstellungen der Bevölkerung kaum denkbar. So können Erkenntnisse aus der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung die Richtung politischer Strategien und Maßnahmen bestätigen oder infrage stellen sowie auf blinde Flecken in der Alltagspolitik und bei deren Kommunikation verweisen. Im Folgenden diskutieren wir zentrale Ergebnisse des Deutschland-Monitors in drei ausgewählten Themenfeldern, die aus unserer Sicht für die öffentliche Debatte und für die Arbeit des Stabes des Ostbeauftragten besonders wichtig sind.

124 Länder-Monitore bestehen bislang sowohl in Berlin als auch in allen ostdeutschen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen) sowie in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen (dort unter dem Namen »Niedersächsischer Demokratie-Monitor«).

Themenschwerpunkt Stadt und Land

Als das Schwerpunktthema des Deutschland-Monitors 2023 festgelegt wurde, waren die bundesweiten Proteste der Landwirte und damit die akut gestiegene Bedeutung des Themas nicht vorhersehbar. Die Arbeitshypothese lautete, dass es gerade auch in Ostdeutschland ein messbares Spannungsverhältnis zwischen den »urbanen Eliten« und den Bewohnern ländlicher Räume gibt, wenn es um Sichtweisen auf Politik, Gesellschaft und Lebensverhältnisse geht. Doch welche Spaltungslinien zwischen Zentrum und Peripherie existieren im föderalen Deutschland wirklich, wo doch die Grenzen zwischen städtischen Verdichtungsräumen und ländlichem Raum häufig fließend sind? Und inwiefern überlagern diese Stadt-Land-Gegensätze, die teils strukturell und teils kulturell greifbar sind, mittlerweile Spaltungen zwischen Ost und West? Diese Leitfragen entsprechen dem Anliegen der »Einheitskommission«, mit dem Deutschland-Monitor nicht nur Trennendes, sondern auch Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West aufzuzeigen.

Ein gerade aus Sicht des »Arbeitsstabs Ost« aussagekräftiger Befund ist, dass urbane und ländliche Regionen aus Sicht ihrer Bewohnerinnen und Bewohner jeweils individuelle Stärken und Schwächen aufweisen. So werden zwar die Lebensbedingungen in prosperierenden Kreisen deutlich besser bewertet als in strukturschwachen Regionen. Die Trennlinien verlaufen jedoch quer zur Ost-West-Dichotomie. Auch wird das Vorurteil entkräftet, Städte seien per se gut ausgestattet und ländliche Räume unterversorgt. Bei einem Blick auf die Monitor-Daten zeigt sich beispielsweise, dass die Menschen in den Städten mit dem ÖPNV und der Ärztedichte zufriedener sind, im ländlichen Raum hingegen mit der Kinderbetreuung und den Pflegemöglichkeiten. Außerdem fällt die Wohlstandseinschätzung in jeweils einer westdeutschen Stadt besonders positiv (Wiesbaden) beziehungsweise negativ (Duisburg) aus.

Ein weiterer zentraler Befund lautet, dass die Befragten die Abwanderung junger Menschen vor allem in ländlichen Regionen mit eher schlechter sozioökonomischer Lage sowie in Ostdeutschland als Problem sehen. Die Wahrnehmung solcher Abwanderungsbewegungen korreliert wiederum vielfach mit dem Eindruck, nicht den gerechten Anteil zu bekommen, mit Statusverlustängsten sowie mit dem Gefühl des Abgehängtseins. Und die Daten des Deutschland-Monitors zeigen auch: Wer sich beziehungsweise seine Region als abgehängt ansieht, ist tendenziell weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie und neigt eher zu populistischen Einstellungen, was sich wiederum in einem geringeren Vertrauen in Politikerinnen und Politiker und in die staatlichen Institutionen niederschlägt.

Mit diesen Erkenntnissen verbindet sich ein klarer Handlungsauftrag an die Politik: Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist zentral und muss mit konkreten Maßnahmen unterlegt werden. Gerade in strukturschwachen Regionen geht es darum, die Lebensqualität weiter zu verbessern und eine landesweite Mindestausstattung mit guter Infrastruktur zu erreichen. Denn gleichwertige Lebensverhältnisse bilden die Basis für Solidarität, Zusammenhalt und Respekt sowie für die Stärkung der Demokratie. Zur zielgenauen Ausrichtung der erforderlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung 2024 erstmals einen Gleichwertigkeitsbericht vorlegen¹²⁵. Zudem müssen gerade in Ostdeutschland neue Wege gefunden werden, um die Wohnorte langfristig aufzuwerten, damit sie attraktiver werden für den Zuzug aus dem In- und Ausland. Das ist eine Grundvoraussetzung, um dem gerade im Osten rasant fortschreitenden Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Denn strukturellen Schwächen – etwa Defizite bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, Haus- und Fachärzten, ÖPNV-Angeboten, Bildungs- und Betreuungsoptionen sowie digitaler Infrastruktur – schmälern die Attraktivität der Standorte und verstärken den Fachkräftebedarf zusätzlich.

Fest steht aber auch: Strukturpolitik allein wird ein verfestigtes Ungerechtigkeitsempfinden und Gefühle des Abgehängtseins und Nicht-gehört-werdens nicht ändern können. Die Befunde des Deutschland-Monitors 2023 verdeutlichen einmal mehr den hohen Stellenwert von Respekt, Anerkennung und sozialem Zusammenhalt als gesellschaftliche Ressourcen. Und auch hier kann die Politik einen Beitrag leisten: Sie sollte die zivilgesellschaftlichen Strukturen vor Ort stärken, und damit die Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen und Bürger und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darüber hinaus kann die Politik selbst den Bürgerinnen und Bürgern Anerkennung und Respekt vermitteln, in erster Linie durch Dialog und Responsivität im Regierungshandeln. Beispielsweise fördert der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland den Engagementwettbewerb »Machen!«. In der Dialog-Reihe »Was bewegt...?« und zahlreichen anderen Formaten kommt er regelmäßig mit Menschen aus ganz Ostdeutschland in den Austausch.

125 Der Gleichwertigkeitsbericht wird federführend durch das BMI und das BMWK erstellt. Er soll die Wirksamkeit des Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen (GFS) darstellen und anhand objektiver Indikatoren unterschiedliche Lebensverhältnisse in Deutschland beschreiben. Ergänzt wird der Bericht durch eine Repräsentativerhebung zur subjektiven Bewertung der Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger.

Erwartungen an den Sozialstaat

Seit der Wiedervereinigung haben zahlreiche empirische Erhebungen die Ansprüche und Erwartungen der Bevölkerung in Ost und West an den Wohlfahrtsstaat in den Blick genommen. Demnach haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stets Ostdeutsche stärker als Westdeutsche dafür ausgesprochen, dass der Staat die Verantwortung für verschiedene Lebensrisiken übernimmt. Auch zu einer staatlichen Kontrolle von Preisen, Gehältern und Wirtschaftsabläufen lag die Zustimmung im Osten Deutschlands höher.¹²⁶ Welche Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat haben die Menschen heute angesichts einer tiefen Verunsicherung durch multiple Krisen? Aus Sicht des »Arbeitsstabes Ostdeutschland« sind insbesondere zwei Befunde von großem Interesse.

Erstens verweisen die 2023 erhobenen Daten auf einen breiten gesamtdeutschen Konsens: Jeweils große Mehrheiten in Ost und West äußern gegenwärtig die Erwartung, dass der Staat dafür verantwortlich sein sollte, allgemeine Lebensrisiken aufzufangen beziehungsweise abzumildern. Diese Zustimmung zu einem starken Sozialstaat ist im Vergleich zu vor zehn Jahren¹²⁷ für fast alle wirtschaftlichen Herausforderungen und sozialen Risiken gewachsen und dabei im Westen teilweise noch stärker gestiegen als im Osten. Dies hat zu einer statistischen Angleichung der Erwartungshaltungen in beiden Landesteilen geführt.

Zweitens kommen in den Zahlen die krisenbedingten Herausforderungen für die Einzelnen zum Ausdruck. Nie zuvor seit der Wiedervereinigung stand die deutsche Wirtschaft derart unter Druck, waren Verbraucherpreise und Inflationsrate höher sowie das Angebot an Arbeits- und Fachkräften und bezahlbarem Wohnraum knapper als im Erhebungszeitraum des Deutschland-Monitors 2023. Daraus resultiert eine gegenüber 2014 erheblich gestiegene Erwartung an den Staat, etwa wenn es um die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, die Wachstumssicherung der Industrie, den Abbau von Einkommensunterschieden oder die Kontrolle der Preise geht.

Die Bundesregierung hat beispielsweise mit der Erhöhung des Mindestlohns oder auch der Wohngeldreform Maßnahmen umgesetzt, die diesen Erwartungen der Menschen an den Sozialstaat entsprechen. Zudem zeigen die Daten, dass für die Bürgerinnen und Bürger angesichts der derzeitigen multiplen Krisen und des Wandels sozioökonomische Themen hohe Relevanz haben. Dieser Befund legt den Schluss nahe, dass eine Kommunikation zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen – beispielsweise der Energiewende oder auch der Zuwanderung

126 s. Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard et al. (2015): Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen (bpb Zeitbilder), Bonn

127 s. ebenda

– mutmaßlich auf mehr Resonanz stößt, wenn sie die sozioökonomischen Aspekte dieser Themen aufgreift.

Wiedervereinigungsbilanz

Ein für die Arbeit des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland besonders bedeutsames Element des Deutschland-Monitors bildet zudem die Bewertung der Auswirkungen der Wiedervereinigung, die die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West sowohl für sich selbst als auch für ihren jeweiligen Landesteil vornehmen. In früheren Erhebungen gaben deutliche Mehrheiten in Ost und West an, dass die Vorteile der Wiedervereinigung Deutschlands auf beiden Betrachtungsebenen überwiegen.¹²⁸ Diese positive Bewertung der Wiedervereinigung war dabei in Ostdeutschland stets noch etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Der Deutschland-Monitor 2023 zeigt eine bemerkenswerte Veränderung: Während wie bereits vor zehn Jahren¹²⁹ für etwa zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger in Westdeutschland die Vorteile der Wiedervereinigung überwiegen, ist dieser Anteil im Osten merklich zurückgegangen. Ähnlich wie im Westen geben nur noch zwei von drei Ostdeutschen an, die Wiedervereinigung sei für sie selbst vorteilhaft gewesen. Und waren vormals knapp drei Viertel der Befragten im Osten der Ansicht, die Vorteile der Wiedervereinigung würden für ihren Landesteil überwiegen, kommt aktuell nur noch gut die Hälfte zu dieser Einschätzung, und damit sogar ein geringerer Anteil als im Westen.

Hierbei scheinen sich insbesondere zwei Einflussfaktoren auszuwirken: Zum einen sind derzeit viele Bürgerinnen und Bürger mit der Politik der Bundesregierung unzufrieden. Zum anderen spielen aber wahrscheinlich auch weiterhin präsenste Demütigungserfahrungen von Ostdeutschen und eine seit den 1990er Jahren verstärkte Veränderungsskepsis eine Rolle.

Diese Zahlen sprechen deshalb unter anderem dafür, die Repräsentanz Ostdeutscher in sämtlichen Lebensbereichen – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (v.a. auch den Medien) – weiter zu erhöhen und damit ihren Erfahrungen und Sichtweisen mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. Einen Beitrag dazu leistet bereits das in dieser Legislaturperiode verabschiedete Bundeskonzept »Ostdeutsche in Führungspositionen«. Perspektivisch soll das Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation, das derzeit in Halle (Saale) entsteht, die Erfahrungen und Leistungen der Ostdeutschen sichtbarer machen und auf dieser Basis Diskussionen über Zukunftsthemen ermöglichen.

128 s. ebenda

129 s. ebenda

Fazit

Der Deutschland-Monitor liefert natürlich keine abschließenden Antworten auf die gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Doch er wird dem Anspruch gerecht, Impulse für die Debatte über aktuelle Fragen, die Bilanz der Wiedervereinigung und die Zukunft unserer Demokratie zu geben und Orientierung für politisches Handeln zu stiften. Der Deutschland-Monitor 2024 wird auf dem Bericht 2023 aufbauen und soll auch weitergehende Themen wie das Demokratie- und Gerechtigkeitsverständnis der Bevölkerung behandeln, die in den Debatten um den Deutschland-Monitor 2023 als Leerstellen identifiziert wurden. Das zeigt die Offenheit und Flexibilität dieses Projekts. Seinen Ergebnissen blicken wir mit Spannung entgegen.

Anhang

Fragebogen

Frage 1

In den ersten Fragen geht es zunächst um allgemeine Einstellungen und Meinungen. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben? Sind Sie alles in allem ...?

- sehr zufrieden
- eher zufrieden
- teils/teils
- eher unzufrieden
- sehr unzufrieden
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter: Falls in Berlin lebend

↓

Frage 2

Leben Sie derzeit im ehemaligen Westteil oder im ehemaligen Ostteil von Berlin?

- ehemaliger Westteil von Berlin
- ehemaliger Ostteil von Berlin
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 3

Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden? Fühlen Sie sich mit diesen sehr stark, eher stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht verbunden? Wie ist das mit ...?

Nicht Randomisieren:

- a) Gesamtdeutschland
- b) falls in Ostdeutschland oder Ostberlin
(laut Frage 2) lebend:
Ostdeutschland
- c) falls in Westdeutschland oder Westberlin
(laut Frage 2) lebend:
Westdeutschland
- d) Ihrem Bundesland
Hinweis Interview → Auf Nachfrage: Wenn jemand in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg oder Berlin wohnt, ist damit auch das Bundesland gemeint. Dann kann es sein, dass Bundesland und derzeitiger Wohnort sich gleichen. Bitte trotzdem beides abfragen.
- e) dem Ort, in dem Sie wohnen

- sehr stark
- eher stark
- mittelmäßig
- weniger stark
- überhaupt nicht
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 4

Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage (Item einfügen)? Ist die Lage Ihrer Meinung nach ...?

- sehr gut
- eher gut
- mittelmäßig
- eher schlecht
- sehr schlecht

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage ...?

Nicht Randomisieren:

- a) in Gesamtdeutschland
- b) in Ostdeutschland
- c) in Westdeutschland
- d) in Ihrem Bundesland
- e) an Ihrem Wohnort

Und wie ist das mit ...

f) Ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage?

- sehr gut
- eher gut
- mittelmäßig
- eher schlecht
- sehr schlecht
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 5

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?
»Um den wachsenden Fachkräftebedarf zu decken, braucht Deutschland auch Zuwanderung aus Drittstaaten (also Nicht-EU-Staaten)«.

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 6

Die folgenden Fragen beschäftigen sich mit unterschiedlichen Aspekten Ihres Wohnortes. Seit welchem Jahr wohnen Sie an Ihrem derzeitigen Wohnort?

Nicht vorlesen: seit meiner Geburt

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Wenn seit 2013 oder länger laut Frage 6

↓

Frage 7

Wie hat sich Ihr Wohnort in den letzten 10 bis 15 Jahren ganz allgemein entwickelt? Würden

Sie sagen sehr positiv, eher positiv, ist gleich geblieben, eher negativ oder sehr negativ?

- sehr positiv
- eher positiv
- gleich geblieben
- eher negativ
- sehr negativ
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Alle Befragten:



Frage 8

Und wie, glauben Sie, wird sich Ihr derzeitiger Wohnort in den nächsten 10 bis 15 Jahren entwickeln? Würden Sie sagen sehr positiv, eher positiv, wird gleich bleiben, eher negativ oder sehr negativ?

EDV → Bitte Variable speichern, welche Textvariante vorgelesen wird. Nach Pretest prüfen, ob Unterschiede in den Antworten je nach Stichproben-Split vorhanden.

- sehr positiv
- eher positiv
- gleich bleiben
- eher negativ
- sehr negativ
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 9

Wenn Sie einmal weiterhin an Ihren Wohnort denken: Wie sehr würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Gegebenenfalls Skala wiederholen:
Und inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

Randomisieren:

- a) Die Leute hier helfen sich gegenseitig.
- b) Man kann den Leuten hier vertrauen.
- c) Die Leute hier motivieren sich gegenseitig, etwas zu erreichen.
- d) Das Miteinander von »Jung« und »Alt« funktioniert hier gut.
- e) Meine Stadt/meine Gemeinde beteiligt die Bürger an kommunalen Planungen.
- f) Meine Stadt/meine Gemeinde geht mit öffentlichen Geldern verantwortungsbewusst um.
- g) In meinem Wohnort gibt es ein lebendiges Vereinsleben.

- h) Mit der Lebensqualität an meinem Wohnort bin ich alles in allem zufrieden.
 - i) Mit der Lebensqualität in meiner unmittelbaren Nachbarschaft bin ich alles in allem zufrieden.
 - j) ich möchte an keinem anderen Ort leben.
 - k) Meine persönliche Zukunft an dem Ort, an dem ich derzeit lebe, sehe ich positiv.
- stimme voll und ganz zu
 - stimme eher zu
 - teils/teils
 - stimme eher nicht zu
 - stimme überhaupt nicht zu
 - ** weiß nicht
 - ** keine Angabe

Frage 10

Nun geht es um Herausforderungen, denen unsere Gesellschaft heute ausgesetzt ist. Wie ist das an Ihrem Wohnort? Inwieweit sind die folgenden Aspekte in Ihrem Wohnort eine sehr große, eher große, mittelmäßige, eher keine oder gar keine Herausforderung? Wie ist das mit ...?

Randomisieren:

- a) der Integration von Menschen aus anderen Ländern
 - b) der Abwanderung von jungen Menschen
 - c) dem Mangel an Fachkräften
 - d) der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum
 - e) dem zunehmenden Gegensatz zwischen Arm und Reich
 - f) der Verschuldung des Wohnortes
- Hinweis Interview → Falls Nachfrage:
Gemeint ist die Stadt oder Gemeinde, nicht der Landkreis.
- sehr große Herausforderung
 - eher große Herausforderung
 - mittelmäßige Herausforderung
 - eher keine Herausforderung
 - gar keine Herausforderung
 - ** weiß nicht
 - ** keine Angabe

Frage 11

Was ist neben den gerade abgefragten Punkten in Zukunft aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung für Ihren Wohnort?
(kurze Stichpunkte, bitte aber nur eine Nennung notieren)

Nicht vorlesen: sehe keine weitere Herausforderung

- ** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 12

Und worin sehen Sie die größte Stärke für die zukünftige Entwicklung Ihres Wohnorts?
(kurze Stichpunkte, bitte aber nur eine Nennung notieren)

Nicht vorlesen: sehe keine größte Stärke

- ** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 13

Ich lese Ihnen nun einige Gegensatzpaare vor. Bitte denken Sie an den Ort, an dem Sie wohnen, und sagen Sie mir jeweils, was auf diesen eher zutrifft. Die Skalen gehen von 0 bis 10 mit den beiden gegensätzlichen Begriffen auf den Punkten 0 und 10. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzungen jeweils abstimmen. Mein Wohnort ist ...

Randomisieren:

- a) von 0 (ländlich) bis 10 (städtisch)
- b) von 0 (traditionell) bis 10 (weltoffen)
- c) von 0 (wohlhabend) bis 10 (arm)
- d) von 0 (zentral) bis 10 (abseits)
- e) von 0 (familienfreundlich) bis 10 (familienunfreundlich)
- f) von 0 (ein attraktiver Ort zum Leben) bis 10 (kein attraktiver Ort zum Leben)

- ** weiß nicht
** keine Angabe

Frage 14

Wenn Sie nun noch einmal an Ihren Wohnort denken. Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Aspekten? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit ...?

Gegebenenfalls Skala wiederholen:
Und wie zufrieden sind Sie mit ...?

Randomisieren:

- a) der Versorgung mit schnellem Internet
- b) der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ÖPNV)
- c) der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen
- d) der Versorgung mit Hausärzten
- e) der Verfügbarkeit von Pflegeleistungen (wie z. B. Mobiler Pflegedienst, Tagespflege)
- f) der Erreichbarkeit von Fachärzten
- g) der Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeiteinrichtungen
- h) der Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf

- sehr zufrieden
- eher zufrieden
- teils/teils
- eher unzufrieden
- sehr unzufrieden

Nicht vorlesen: für mich nicht relevant

- **weiß nicht
**keine Angabe

Frage 15

Wenn Sie nun einmal an Ihre Region denken, in der Sie leben: Wie sehr würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Uns interessiert dabei Ihre Einschätzung mit Blick auf die Bundespolitik und die Menschen im Rest von Deutschland. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- a) Die Politikerinnen und Politiker in Berlin interessieren sich nicht für die Region, in der ich lebe. **Hinweis Interview → Auf Nachfrage: »Die Politiker der Bundesregierung«**
- b) Die Menschen im Rest von Deutschland respektieren nicht, wie die Menschen hier in unserer Region leben.
- c) Die Politik in Berlin hat zu wenig getan, um die wirtschaftliche Situation in meiner Region zu verbessern. **Hinweis Interview → Auf Nachfrage: »Die Politiker der Bundesregierung«**
- d) Meine Region hat sich wirtschaftlich schlechter entwickelt als andere Regionen in Deutschland.
- e) Im Vergleich mit anderen Regionen in Deutschland ist der Zustand der öffentlichen Gebäude in meiner Region sehr gut. **Hinweis Interview → Auf Nachfrage: Gemeint sind Gebäude wie Schulen, Schwimmbäder etc.**

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 16

Die folgenden Fragen beschäftigen sich mit Ihren politischen Einstellungen und Meinungen. Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Allgemeinen: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

- sehr stark
- stark
- mittelmäßig
- weniger stark
- überhaupt nicht
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 17

Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren, ggf. Skala wiederholen:

- a) Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
- b) Die Abgeordneten im deutschen Bundestag sollten ausschließlich dem Willen des Volkes verpflichtet sein.
- c) Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.
- d) Das Volk ist sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.
- e) Entscheidungen, die nach einer Debatte im Parlament getroffen werden, sind besser als Entscheidungen die direkt durch die Bevölkerung getroffen werden.
- f) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 18

Die drei folgenden Fragen beschäftigen sich mit dem Thema Demokratie. Zunächst geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ...?

- entschieden für Demokratie
 eher für Demokratie
 eher gegen Demokratie
 entschieden gegen Demokratie
 ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 19

Nun geht es um die Demokratie in unserem Land. Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in Deutschland, also zu der gesamten politischen Ordnung sagen, so wie sie in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

Hinweis Interview → Auf Nachfrage:
 Verfassung = Grundgesetz

- sehr zufrieden
 eher zufrieden
 eher unzufrieden
 sehr unzufrieden
 ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 20

Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?

- sehr zufrieden
 eher zufrieden
 eher unzufrieden
 sehr unzufrieden
 ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 21

Gibt es eine politische Partei, der Sie näherstehen als allen anderen Parteien?

Hinweis Interview → Auf Nachfrage:
 in Deutschland

- ja
 nein
 ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Filter:

Falls »ja« laut Frage 21

↓

Frage 22

Welche Partei wäre das?

Bitte zuordnen, nicht vorlesen!

- a) CDU/CSU
 b) SPD
 c) Bündnis 90/Die Grünen
 d) AfD
 e) FDP
 f) Die Linke
 g) andere Partei,
 und zwar: _____ Bitte eintragen.
 ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Alle Befragten:

↓

Frage 23

Viele Leute verwenden die Begriffe »links« und »rechts«, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Standpunkte zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) denken: Wo würden Sie sich einordnen?

Links ← Mitte → Rechts

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

- ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 24

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu bewirken oder sich politisch zu beteiligen. Ich lese Ihnen nun einige Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie das in den letzten 12 Monaten gemacht haben oder nicht. Haben Sie ...

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Randomisieren:

- a) in einer politischen Partei mitgearbeitet?
- b) politische Inhalte geteilt oder gepostet, beispielsweise auf Facebook, in einem Blog, über Twitter etc.?
- c) an Bürgerversammlungen teilgenommen?
Hinweis Interview → Auf Nachfrage:
Bürgerdialoge, Stadtteilkonferenzen, Gemeindeversammlungen
- d) an einer genehmigten öffentlichen Demonstration oder teilgenommen?
- e) an einer nicht genehmigten öffentlichen Demonstration oder Aktion teilgenommen?

- ja, habe ich unternommen
- nein, habe ich nicht unternommen
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 25

Bei der Lösung politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen kann man unterschiedlicher Meinung sein. Bitte sagen Sie mir wieder zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- a) In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
- b) Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser. Wir brauchen eine Revolution.
- c) Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss.
- d) Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.

Frage 26

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Einrichtung voll und ganz, eher teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen.

Randomisieren:

- a) der Bundesregierung
- b) der Landesregierung in Ihrem Bundesland
- c) Ihrer Bürgermeisterin bzw. Ihrem Bürgermeister
- d) dem Bundesverfassungsgericht

Skala:

- vertraue ich voll und ganz
- vertraue ich eher
- vertraue ich teilweise
- vertraue ich eher nicht
- vertraue ich überhaupt nicht
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 27

Würden Sie sagen, dass für (Falls in Ostdeutschland/Ostberlin lebend: Ostdeutschland; Falls in Westdeutschland/Westberlin lebend: Westdeutschland) alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Wiedervereinigung überwiegen?

- Vorteile überwiegen
- Nachteile überwiegen
- Nicht vorlesen: weder noch; hält sich die Waage**
- **weiß nicht
- **keine Angabe

Frage 28

Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Wiedervereinigung?

- Vorteile überwiegen
 Nachteile überwiegen

Nicht vorlesen: weder noch; hält sich die Waage

- ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 29

In welcher Gesellschaft möchten Sie leben? Eher in einer Gesellschaft, in der der Staat die Vorsorge für Lebensrisiken des Einzelnen übernimmt, oder eher in einer Gesellschaft, in der jeder für sich selbst vorsorgt?

- eher der Staat
 eher jeder für sich selbst
 ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 30

Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Punkten? Sagen Sie uns bitte, inwieweit die folgenden Dinge eher in der Verantwortung des Staates liegen sollten oder eher nicht.

Randomisieren:

- a) Einkommenssicherung im Notfall
- b) Altersvorsorge/Rente
- c) Gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherstellen
- d) Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard sichern
- e) Einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will
- f) Kontrolle der Löhne und Gehälter
- g) Kontrolle der Preise
- h) Einkommensunterschiede abbauen
- i) angemessenen und preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellen
- j) Wachstum der Industrie sichern

- sollte eher in der Verantwortung des Staates liegen
 sollte eher nicht in der Verantwortung des Staates liegen

Nicht vorlesen: weder noch

- ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 31

Zum Abschluss der Befragung haben wir noch einige Fragen zu Ihrer Person. Einmal ganz allgemein gefragt. Im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Finden Sie, dass Sie persönlich den gerechten Anteil erhalten oder sehr viel mehr, etwas mehr bzw. etwas weniger oder sehr viel weniger?

Hinweis Interview → Bei Nachfrage: Es geht ganz allgemein um die persönliche Ansicht bzw. Einschätzung, ob man im Vergleich zu anderen in Deutschland findet, dass man das bekommt, was einem zusteht.

- erhalte gerechten Anteil (muss später als Mittelkategorie kodiert werden)
 erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil
 erhalte etwas mehr als gerechten Anteil
 erhalte etwas weniger als gerechten Anteil
 erhalte sehr viel weniger als gerechten Anteil
 ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 32

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu? »Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.«

- stimme voll und ganz zu
 stimme eher zu
 teils/teils
 stimme eher nicht zu
 stimme überhaupt nicht zu
 ** weiß nicht
 ** keine Angabe

Frage 33

Welches Geschlecht haben Sie?

- männlich
- weiblich
- divers

Frage 34

In welchem Jahr sind Sie geboren?

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 35

Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

Hinweis Interview → Vorgaben nur vorlesen, wenn keine spontane Nennung. Nur eine Nennung möglich. Nur den höchsten Schulabschluss gelten lassen.

- Schule beendet ohne Abschluss
- Volks-/Hauptschulabschluss /
Abschluss 8. oder 9. Klasse POS
- Mittlere Reife, Realschulabschluss /
Abschluss 10. Klasse POS
- Abitur, Fachhochschulreife /
Abschluss 12. Klasse EOS
- noch in Schulausbildung

** weiß nicht

** keine Angabe

Filter:

Falls noch in Schulausbildung laut Frage 35

↓

Frage 36

Welchen allgemeinbildenden Schulabschluss streben Sie an?

Hinweis Interview → Antwort bitte einordnen.

- Hauptschulabschluss
- Mittlere Reife, Realschulabschluss
- Abitur, Fachabitur, Fachhochschulreife
- etwas anderes,
und zwar: _____ Bitte eintragen.

** weiß nicht

** keine Angabe

Filter:

Falls nicht Schüler laut Frage 35

↓

Frage 37

Kommen wir zur Erwerbstätigkeit. Was von dem folgenden trifft auf Sie zu. Sind Sie derzeit ...

Hinweis Interview → Bei Voll- und Teilzeit nachfragen und wöchentliche Arbeitszeit einordnen.

- Vollzeitbeschäftigt (37 bis 40 h)
 - vollzeitnahen Teilzeit (28 bis 36 h)
 - Teilzeiterwerbstätig (unter 26h,
auch »Mini-Jobs«)
 - in Altersteilzeit
 - Auszubildende/r
 - Schüler/in an allgemeinbildender Schule
EDV → Übernahme Angabe aus Frage 36
 - Fachschüler/in
 - Student/in
 - Zurzeit erwerbslos
 - Rentner/in oder Pensionär/in
 - Hausfrau/Hausmann
 - Ich bin in Mutterschafts-/Erziehungsurlaub
oder in sonstiger Beurlaubung.
 - Freiwilliges soziales, kulturelles, ökologisches
Jahr; Bundesfreiwilligendienst
 - Sonstiges
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Wenn nicht Fachschüler, Student,

in Lehre oder Ausbildung laut Frage 37

↓

Frage 38

Welche höchste berufliche Qualifikation haben Sie?

Bitte nur die höchste ankreuzen!

Nach Möglichkeit bitte zuordnen

- noch in der Schule
EDV → Übernahme Angabe aus Frage 35
 - noch in der beruflichen Ausbildung/
Lehre/Studium
EDV → Übernahme Angabe aus Frage 37
 - keine abgeschlossene
Berufsausbildung
 - Teilfacharbeiter
 - Facharbeiter/abgeschlossene
Berufsausbildung
 - Meister oder vergleichbare
Zusatzqualifikation
 - Fachschulabschluss
 - Hochschulabschluss
 - Promotion
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Wenn Person 34 Jahre alt oder älter

↓

Frage 39

Wo haben Sie vor dem Mauerfall 1989 vorwiegend gelebt? In der ehemaligen Bundesrepublik (BRD) bzw. Westberlin, in Ostdeutschland (DDR) bzw. Ostberlin oder im Ausland?

- ehemalige Bundesrepublik (BRD)
bzw. Westberlin
 - Ostdeutschland (DDR) bzw. Ostberlin
 - Ausland
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Wenn Person zwischen 16 und 33 Jahre alt

↓

Frage 40

Wo haben Sie bisher vorwiegend gelebt: im Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik (Westdeutschland), in Ostdeutschland oder im Ausland?

Westdeutschland

Ostdeutschland

Ausland

** weiß nicht

** keine Angabe

Alle Befragten:

↓

Frage 41

Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie ...?

verheiratet, zusammenlebend mit Partner/in

verheiratet, getrennt lebend von Partner/in

unverheiratet, mit Partner/in zusammenlebend

verwitwet

geschieden

ledig

** keine Angabe

Frage 42

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst und auch Kinder eingeschlossen?

Anzahl eintragen: _____ (Wertebereich 1 bis 10)

** keine Angabe

Filter:

Wenn Personenanzahl im Haushalt > 1

↓

Frage 43

Wie viele Kinder unter 16 Jahren leben ständig in Ihrem Haushalt?

Anzahl eintragen: _____ (Wertebereich 1 bis 10)

** keine Angabe

Alle Befragten:

↓

Frage 44

Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?

ja

nein

** keine Angabe

Frage 45

Wurden Sie in Deutschland geboren?

ja

nein

** keine Angabe

Frage 46

Wurde Ihre Mutter und/oder Ihr Vater außerhalb Deutschlands geboren und ist erst nach 1949 nach Deutschland zugewandert?

ja

nein

** keine Angabe

Frage 47

Jetzt würde uns noch interessieren, ob Sie Ihre Jugend hauptsächlich auf dem Land oder in der Stadt verbracht haben.

Hinweis Interview → Auf Nachfrage erläutern.

Uns interessiert, in welchem strukturellen Umfeld Sie – im Alter von etwa 12 bis 18 Jahren bzw. bis zu Ihrem ersten Ausbildungs-, Studien oder Arbeitsplatz – überwiegend aufgewachsen sind. Eher in der Stadt (Großstadt bzw. städtischer Raum) oder eher auf dem Land in einer Gemeinde oder einem Dorf abseits städtischer Strukturen.

auf dem Land

in der Stadt

Nicht vorlesen: weder noch/etwas anderes

Nicht vorlesen: beides gleichermaßen

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 48

Welcher Religion gehören Sie an?

Hinweis Interview → Nicht vorlesen, bitte einordnen.

Katholisch

Evangelisch/protestantisch

Muslimisch/Islam

Jüdisch

keiner

andere Religion:

_____ Bitte eintragen.

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 49

Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Ich meine damit die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu.

EDV → Bitte zunächst offen abfragen und den Kategorien unten zuordnen. Falls nicht offene Nennung, nach Kategorien fragen.

Ihre Angabe wird – wie auch alle anderen Angaben in dieser Befragung – selbstverständlich vollständig anonym gehalten. Es würde uns helfen, wenn Sie zumindest die Einkommensgruppe nennen könnten, zu der Ihr Haushalt gehört. Bitte sagen Sie mir einfach, in welche der folgenden Einkommensgruppen das Nettoeinkommen Ihres Haushaltes fällt.

unter 1.000 Euro

1.000 bis 1.500 Euro

1.501 bis 2.000 Euro

2.001 bis 2.500 Euro

2.501 bis 3.000 Euro

3.001 bis 3.500 Euro

3.501 bis 4.000 Euro

4.001 bis 5.000 Euro

5.001 bis 7.000 Euro

über 7.000 Euro

** weiß nicht

** keine Angabe

Erläuterungen zu den Erhebungen

Die Studie basiert auf drei Erhebungen:

1. Haupterhebung

- Fallzahl $n = 4.003$, repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren des Bundesgebiets
- Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
- Erhebungszeitraum: 26. Mai bis 27. Juni 2023

2. Regionale Vertiefungserhebung

- Fallzahl $n = 4.021$, aufgeteilt auf insgesamt 8 Kreise (Landkreise/ kreisfreie Städte) gemäß einer Zufallsauswahl je zwei strukturstarker und strukturschwacher Kreise in Ost- und Westdeutschland ($n =$ jeweils ≈ 500). Die Auswahl der Kreiseinheiten erfolgt aufgrund der Kontextfaktoren Teilhabe und Infrastruktur, Entwicklung des Humankapitals, Faktoren der wirtschaftlichen Leistungskraft.
- Zielpopulation: Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren – Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
- Erhebungszeitraum: 3. bis 28. Juli 2023

3. Qualitative Vertiefung (Fokusgruppen)

- 4 bevölkerungsrepräsentativ strukturierte Fokusgruppen in 4 Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung mit insgesamt 33 Personen
- Zielpopulation: Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren; breite Streuung bezüglich Alter und Bildungsabschlüssen
- Erhebungsverfahren: Fokusgruppendifkussion vor Ort

Erhebungszeitraum: Oktober 2023

Projektteam

Das Forschungskonsortium besteht aus:

Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

- Prof. Dr. Everhard Holtmann
- Dipl. Soz. Tobias Jaeck

Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena

- Prof. Dr. Marion Reiser
- Dr. Jörg Hebenstreit
- Pierre Zissel M.A.

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Mannheim

- Prof. Dr. Reinhard Pollak
- Dr. Matthias Sand
- Lynn-Malou Lutz M.A.

Das durchführende Institut der Bevölkerungsumfragen:

Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH

Fokusgruppeninterviews in ausgewählten Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung – Durchführung, Analyse und Ergebnisbericht:

Info GmbH Institut für Markt- und Meinungsforschung Berlin

- Dipl. Soz. Dolores Domke
- Dr. Holger Liljeberg

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Autorinnen und Autoren

Deutschlandmonitor

Dr. Jörg Hebenstreit

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Lynn-Malou Lutz, M.A.

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Data and Research on Society

Prof. Dr. Reinhard Pollak

Institut für Soziologie an der Universität Mannheim und Gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Abteilungsleiter Data and Research on Society

Prof. Dr. Marion Reiser

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Matthias Sand

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Survey Design and Methodology

Pierre Zissel, M.A.

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Kommentare Wissenschaft

Prof. Dr. Simon T. Franzmann

Direktor des Instituts für Demokratieforschung, Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Tom Mannewitz

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

JunProf. Dr. Theres Mattheiß

Institut für Demokratieforschung, Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Christina Morina

Abteilung Geschichtswissenschaft der Universität Bielefeld

Dr. Nils Teichler

Forschungsdatenzentrum des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FDZ-FGZ) an der Universität Bremen

Priv. Doz. Dr. Eva-Maria Trüdinger

Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart

Dr. Kerstin Völkl

Lehrbereich Methoden der Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Kommentare aus Zivilgesellschaft und Politik

Dr. Cathleen Bochmann

Aktion Zivilcourage e.V., Pirna

Dr. Juliane Stückrad

Volkskundliche Beratungsstelle für Thüringen

Dr. Stephan Meyer

Landrat des Landkreises Görlitz

Michael Miebach / Christiane Scholz

Referatsleiter und Referentin im Arbeitsstab des Beaufragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Abbildungen und Tabellen

Tab. 1	Kontaktergebnisse der Haupterhebung	32
Abb. 1	Dimensionen und Variablen von ILTIS	36
Abb. 2	Kreise nach Prosperität	39
Abb. 3	Rollierendes Kreispanel	40
Tab. 2	Kontaktergebnisse der regionalen Vertiefungserhebung	42
Abb. 4	Charakterisierung des Wohnortes mit Hilfe von Gegensatzpaaren und in Abhängigkeit von Ortsgrößenklassen (Mittelwertvergleich)	46
Abb. 5	Charakterisierung des Wohnortes mit Hilfe von Gegensatzpaaren und in Abhängigkeit des Thünen-Ländlichkeitsindex (Mittelwertvergleich)	48
Abb. 6	Charakterisierung des Wohnorts mit Hilfe von Gegensatzpaaren nach Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung (Mittelwertvergleich)	49
Abb. 7	Attraktivität des Wohnorts in Abhängigkeit des sozialen Zusammenhalts (SIX I) (Mittelwertvergleich)	51
Abb. 8	Zufriedenheit mit der Verfügbarkeit bzw. Erreichbarkeit von Infrastruktur am Wohnort – Gesamtdarstellung aller Items (Angaben in Prozent)	53
Abb. 9	Bewertung der Infrastruktur am Wohnort nach Ortsgrößenklassen (Mittelwertvergleich)	54
Abb. 10	Bewertung der Infrastruktur am Wohnort nach Thünen-Ländlichkeitstypen (Mittelwertvergleich)	55
Abb. 11	Bewertung der Infrastruktur am Wohnort im Ost-West-Vergleich (Mittelwertvergleich)	56
Abb. 12	Bewertung der Infrastruktur am Wohnort nach Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung (Mittelwertvergleich)	58
Abb. 13	Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs in Abhängigkeit der Altersgruppe (Mittelwertvergleich)	59
Abb. 14	Herausforderungen am Wohnort in Ost- und Westdeutschland (Mittelwertvergleich)	61
Abb. 15	Herausforderungen am Wohnort nach Ortsgrößenklassen (Mittelwertvergleich)	62
Abb. 16	Herausforderungen am Wohnort nach Thünen-Ländlichkeitsindex (Mittelwertvergleich)	63
Abb. 17	Herausforderungen am Wohnort nach Kreisen, regionale Vertiefungserhebung (Mittelwertvergleich)	65

Abb. 18	Herausforderungen am Wohnort nach Parteiidentifikation (Mittelwertvergleich)	66
Abb. 19	Wordcloud zur offenen Frage: »Weitere größte Herausforderung für Wohnort in der Zukunft?«	68
Abb. 20	Wordcloud zur offenen Frage: »Größte Stärke für die zukünftige Entwicklung des Wohnorts«	70
Abb. 21	Wahrnehmung des »Gefühls des Abgehängtseins« nach Subdimensionen (Angaben in Prozent)	73
Abb. 22	Verteilung des »Gefühls des Abgehängtseins« (Angaben in Prozent)	74
Abb. 23	Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Landesteil und Prosperität (Mittelwerte)	76
Abb. 24	Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Prosperitätsclustern, regionale Vertiefungserhebung (Mittelwerte)	77
Abb. 25	Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Problemwahrnehmung der Abwanderung am Wohnort (Mittelwerte)	78
Abb. 26	Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Zufriedenheit mit Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Mittelwerte)	79
Abb. 27	Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach subjektiver Einschätzung der Entwicklung am Wohnort in der Vergangenheit (Mittelwerte)	79
Abb. 28	Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Statusverlustangst (Mittelwerte)	81
Abb. 29	Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte)	81
Abb. 30	Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Parteiidentifikation (Mittelwerte)	82
Tab. 3	Ergebnis der Faktorenanalyse – rotierte Komponentenmatrix	84
Abb. 31	Zusammenhang der 3 Unter-Dimensionen des Sozialitätsindex	85
Abb. 32a	Skala Sozialitätsindex nach unterschiedlichen Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)	87
Abb. 32b	Skala Sozialitätsindex nach unterschiedlichen Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)	88
Abb. 33	Skala Sozialitätsindex nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)	90
Abb. 34	Skala Sozialitätsindex nach sozialstrukturellen Einstellungen und Merkmalen (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)	91
Tab. 4	Einschätzung unterschiedlicher Kriterien des Wohnorts (Angaben in Prozent) ..	94
Abb. 35a	Dimension SIX II – Standortgüte am Wohnort nach Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)	96
Abb. 35b	Dimension SIX II – Standortgüte am Wohnort nach Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)	97
Abb. 36	Dimension SIX II – Standortgüte am Wohnort nach sozialstrukturellen Merkmalen und gesellschaftlichen Einstellungen (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)	98
Abb. 37	Dimension SIX II – Standortgüte am Wohnort nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -2 »sehr niedrig« bis +2 »sehr hoch«)	99
Abb. 38	Praktizierte Partizipation in den vergangenen 12 Monaten (Angaben in Prozent)	103

Abb. 39	Teilnahme an genehmigten Demonstrationen und Bürgerversammlungen nach BBSR-Raumtypen (Angaben in Prozent)	104
Abb. 40	Partizipationspraxis nach politischem Interesse (Angaben in Prozent)	108
Abb. 41	Partizipationspraxis nach Altersgruppe (Angaben in Prozent)	109
Abb. 42	Wahrgenommene Responsivität der Politikerinnen und Politiker (Angaben in Prozent)	112
Abb. 43	Responsivität nach wahrgenommener wirtschaftlicher Lage Deutschlands (Mittelwerte)	112
Abb. 44	Responsivitätsempfinden nach Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (Mittelwerte)	114
Abb. 45	Responsivitätswahrnehmung nach Parteiidentifikation (Mittelwerte)	114
Abb. 46	Vertrauen in ausgewählte Institutionen der Demokratie (Angaben in Prozent) ..	117
Abb. 47	Institutionenvertrauen in Ost- und Westdeutschland, Daten Haupterhebung (Mittelwerte)	120
Abb. 48	Vertrauen in Bürgermeisterin/Bürgermeister nach siedlungsstrukturellen Raumtypen (BBSR) (Angaben in Prozent)	121
Abb. 49	Institutionenvertrauen nach Altersgruppen (Mittelwerte)	122
Abb. 50	Institutionenvertrauen nach Verbundenheit mit politischen Ebenen (Mittelwerte)	124
Abb. 51	Institutionenvertrauen nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands (Mittelwerte)	125
Abb. 52	Koinzidenz von Institutionenvertrauen und populistischen Einstellungen (Mittelwerte)	126
Abb. 53	Koinzidenz von Institutionenvertrauen und extremistischen Einstellungen (Mittelwerte)	128
Abb. 54	Institutionenvertrauen nach Parteiidentifikation (Mittelwerte)	129
Tab. 5	Typologie demokratischer Orientierungen (Angaben in Prozent)	135
Abb. 55	Metatrend »Demokratiezufriedenheit« in Ost und West seit 1990 (Mittelwerte von -2 »sehr unzufrieden« bis +2 »sehr zufrieden«)	136
Abb. 56	Einstellungen zur Demokratie (Angaben in Prozent)	138
Abb. 57	Demokratietypen in der Vertiefungsstudie geordnet absteigend nach Anteilen von Anti- und systemkritischen Demokraten (Angaben in Prozent)	139
Abb. 58	Dimensionen populistischer Einstellungen (Angaben in Prozent)	141
Abb. 59	Populistische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)	141
Abb. 60	Populistische Einstellungen nach Prosperitätsclustern der regionalisierten Vertiefungserhebung (Angaben in Prozent)	142
Abb. 61	Populistische Einstellungen nach formaler Bildung (Angaben in Prozent)	142
Abb. 62	Populistische Einstellungen in Abhängigkeit der Beurteilung der eigenen ökonomischen Lage (Angaben in Prozent)	145
Abb. 63	Populistische Einstellungen nach Statusverlustangst (Angaben in Prozent)	146
Abb. 64	Populistische Einstellungen nach Demokratiezufriedenheit (Angaben in Prozent)	147
Abb. 65	Populistische Einstellungen nach Parteiidentifikation (Angaben in Prozent)	149

Abb. 66	Links-Rechts-Selbsteinstufung (Anteile in Prozent und Mittelwerte [Parteiidentifikation] auf einer Skala von -5 »sehr links« bis +5 »sehr rechts«) ...	152
Abb. 67	Systemkritische und systemfeindliche Einstellungen, geordnet nach der Antwortkategorie »stimme überhaupt nicht zu« (Angaben in Prozent)	153
Abb. 68	Skala Systemkritischer Extremismus nach Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -2 »sehr schwach« bis +2 »sehr hoch«)	154
Abb. 69	Skala Systemkritischer Extremismus nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -2 »sehr schwach« bis +2 »sehr hoch«)	155
Abb. 70	Skala systemkritischer Extremismus nach sozialstrukturellen Einstellungen und Merkmalen (Mittelwerte von -2 »sehr schwach« bis +2 »sehr hoch«)	156
Abb. 71	Bewertung der Wiedervereinigung, Gesamtdarstellung Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)	159
Abb. 72a	Wiedervereinigungsbilanz in Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit (Angaben in Prozent)	162
Abb. 72b	Wiedervereinigungsbilanz in Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit (Angaben in Prozent)	163
Abb. 73	Wiedervereinigungsbilanz nach Parteiidentifikation (Angaben in Prozent, »Nachteile überwiegen«)	166
Abb. 74a	Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitvergleich 2014 und 2023 (Angaben in Prozent)	170
Abb. 74b	Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitvergleich 2014 und 2023 (Angaben in Prozent)	171
Abb. 75	Skala Gewünschte Staatsverantwortung nach soziostrukturellen und sozio-kulturellen Merkmalen (Mittelwerte von -5 »Eigenverantwortung« bis +5 »Staatsverantwortung.«)	173
Abb. 76	Skala Gewünschte Staatsverantwortung nach Umfeld-Kriterien (Mittelwerte von -5 »Eigenverantwortung« bis +5 »Staatsverantwortung«)	174
Abb. 77	Skala Gewünschte Staatsverantwortung nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -5 »Eigenverantwortung« bis +5 »Staatsverantwortung«)	176
Tab. 6	Zusammensetzung der Fokusgruppen	193

Literatur

- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.) (2020): Abschlussbericht der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«, Berlin www.bmi.bund.de.
- ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (2012): »Forschungsprojekt Dual-Frame-Ansätze – Forschungsbericht.« Technischer Bericht. ADM-Forschungsprojekt Dual-Frame-Ansätze.
- Akkerman, Agnes / Mudde, Cas / Zaslove, Andrej (2014): How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters. in: *Comparative Political Studies* 47 (9), S. 1324–1353.
- Almond, Gabriel / Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton University Press.
- Arriagada, Céline / Tesch-Römer, Clemens (2022): Politische Partizipation. in: Simonson, Julia / Kelle, Nadiya / Kausmann, Corinna / Tesch-Römer, Clemens (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Springer Fachmedien Wiesbaden (Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement)*, S. 263–289.
- Arzheimer, Kai / Bernemann, Theresa (2023): »Place« does matter for populist radical right sentiment, but how? Evidence from Germany. in: *European Political Science Review*, S. 1–20.
- Ateca-Amestoy, Victoria / Aguilar, Alexandra Cortés / Moro-Egido, Ana I. (2014): Social Interactions and Life Satisfaction: Evidence from Latin America. in: *J Happiness Stud* 15 (3), S. 527–554.
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1983): Demokratie und Extremismus: Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 33 (1983), H. 44, S. 3–18.
- BBSR Bonn (2023): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2023 www.inkar.de (18.07.2023).
- Berman, Sheri (2021): The Causes of Populism in the West. in: *Annual Review of Political Science* 24 (1), S. 71–88.
- Berg-Schlosser, Dirk (1972): *Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse*, München.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Wüstenrot Stiftung (2019): *Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen*, Berlin.
- Beirat für Raumentwicklung beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019): *Empfehlung des Beirats für Raumentwicklung. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse*. Berlin www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/hei

- mat-integration/raumordnung/beirat/empfehlung-gleichwertigkeit-der-lebensverhaeltnisse.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (27.07.2023).
- Best, Volker / Decker, Frank / Fischer, Sandra / Küppers, Anne (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Biskamp, Floris (2021): Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD, in: Julian Sehmer, Stephanie Simon, Jennifer Elsen und Felix Thiele (Hg.): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen, Wiesbaden, S. 21–37.
- Blasius, Jörg (1998): Einstellungen zur Wiedervereinigung in den alten und neuen Bundesländern. in: Braun, Michael / Mohler, Peter Ph. (Hg.): Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland, Wiesbaden, S. 221–248.
- Böltken, Ferdinand (1987): Ortsgebundenheit und Ortsverbundenheit. Empirische Befunde im Zeit- und Regionalvergleich, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3, S. 147–156.
- Brachert, Matthias (2019): Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede der politischen Partizipation in Deutschland, in: Holtmann, Everhard (Hg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt-New York, S. 219–290.
- Brachert, Matthias / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias (2020): Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019 in drei ostdeutschen Bundesländern (FES Empirische Sozialforschung 12), Berlin.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung BiB (2021): Binnenwanderungssaldo der Stadt- und Landkreise nach Kreistypen (1991–2021), www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/M41-Binnenwanderungssaldo-Kreistypen-ab-1991.html (21.07.2023).
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft BMEL (2016): Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume 2016, www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_laendliche-Regionen/Regierungsbericht-Laendliche-Raeume-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (21.07.2023).
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020): Landatlas www.landatlas.de (21.07.2023).
- Campbell, Angus / Gurin, Gerald / Miller, Warren Edward (1954): *The Voter Decides*. Row, Peterson, and Company, New York.
- Castanho Silva, Bruno / Jungkunz, Sebastian / Helbling, Marc / Littvay, Levente (2020): An Empirical Comparison of Seven Populist Attitudes Scales. in: *Political Research Quarterly* 73 (2), S. 409–424.
- Catterberg, Gabriela / Moreno, Alejandro (2006): The individual bases of political trust: Trends in new and established democracies. in: *International journal of public opinion research* 18 (1), S. 31–48.
- Chazel, Laura, Dain, Vincent (2023): Left-Wing Populism and Environmental Issues: An Analysis of La France Insoumise's ›Popular Environmentalism‹, *Political studies*, www.doi.org/10.1177/00323217231178631.
- Cox, Lawrence H. (1987): A constructive procedure for unbiased controlled rounding. *Journal of the American Statistical Association*, 82 (398), S. 520–524.
- Cramer, Katherine (2016): The politics of resentment: Rural consciousness in Wisconsin and the rise of Scott Walker, Chicago.

- Croissant, Aurel (2015): Demokratische Transformation seit 1989: Der »Fall Ostdeutschland« aus Perspektive der politikwissenschaftlich-vergleichenden Transformationsforschung, in: ZPol 25 (3), S. 367–376.
- Dalton, Russell J. (1994): Communists and Democrats: Democratic Attitudes in the Two Germanies. in: Brit. J. Polit. Sci 24 (4), S. 469–493.
- Decker, Frank (2022): Die Programmatik der AfD, www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273132/die-programmatik-der-afd (24.11.2023).
- Decker, Frank (2023): Die Programmatik der Linken, www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/die-linke/42133/die-programmatik-der-linken (24.11.2023).
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2023): Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern (Policy Paper 2023–2, Else-Frenkel-Brunswik-Institut), Leipzig.
- Deming, William Edwards / Stephan, Frederick F. (1941): On a least squares adjustment of a sampled frequency table when the expected marginal tables are known. *The Annals of Mathematical Statistics*, 11, S. 427–444.
- Deutscher Bundestag (2019): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Daniela Wagner, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/12933.
- Deutschland 25 (2015): Gabriel, Oscar W. / Holtmann, Everhard et al., Deutschland 25. Gesellschaftliche und politische Einstellungen (bpb Zeitbilder), Bonn.
- Deutz-Schroeder, M. / Schroeder, K. (2016): Linksextreme Einstellungen und Feindbilder, Berlin.
- Diermeier, Matthias (2020): Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland, in: ZPol 30 (4), S. 539–568.
- Dijkstra, Lewis / Poelman, Hugo / Rodríguez-Pose, Andrés (2020): The geography of EU discontent. in: *Regional Studies* 54 (6), S. 737–753.
- Easton, David (1979): *A systems analysis of political life*. Phoenix edition, Chicago, London.
- Esaiasson, Peter / Kölln, Ann-Kristin / Turper, Sedef (2015): External Efficacy and Perceived Responsiveness—Similar but Distinct Concepts. in: *International journal of public opinion research* 27 (3), S. 432–445.
- Faas, Thorsten (2013): Wahlbeteiligung. in: van Deth, Jan W. / Tausendpfund, Markus (Hg.): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?* Wiesbaden, S. 413–440.
- Farwick, Andreas (2009): Segregation und Eingliederung – Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess, Wiesbaden
- Faus, Rainer / Mannewitz, Tom / Storks, Simon / Unzicker, Kai / Vollmann, Erik (2019): *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien: Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Franz, Christian / Fratzscher, Marcel / Kritikos, Alexander S. (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, in: *DIW-Wochenbericht* Nr. 8, S. 135–145.
- Förster, André / Kaukal, Malte (2016): Unkonventionelle politische Partizipation in Deutschland: Haben Kontextfaktoren auf Kreisebene einen Einfluss? in: *PVS* 57 (3), S. 353–377.
- Fürnberg, Ossip (2022): Ostalgie und Westalgie. Bewertung der Wiedervereinigung in Ost- und Westdeutschland. in: Elff, Martin / Ackermann, Kathrin / Giebler, Heiko (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden, S. 117–140.

- Gabler, Siegfried / Häder, Sabine (1997): Überlegungen zu einem Stichprobendesign für Telefonumfragen in Deutschland, in: ZUMA Nachrichten 21, S. 7–18.
- Gabler, Siegfried / Häder, Sabine (2009): Die Kombination von Mobilfunk- und Festnetzstichproben in Deutschland, in: von Weichbold, Martin / Bacher, Joann / Wolf, Christof. (Hg.): Umfrageforschung – Herausforderungen und Grenzen, Österreichische Zeitschrift für Soziologie Sonderheft 9/2009, S. 239–252.
- Gabriel, Oscar W. (2007): Bürger und Demokratie im vereinigten Deutschland. in: PVS 48 (3), S. 540–552.
- Gabriel, Oscar W. / Holtmann, Everhard et al. (2015): Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen (bpb Zeitbilder), Bonn.
- Geiges, Lars (2018): Demokratie-Dialog 2–18. Göttinger Institut für Demokratieforschung.
- Giebler, Heiko / Regel, Sven (2017): Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen (Wiso-Diskurs Band 16), FES Bonn.
- Gimpel, James G. / Lovin, Nathan / Moy, Bryant / Reeves, Andrew (2020): The Urban–Rural Gulf in American Political Behavior. in: Political Behaviour 42 (4), S. 1343–1368.
- Goldberg, Felix / Deiss-Helbig, Elisa / Bernhagen, Patrick (2022): Mitgenommen und dennoch abgehängt? Themenkongruenz und wahrgenommene politische Responsivität in Ost- und Westdeutschland. in: Elff, Martin / Ackermann, Kathrin / Giebler, Heiko (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland., Wiesbaden, S. 89–116.
- Göschel, Albrecht (1987): Lokale Identität: Hypothesen und Befunde über Stadtteilbindungen in Großstädten, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3, S. 91–107 (2018) Güttler, Peter O. (2003): Sozialpsychologie: Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen (Edition Psychologie), München.
- Häder, Sabine / Sand, Matthias (2019): Telefonstichproben. in: Häder, Sabine / Häder, Michael / Schmich, Patrick (Hg.): Telefonumfragen in Deutschland, Schriftenreihe der ASI – Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute, Wiesbaden, S. 113–151.
- Hadjar, Andreas / Becker, Rolf (2007): Unkonventionelle Politische Partizipation Im Zeitverlauf. in: Köln Z Soziol 59 (3), S. 410–439.
- Hanf, Thomas / Liebscher, Reinhard / Schmidtke, Heidrun (2011): Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen. in: Kollmorgen, Raj / Koch, Frank Thomas / Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Wiesbaden, S. 249–300.
- Hannemann, Matthias / Henn, Sebastian / Schäfer, Susann (2023): Regions, emotions and left-behindness: a phase model for understanding the emergence of regional embitterment. in: Regional Studies. Online First. doi.org/10.1080/00343404.2023.2218886.
- Heckel, Christiane / Glemser, Axel / Meier, Gerd (2014): Das ADM-Telefonstichproben-System. in: Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung – Eine Darstellung für die Praxis. Hg. von ADM e.V. 2., Wiesbaden, S. 137–166.
- Heinrich, Roberto / Jochem, Sven / Siegel, Nico (2017): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, Bonn.
- Heyme, Rebekka / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Körner, Astrid (2018): Demokratie lokal: Engagement-Landkarte Sachsen-Anhalt. Stand und Potential bürgerschaftlicher und politischer Beteiligung auf Gemeindeebene, Halle (Saale).
- Holtkamp, Lars / Garske, Benjamin (2020): Der Einfluss von Amtsinhaberkandidaturen und des parteipolitischen Hintergrundes auf die Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters – Eine ver-

- gleichende Analyse bundesdeutscher (Ober-)Bürgermeisterwahlen. in: Egner, Björn / Sack, Detlef (Hg.): *Neue Koalitionen – alte Probleme*. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden (Stadtforschung aktuell), S. 37–58.
- Holtmöller, Oliver (2021): *Immerwährende Ost-West-Spaltung?* www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/506195/immerwaehrende-ostwest-spaltung.
- Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias (2015): *Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit*. in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 65 (33) www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/210553/25-jahre-deutsche-einheit.
- Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias (2015): *Sachsen-Anhalt-Monitor 2015: Nichtwahl. Strukturmerkmale, Motivlagen und sozialräumliche Verankerung*, Halle (Saale).
- Holtmann, Everhard / Rademacher, Christian / Reiser, Marion (2017): *Kommunalpolitik*, Wiesbaden.
- Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin (2018): *Sachsen-Anhalt-Monitor 2018: Polarisierung und Zusammenhalt*. Halle (Saale).
- Holtmann, Everhard (Hg.) (2019): *Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland*, Frankfurt-New York.
- Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Wohlleben, Odette (2020): *Entwicklung der Einstellungen der Menschen in den neuen Ländern zur Demokratie 30 Jahre nach der deutschen Einheit*. Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale).
- Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin (2020): *Sachsen-Anhalt-Monitor 2020: 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt, 30 Jahre Deutsche Einheit*. Halle (Saale).
- Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias (2022): *Einstellungen zu Politik, Demokratie und Gesellschaft im Ost-West-Vergleich. Umfragedaten als Zeitreihen seit 1990*, www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/511538/einstellungen-zu-politik-demokratie-und-gesellschaft-im-ost-west-vergleich.
- Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Wohlleben, Odette (2023): *Länderbericht zum FreiwilligenSurvey 2019*, Wiesbaden.
- Huijsmans, Twan (2023): *Why some places don't seem to matter: Socioeconomic, cultural and political determinants of place resentment*. in: *Electoral Studies* 83, S. 285–305.
- Hutter, Sven / Schäfer, Ines (2020): *Politischer Protest im wiedervereinigten Deutschland*, www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/47408.
- Huxhold, Oliver / Hees, Elena / Webster, Noah J. (2020): *Towards bridging the grey digital divide: changes in internet access and its predictors from 2002 to 2014 in Germany*. in: *European journal of ageing* 17 (3), S. 271–280.
- Inglehart, Ronald (1999): *Postmodernization Erodes Respect for Authority, but In-creases Support for Democracy*. in: Pippa Norris (Hg.): *Critical Citizens: Oxford*, S. 236–256.
- Jacobs, Nicholas / Munis, B. Kal (2022): *Place Based Resentment in Contemporary U.S. Elections: The Individual Sources of America's Urban-Rural Divide*. in: *Political Research Quarterly*.
- Jaeck, Tobias (2019): *Die »langen Wellen« im Entwicklungsverlauf von politischer Partizipation in Ostdeutschland von 1990 bis zur Gegenwart*, in: Holtmann (2019), S. 35–55.
- Jaeck, Tobias / Kleine, Aya Isabel (2019): *Demokratie und ländlicher Raum in Sachsen-Anhalt*, in: Reichel, Maik/Stöcker, Roger (Hg.), *Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde*, Magdeburg, S. 65–88.

- Jaeck, Tobias / Müller, Isabel / Holtmann, Everhard (2023): Erstellung, Erprobung und inter-regionaler Abgleich eines regionalen Sozialitätsindex, fgz-risc.de/forschung-transfer/projekt-datenbank/details/HAL_F_03 (11.11.2023).
- Karnick, Nora / Simonson, Julia / Tesch-Römer, Clemens (2022): Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Institutionen und der Demokratie. in: Simonson, Julia / Kelle, Nadiya / Kausmann, Corinna / Tesch-Römer, Clemens (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Wiesbaden), S. 291–316.
- Kassenärztliche Bundesvereinigung (2023): Ärztemangel. www.kbv.de/html/themen_1076.php (18.07.2023).
- Kenny, Michael / Luca, Davide (2021): The urbanrural polarisation of political disenchantment: an investigation of social and political attitudes in 30 European countries. in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 14 (3), S. 565–582.
- Kerker, Nina / Kuhlmann, Lucas et al. (2023): Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten im ländlichen Raum Niedersachsens (*Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023*), Göttingen.
- Kersten, Jens / Neu, Claudia / Vogel, Berthold (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse. in: Bundeszentrale für Politische Bildung: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 46/2019, Bonn, S. 4–11.
- Klages, Helmut (1981): Gemeinden und Kreise als soziale Gebilde, in: *Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis Band I*, 2. Auflage, Berlin-Heidelberg-New York, S. 342–354.
- Klinge, Alexander (2021): Ländliche Mobilität. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/335912/laendliche-mobilitaet/#node-content-title-0 (27.07.2023).
- Korte, Karl-Rudolf (2015): Mauerreste: Demokratie-Alltag in Deutschland, in: *ZPol* 25 (3), S. 377–386.
- Korte, Karl-Rudolf (2023): Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und politische Streitfragen, bpb.de/themen/politisches-system/wahlen-in-deutschland/335668.
- Kotzian, Peter (2011): Conditional trust: The role of individual and system-level features for trust and confidence in institutions, in: *Z Vgl Polit Wiss* 5 (1), S. 25–49.
- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume, Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig (Thünen Working Paper, 68).
- Küpper, Patrick / Milbert, Antonia (2023): Typisierungen ländlicher Räume für Politik und Wissenschaft in Deutschland, in: *Die Abgrenzung des ländlichen Raums – ein (un) mögliches Unterfangen?*. Dokumentation des BBSR-Online-Workshops am 29. April 2022, Bonn.
- Lange, Sarah de / van der Brug, Wouter / Hartevelde, Eelco (2023): Regional resentment in the Netherlands: A rural or peripheral phenomenon? in: *Regional Studies* 57 (3), S. 403–415.
- Lewandowsky, Marcel (2022): *Populismus.*, Wiesbaden
- Leibert, Tim (2020): Wanderungen und Regionalentwicklung. Ostdeutschland vor der Trendwende? In: Sören Becker und Matthias Naumann (Hg.): *Regionalentwicklung in Ostdeutschland*. Berlin Heidelberg, S. 199–210.
- Lijphart, Arend (2012): *Patterns of democracy. Government forms and performance in thirty-six countries*. 2. ed., Yale University Press, New Haven.
- Lohr, S. L. (2011): Alternative survey sample designs: Sampling with multiple overlapping frames, in: *Statistics Canada – Survey Methodology* 37, S. 197–213.
- Mannewitz, Tom (2015): *Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat*, Baden-Baden.

- Mannheim, Karl (2017 [1928]): Das Problem der Generationen. in: Köln Z Soziol 69 (S1), S. 81–119.
- Martin, Wolfgang (2019): Ärztemangel: Einzelne Fachgebiete stark unter Druck. Deutsches Ärzteblatt, www.aerzteblatt.de/archiv/206923/Aerztemangel-Einzelne-Fachgebiete-stark-unter-Druck (18.07.2023).
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. in: *Government and Opposition* 39 (4), S. 541–563.
- Müller, Jan-Werner (2017): Was ist Populismus? in: *Zeitschrift für Politische Theorie* 7 (2), S. 7–8.
- Munis, B. Kal (2022): Us Over Here Versus Them Over There ... Literally: Measuring Place Resentment in American Politics. in: *Political Behaviour* 44 (3), S. 1057–1078.
- Naßmacher, Hiltrud (2000): Artikel Kommunalpolitik, in: *Politik-Lexikon*, Hg. Holtmann, Everhard, 3. Auflage, München-Wien, S. 307–310.
- Neller, Katja (2006): DDR-Nostalgie, Wiesbaden.
- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard (1996): Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen.
- Niedermayer, Oskar (2009): Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2, S. 383–397.
- Niedermayer, Oskar (2013): Keine Parteienverdrossenheit, aber Parteienkritik. in: Niedermayer, Oskar / Höhne, Benjamin / Jun, Uwe (Hg.): *Abkehr von den Parteien?* Wiesbaden, S. 45–65.
- Norris, Pippa (1999): *Critical Citizens*, Oxford.
- Norris, Pippa / Inglehart, Ronald (2019): *Cultural backlash. Trump, Brexit, and the rise of authoritarian populism.*, Cambridge.
- Norris, Mikel (2015): The Economic Roots of External Efficacy: Assessing the Relationship between External Political Efficacy and Income Inequality. in: *Can J Pol Sci* 48 (4), S. 791–813.
- Obschonka, Martin / Stuetzer, Michael / Rentfrow, Peter J. / Silbereisen, Rainer K. / Potter, Jeff / Shaw-Taylor, Leigh / Satchell, Max / Gosling, Samuel D. (2017): In the Shadow of Coal: How Large-Scale-Industries Contributed to Present Day Regional Differences in Personality and Well-Being, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, online first publication November 2017, S. 1–25.
- Ostbeauftragter (2023): *Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland. Zum Stand der Deutschen Einheit. Bericht der Bundesregierung 2023*, Berlin, www.ostbeauftragter.de.
- Ostiguy, Pierre (2020): The Socio-Cultural, Relational Approach to Populism. in: *Partecipazione e Conflitto* 13(1), S. 29–58.
- Pickel, Susanne (2020): Politische Kultur, Systemvertrauen und Demokratiezufriedenheit. in: Korte, Karl-Rudolf / Florack, Martin (Hg.): *Handbuch Regierungsforschung* Wiesbaden, S. 1–16.
- Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2023): The wall in the mind—Revisited stable differences in the political cultures of western and eastern Germany. in: *German Politics*, 32(1), S. 20–42.
- Porst, Rolf (1996): Ausschöpfungen bei sozial wissenschaftlichen Umfragen: die Sicht der Institute. ZUMA-Arbeitsbericht, 1996/07, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen ZUMA, Mannheim, www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-200224.
- Quaranta, Mario (2013): Measuring political protest in Western Europe: assessing cross-national equivalence. in: *European Political Science Review* 5 (3), S. 457–482.
- Rasmussen, Stig Hebbelstrup Rye / Nørgaard, Asbjørn Sonne (2018): When and why does education matter? Motivation and resource effects in political efficacy. in: *European J Political Res* 57 (1), S. 24–46.

- Rath, Christian (2021): Die öffentliche Wahrnehmung des Bundesverfassungsgerichts. in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 37 (71), S. 25–30, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/herrschaft-des-rechts-2021/340007/die-oeffentliche-wahrnehmung-des-bundesverfassungsgerichts (16.10.2023).
- Rattinger, Hans (2000): Die Bürger und ihre Parteien. in: Falter, Jürgen W. / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hg.): *Wirklich ein Volk?*, Wiesbaden, S. 209–240.
- Reiser, Marion / Holtmann, Everhard (2008) (eds.): *Farewell to the Party Model? Independent Local Lists in East and West European Countries*, Wiesbaden.
- Reiser, Marion / Reiter, Renate (2022): A (New) East-West-Divide? Representative Democracy in Germany 30 Years after Unification, in: *German Politics* 32 (1), S. 1–19.
- Reiser, Marion / Küppers, Anne / Brandy, Volker / Hebenstreit, Jörg / Vogel, Lars (2023): *Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022*. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft; KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Erfurt, www.thue-ringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/TM2022_lang_bf.pdf (18.07.2023).
- Reuband, Karl-Heinz (2012): Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen: Konstanz und Wandel in den Einstellungen der Bevölkerung 1984–2011. in: *Soziale Probleme* 23 (1), S. 5–39.
- Richter, Christoph / Salheiser, Axel / Quent, Matthias (2020): Die AfD zur Kreistagswahl 2019 in Thüringen. *Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene (IDZ-Forschungsbericht)*, Jena.
- Rippl, Susanne / Seipel, Christian (2021): Ostdeutsche zwischen Protest und autoritären Reaktionen: das Beispiel Sachsen. in: *ZRex* 1 (1–2021), S. 26–41.
- Rodríguez-Pose, Andrés (2018): The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11 (1), S. 189–209.
- Roller, Edeltraud (1999): Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des soziokulturellen Wertewandels, in: Thomas Ellwein / Everhard Holtmann (Hg.): *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven (PVS-Sonderheft 30)*, S. 229–246.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal / Van Hauwaert, Steven M. (2020): The populist citizen: Empirical evidence from Europe and Latin America. in: *European Political Science Review*. 12 (1), S. 1–18.
- Runciman, Walter Garrison (1966): Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth Century England in: *The British Journal of Sociology*, Vol. 17, No. 4 (Dec., 1966), S. 430–434.
- Sand, Matthias (2015): Überarbeitung des GESIS-Auswahlrahmens für Telefonstichproben, in: *Auswahlprobleme und Antwortverhalten bei Telefonbefragungen*. Hg. von Häder, M. / Neumann, R., S. 13–38.
- Sand, Matthias (2018): *Gewichtungsverfahren in Dual-Frame-Telefonerhebungen bei Device Specific Nonresponse*. GESIS-Schriftenreihe, 20. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln.
- Sand, Matthias / Kunz, Tanja (2020): *Gewichtung in der Praxis*. GESIS Survey Guidelines. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln.
- Schäfer, Anne / Schmitt-Beck, Rüdiger (2017): A Vicious Circle of Demobilization? Context Effects on Turnout at the 2009 and 2013 German Federal Election, in: Schoen et al. 2017, Oxford, S. 109–128.

- Saris, Willem E. / Gallhofer, Irmtraud N. (2014): *Wiley Series in Survey Methodology: Design, Evaluation, and Analysis of Questionnaires for Survey Research*, John Wiley & Sons Incorporated.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and party systems. A Framework for Analysis*, Cambridge.
- Schenke, Julian / Schmitz, Christopher / Marg, Stine / Trittel, Katharina (2018): *PEGIDA-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit*, Bielefeld.
- Schoen, Harald / Rossteutscher, Sigrid / Schmitt-Beck, Rüdiger / Weßels, Bernhard / Wolf, Christof (2017): *Voters and Voting in Context. Multiple Contexts and Heterogeneous German Electorate*, Oxford.
- Schroeder, Klaus (1998): *Der SED-Staat. Geschichte und Struktur der DDR*, München.
- Schroeder, Wolfgang / Weßels, Bernhard (2021): *Die AfD auf dem Weg der Radikalisierung*. in: *Politikum* 7 (4), S. 10–15.
- Spicer, Jason S. (2018): *Electoral Systems, Regional Resentment and the Surprising Success of Anglo-American Populism*. in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11 (1), S. 115–141.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) / Wissenschaftszentrum Berlin / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2021): *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf?__blob=publicationFile (18.07.2024).
- Statistisches Bundesamt (2022): *Wie wir wohnen: Mieten*, www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-wohnen/040-Mieten.html#_z8mnzgt9y (20.07.2023).
- Stöss, Richard (2000): *Mehr Kontinuität als Wandel. Das Parteiensystem vor und nach der deutschen Vereinigung*, in: Czada, Roland / Wollmann, Hellmut (Hg.): *Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit, Leviatahn Sonderheft 19* (1999), S. 308–327.
- Strippel, Christian / Emmer, Martin (2021): *Stichproben für Telefonbefragungen in Deutschland: Ein Werkstattbericht*, www.doi.org/10.31235/osf.io/5j974.
- Tausendpfund, Markus (2018): *Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden. The American Association for Public Opinion Research (AAPOR): *2023 Standard Definitions: Final Dispositions of Case Codes and Outcome Rates for Surveys*. 10th edition. AAPOR.
- Thomeczek, Jan Philipp (2023): *Moderate in power, populist in opposition? Die Linke's populist communication in the German states*. in: *Journal of Political Ideologies*, S. 1–20.
- Treinen, Heiner (1965): *Symbolische Ortsbezogenheit. Eine soziologische Untersuchung zum Heimatproblem*, in: *KZfSS Jg. 17*, S. 73–97 und 255–297.
- Triesch, Alexander, *Rheinische Post* (2023): *Duisburg plant 2024 ohne neue Schulden – und kritisiert das Land*. www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/duisburg-stadt-plant-2024-ohne-neue-schulden_aid-97879685 (07.11.2023).
- Troeger-Weiß, Gabi (2022): *Gleichwertige Lebensverhältnisse*. www.bpb.de/themen/deutscheinheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/506199/gleichwertige-lebensverhaeltnisse (21.07.2023).
- Trüdinger, Eva-Maria (2011): *Reformszenarien im deutschen Wohlfahrtsstaat aus Sicht der Bevölkerung. Wertvorstellungen als Reformkorridor?* Baden-Baden.
- Trüdinger, Eva-Maria / Gabriel, Oscar W. (2013): *Reformen des Sozialstaates in Deutschland. Reformbereitschaft und Reformakzeptanz der Bürger*, Baden-Baden.

- van der Meer, Tom (2010): In what we trust? A multi-level study into trust in parliament as an evaluation of state characteristics. in: *International Review of Administrative Sciences* 76 (3), S. 517–536.
- Van Deth, Jan / Tausendpfund, Markus (2013): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*, Wiesbaden.
- Van Hauwaert, Steven M. / Schimpf, Christian H. / Azevedo, Flavio (2020): The measurement of populist attitudes: Testing cross-national scales using item response theory. in: *Politics* 40 (1), S. 3–21.
- Vehrkamp, Robert / Wegschaider, Klaudia (2017): *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Vehrkamp, Robert / Merkel, Wolfgang (2020): *Populismusbarometer 2020*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Verba, Sidney / Schlozman, Kay Lehman (2002, 1995): *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*. 4th print, , Cambridge, London.
- Vetter, Angelika (2000): Frischer Wind in einer alten Beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahl 1998. in: Falter, Jürgen W. / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hg.): *Wirklich ein Volk?* Wiesbaden, S. 79–109.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven (2016): *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, 2016.
- Wagner, Sarah / Wurthmann, L. Constantin / Thomeczek, Jan Philipp (2023): Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape. in: *PVS* 64 (3), S. 621–636.
- Westle, Bettina / Anstötz, Pascal (2020): Politische Partizipation und politisches Wissen: Fördert politisches Wissen die Bereitschaft zu politischer Beteiligung? in: Tausendpfund, Markus / Westle, Bettina (Hg.): *Politisches Wissen in Deutschland*. Wiesbaden , S. 245–290.
- Weyland, Kurt (2001): Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics. in: *Comparative Politics* 34 (1), S. 1–22.
- Zaslave, Andrej / Geurkink, Bram / Jacobs, Kristof / Akkerman, Agnes (2021): Power to the people? Populism, democracy, and political participation: a citizen's perspective. in: *West European Politics* 44 (4), S. 727–751.
- Ziblatt, Daniel / Hilbig, Hanno / Bischof, Daniel (2021): *Wealth of tongues: Why peripheral regions vote for the radical right in germany* (Working Paper).
- Zmerli, Sonja (2020): Politisches Vertrauen. in: Faas, Thorsten / Gabriel, Oscar W. / Maier, Jürgen (Hg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*, NBaden-Baden, S. 248–273.